



LANDRATSAMT
BODENSEEKREIS

13. BETEILIGUNGSBERICHT



Impressum

Herausgegeben vom Finanzdezernat des Bodenseekreises

Fachliche Verantwortung: Uwe Hermanns, Finanzdezernent
Dominik Männle, Amtsleiter Kämmerei

Bearbeitung: Stephanie Schwarzkopf, stv. Amtsleiterin Kämmerei

Bezugsadresse: Landratsamt Bodenseekreis
Kämmerei
Glärnischstraße 1 - 3
88045 Friedrichshafen
Tel.: 07541 204-5324

Friedrichshafen, im März 2014

Vorwort

Der Bodenseekreis legt zum 13. Mal seit der Novellierung der Gemeindeordnung im Jahr 1999 einen Beteiligungsbericht vor. Der Bericht umfasst das Geschäftsjahr 2012 (bei abweichendem Wirtschaftsjahr das Geschäftsjahr 2011/2012) und wurde von der Kreiskämmerei des Landratsamtes Bodenseekreis erstellt. Der Beteiligungsbericht wird öffentlich bekannt gegeben und ausgelegt. Nach der Beratung im Kreistag wird er auch im Internet abrufbar sein (www.bodenseekreis.de).

Der Bodenseekreis nimmt für die Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Seine Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen innerhalb, aber auch außerhalb des Kreishaushalts. Aus dieser Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften. Als wichtiges Instrument dient hierzu der Beteiligungsbericht.

Im Beteiligungsbericht sind sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises zusammengefasst. Zum einen gibt die Kreiskämmerei mit ihm einen umfassenden Überblick über das Engagement in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen außerhalb des Kernhaushaltes. Zum anderen soll der Beteiligungsbericht dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben in Gesellschaften des Privatrechts für den Kreistag und die Bürger transparent bleibt.

Im Beteiligungsbericht ist folgender Inhalt dargestellt:

- Gegenstand des Unternehmens
- Anteil des Bodenseekreises am Unternehmen - die Beteiligungsverhältnisse -
- Besetzung der Organe
- Wesentliche Verträge und Finanzbeziehungen mit dem Bodenseekreis
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens
- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Kennzahlen zur Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie Leistungskennzahlen.

Bei der Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Unternehmensformen erfolgt die Einbindung des Kreistages nach den gesetzlichen Bestimmungen der Landkreisordnung, der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und der Hauptsatzung des Landkreises. In den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen wird der Bodenseekreis vertreten durch den Landrat, einen von ihm benannten Vertreter oder Vertreter des Kreistages.

Ich danke den Vorsitzenden und Geschäftsführungen der Beteiligungen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die zu diesem Bericht beigetragen haben.

Friedrichshafen, im März 2014

gez.
Lothar Wölfle
Landrat

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
I. Vorbemerkungen	5
II. Abkürzungsverzeichnis	7
III. Die Beteiligungsunternehmen auf einen Blick	9
1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Kennzahlen zum Jahresabschluss	10
2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen	11
3. Abschlussprüfer	12
IV. OEW-Gruppe	13
OEW - Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke	14
OEW Energie-Beteiligungs GmbH	19
V. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
<u>Entsorgung und Verkehr</u>	
ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	25
Flughafen Friedrichshafen GmbH	33
BODO - Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH	43
BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	57
Bodensee-Oberschwaben-Bahn Verwaltung GmbH	67
<u>Wirtschaftsförderung</u>	
Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH	71
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	79
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	93
Energieagentur Bodenseekreis GbR	103
<u>Soziales</u>	
Klinik Tettang GmbH	105
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH	123
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	135
<u>Kultur</u>	
Bodensee-Festival GmbH	145
VI. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
Energieagentur Ravensburg gGmbH	157
frieiks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH	167
Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH	175
Radweg Reisen GmbH	179
Gesundheitsakademie Tettang GmbH	181
Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettang GmbH	183
Waldburg-Zeil Personalservice GmbH	185
Medizinisches Versorgungszentrum Tettang GmbH	187
VII. Sonstige Mitgliedschaften des Bodenseekreises	
Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG	189
Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG	191
Baugenossenschaft Überlingen eG	193
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	195
Zweckverband PROTEC Orsingen	199
Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm	201

VIII. Stiftungen des Bodenseekreises	
Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises	203
KOB – Stiftung Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee	205
NAZ – Stiftung Naturschutzzentrum Eriskirch	207
Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis	209
IX. Anhang	
Auszug aus der Gemeindeordnung	211
Betriebswirtschaftliche Kennzahlen	212

I. Vorbemerkungen

Rechtliche Grundlage

Mit dem Gesetz zur Änderung gemeindegewirtschaftlicher Vorschriften und anderer Gesetze vom 14. Juli 1999 (GABL. 292) hat der Landtag der wachsenden Bedeutung der Beteiligung an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts Rechnung getragen.

Zitat aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf:

Das Gesetz will "... einen Beitrag zum Aufbau eines Steuerungssystems leisten, das es der Gemeinde ermöglicht, alle Bereiche der Kommunalverwaltung in vergleichbarer Weise der kommunalpolitischen Verantwortung des Gemeinderats und des Bürgermeisters zu unterstellen. Wesentliche Grundentscheidungen müssen von den demokratisch legitimierten Vertretungsorganen getroffen und verantwortet werden. Dagegen besteht kommunalrechtlich keine Notwendigkeit, in operative Geschäfte einzuwirken."

Kommunale Unternehmen erfahren nach § 102 GemO ihre Rechtfertigung durch die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks. Im Lichte des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG ist es deshalb unabdingbar, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht nur die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe, sondern auch die kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform als Teil der Verwaltung entsprechend ihren Vorstellungen von der Erfüllung des öffentlichen Zwecks letztverantwortlich steuern und kontrollieren.

Erläuterungen zum Bericht

Nach § 105 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung hat der Landkreis jährlich einen Bericht über die Unternehmen des privaten Rechts, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt, reduziert sich der Inhalt des Berichts auf die wesentlichen Aussagen des Unternehmens gemäß § 105 Abs. 2, letzter Satz, der Gemeindeordnung.

Für die bessere Vergleichbarkeit werden jedoch alle unmittelbaren gleich und auch alle mittelbaren Beteiligungen gleich dargestellt. Auf die Darstellung von mittelbaren Beteiligungen über Zweckverbände wurde verzichtet. Einzige Ausnahme ist aufgrund der besonderen Bedeutung für den Landkreis die OEW Energie-Beteiligungs GmbH.

Zusätzlich zum gesetzlichen Umfang erfolgt weiterhin die Darstellung von Baugenossenschaften, Zweckverbänden und Stiftungen. Mitgliedschaften an Vereinen sind nicht enthalten.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen eigenen Jahresabschluss erstellt, wird anstelle dessen auf den Jahresabschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen.

Allgemeines

Berichtsjahr ist grundsätzlich das Geschäftsjahr 2012 vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012.

Abweichend hiervon gilt für die BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG und die BodenseeOberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2011 bis 30. September 2012.

Die Zwischenergebnisse und Kennzahlen werden zum Teil von den Gesellschaften abweichend von der kreiseigenen Festlegung definiert. Eine direkte Abstimmung mit den dargestellten Analysen ist daher nicht immer möglich. Die Kernaussagen sind jedoch vergleichbar.

Die Angaben unter Nr. 10 (Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens) sind aus den jeweiligen Geschäftsberichten der Unternehmen übernommen. Die Inhalte wurden mit den Gesellschaften im Vorfeld abgestimmt.

Aufgrund der gerundeten Darstellung in T€ können Zwischen- oder Endsummen Differenzen aufweisen. Die Summenwerte sind in diesem Fall korrekt.

Neuerungen im Beteiligungsbericht 2012

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2011 ergeben sich grundsätzlich keine Änderungen in Form der Gestaltung, Neuaufnahme oder Wegfall einzelner Beteiligungen.

Eine Veränderung gab es bei der OEW Energie Beteiligungs GmbH. Durch die Kapitalerhöhung 2012 hat sich der Anteil an der EnBW Energie Baden-Württemberg GmbH von 46,55 % auf 46,75 % erhöht.

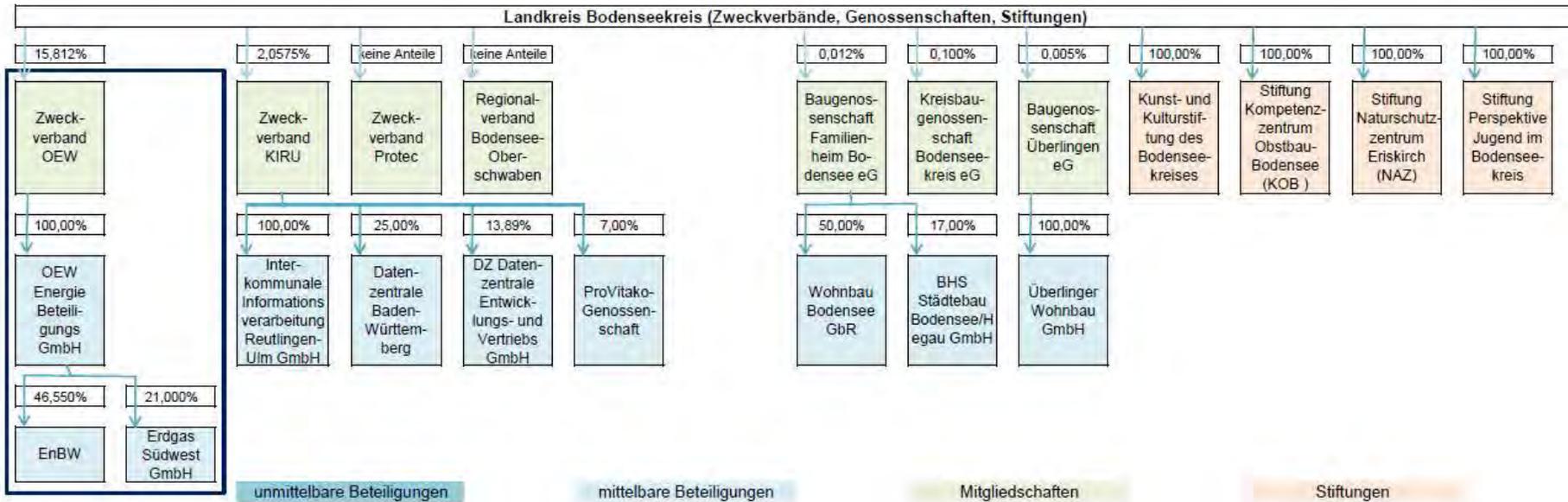
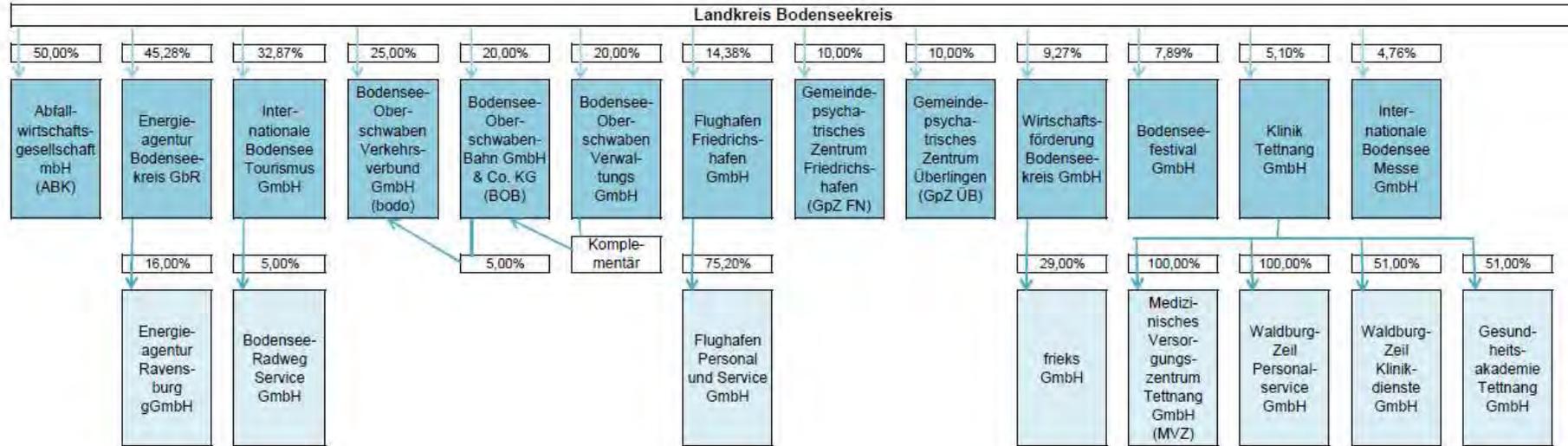
Der Zweckverband KIRU hat die Hauseigentümergeinschaft Interkommunale Datenverarbeitung und Rechenzentrum Reutlingen Ulm GbR eingegliedert.

II. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a.D.	außer Dienst
AG	Aktiengesellschaft
ALG II	Arbeitslosengeld II (Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II)
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AVA	Abfallverbrennungsanlage
AWB	AWB GmbH Abfallwirtschaft Bodensee
AZAV	Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung
betr.	betreffend, betreffs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BOB	Bodensee-Oberschwaben-Bahn
Bodo	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CM	Case-Mix
d.h.	das heißt
DING	Donau-Iller-Nahverkehrsverbund
Dipl.	Diplom
DIVA	Dialoggesteuertes Informations- und Verkehrsmanagementsystem
Dr.	Doktor/in
DQS	Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Qualitätsmanagementsystemen
EBIT	Earnings before interests and taxes (Gewinn vor Zins und Steuern)
EBITDA	Earnings before interests, taxes, depreciation and amortisation (Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EK	Eigenkapital
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
Fa.	Firma
ff.	fortfolgende
FFG	Flughafen Friedrichshafen
FN	Friedrichshafen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GnR	Genossenschaftsregister
GpZ	Gemeindepsychiatrisches Zentrum
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HR	Handelsregister
IHK	Industrie- und Handelskammer
i.H.v.	in Höhe von
Ing.	Ingenieur
inkl.	inklusive
insg.	insgesamt
KG	Kommanditgesellschaft
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz

KHG	Krankenhausgesetz
km	Kilometer
KOB	Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KVA	Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden, Schweiz
LKrO	Landkreisordnung
Mio.	Million
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
MZV	Müllabfuhr-Zweckverband
m ²	Quadratmeter
naldo	Neckar-Alb-Donau-Verkehrsverbund
NAZ	Naturschutzzentrum
Nr.	Nummer
o.g.	oben genannte
OB	Oberbürgermeister
OEW	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
p.a.	per anno
RAB	Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
RBO	Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben
rd.	rund
RHB	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
sog.	sogenannte
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
Stv.	Stellvertreter/Stellvertretender
s.u.	siehe unten
T€	Tausend Euro
to.	Tonne
TWF	Technische Werke Friedrichshafen GmbH
u.	und
u.a.	und andere
vgl.	vergleiche
VIE	Vienna International Airport
Vj.	Vorjahr
VTWB e.V.	Verband der Tourismuswirtschaft Bodensee
WFB	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
WfbM	Werkstatt für Menschen mit Behinderung
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Württ.	Württembergischen
z.B.	zum Beispiel
ZF	Zahnradfabrik Friedrichshafen
ZfP	Zentrum für Psychiatrie
z.T.	zum Teil
ZV	Zweckverband

III. Beteiligungsunternehmen auf einen Blick



1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Bilanzzahlen

Unternehmen	Stammkapital	Anteil Bodenseekreis	Eigenkapital	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Umlaufvermögen	Verbindlichkeiten	Umsatzerlöse	Jahresfehlbetrag/ -überschuss (-/+)
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	26.000 €	13.000 €	60.965 €	877.535 €	0 €	877.520 €	811.440 €	9.307.370 €	-3.311,00 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	21.272.000 €	3.059.000 €	7.444.128 €	39.998.513 €	37.567.307 €	2.336.223 €	31.441.067 €	10.436.176 €	-4.644.529,50 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	32.000 €	8.000 €	163.158 €	845.281 €	39.701 €	805.511 €	655.766 €	4.462 €	63.660,12 €
BOB GmbH & Co. KG	1.278.400 €	255.680 €	6.404.829 €	11.991.958 €	9.273.612 €	2.708.318 €	4.498.538 €	7.366.210 €	250.720,34 €
BOB VerwaltungsGmbH	30.000 €	6.000 €	27.386 €	29.386 €	0 €	29.336 €	0 €	0 €	-212,88 €
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	3.150.000 €	150.000 €	40.210.500 €	106.121.993 €	99.310.535 €	3.734.596 €	65.747.855 €	9.322.194 €	-32.659.825,68 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	96.050 €	8.900 €	124.610 €	261.125 €	26.426 €	231.175 €	96.050 €	124.434 €	0,00 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	431.000 €	141.500 €	119.566 €	245.121 €	30.751 €	209.590 €	37.044 €	407.107 €	4.508,27 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	62.650 €	nur mittelbar über die Energieagentur Bodenseekreis GbR	513.149 €	877.566 €	61.403 €	816.164 €	235.927 €	529.714 €	76.011,00 €
Klinik Tett nang GmbH	300.000 €	15.300 €	8.623.353 €	31.264.881 €	19.935.944 €	6.687.187 €	14.142.223 €	25.621.543 €	-1.440.066,10 €
Gemeindepsychiatrizentrum Friedrichshafen gGmbH	50.000 €	5.000 €	3.384.953 €	6.383.100 €	4.759.499 €	1.623.601 €	1.822.814 €	2.191.742 €	207.879,47 €
Gemeindepsychiatrizentrum Überlingen gGmbH	25.000 €	2.500 €	1.257.505 €	2.874.642 €	1.692.362 €	1.182.280 €	977.877 €	1.939.638 €	149.960,38 €
Bodensee Festival GmbH	197.600 €	15.600 €	190.154 €	200.757 €	10.920 €	188.192 €	4.303 €	347.093 €	-8.413,10 €

2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen

Unternehmen	Anlagenintensität	Umlaufintensität	Eigenkapitalquote	Fremdkapitalquote	Anlagedeckung	Umsatzrentabilität	Eigenkapitalrentabilität	Gesamtkapitalrentabilität	Kostendeckung	Cash Flow in T€
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	AV = 0	100,00%	6,95%	93,05%	AV = 0	0,04%	-5,43%	-0,38%	96,08%	-5.837 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	92,92%	5,84%	18,61%	81,39%	19,82%	-30,60%	-62,39%	-8,53%	61,86%	932.033 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	4,70%	95,29%	19,30%	80,70%	410,97%	1.393,32%	39,02%	7,53%	0,54%	84.751 €
BOB GmbH & Co. KG	77,33%	22,58%	53,41%	46,59%	69,07%	4,98%	3,91%	2,59%	101,27%	1.010.219 €
BOB VerwaltungsGmbH	AV = 0	99,83%	93,19%	6,81%	AV = 0	Umsatz = 0	-0,78%	-0,72%	0,00%	-513 €
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	93,58%	3,52%	37,89%	62,11%	40,49%	24,30%	-81,22%	-33,90%	130,11%	-27.688.630 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	10,12%	88,53%	47,72%	52,28%	471,54%	-2,49%	0,00%	-0,02%	15,64%	12.231 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	12,55%	85,50%	48,78%	51,22%	388,82%	-52,00%	3,77%	1,84%	30,34%	-1.391 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	7,00%	93,00%	58,47%	41,53%	835,71%	15,19%	15,19%	8,66%	60,78%	103.587 €
Klinik Tettang GmbH	63,76%	21,39%	27,58%	72,42%	43,26%	-7,67%	-16,70%	-6,27%	89,56%	830.590 €
Gemeindepsychiatriezentrums Friedrichshafen gGmbH	74,56%	25,44%	53,03%	46,97%	71,12%	11,30%	6,14%	4,04%	103,02%	404.326 €
Gemeindepsychiatriezentrums Überlingen gGmbH	58,87%	41,13%	43,74%	56,26%	74,30%	8,59%	11,93%	6,05%	105,65%	338.210 €
Bodensee Festival GmbH	5,44%	93,74%	94,72%	5,28%	1.741,41%	-2,42%	-4,42%	-4,19%	38,68%	-5.677 €

3. Abschlussprüfer

Unternehmen	Abschlussprüfer 2012	Abschlussprüfer 2011	Abschlussprüfer 2010
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH
Flughafen Friedrichshafen GmbH	Dipl. oec. Christoph Kübler, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	Dipl. oec. Christoph Kübler, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	EversheimStuible Treuberater GmbH	EversheimStuible Treuberater GmbH	Ernst & Young AG, Stuttgart
BOB GmbH & Co. KG	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BOB VerwaltungsGmbH	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Ernst & Young AG, Stuttgart
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	Kanzlei Keller, Owingen	Kanzlei Keller, Owingen	Kanzlei Keller, Owingen
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz	Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz	Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz
Energieagentur Ravensburg gGmbH	ALIUS, Steuerberatung Wirtschaftsprüfung, Ravensburg	Dr. Gretter & Partner GmbH, Ravensburg	Dr. Gretter & Partner GmbH
Klinik Tett nang GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH
Gemeindepsychiatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Gemeindepsychiatriezentrum Überlingen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Bodensee Festival GmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Kanzlei Keller, Owingen

IV. OEW Gruppe

OEW Gruppe

Geschäftsverlauf

a) Wirtschaftliche Lage

Für die folgende Zusammenstellung wurden die wesentlichen Daten der rechtlichen Einheiten Zweckverband OEW und OEW Energie-Beteiligungs GmbH zusammengefasst und die Auswirkungen aus internen Vertragsverhältnissen vor allem im Finanzierungsbereich, aber auch im Hinblick auf die Einnahmen (Verrechnungen) aus dem Beteiligungsverhältnis, weitestgehend ausgeklammert. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gruppe sind ausschließlich Verbindungen zu Dritten zu betrachten.

b) Ertragslage

Die Tätigkeit des Zweckverbands umfasst nahezu ausschließlich die Verwaltung und Erhaltung des Verbandsvermögens, das in wesentlichen Teilen aus den indirekten Beteiligungen (über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH) an der EnBW und der ESW GmbH besteht. Damit bestehen auch die Erträge/Einnahmen der OEW-Gruppe nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW und ESW GmbH, so dass die Ertragslage sich in erster Linie in Abhängigkeit von der Ausschüttungspolitik der EnBW entwickelt. Die von der ESW GmbH vereinnahmten Erträge machen einen geringeren Anteil an den gesamten Beteiligungserträgen aus.

Im Jahr 2012 betragen die Beteiligungserträge von der EnBW und der ESW GmbH 100,7 Mio. € (Vj. 179,2 Mio. €).

Nennenswerte Aufwendungen der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ergeben sich in Form von Zinszahlungen aus der Aufnahme von Darlehen bei Kreditinstituten (insg. 23,0 Mio. €; Vj. 17,6 Mio. €). Ausgaben im Rahmen der Kulturpflege wurden vom Zweckverband OEW in Höhe von 1,0 Mio. € (Vj. 1,4 Mio. €) getätigt.

c) Zusammenfassung und Ausblick

Aufgrund der Tatsache, dass der überwiegende Teil des Vermögens des Zweckverbandes OEW aus der Beteiligung an der OEW Energie-Beteiligungs GmbH besteht oder mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang steht (Darlehensgewährung), ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Verbandes eng mit der der OEW Energie-Beteiligungs GmbH verknüpft. Die weitaus stärkste Einflussgröße für die Ertrags- und Liquiditätslage der Gruppe ist die Ausschüttungspolitik der EnBW.

d) Kennzahlen

Kennzahlen	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €
Bilanz			
Eigenkapital ohne Bilanzgewinn	3.347,30	3.227,40	3.129,00
Eigenkapitalquote (%)	81,29	85,6	87,2
Bilanzsumme	4.216,30	3.956,40	3.772,40
Gewinn- und Verlustrechnung			
Ergebnis nach Steuern	80,1	159,8	158,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	79,7	163,3	161,4
Beteiligungserträge	100,7	179,2	174,5
Zinsergebnis	-18,8	-14,8	-10,7
Finanz-/Liquiditätskennzahlen			
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	104,6	243,4	222,8

Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW)

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
Kontakt:	Friedenstraße 6, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 85-92 40 Fax: 0751 / 85-92 06 E-Mail: info@oew-energie.de Homepage: www.oew-energie.de
Gründung:	20. Dezember 1909
Verbandssatzung vom:	21. Juni 1987
Letzte Änderung vom:	27. Januar 2012
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Aufgaben

Der Zweckverband OEW hat die Aufgabe, das Vermögen des Verbandes zu verwalten, die Belange seiner Mitglieder zu vertreten und zu fördern und die Interessen der Energieabnehmer wahrzunehmen. Der Verband kann nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes einen Teil der Vermögenserträge zur Förderung kultureller Zwecke im Verbandsgebiet verwenden (§ 3 Verbandssatzung).

3. Verbandsvermögen

	Anteil
Alb-Donau-Kreis	20,989 %
Landkreis Biberach	11,126 %
Landkreis Bodenseekreis	15,812 %
Landkreis Freudenstadt	5,007 %
Landkreis Ravensburg	21,821 %
Landkreis Reutlingen	3,825 %
Landkreis Rottweil	6,479 %
Landkreis Sigmaringen	6,229 %
Zollernalbkreis	8,712 %
	100,00%

4. Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsitzender: Heinz Seiffert, Landrat Alb-Donau-Kreis (ab 01.05.2012)
Kurt Widmaier, Landrat Ravensburg (bis 30.04.2012)

Verbandsversammlung:

Die gesetzlichen Vertreter (Landräte) der beteiligten Landkreise und weitere von den Kreistagen gewählte, beschließende und beratende Vertreter der Landkreise

Verwaltungsrat:

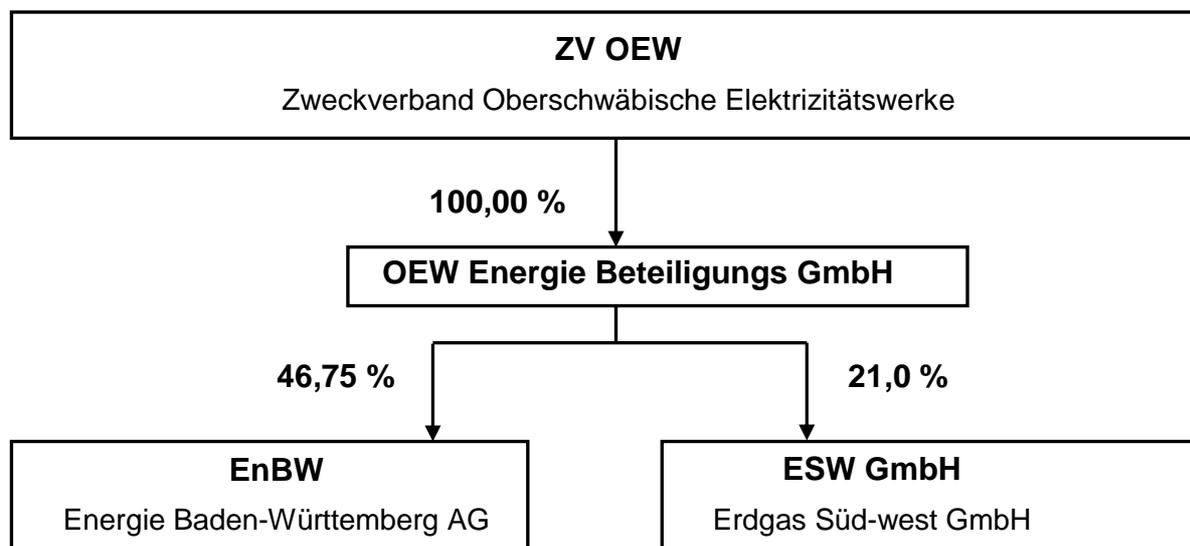
Von der Verbandsversammlung gewählte Vertreter der Landkreise, derzeit die jeweiligen Landräte.

Geschäftsführerin:

Barbara Endriss

5. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Der Zweckverband OEW ist alleiniger Gesellschafter der OEW Energie-Beteiligungs GmbH. Über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist der Zweckverband OEW an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG beteiligt. Diese Beteiligung hat sich nach der Kapitalerhöhung im Jahr 2012 von 46,55 % auf 46,75 % erhöht. Des Weiteren ist die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit 21 % an der Erdgas Südwest GmbH und mit 20 % an der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG beteiligt.

**6. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen**

Die Ausschüttung des Zweckverbandes betrug im Jahr 2012 für den Bodenseekreis 6.324.800 €.

7. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Der Zweckverband beschäftigt eine Assistentin der Geschäftsführung in Vollzeit und vier geringfügig Beschäftigte.

8. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband OEW verwendet das Eigenbetriebsrecht an und bucht nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung (§ 13 der Verbandssatzung).

a) Vermögens- und Finanzlage

- ⇒ Für die Kunstsammlung wurden Kunstwerke im Wert von 520.771 € beschafft. Die Kunstsammlung ist zum 31. Dezember 2012 mit einem Wert von 26,1 Mio. € (Vj. 25,6 Mio. €) bilanziert.
- ⇒ Zwölf Gesellschafterdarlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH sind endfällig. Für ein Darlehen ist eine Annuität vereinbart und wird jährlich getilgt. Die Gesamtforderung betrug zum Bilanzstichtag 857,8 Mio. € (Vj. 862,3 Mio. €).

⇒ Die Liquiditätslage des Zweckverbands war ganzjährig gut.

b) Ertragslage

- ⇒ Für Geldanlagen und Darlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH wurden Zinsen und Kursgewinne in Höhe von insgesamt 21.618.359 € (Vj. 41.499.299 €) vereinnahmt.
- ⇒ 2012 gab es keine Ausschüttung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH an den Zweckverband OEW.
- ⇒ Für die Pflege der Kunstsammlung und die Veröffentlichung von zwei Buchreihen wurden 60.940 € (Vj. 79.109 €) aufgewendet. Die Buchreihe „documenta suevica“ wurde mittlerweile eingestellt.
- ⇒ Für die Kulturförderung in den Mitgliedslandkreisen entstanden Aufwendungen in Höhe von 915.372 € (Vj. 1.305.581 €).

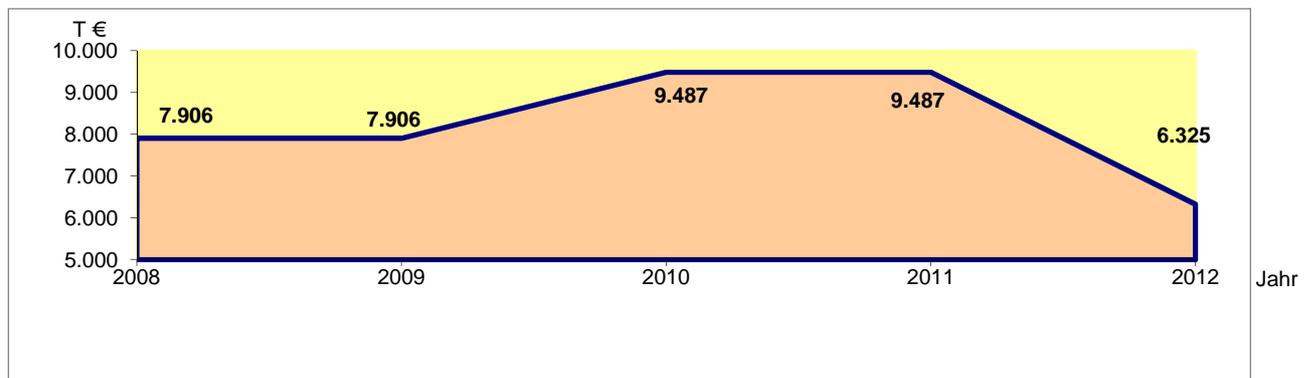
c) Ausblick

Die Verbandsversammlung hat am 27. Januar 2012 zugestimmt, der EnBW über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH Kapital in Höhe von 400 Mio. € zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig hat sich die Übernahme einer Bürgschaft für die OEW Energie Beteiligungs GmbH in gleicher Höhe und eine Reduzierung der Ausschüttung an die Landkreise ab 2012 zum Ausgleich des Finanzierungsaufwands beschlossen. Die Kapitalerhöhung wurde am 6. Juli 2012 erfolgreich durchgeführt.

d) Finanzströme

	2012	2011	2010	2009	2008
Ausschüttung	40.000.000 €	60.000.000 €	60.000.000 €	50.000.000 €	50.000.000 €

9. Entwicklung der Ausschüttung



Bilanz des ZV OEW zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Sachanlagen</u>	26.134,6	0,9	25.613,8	0,9	24.577,7	0,9
II. <u>Finanzanlagen</u>	1.907.865,0	66,9	1.907.865,0	66,4	1.907.865,0	66,2
	1.933.999,6	67,8	1.933.478,8	67,3	1.932.442,7	67,1
B. Umlaufvermögen						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	857.824,7	30,1	862.350,3	30,0	873.010,5	30,3
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.854,7	0,1	2.374,7	0,1	2.800,9	0,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>						
1. Wertpapiere	18.654,8	0,7	51.397,9	1,8	52.588,3	1,8
2. Guthaben bei Kreditinstituten	40.723,3	1,4	23.747,2	0,8	19.620,1	0,7
	919.057,5	32,2	939.870,1	32,7	948.019,9	32,9
Bilanzsumme	2.853.057,1	100,0	2.873.348,9	100,0	2.880.462,5	100,0

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gewinnrücklage	2.820.451,5	98,9	2.820.451,5	98,2	2.824.281,2	98,0
II. Gewinnvortrag	12.768,9					
III. Jahresüberschuss	19.733,9	0,7	52.768,9	1,8	56.166,3	1,9
	2.852.954,3	100,0	2.873.220,4	100,0	2.880.447,5	100,0
D. Rückstellungen	13,9	0,0	124,5	0,0	3,7	0,0
E. Verbindlichkeiten	88,9	0,0	4,0	0,0	11,3	0,0
Bilanzsumme	2.853.057,1	100,0	2.873.348,9	100,0	2.880.462,5	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung des ZV OEW zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Sonstige betriebliche Erträge	1.651,6	100,0	35,7	100,0	2.638,6	100,0
2. Gesamtleistung	1.651,6	100,0	35,7	100,0	2.638,6	100,0
3. Materialaufwand	60,9	1,8	79,1	3,9	80,3	4,3
4. Personalaufwand	140,5	4,1	153,8	7,5	172,0	9,2
5. Kulturfördermittel	915,4	26,7	1.305,6	63,6	1.126,6	60,4
6. Sonstige/andere betriebliche Aufwendungen	2.317,2	67,5	514,9	25,1	486,6	26,1
7. Gesamtaufwand	3.433,9	100,0	2.053,3	100,0	1.865,5	100,0
8. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-1.782,3		-2.017,6		773,1	
9. Erträge aus Beteiligungen	0,0		16.000,0		16.000,0	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren	384,2		1.531,7		1.097,1	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.234,1		39.967,6		41.061,7	
12. Abschreibungen auf Wertpapiere	-100,2		-176,8		-229,9	
13. Finanzergebnis	21.518,1		57.322,5		57.928,9	
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.735,8		55.304,9		58.702,0	
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2,0		-2.536,0		-2.535,7	
16. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	19.733,9		52.768,9		56.166,3	

OEW Energie-Beteiligungs GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	OEW Energie-Beteiligungs GmbH
Kontakt:	Friedenstraße 6, 88212 Ravensburg Tel.: 0751/85-9240 Fax: 0751/85-9206 E-Mail: info@oew-energie.de Homepage: www.oew-energie.de
Gründung:	7. Januar 2003
Gesellschaftsvertrag vom:	19. November 2002
Letzte Änderung vom:	27.03.2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmungen im Rahmen des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Außerdem kann sich die Gesellschaft auf verwandten Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen.

Ausgenommen sind dabei solche Tätigkeiten, die einer gesetzlichen oder behördlichen Erlaubnis bedürfen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital von 1 Mio. € ist voll einbezahlt.

Einzigster Gesellschafter ist der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführerin: Barbara Endriss

Generalvollmacht: Heinz Seiffert, Landrat Alb-Donau-Kreis

Ein Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat besteht nicht.

5. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ EnBW Energie Baden-Württemberg AG (Anteil: 46,55 %)
- ⇒ Erdgas Südwest GmbH (Anteil: 21,00 %)
- ⇒ Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG (Anteil 20,00%)
- ⇒ Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbH (Anteil 20,00%)

6. Wesentliche Verträge

⇒ Darlehensverträge

Der ZV OEW hat der OEW Energie GmbH zum 31. Dezember 2012 insgesamt 13 Darlehen gewährt. Diese belaufen sich zum 31. Dezember 2012 auf insgesamt 857,8 Mio. € und werden mit einem einheitlichen Zinssatz von 2,0 % p. a. verzinst.

⇒ **b) Bürgschaften**

Zum 31. Dezember 2012 bestanden aus Sicht des ZV OEW selbstschuldnerische Bürgschaften zugunsten der OEW Energie GmbH gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 788,5 Mio. €.

Der ZV OEW erhielt im Haushaltsjahr 2012 Avalprovisionen in Höhe von 3,7 Mio. € von der OEW Energie GmbH.

7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH fördert verschiedene Kulturprojekte, wodurch auch der Bodenseekreis Zuschüsse erhält. Der jährliche Zuschuss beträgt 189.744 € und wird auf verschiedene Projekte, Vereine oder Privatpersonen im Kreis verteilt. Im Haushaltsjahr 2012 wurden 46.264,94 € abgerufen und weitergeleitet. Der Bodenseekreis erhielt für die Aufarbeitung des Kurt-Hahn-Archivs 30.000 €.

8. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben der Geschäftsführerin ist kein weiteres Personal beschäftigt.

9. Geschäftsverlauf

Einzigster Unternehmenszweck der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist das Halten der Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmen. Die Erträge des Unternehmens ergeben sich daher nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW sowie Beteiligungserträge aus der ESW GmbH.

a) Vermögens- und Finanzlage

Das Vermögen der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die genannten Beteiligungen an der EnBW und der ESW GmbH (98,8 % der Bilanzsumme). Außerdem ist die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit einem Anteil von 20% an der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG und mit 20% an der Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbH beteiligt.

Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Darlehen gegenüber dem Zweckverband OEW (857,8 Mio. €) und aus Bankverbindlichkeiten (788,5 Mio. €).

Die langfristig und nachhaltig erzielbaren Erträge aus der EnBW bestimmen den Wert der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und damit als indirekte Folgewirkung auch den des Vermögens des Zweckverbandes OEW.

b) Ertragslage

Aufgrund des Unternehmenszwecks ergeben sich die Erträge nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW sowie Beteiligungserträge aus der ESW GmbH.

Nennenswerte Aufwendungen sind vor allem Zinszahlungen an Kreditinstitute (23,0 Mio. €) und an den alleinigen Gesellschafter Zweckverband OEW für verschiedene Darlehen (20,9 Mio. €). Außerordentliche Aufwendungen fielen im Berichtsjahr nicht an.

Aus diesen Gründen ist die Ertragslage in erster Linie abhängig von der Ergebnisentwicklung und Ausschüttungspolitik der EnBW.

c) Ausblick

Auch in Zukunft ist die wirtschaftliche Entwicklung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH im Wesentlichen von der Ergebnisentwicklung und der Dividendenpolitik der Energie Baden-Württemberg AG - daneben auch von der Ergebnisentwicklung und der Ausschüttung der Erdgas Südwest GmbH - abhängig. Auf Basis der vorliegenden Mittelfristplanungen der EnBW ist davon auszugehen, dass die Erträge aus dieser Beteiligung im Planungszeitraum auf unverändertem Niveau verbleiben werden. Trotzdem ist die Situation weiterhin angespannt. Dies resultiert vor allem aus dem verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien, die nach wie vor einen Einspeisevorrang vor Strom aus konventioneller Erzeugung haben. Aus diesem Grund haben sich die Einsatzzeiten des konventionellen Kraftwerksparks der EnBW

weiter reduziert. Gleichzeitig ist der Strompreis an der Strombörse weiter gesunken. Eine Trendwende ist derzeit nicht abzusehen. Positiv könnte sich hingegen die Einführung von Kapazitätsmärkten für konventionelle Kraftwerke auswirken. Um die notwendigen Backup-Kapazitäten garantieren zu können, müssen die dafür erforderlichen konventionellen Kraftwerke wirtschaftlich betrieben werden können. Auch die nach Gesetzeslage zum 1. Januar 2017 wegfallende Kernbrennstoffsteuer führt zu einer deutlichen Entlastung des Ergebnisses. Es gilt auch abzuwarten, welche Effekte sich aus der angekündigten Anpassung des EEG ergeben könnten. Mit einer Änderung ist jedoch nicht vor der Bundestagswahl zu rechnen. Die EnBW hat durch Beschleunigung ihres Programms „Fokus“ ihrerseits Maßnahmen zur Stützung des Jahresergebnisses eingeleitet. Es handelt sich dabei um ein Programm zur Steigerung der Effizienz. Ab Ende 2014 sollen nachhaltig 750 Mio. EUR pro Jahr eingespart werden.

Diese Entwicklungen können in Zukunft den finanziellen Spielraum der OEW Energie-Beteiligungs GmbH weiter einschränken. Aus diesem Grund ist es ein wesentliches Ziel der OEW Energie-Beteiligungs GmbH, den Schuldenstand konsequent zurückzuführen. Deswegen ist auch weiterhin nicht mit einer Ausschüttung an den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke zu rechnen.

Bilanz der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Sachanlagen</u>	0,0	0,0	0,7	0,0	1,8	0,0
II. <u>Finanzanlagen</u>	4.079.677,1	98,8	3.678.312,0	95,4	3.518.444,2	95,7
	4.079.677,1	98,8	95,4		3.518.446,0	95,7
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</u>	203,9	0,0				
I. <u>sonstige Vermögensgegenstände</u>	5.622,2	0,1	8.839,3	0,2	6.203,1	0,2
II. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>						
1. Wertpapiere	10.890,3	0,3	131.727,8	3,4	145.914,1	4,0
2. Guthaben bei Kreditinstituten	34.304,4	0,8	36.560,0	0,9	4.687,7	0,1
	51.020,7	1,2	177.127,1	4,6	156.805,0	4,3
Bilanzsumme	4.130.697,9	100,0	3.855.439,8	100,0	3.675.251,0	100,0

Bilanz zum 31.12.2012 Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. gezeichnetes Kapital	1.000,0	0,0	1.000,0	0,0	1.000,0	0,0
II. Kapitalrücklage	1.906.865,0	46,2	1.906.865,0	49,5	1.906.865,0	51,9
III. Gewinnrücklage	494.101,7	12,0	371.048,3	9,6	268.679,8	7,3
IV. Bilanzgewinn	80.390,3	1,9	143.053,4	3,7	138.368,5	3,8
	2.482.357,0	60,1	2.421.966,7	62,8	2.314.913,3	63,0
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	27,2	0,0	9,6	0,0	5,7	0,0
II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	321,0	0,0
III. Sonstige Rückstellungen	98,7	0,0	247,0	0,0	410,1	0,0
	125,9	0,0	256,6	0,0	736,8	0,0
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	788.536,3	19,1	555.000,0	14,4	475.000,0	12,9
II. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	857.824,7	20,8	862.350,3	22,4	873.010,5	23,8
III. Sonstige Verbindlichkeiten	1.853,9	0,0	15.866,2	0,4	11.590,4	0,3
	1.648.214,9	39,9	1.433.216,5	37,2	1.359.600,9	37,0
Bilanzsumme	4.130.697,9	100,0	3.855.439,8	100,0	3.675.251,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Erträge aus Beteiligungen	100.655,8	99,7	179.170,7	99,6	174.478,3	99,9
2. Sonstige betriebliche Erträge	330,1	0,3	728,2	0,4	216,0	0,1
3. Gesamtleistung	100.985,8	100,0	179.898,9	100,0	174.694,2	100,0
3. Abschreibungen	-0,7	0,1	-1,3	0,1	-1,1	0,1
4. Personalaufwand	-122,8	11,9	-96,3	8,9	-88,1	8,8
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-910,8	88,1	-987,3	91,0	-907,7	91,1
7. Gesamtaufwand	-1.034,4	100,0	-1.085,0	100,0	-996,8	100,0
8. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)			178.813,9		173.697,4	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.946,5		3.326,2		3.263,2	
12. Abschreibungen auf Wertpapiere	0,0		-70,9		-569,9	
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-43.952,6		-58.074,3		-57.669,3	
13. Finanzergebnis	-40.006,2		-54.818,9		-54.976,0	
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	59.945,3		123.995,0		118.721,4	
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	445,8		-941,5		-352,5	
Sonstige Steuern	-0,8		0,0		-0,4	
16. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	60.390,3		123.053,4		118.368,5	
15. Gewinnvortrag	20.000,00		20.000,0		20.000,0	
16. Bilanzgewinn	80.390,3		143.053,4		138.368,5	

ABK -Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis u. Konstanz mbH**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH
Kontakt:	Glärnischstraße. 1-3, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/204 - 5492 Fax: 07541/204 - 7492 E-Mail: abfallwirtschaftsamt@bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	19. Februar 1997
Eintragung Handelsregister:	20. Juni 1997
Gesellschaftsvertrag:	19. Februar 1997
Letzte Änderung:	7. November 2000
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 7. November 2000 die Verwertung und Behandlung von Abfällen einschließlich der hierfür erforderlichen Transportleistungen. Das Unternehmen trägt dazu bei, dass im Gebiet seiner Gesellschafter eine nachhaltige und kostengünstige Erfüllung der übertragenen Aufgaben gewährleistet wird.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der ABK GmbH von 26.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	13.000,00 €	50,00%
Landkreis Konstanz	13.000,00 €	50,00%
	26.000,00 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Berthold Restle, Verwaltungsdezernent
Heidi Schwartz, Finanzdezernentin (bis 15.07.2012)

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Frank Hämmerle, Landrat Konstanz
stv. Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Mitglieder Dr. Gerhard Barisch, Rektor a. D.
Birgit Brachat-Winder, Bankkauffrau
Volker Fouquet, Bürgermeister a.D.
Bernd Gerber, Bürgermeister
Erich Habisreuther, Polizeibeamter a.D.
Dieter Hornung, Bürgermeister a.D.
Helmut Kennerknecht, Bürgermeister
Franz Moser, Bürgermeister a.D.
Artur Ostermaier, Bürgermeister

Dr. Wolfgang Sigg, Rechtsanwalt
Bernhard Volk, Bürgermeister
Edwin Weiß, Bürgermeister

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 44 T€.

5. Öffentlicher Zweck

Der Bodenseekreis hat als zuständige Körperschaft im Sinne von § 17 Abs. 1 und § 20 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24.02.2012 (KrwG) unter anderem die in seinem Gebiet anfallenden Restabfälle zu entsorgen. Hierfür arbeitet er mit dem Landkreis Konstanz zusammen. Beide Landkreise haben diese Aufgabe auf die ABK GmbH übertragen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keines

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Kooperationsvertrag zwischen dem Landkreis Konstanz und dem Landkreis Bodenseekreis vom 8. Oktober 1998 zur Regelung ihres Rechtsverhältnisses untereinander und zur ABK; der Vertrag trat zum 8. Oktober 1998 mit unbegrenzter Dauer in Kraft.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Bodenseekreis vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Konstanz vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025. Hierzu Änderungsvertrag vom 20./21. Dezember 2001 und Vertrag zur Ergänzung des Behandlungsvertrages vom 2. August 2002 und Ergänzungsvertrag zur Behandlung von Abfällen im Kehrichtheizkraftwerk Josefstraße in Zürich vom 11./17. März 2010.
- ⇒ Vertrag mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, über die Kosten einer Neuausschreibung und den Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom 2. August 2002.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit dem Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden/Schweiz, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis zum 31. Dezember 2025. Hierzu Vereinbarung über Rückvergütung vom 08. November 2010.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Transporte von den Umladestationen im Landkreis Konstanz zur Bahnverladung mit der RWE Umwelt Süd GmbH, Villingen-Schwenningen, vom 3./13. Dezember 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Der Vertrag verlängert sich maximal zweimalig um zwei Jahre, wenn er nicht mit einer Frist von sechs Monaten durch den Auftraggeber zum jeweiligen Vertragsende gekündigt wird.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Umladung auf und Ferntransporte von den Umladestationen der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz zur AVA Stuttgart-Münster mit der ARGE Hans Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG, diese vertreten durch die Zwisler GmbH & Co. KG, Tettngang, vom 14. September 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Nachtrag vom 19. Januar/01. März 2011 mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2015 und Vereinbarung zwischen ABK GmbH, ARGE Hans Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG und der AWB GmbH, Abfallwirtschaft Bodensee, Friedrichshafen, vom 7./10. Februar 2005 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.

- ⇒ Dienstleistungsvertrag über das Containerpooling mit der ARGE MZV Dienstleistungs GmbH & Riester GmbH, diese vertreten durch die MZV Dienstleistungs GmbH, Rielasingen-Worblingen, vom 8./14. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Änderungsvertrag vom 29. November/3. Dezember 2004 und Nachtrag vom 23. September/22. Oktober 2010 mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2015.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag für Übernahme und Transport von Abfällen mit der Bahn zur Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) in Weinfelden mit der Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH, Singen, vom 4. August 2011/13. September 2011 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2015. Der Vertrag verlängert sich um zwei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2017, wenn er nicht spätestens 30. Juni 2015 durch den Auftraggeber zum Vertragsende gekündigt wird. der verlängerte Vertrag verlängert sich um zwei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2019, wenn er nicht spätestens 30. Juni 2017 durch den Auftraggeber zum Vertragsende gekündigt wird. Der verlängerte Vertrag verlängert sich um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 2020, wenn er nicht bis spätestens 30. Juni 2019 durch den Auftraggeber zum Vertragsende gekündigt wird.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Landkreis erhielt 2012 für den geleisteten Personaleinsatz 15.688 € von der ABK.

Im Gegenzug hat der Regiebetrieb Abfallwirtschaft 5.549.249 € für die Restabfallbehandlung an die ABK gezahlt.

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben den beiden Geschäftsführern waren zwei Prokuristen sowie eine weitere Mitarbeiterin beschäftigt. Sie werden sämtlich von den Landkreisen gestellt.

10. Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen:

Die ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH (ABK) übernimmt die Restabfälle der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz und führt diese einer thermischen Behandlung zu. Hierzu gehören auch die erforderlichen Transportleistungen. Die ABK hat hierzu entsprechende Behandlungsverträge mit Betreibern von Müllverbrennungsanlagen abgeschlossen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2012 schließt wie im Vorjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 3 T €. Dieser ist durch die Anwendung des § 10 Nr. 4 KStG bedingt. Danach sind nicht alle getätigten Auszahlungen bei der Gewinnermittlung voll als Betriebsausgabe abzugsfähig.

Es wurden insgesamt 63.627 Tonnen Restabfälle von den Landkreisen Bodenseekreis und Konstanz übernommen und der thermischen Behandlung zugeführt.

Der gesamte Hausmüll sowie ein Teil des Sperr- und Gewerbemülls aus dem Landkreis Konstanz mit zusammen 29.507 Tonnen wurden bei der KVA Thurgau in Weinfelden entsorgt.

Die gesamte Müllmenge aus dem Bodenseekreis sowie die Restmenge aus dem Landkreis Konstanz mit zusammen 34.120 Tonnen wurden über die TPLUS GmbH in den Kehrichtverbrennungsanlagen Zürich und Hinwil behandelt.

a) Mengenbilanz 2012

Behandlung: Abfallherkunft:	TPLUS GmbH (RMHKW Stuttgart-Münster und KHKWs Zürich und Hinwil)	KVA Thurgau (KVA Weinfelden)	Insgesamt
Bodenseekreis	31.747 to	0 to	31.747 to
Landkreis Konstanz	2.373 to	29.507 to	31.880 to
Insgesamt	34.120 to	29.507 to	63.627 to

Die entsorgte Menge lag im Rahmen der angemeldeten Mengenbandbreiten.

Logistik: Die KVA Thurgau hat der ABK GmbH die Möglichkeit der LKW-Anlieferung für eine Teilmenge von 3.799 Tonnen in Weinfelden eingeräumt.

Kosten: Den Landkreisen wurde im Jahr 2012 ein Mischpreis von 146,28 €/to. berechnet. Dieser Preis lag um 1,62 €/to. niedriger als der kalkulierte Wert von 147,90 €/to. Grund hierfür ist im Wesentlichen die im Jahr 2012 erfolgte Rückerstattung der KVA Thurgau (Entsorgungspreisrabatt) für das Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 380 T€.

b) Prognose Geschäftsjahre 2013 und 2014

Die Abfallmengen sind in beiden Landkreisen bislang stabil. Die bei den Behandlungsanlagen für das Jahr 2013 angemeldeten Mengenbandbreiten (57.000 to bis 68.000 to) können eingehalten werden. Auch für 2014 wird mit gleichbleibenden Mengen gerechnet.

Die Behandlung der Restabfälle erfolgt in den Jahren 2013 und 2014 bei folgenden Anlagen:

- ⇒ TPLUS GmbH: KHKW Zürich-Josefstraße (Zürich-Hagenholz und Hinwil i.R. des Ausfallbundes)
- ⇒ KVA Thurgau: KVA Weinfelden

Aufgrund der unveränderten Rahmenbedingungen wird für die Jahre 2013 und 2014 mit einem gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 gleichbleibenden Jahresergebnis gerechnet.

c) Chancen und Risiken

Durch die abgeschlossenen Behandlungsverträge mit der TPLUS GmbH und der KVA Thurgau ist die Entsorgungssicherheit für die Landkreise grundsätzlich gewährleistet.

Abweichungen von den angemeldeten Mengenfenstern bei den Behandlungsanlagen sind nach derzeitigem Stand nicht zu befürchten, können andererseits aber aufgrund der Abhängigkeit von gewerblichen Anlieferungen auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Probleme können sich jedoch bei einem kurzfristig auftretenden Ausfall der Behandlungs- oder Transportmöglichkeiten ergeben, da die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz über keine geeigneten Zwischenlagermöglichkeiten verfügen.

Transportmehrkosten können sich ergeben, falls der LKW-Transport zum RMHKW Stuttgart-Münster in Zukunft nicht mehr wie bisher durch die Innenstadt von Stuttgart erfolgen kann. Durch die im Rahmen des Ergänzungsvertrages mit der TPLUS GmbH vereinbarte Behandlung der Abfälle in der Schweiz wird dieses Risiko bis zum Jahr 2020 deutlich minimiert.

Mittel- bis langfristig können sich Mehrkosten durch notwendige Nachrüstungen der Behandlungsanlagen, aufgrund neuer gesetzlicher Anforderungen oder Anordnungen der Genehmigungsbehörden ergeben. Weitere finanzielle Risiken liegen, neben den allgemeinen Preissteigerungen, bei sich ändernden Heizwerten oder Schlackeanteilen sowie bei Änderungen des Wechselkurses zum Schweizer Franken.

Da jedoch alle Kosten der ABK gemäß Gesellschaftsvertrag auf die Landkreise umgelegt werden, liegen hier keine finanziellen Risiken im eigentlichen Sinn vor. Diese werden vielmehr von den Landkreisen getragen.

Die Ausnahmegenehmigung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg zum Export der Abfälle in die Schweiz steht unter einem Widerrufsvorbehalt. Auch dies stellt ein Risiko für die ABK GmbH dar. Das Ministerium hat jedoch schriftlich erklärt, dass es innerhalb der Laufzeit des Vertrags mit der KVA Thurgau (bis 31.12.2025) von dem Vorbehalt nicht Gebrauch machen wird.

Auch in der schlanken Personalstruktur der ABK sind z.B. bei kurzfristigem Ausfall und damit verbundenem Know-How-Verlust Risiken vorhanden.

Friedrichshafen, 18.Februar 2013

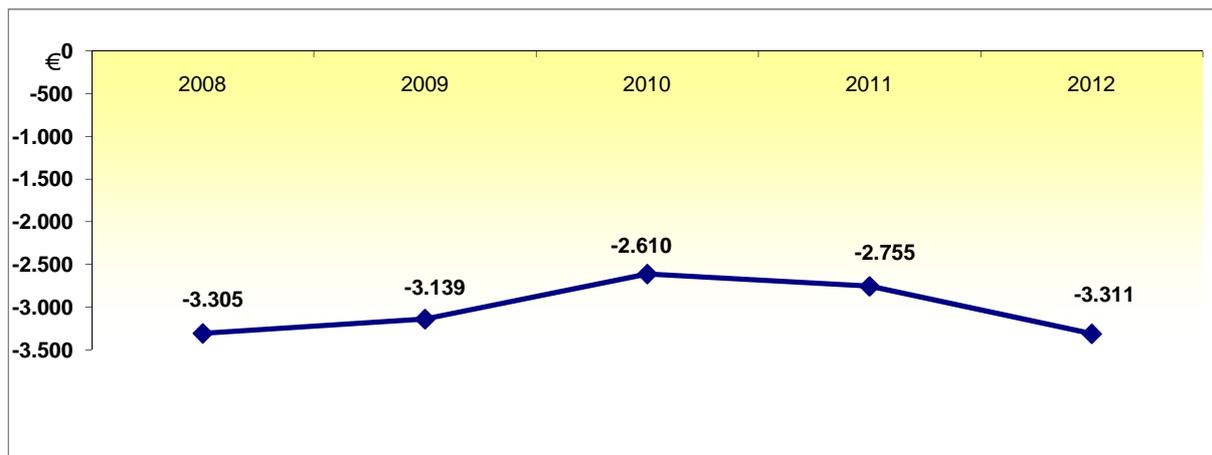
Berthold Restle

11. Abschlussprüfer
RSW Treuhand GmbH

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2012	2011	2010	2009	2008
Entsorgter Abfall insgesamt in to	63.627	63.678	65.021	68.119	66.595
Entsorgter Abfall in kg / Einwohner im ABK-Gebiet	129,118	130,110	133,130	140,520	137,670

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung						
2. Forderung gegen verbundene Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	696,8	79,4	857,2	57,3	988,7	91,3
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1,2	0,1	1,1	0,1	0,8	0,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	179,5	20,5	636,6	42,6	93,9	8,7
	877,5	100,0	1.495,0	100,0	1.083,4	100,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. <u>Disagio</u>						
II. <u>Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</u>						
Bilanzsumme	877,5	100,0	1.495,0	100,0	1.083,4	100,0

Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	26,0	3,0	26,0	1,7	26,0	2,4
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	38,3	4,4	41,0	2,7	43,6	4,0
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3,3	-0,4	-2,8	-0,2	-2,6	-0,2
	61,0	6,9	64,3	4,3	67,0	6,2
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen	0,1					
III. Sonstige Rückstellungen	5,0	0,6	7,7	0,5	43,5	4,0
	5,1	0,6	7,7	0,5	43,5	4,0
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	738,9	84,2	1.327,2	88,8	877,0	81,0
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	19,1	2,2	29,4	2,0	32,6	3,0
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	53,4	6,1	66,4	4,4	63,2	5,8
	811,4	92,5	1.423,0	95,2	972,9	89,8
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	877,5	100,0	1.495,0	100,0	1.083,4	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der ABK GmbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	9.307,4	96,0	9.332,7	97,2	9.653,0	98,2
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	382,8	4,0	268,6	2,8	174,9	1,8
5. Gesamtleistung	9.690,1	100,0	9.601,2	100,0	9.827,9	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.573,6	98,8	9.466,4	98,6	9.654,1	98,3
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	19,2	0,2	18,7	0,2	19,0	0,2
b) Soziale Abgaben	4,1	0,1	3,8	0,0	3,8	0,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	89,9	0,9	110,6	1,2	147,9	1,5
10. Gesamtaufwand	9.686,8	100,0	9.599,5	100,0	9.824,9	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	3,4		1,7		3,0	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,0		3,4		2,5	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	2,0		3,4		2,5	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,4		5,2		5,4	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8,7		7,9		8,1	
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-3,3		-2,8		-2,6	

Flughafen Friedrichshafen GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Flughafen Friedrichshafen GmbH
Kontakt:	Am Flugplatz 64, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 284-0 Fax: 07541 / 284-119 E-Mail: info@fly-away.de Homepage: www.fly-away.de
Gründungsdatum:	6. Juni 1928
Eintragung Handelsregister:	14. September 1928
Gesellschaftsvertrag:	6. Juni 1928
Letzte Änderung:	2. Mai 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen GmbH von 21.272.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
VIE International Beteiligungsmanagement Ges.m.b.H.	5.350.000 €	25,15%
Stadt Friedrichshafen	3.059.000 €	14,38%
Landkreis Bodenseekreis	3.059.000 €	14,38%
Land Baden-Württemberg	2.647.000 €	12,44%
ZF Friedrichshafen AG	1.994.000 €	9,37%
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	1.897.000 €	8,92%
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.635.000 €	7,69%
Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	731.000 €	3,44%
Dornier GmbH	450.000 €	2,12%
Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH	450.000 €	2,12%
	21.272.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Hans Weiss (bis 18.Juni 2012)
Gerold A. Tumulka (ab 19.Juni 2012)

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

stv. Vorsitzender

Mitglieder:

Dieter Hornung, Stadt Friedrichshafen

Prof. Dr. Peter Jany, IHK Bodensee-Oberschwaben

Prof. Georg Fundel, Flughafen Stuttgart GmbH

Werner Hackenberg, Immobilien und Center Management
der Flughafen Wien AGMag. Herbert Kaufmann, Airport Berater (ab 19. Januar
2012)Hans-Georg Härter, ZF Friedrichshafen AG (bis 30. April
2012)

Dr. Konstantin Sauer, ZF Friedrichshafen AG

MMag. Michael Höferer, VIE International Beteili-
gungsmanagementgesellschaft mbH

Hans-Peter Kaldenbach, Luftschiffbau Zeppelin GmbH

Dr. Stefan Köhler, Stadt Friedrichshafen

Joachim Kruschwitz, Landratsamt Bodenseekreis

Alfred Müllner, Technische Werke Friedrichshafen GmbH

Der Aufsichtsrat erhielt im Geschäftsjahr 2012 Vergütungen in Höhe von 38 T€.

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Anlage und den Betrieb eines öffentlichen Flughafens erfüllt die Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag bei der verkehrstechnischen Anbindung der Drei-Länder-Region Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Gesellschaft ist somit ein wichtiger Pulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Flughafen Personal- und Servicegesellschaft mbH, Friedrichshafen
(Einlage: 18.800 €, Anteil: 75,2 %)

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Laut Vereinbarung vom 15. Dezember 1997 (1. Änderung vom 2./11. Februar 1999) erstattet das Land Baden-Württemberg der FFG gemäß § 29 Abs. 1 LuftVG bzw. § 27d LuftVG pauschal die von der FFG für das Land erbrachten Luftaufsichtsdienste bzw. Flugsicherungsbetriebsdienste.
- ⇒ Die Erstattung für Fluggastkontrolldienste wurde mit Vertrag vom 22./29. Juni 2009 zwischen dem Land Baden-Württemberg und der FFG neu geregelt. Seit 1. Januar 2010 vergütet das Land Baden-Württemberg der FFG eine Pauschalvergütung pro eingesetztem Luftsicherheitsassistenten und Einsatzstunde zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Pauschalvergütung setzt sich grundsätzlich aus dem tariflichen Stundenlohn, den lohnabhängigen Kosten und den sonstigen Kosten zusammen.
- ⇒ Mit verschiedenen Airlines bestehen IATA Standard Ground Handling Verträge, die über die Entgeltordnung hinaus Abfertigungs- und Sonderdienste mit den Vertragspartnern regeln.
- ⇒ Vertrag über Lagerung, Verkauf und Auslieferung von Flugbetriebsstoffen auf dem Flughafengelände vom 31. Oktober 2008 für die Schell Deutschland Oil GmbH.
- ⇒ Mit dem Instandhaltungs- und Dienstleistungsvertrag vom 19. März 2010 wird vereinbart, dass die IBS Luftfahrt und Service GmbH, Friedrichshafen, alle Instandhaltungsarbeiten übernimmt, die für einen störungsfreien und regelkonformen Betrieb der Flugbetriebstechnik erforderlich sind.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

- ⇒ Der Bodenseekreis gewährte der Flughafen Friedrichshafen GmbH Ausfallbürgschaften zusammen mit der Stadt Friedrichshafen (je 50 %), damit die FFG zinsverbilligte Darlehen in Anspruch nehmen konnte.
Der aktuelle Stand der Darlehen zum 31. Dezember 2012 beträgt 2.108.288,19 €.
Die Bürgschaften betragen entsprechend 1.054.144,10 €.

Weitere Finanzbeziehungen zwischen dem Bodenseekreis und der FFG GmbH gab es im Jahr 2012 nicht.

- ⇒ Die ZF Friedrichshafen AG gewährte der FFG GmbH im Geschäftsjahr 2012 ein Gesellschafterdarlehen i.H.v. 500 T€.

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2012 waren neben dem Geschäftsführer im Jahresdurchschnitt 147 Mitarbeiter beschäftigt. Diese verteilen sich auf die Gruppen wie folgt:

- ⇒ Verkehr 114,25,
⇒ Kaufmännische Verwaltung/Personal 7,
⇒ Unternehmenskommunikation inkl. Parkplatz- und Infoservice 12,25 (Umstrukturierung 2012) und
⇒ allgemeine Verwaltung/Unternehmensleitung 1.

10. Lagebericht

a) Vorstellung des Unternehmens

Die Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG) betreibt einen regionalen Verkehrsflughafen am Standort Friedrichshafen. Als Bodensee Airport gilt der Flughafen als Gateway zu der wirtschaftlich starken Vier-Länder-Region (Österreich, Schweiz, Liechtenstein und Deutschland). Gute Wirtschaftskennzahlen prägen das geographische Umfeld. Der Flughafen bietet der Region wichtige Anschlüsse in alle Welt und kurze Wege. Somit profitieren vom Flughafen im Besonderen die heimischen Unternehmen und die Touristikregionen. Der Standard der Flugbetriebsanlagen ist modern und entspricht internationalen Standards. Insbesondere das Instrumentenlandesystem der Kategorie IIIb und der Anti-Skid-Belag sorgen für einen hohen technischen Standard.

b) Geschäftsverlauf und Entwicklung der Branche

Im Berichtsjahr entwickelten sich die Verkehre am Bodensee Airport Friedrichshafen unterschiedlich. Schwächen im Linienprogramm konnten durch eine sehr starke Touristik nur teilweise ausgeglichen werden.

Die Linienverkehre standen aufgrund der Reduzierungen von InterSky, Deutsche Lufthansa und Germanwings stark unter Druck. InterSky reduzierte die Flottenstärke von vier auf drei Maschinen. Damit verbunden wurde sukzessive die Strecke nach Wien reduziert und nunmehr zum Jahresende auch eingestellt.

Bei der Deutschen Lufthansa gab es aufgrund des generell schwierigen Marktumfeldes im Luftverkehr Reduzierungen in der Tagesfrequenz nach Frankfurt (von 4 auf 3 tägliche Verbindungen). Die zur Lufthansa-Gruppe gehörende Germanwings reduzierte die Strecke Köln um 4 wöchentliche Frequenzen.

Erfreulich stellte sich die Touristik dar. Die Angebotserweiterung von airberlin (Ibiza und Zusatzfrequenz Palma de Mallorca), das deutliche stärkere Angebot von Sky Airlines und der Ausbau im Sommer von Thomas Cook und TUI sorgten für teilweise deutlich über dem Marktdurchschnitt liegende Zuwächse in diesem Segment.

Zudem wurde erstmalig Antalya auch im Winterprogramm angeboten. Die Krise in Ägypten sorgte allerdings zum Jahresende für die Stornierung der gerade erst im Sommer wieder aufgenommenen und ganzjährig geplanten Verbindung nach Hurghada.

In Winterprogramm wurde zudem mit Monarch Airlines eine neue starke Verbindung in den englischen Markt geschaffen, welche London und Manchester mit zusammen wöchentlich 7 Flügen bedient.

Aufgrund der Touristik entwickelte sich das zweite Halbjahr dennoch leicht über den Erwartungen zum ersten Halbjahr.

Bundesweit steht die Branche, speziell die Regionalflughäfen weiter unter enormem Druck mit gebremstem oder rückläufigem Wachstum, auch die Regionalflughäfen in den Nachbarländern erkennen einen ähnlichen Trend.

c) Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse der FFG sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 10.564 T€ um 128 T€, also rd. 1,2 % auf 10.436 T€ gefallen. Die Umsatzerlöse setzen sich aus den drei Bereichen "operative Kernerlöse", "operative Zusatzlöse" und "Non Aviation-Erlöse" zusammen. Umsatzsteigerungen haben im Berichtsjahr in den Bereichen operative Zusatzlöse sowie Non Aviation-Erlöse stattgefunden. Die operativen Kernerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 5,5 % gefallen. Aufgrund eines Passagierrückganges von 4,6 % blieben die operativen Kernerlöse pro Passagier fast unverändert (-0,9 %). Der wiederholte milde Winter 2012/13 sorgte dafür, dass die operativen Zusatzlöse, bei leichter Steigerung (+2,1 %), fast auf Vorjahresniveau geblieben sind. Hier sind im Wesentlichen die Flugzeug-Enteisungen, die knapp über dem Vorjahresniveau durchgeführt werden mussten, zu nennen. Die Steigerung der Non Aviation-Erlöse beträgt rd. 6,3 %. Durch die komplette Fertigstellung sowie Inbetriebnahme des Neuen Terminals (Bauteil A, B und C) konnten die Erlöse im Bereich Mieten und Pachten um ca. 6 % gesteigert werden. Dem entgegen steht ein leichter Rückgang der Parkerlöse von rund 1,5 % aufgrund des Passagierrückgangs (ohne Parkerlöse Mieter). Zusätzlich profitiert der Bereich Vermarktung Werbeflächen in erheblichem Ausmaß von der Fertigstellung des Terminals und der damit verbundenen Angebotserweiterung in diesem Bereich.

d) Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

Im Berichtsjahr sind Investitionen ins Anlagevermögen in Höhe von 530 T€ durchgeführt worden.

Als die größten Investitionen sind die Fertigstellung des Ankunftsterminals Teil B sowie die Anschaffung der Marker als Teil des Instrumentenlandesystems zu nennen.

Die Terminalerweiterung ist Voraussetzung zur Abwicklung der Passagierströme entsprechend dem angestrebten guten "Service-Level".

Aufgrund der voraussichtlich andauernden Unterauslastung des Terminals waren außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 2.804 T€ (Vj. 0 T€) vorzunehmen.

Auch im Jahr 2013 sind Investitionen geplant. Diese betreffen insbesondere die Sicherheitsanlagen, die aufgrund der neuen Luftverkehrssicherheitsgesetze vorgeschrieben sind.

e) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die im Berichtsjahr durchgeführten und oben unter Gliederungspunkt d) beschriebenen Investitionen und die Abschreibungen haben zu einer Reduzierung des Anlagevermögens der FFG geführt. Das Sachanlagevermögen hat sich im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 5.022 T€ reduziert.

Das Eigenkapital hat sich um den im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 4.645 T€ auf rd. 7.444 T€ verringert. Die Eigenkapitalquote der FFG beträgt per 31. Dezember 2012 rd. 19 %.

Die langfristigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr reduziert. Als Ursache hierfür ist die Abnahme der Rückstellungen für Altersteilzeit zu nennen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Die Reduktion ist auf die vertraglich vereinbarten Tilgungen in Höhe von 1.400 T€ zurückzuführen.

Die Bilanzsumme hat sich in 2012 gegenüber dem Vorjahr um 6.048 T€ reduziert. Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt in 2012 1.098 T€ (Vj. -768 T€). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt in 2012 80 T€ (Vj. 844 T€) und der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt in 2012 -900 T€ (Vj. 71 T€).

Die Entwicklung der Umsatzerlöse ist im Detail unter Gliederungspunkt C dargestellt.

Die reduzierten Materialaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus der Erfassung der gesplitteten Abwassergebühr für die Jahre 2010 und 2011 im Vorjahr, welche ab dem Jahr 2012 pro Geschäftsjahr verrechnet wird. Im Bereich Fernwärme ist der Aufwand aufgrund der höheren Verbrauchsmenge gestiegen. Darüber hinaus konnten in den Bereichen Flugbetriebstechnik, FPS sowie Fluglärm Kostenoptimierungen erzielt werden. Zusätzlich konnte der Personalaufwand um rund 180 T€ gegenüber dem Vorjahr reduziert werden. Des Weiteren konnten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um rund 810 T€ gesenkt werden (Versicherungsaufwand, Reise-, Fortbildung, Marketing und Vertrieb, Reinigung sowie Schadensfälle).

Da im Berichtsjahr weniger Fluggäste im Linienverkehr registriert wurden, aber gleichzeitig die Kostensenkungspotenziale umgesetzt werden konnten, kam es verglichen mit dem Vorjahr zu einer Verbesserung des operativen Ergebnisses vor Zinserträgen und Zinsaufwendungen sowie vor Steuern (EBIT). Das EBIT hat sich von -1.096 T€ im Vorjahr auf -692 T€ im Geschäftsjahr 2012, also um 404 T€ verbessert. Der EBITDA liegt unverändert im positiven Bereich, bei 2.074 T€, und hat sich somit positiv gegenüber dem Vorjahr entwickelt.

Die FFG schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 4.645 T€ (Vj. 2.663 T€) ab.

f) Risikobericht

Die FFG unterliegt einer Vielzahl von Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Die FFG versucht die Chancen zu nutzen und geht dafür auch Risiken ein, soweit sie für beherrschbar angesehen werden. Hierfür hat die FFG seit 2001 ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Ein Team von erfahrenen Mitarbeitern analysiert in regelmäßigen Abständen Gefahrenpotentiale, bewertet diese, macht Vorschläge zur Risikobewältigung und berichtet an die nächsthöhere Ebene / Geschäftsführung. Finanzwirtschaftliche Unternehmensplanungen und andere Informationssysteme unterstützen das Risikomanagement der FFG. Im Berichtsjahr 2012 wurden insgesamt vier Risikoberichte erstellt. Der Risikomanager ist für die Einheitlichkeit des Standards bei der Risikobeurteilung und die Risikodokumentation verantwortlich. Er arbeitet den Risikobericht jeweils für den Quartalsbericht an den Aufsichtsrat auf. Eine Risikokonferenz hat am 28. November 2012 stattgefunden.

Im Geschäftsjahr 2012 haben sich keine grundsätzlichen Änderungen bezüglich der Risikoeinstufung für existenzbedrohende Risiken ergeben. Als existenzbedrohend wird weiterhin das Risiko "Luftfahrthaftpflicht, Krieg und Terror" angesehen, welchem auch durch eine weitere Aufstockung der Versicherungssumme unter Risiko- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoll begegnet werden kann. Ferner wurde das Risiko "Liquidität" im Berichtsjahr weiterhin als existenzbedrohend eingestuft. Als weiteres A-Risiko wurde das Tower-Gebäude angesehen. Hier wird allerdings bereits an der Umsetzung der fachlichen Verbesserungsvorschläge gearbeitet, so dass davon auszugehen ist, dass sich die Rückstufung auf "B" im Jahr 2013 einstellen wird.

g) Ausblick - Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Mit neuen Airlines und einer konsequenten Positionierung als Vier-Länder-Flughafen ist die Grundlage für eine positive Entwicklung gelegt. Monarch Airlines wird im Winter 2013/14 wieder die Destinationen London-Gatwick und Manchester bedienen und der türkische Nationalcarrier, Turkish Airlines, hat den Flugplan für Friedrichshafen ab Mai 2013 bekanntgegeben. Seit Januar 2013 ist nunmehr auch die Kooperation zwischen InterSky und airberlin vollumfänglich umgesetzt (Interlining).

Somit ergeben sich wichtige neue Anschlüsse an die bedeutenden Drehkreuze in Düsseldorf, Berlin und Istanbul. Immer stärker wird auch die Positionierung als Ausweichflughafen aufgrund der besonderen Infrastruktur am Bodensee Airport.

Die führenden Reiseveranstalter haben angekündigt Ägypten wieder ins Programm aufzunehmen. Hier bleibt die politische Entwicklung und damit verbunden die Buchungsbereitschaft in den Ländern abzuwarten.

Oberstes Ziel bleibt die Ausweitung in allen Kundensegmenten und die Vergrößerung der Destinationsvielfalt. Ebenso die Strategie weitere Drehkreuzanschlüsse zu schaffen.

Die FFG muss sich in allen Segmenten breiter aufstellen um auf Schwankungen und Krisen in der Branche vorbereitet zu sein und diese besser ausgleichen zu können. Die Bandbreite der Angebote am Flughafen Friedrichshafen ist dabei ausschlaggebend, d.h. eine breite Palette an Airlines und Marktsegmenten, so dass Schwankungen in einzelnen Segmenten durch andere Segmente nach Möglichkeit ausgeglichen werden können.

In der Gesellschafterversammlung vom 29. Februar 2012 wurde beschlossen, dass eine notwendige Kapitalzuführung an die Gesellschaft bis zum 30. Juni 2012 zu klären und diesbezüglich bis spätestens zum 31. Juli 2012 ein verbindlicher Gesellschafterbeschluss herbeizuführen ist. Diese Vorgaben konnten nicht erfüllt werden. Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität wurden daher in 2013 zwei Darlehensverträge geschlossen. Die Rückzahlung der beiden Darlehen ist für den 28. Februar 2014 vorgesehen. Sollte der Gesellschaft bis dahin kein neues Kapital zufließen, ist im Jahr 2014 die Fortführung der Unternehmenstätigkeit nicht mehr gesichert.

Friedrichshafen, den 08. Mai 2013

Gerold Tumulka

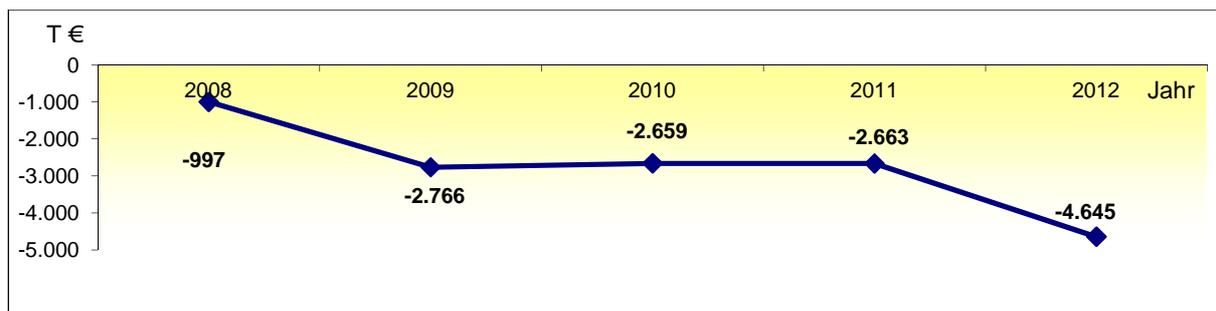
11. Abschlussprüfer

Dipl. oec. Christoph Kübler, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2012	2011	2010	2009	2008
Start- u. Landebewegungen	41.647	45.413	43.503	44.605	44.705
Fluggäste	545.121	571.709	590.640	578.475	649.646

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
B. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Software	80,1	0,2	133,2	0,3	122,4	0,2
2. Nutzungsrechte	7,4	0,0	7,4	0,0	7,4	0,0
3. Geleistete Anzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	31.737,4	79,3	34.537,6	75,0	37.650,0	76,7
2. Technische Anlagen	1.012,4	2,5	977,1	2,1	2.168,4	4,4
3. Start- und Landebahnen, Rollwege, Vorfelder	2.095,9	5,2	2.354,0	5,1	1.504,5	3,1
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.403,4	6,0	3.099,7	6,7	3.284,9	6,7
5. Geleistete Anzahlungen und Anlage im Bau	207,9	0,5	1.510,8	3,3	1.102,0	2,2
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	18,8	0,0	18,8	0,0	18,8	0,0
2. Sonstige Ausleihungen	4,0	0,0	779,4	1,7	1.100,0	2,2
	37.567,3	93,9	43.418,1	94,3	46.958,4	95,7
C. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	120,2	0,3	122,9	0,3	92,4	0,2
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	1.258,5	3,1	1.540,6	3,3	905,8	1,8
2. Forderung gegen verbundene Unternehmen	0,1	0,0	22,1	0,0	55,0	0,1
3. Forderungen gegen Gesellschafter	137,4	0,3	180,7	0,4	110,9	0,2
4. Sonstige Vermögensgegenstände	25,2	0,1	105,2	0,2	349,3	0,7
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	794,8	2,0	516,9	1,1	370,5	0,8
	2.336,2	5,8	2.488,3	5,4	1.884,0	3,8
D. Rechnungsabgrenzungsposten	70,8	0,2	140,0	0,3	236,1	0,5
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	24,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	39.998,5	100,0	46.046,4	100,0	49.078,4	100,0

Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	21.272,0	53,2	21.272,0	53,2	21.272,0	43,3
II. Kapitalrücklage	277,6	0,7	277,6	0,6	277,6	0,6
III. Andere Gewinnrücklagen	245,6	0,6	245,6	0,5	245,6	0,5
IV. Verlustvortrag	-9.706,5	-24,3	-7.043,2	-15,3	-4.384,0	-8,9
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehl- betrag	-4.644,5	-11,6	-2.663,3	-5,8	-2.659,2	-5,4
	7.444,1	18,6	12.088,7	33,2	14.752,0	30,1
B. Sonderposten mit Rücklagean- teil						
C. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen	0,0	0,0	7,3	0,0	34,2	0,1
II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
III. Sonstige Rückstellungen	913,6	2,3	899,5	2,0	1.096,9	2,2
	913,6	2,3	906,8	2,0	1.131,1	2,3
E. Verbindlichkeiten						
I. Einlagen stiller Gesellschafter	5.000,0	12,5	5.000,0	10,9	0,0	0,0
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.098,2	62,7	26.497,8	57,5	30.926,7	63,0
III. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	548,7	1,4	906,5	2,0	1.285,0	2,6
IV. Verbindlichkeiten gegen ver- bundene Unternehmen	0,7		0,0			
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	508,3	1,3	227,0	0,5	513,2	1,0
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	285,2	0,7	192,1	0,4	222,8	0,5
	31.441,1	78,6	32.823,4	71,3	32.947,8	67,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	199,7	0,5	227,4	0,5	247,6	0,5
Bilanzsumme	39.998,5	100,0	46.046,4	107,0	49.078,4	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	10.436,2	76,3	10.564,1	75,1	10.659,7	76,0
2. abzgl. Mineralölsteuer						
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	80,0	0,6	95,9	0,7
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.240,6	23,7	3.420,6	24,3	3.261,7	23,3
5. Gesamtleistung	13.676,8	100,0	14.064,7	100,0	14.017,2	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.350,8	8,0	1.451,9	9,4	1.333,5	8,7
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.453,3	8,6	1.710,1	11,1	1.673,7	11,0
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	4.610,0	27,3	4.713,7	30,6	4.351,3	28,5
b) Soziale Abgaben	946,2	5,6	1.021,2	6,6	921,6	6,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	5.569,8	33,0	2.765,3	17,9	2.863,7	18,8
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.939,6	17,4	3.747,7	24,3	4.115,1	27,0
10. Gesamtaufwand	16.869,7	100,0	15.409,9	100,0	15.258,9	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-3.193,0		-1.345,2		-1.241,7	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27,0		69,9		2,9	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.231,5		-1.342,9		-1.277,6	
18. Finanzergebnis	-1.384,5		-1.273,0		-1.274,7	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.577,5		-2.618,1		-2.516,3	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen	0,0		0,0		97,0	
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	67,1		45,1		45,9	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-4.644,5		-2.663,3		-2.659,2	

Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (BODO)**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH
Kontakt:	Schussenstraße 22, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 3614141 Fax: 0751 / 3614151 E-Mail: info@bodo.de Homepage: www.bodo.de
Gründungsdatum:	24. Februar 2003
Eintragung Handelsregister:	11. September 2003
Gesellschaftsvertrag:	24. Februar 2003
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg und die Verbesserung des ÖPNV einschließlich SPNV (Schienen-Personen-Nahverkehr) in diesen Landkreisen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen, Verbundgesellschaften, Verkehrs- und Tarifgemeinschaften und vergleichbaren Einrichtungen schließen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft von 32.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	8.000 €	25,00%
Landkreis Ravensburg	8.000 €	25,00%
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB)	8.100 €	25,31%
Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben (RBO)	3.300 €	10,31%
Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	1.600 €	5,00%
Stadtverkehr Friedrichhafen GmbH	1.600 €	5,00%
Stadtbus Ravensburg Weingarten GmbH	1.400 €	4,38%
	32.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

<u>Geschäftsführer:</u>	Jürgen Löffler
<u>Gesellschafterversammlung:</u>	Vertreter aller Gesellschafter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
stv. Vorsitzender
Mitglieder

Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Kurt Widmaier, Landrat Ravensburg
Peter Allgaier, Bürgermeister a.D., Kreisrat
Manfred Foss, BOB GmbH & Co.KG
Reimund Hausmann, Bürgermeister
Jutta Koch, Kreisrätin
Dieter Krattenmacher, Bürgermeister
Edgar Lamm, Bürgermeister
Silvio Matt, DB Zug Bus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
Alfred Müllner, Stadtverkehr Friedrichshafen
Margarete Peipp-Koch, Beamtin (bis 30.09.2012)
Markus Möller, Beamter (ab 01.10.2012)
Wolfgang Pfefferle, Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben GmbH
Andreas Pfungst, Geschäftsführer RAB
Dr. Andreas Thiel-Böhm, rundumbus Ravensburg Weingarten GmbH
Dieter Unseld, Leiter Geschäftsfeld Bus
Hermann Vogler, Oberbürgermeister
Dr. Josef Zeiselmaier, Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben GmbH

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 1.620 € (Aufwandsentschädigung).

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Einführung des Tarif- und Verkehrsverbundes bodo wird der Bevölkerung der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg die Inanspruchnahme des ÖPNV-Angebotes unter einheitlichen Tarifbedingungen ermöglicht. Bodo trägt somit zu einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in seiner Gesamtheit bei und bildet eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV in den beiden Landkreisen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Die Vereinbarung über die Finanzierung des bodo vom 25./27. Oktober 2010 bzw. 4./30. November 2010 mit dem Land Baden-Württemberg und den Landkreisen Ravensburg und Bodenseekreis trat zum 1. Januar 2011 in Kraft und endet zum 31. Dezember 2018. Sie ersetzt die bis dahin gültige Vereinbarung aus dem Jahr 2003.
- ⇒ Zusammenarbeitsverträge zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo sowie zwischen der BOB, der RAB und bodo. Die Verträge vom 12. Dezember 2003 gelten auf unbestimmte Zeit. Sie können unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Die letzte Ergänzung dieser Verträge wurde am 24. November 2011 geschlossen.
- ⇒ Der Einnahmezuscheidungsvertrag zwischen bodo, der RAB, der BOB und den Verkehrsverbundunternehmen vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von 6 Monaten auf Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Eine ordentliche Kündigung durch bodo ist ausgeschlossen. Die letzte Ergänzung (Nr. 4) zu diesem Vertrag wurde im Jahr 2009 geschlossen.

- ⇒ Der Vertrag über die Einnahmeverteilung zwischen bodo, der RAB, der BOB und den Verkehrsverbundunternehmen vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von 6 Monaten auf Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Eine ordentliche Kündigung durch bodo ist ausgeschlossen. Die letzte Ergänzung (Nr. 4) zu diesem Vertrag wurde im Jahr 2009 geschlossen.
- ⇒ Der Vertrag über die Einnahmeverteilung zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden. Eine ordentliche Kündigung durch bodo ist während der Dauer des Verbundes ausgeschlossen. Die letzte Ergänzung (Nr. 1) zu diesem Vertrag wurde im Jahr 2009 geschlossen.
- ⇒ Der Vertrag über den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für das verbundweit gültige Semesterticket (StudiTicket) zwischen dem Land Baden-Württemberg und bodo vom 22. November 2004 trat mit Einführung des Semestertickets im bodo zum Wintersemester 2003/2004 in Kraft; er verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn nicht mindestens elf Monate, d.h. zum 30. September, vor Ende des Sommersemesters, zum 31. August des Folgejahres, gekündigt wird. Durch Vertragsänderung vom 12./17. September 2008 wurden die Auszahlungen zu jeweils 50 % auf den 15. Juli und 15. November des jeweiligen Vertragsjahres festgelegt.
- ⇒ Der Dienstleistungsvertrag zwischen TWS GmbH & Co. KG und bodo vom 30. Juli 2010 haben die Vertragsparteien den bisher gültigen Vertrag ersetzt. Der Vertrag kann jährlich zum Jahresende mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.
- ⇒ Der Dienstleistungsvertrag vom 17. Dezember 2012 / 10. Januar 2013 über die Nutzung von Dienstleistungen im Verkehrsplanungsbereich zwischen der DB Zug Bus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) und der bodo GmbH; er kann frühestens zum 31. Dezember 2015 mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, hier nach jährlich zum Jahresende mit einer Frist von sechs Monaten.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis hat folgende Zahlungen im Jahr 2012 an BODO geleistet:

- ⇒ 141.300 € für Eigenaufwand
- ⇒ 669.189 € für Ausgleich verbundbedingter Belastungen
- ⇒ 2.118 € für Sonstiges

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH beschäftigte am 31. Dezember 2012 neben dem Geschäftsführer vier Gehaltsempfänger und eine geringfügig beschäftigte Angestellte. Im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführung und ohne die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse) beschäftigte die Gesellschaft 4 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

a) Fahrpreis- und Tarifentwicklung

Zum 1. Januar des Berichtsjahres wurden die Fahrpreise des Verbundtarifs um durchschnittlich 3,7 % angehoben. Gleichzeitig wurde das Abonnement-Angebot um das Abo Mobil63 erweitert, das als Netzkarte für die Zielgruppe von mobilen Menschen ab 63 Jahren konzipiert wurde und diesen unbegrenzte Mobilität im gesamten Verbund ermöglicht. Am Ende des Berichtsjahres konnten bereits über 400 Abo Mobil63-Kunden verzeichnet werden

b) Fahrgast- und Einnahmeentwicklung

(vorläufiges Ergebnis, Stand Feb. 2013, ohne StudiTicket-Verkäufe)

Fahrgastentwicklung Mio. beförderte Fahrgäste	2012	2011	Veränderung absolut	Veränderung %
VE 1 Verbundtarif einschließlich Stadtverkehre Friedrichshafen und Überlingen	26,57	26,27	+ 0,30	+ 1,14
EZV-Stadtverkehre Bad Waldsee, Immenstaad, Isny, Leutkirch, Ravensburg Weingarten, Tett nang und Wangen mit besonderem Stadttarif	7,24	7,23	+ 0,01	+ 0,14
VE 2 Gesamtverbund (= VE 1 + EZV-Verkehre; ohne Studieren-	33,81	33,50	+ 0,31	+0,92

Im Statistikbereich VE 1 setzt sich die bereits 2011 eingetretene Nachfragebelebung fort. Im Bereich der EZV-Stadtverkehre kann die Fahrgastzahl des Vorjahres gehalten und damit die negative Fahrgastentwicklung gestoppt werden.

Im Gesamtergebnis (VE 2) ergibt sich damit ein Fahrgastzuwachs von knapp 309.000 Beförderungen (Vj. 163.000) entsprechend + 0,92 % (Vj. + 0,49 %).

Die bundesdeutsche Entwicklung im Berichtsjahr im Personennahverkehr mit Bussen und Bahnen liegt bei 0,5 % Fahrgastzuwachs gegenüber dem Vorjahr (Vj. + 0,4 %; Quelle: vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamts vom 6. Februar 2013).

Die Fahrgastentwicklung in den einzelnen Marktsegmenten:

Fahrgastentwicklung in Marktsegmenten Mio. beförderte Fahrgäste	2012	2011	Veränderung absolut	Veränderung %
Gelegenheitsverkehr	5,37	5,09	+ 0,27	+ 5,38
Berufsverkehr	7,42	7,26	+ 0,16	+ 2,17
Ausbildungsverkehr Schüler	21,03	21,15	- 0,12	- 0,58
GESAMTERGEBNIS	33,81	33,50	+ 0,31	+ 0,92

Der Gelegenheitsverkehr (Fahrten mit Einzelfahrscheinen und Tageskarten) verzeichnet ein überraschend deutliches Nachfrageplus von 5,38 % (Vj. - 2,48 %). Der Berufsverkehr konnte mit 2,17 % nochmals zulegen, allerdings nicht mehr so stark wie im Vorjahr (Vj. + 3,02 %). Im Schülerverkehr sinkt die Beförderungsleistung um - 0,58 % (Vj. + 0,37 %). Nach dem ersten Rückgang im Jahr 2010 (- 0,9 %), der zwischenzeitlich leichten Belebung im Vorberichtsjahr 2011 und den im Berichtsjahr abgegangenen zwei Gymnasialstufen (G8 und G9) fällt dieses Ergebnis relativ moderat aus. Der demografische Wandel wird damit spürbar, wenn gleich der Rückgang durch die Schließung von Schulstandorten – und damit verbunden mehr ÖPNV-nutzende Schüler – und den insgesamt noch positiven Zuzugssaldo der boden- Landkreise abgemildert wurde.

Die im Berichtsjahr weiter gestiegenen Benzinpreise und die anhaltend gute Wirtschafts- und Beschäftigungslage boten insgesamt günstige Voraussetzungen für die Belebung der Nachfrage und die Erlöskraft.

Einnahmeentwicklung

Die Entwicklung der Fahrgeldeinnahmen:

Einnahmeentwicklung Mio. € einschl. ges. Mehrwertsteuer	2012	2011	Veränderung absolut	Veränderung %
VE 1 Verbundtarif einschließlich Stadtverkehre Friedrichshafen und Überlin-	25,63	24,26	+ 1,37	+ 5,65
EZV-Stadtverkehre Bad Waldsee, Immenstaad, Isny, Leutkirch, Ravensburg Weingarten, Tettnang und Wangen mit besonderem Stadttarif	5,05	4,82	+ 0,23	+ 4,81
VE 2 Gesamtverbund (= VE 1 + EZV- Verkehr; ohne Studierende)	30,68	29,08	+ 1,60	+ 5,51

Die Einnahmeentwicklung im Bereich VE 1 betrug im Berichtsjahr + 5,65 % (Vj. + 2,67 %). Die Einnahmen der Stadtverkehre des EZV-Bereichs konnten ebenfalls um 4,81 % (Vj. - 0,45 %) gesteigert werden.

Das Gesamtergebnis des Verbundes liegt bei + 5,51 % (Vj. + 2,14 %) und übertrifft das in der Tarifierungsrate definierte Einnahmeziel von 3,7 % um 1,8 Prozentpunkte. Die Einnahmeerwartung konnte damit übertroffen werden, liegt jedoch trotz dieses guten Ergebnisses noch knapp unter der Kostenentwicklung.

Die Einnahmeentwicklung in den einzelnen Marktsegmenten:

Einnahmeentwicklung Mio. € einschl. ges. Mehrwertsteuer	2012	2011	Veränderung absolut	Veränderung %
Gelegenheitsverkehr	9,79	9,10	+ 0,69	+ 7,53
Berufsverkehr	7,02	6,60	+ 0,42	+ 6,39
Ausbildungsverkehr Schüler	13,88	13,38	+ 0,49	+ 3,69
GESAMTERGEBNIS	30,68	29,08	+ 1,60	+ 5,51

Der Gelegenheitsverkehr mit + 7,53 % (Vj. - 0,31 %) und der Berufsverkehr mit + 6,39 % (Vj. + 5,20 %) bilden die Säulen der Einnahmeentwicklung in 2012. Im Berufsverkehr ist der verglichen mit der Fahrgastentwicklung (+ 2,17 %) überproportionale Einnahmewachstum auf die höheren Reiseweiten zurückzuführen. Im Schülerverkehr wird eine Einnahmesteigerung um 3,69 % verzeichnet. Dieses Ergebnis wurde zwar durch den Rückgang der Beförderungsleistung gedämpft, liegt aber über dem des Vorjahrs (Vj. + 2,38 %).

Die genannten vorläufigen Ergebnisse 2012 beinhalten noch nicht den Angebotsbereich Studierende, weil dessen Ergebnisse zum Redaktionsschluss regelmäßig wegen noch ausstehender Abrechnungen des Wintersemesters nicht vorliegen. Die StudiTicket-Verkäufe verliefen nach bisherigen Erkenntnissen im Berichtsjahr gut, so dass sich auch dieser Angebotsbereich auf das endgültige Verbundergebnis positiv auswirken wird.

c) Wirtschaftliches Ergebnis

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2012 neben der Erwirtschaftung eigener Erträge vor allem aus Werbe- und Beratungsleistungen ausreichend Zuschüsse zur Deckung der Aufwendungen aus der verbundbedingten Tätigkeit erhalten; insbesondere wurde ein Jahresüberschuss von 64 T€ nach 2 T€ im Vorjahr erwirtschaftet.

d) BedienungsangebotSchienerverkehr

Zum Jahresfahrplan 2012 wurde auf der württembergischen Allgäubahn Aulendorf – Kißlegg – Leutkirch, Aulendorf – Kißlegg – Wangen und Leutkirch – Kißlegg – Wangen wieder ein

weitgehend stündliches Zugangebot eingeführt. Damit konnte das für eine Belebung der Nachfrage dringend notwendige verbesserte Bedienungsangebot nach jahrelangen Bemühungen von Landkreis, Gemeinden und Verbund erreicht werden.

Auf der seit 2011 mit dem Radexpress bedienten Strecke Aulendorf – Pfullendorf wurde 2012 der Bahnhof Burgweiler (Gemeinde Ostrach, Landkreis Sigmaringen) als neuer Halt aufgenommen. Die Eröffnung erfolgte mit einer Sonderzugfahrt am 4. Mai 2012, bei der auch die Eigentümerfamilie des Bahnhofsgebäudes Burgweiler anwesend war. Diese gestattet die Nutzung der Bahnsteiganlage, welche von ihr in den über 40 Jahren ohne Personenverkehr in vorbildlicher Weise instand gehalten und gepflegt worden war.

Busverkehr

Im Jahresfahrplan 2012, der für das Berichtsjahr maßgeblich war, haben die Omnibusunternehmen wieder zahlreiche Angebotsänderungen und -verbesserungen realisiert:

Neukonzept Deggenhausertal: Auf den Linien 7381 und 7384 wurden vor- und nachmittags verbesserte Anschlüsse am Bahnhof Salem sowie eine zusätzliche Abendverbindung von Markdorf ins Deggenhausertal eingerichtet. Mit den beiden neuen Anruf-Wanderbus-Linien 638 RV-Schlegel – Wittenhofen – Urnau – Lehenhof und 685 Wilhelmsdorf – Illmensee – Höchsten – Markdorf wurde ein neues Samstagsangebot im Deggenhausertal geschaffen mit Anschlussmöglichkeiten in Markdorf, Illmensee und Ravensburg-Schlegel.

Linien 7535, 7538 und 7545: Der Wochenendverkehr dieser Linien wurde zum 2-Std.-Takt verdichtet und im Zuge der Überplanung eine neue Bushaltestelle am Bauernhausmuseum in Wolfegg eingerichtet.

Die Fahrzeiten der Linien 7542, 7549, 7550, 7551, 7554 und 7569 wurden an die geänderten Zugabfahrtszeiten auf der württembergischen Allgäubahn angepasst.

Auf der Linie 20 wurden Angebotsverbesserungen vormittags und abends durch zwei neue Fahrtenpaare eingeführt.

Die Linie 21 erhielt ein zusätzliches abendliches Fahrtenpaar zwischen Ravensburg und Bodnegg.

Auf der Linie 30 wurde ein neues Nachmittagsangebot an Sonn- und Feiertagen zwischen Ravensburg und Bad Waldsee geschaffen.

Mit der Linie 44 wurde im Gemeindebereich von Wilhelmsdorf einschließlich einiger Ortsteile ein neues Fahrtenangebot eingerichtet, das besonders auf Belange des Schülerverkehrs ausgerichtet ist.

In Leutkirch wurde ein neues Stadtbuskonzept eingeführt mit dichteren Bedienungsfolgen, mehr wohnortnahen Haltestellen und einem neuen Stadtbus-Fahrzeug.

e) Betrieb im Schienen- und Omnibusverkehr

Der Betrieb auf den Schienenstrecken und Omnibuslinien erfolgte im Berichtsjahr mit der gewohnten Zuverlässigkeit. Die Beeinträchtigungen aufgrund jahreszeitlicher Witterungseinflüsse hielten sich in Grenzen. Stärker als im Vorjahr traten Kapazitätsprobleme bei der Fahrradbeförderung in den Zügen der Südbahn und der Bodenseegürtelbahn zutage, welche aufgrund des guten Wetters bereits Anfang Mai einsetzten und zu teilweise empfindlichen Verspätungen und Anschlussverlusten an einzelnen Tagen und Wochenenden führten.

f) Umweltbilanz

Mit dem im Berichtsjahr erzielten Fahrgastzuwachs kann systembedingt eine CO₂-Entlastung von ca. 426 to/a (Vj. 460 to/a) bilanziert und eine nachhaltige, verbundinduzierte CO₂-Entlastungswirkung auf ca. 7.582 to/a gesteigert werden. Der Verbund als Infrastruktureinrichtung des ÖPNV leistet damit einen für das Ökosystem nachhaltigen Beitrag.

g) Verbundabrechnung

Das Testat der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EversheimStuible Treuberater GmbH / Stuttgart über die Jahresabrechnung für das Vorjahr (2011) lag zur Jahresmitte des Berichts-

jahres vor. Auf dieser Grundlage wurde der endgültige Einnahmeausgleich für das Vorjahr zeitnah und reibungslos vorgenommen.

Die Geschäftsstelle konnte ihre Aufgaben als Abrechnungsstelle für § 45a-PBefG-Ausgleichsleistungen fristgerecht und vollständig erledigen.

h) Verbundübergreifende Zusammenarbeit

Im Kooperationsprojekt mit dem Verkehrsverbund Hegau-Bodensee im Raum Überlingen/Stockach (Teilprojekt 1.1) erfolgte in der 2. Jahreshälfte die Umsetzungsphase, in der die vertraglichen und tariflichen Grundlagen erarbeitet und die erforderlichen Gremienzustimmungen eingeholt wurden. Ende Oktober wurde eine kommunale Informationsveranstaltung von bodo und VHB in Ludwigshafen durchgeführt, Mitte Dezember erfolgte die öffentliche Bekanntmachung mit einem gemeinsamen Pressegespräch im Überlinger Rathaus. Mit der Einführung der erweiterten Gültigkeit des VHB-Tarifs im Raum Überlingen (neue VHB-Zone 33) zum 1. Januar 2013 ist dieses Projekt abgeschlossen.

Im Teilprojekt Städteschnellbus/Schiffsverbindungen (Teilprojekte 1.2 - 1.4) wurden Projektsitzungen und bilaterale Gespräche durchgeführt. Auf der Basis der im April vorliegenden Vorstudie wurde eine Vertiefungsstudie beauftragt, deren Ergebnisse für das Folgejahr erwartet werden.

In der tariflichen Zusammenarbeit zwischen bodo und dem Landkreis Lindau erfolgten auf der Grundlage der im Vorjahr erzielten Beschlusslage Gespräche mit den Verkehrsunternehmen und Landkreisen. Es wurde ein detailliertes Anforderungsprofil abgestimmt mit dem Ziel, die Erlösauswirkungen einer Integration des Landkreises Lindau in den bodo-Verkehrsverbund untersuchen zu lassen. Mit diesen im Berichtsjahr geleisteten Vorarbeiten, die in enger Abstimmung mit den ÖPNV-Verantwortlichen des Landkreises Lindau erfolgten, konnte ein wesentlicher Fortschritt in diesem Projekt erzielt und wichtige Grundlagen für die im Folgejahr zu erwartenden Projektschritte gelegt werden.

i) Fahrplandatenmanagement

Im Berichtsjahr wurden - aufbauend auf die im Vorjahr bereits erstellten Pläne - weitere detaillierte Liniennetzpläne für Verkehrsplanungszwecke bereitgestellt. Außerdem lag ein Schwerpunkt bei der Erfassung und Überarbeitung der Daten von Sehenswürdigkeiten, POI's genannt (points of interest). Diese sind als Fahrziele sowohl bei der Fahrplanauskunft wie auch für die Darstellung auf den Umgebungskarten wichtig. Die Printprodukte Minifahrplan und Verbundfahrplan wurden im gleichen Umfang wie im Vorjahr ausgeliefert.

Besonders die Minifahrpläne erfreuten sich bei den Kunden großer Beliebtheit. Bei der internetgestützten Fahrplanauskunft www.bodo.de wurde das Layout komplett neu gestaltet und der Funktionsumfang deutlich erweitert, indem die Einzeilen-Eingabe und die Fahrpreisauskunft realisiert und eine interaktive Karte eingebunden wurden. Zudem wurde die Möglichkeit geschaffen, Haltestellenaushangfahrpläne und Umgebungskarten auszudrucken. Mit diesen Maßnahmen konnte die Benutzerfreundlichkeit der Fahrplanauskunft enorm verbessert werden.

j) Projekt elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM)

Nachdem der Verbund den Förderbescheid bereits im Mai des Vorjahres erhalten und fast zeitgleich der Bund seine E-ticketing Förderaktivitäten zurückgezogen hatte, stand auch die erste Jahreshälfte des Berichtsjahres im Zeichen der verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen. In zahlreichen Abstimmungsrunden der Kooperationsgemeinschaft der Verbände bodo, DING, htv und naldo und Gesprächen beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur wurde versucht, das gemeinsame E-Ticket-Projekt durch eine Kostenreduzierung förderfähig zu machen. Dies scheiterte letztlich an den fehlenden Mitteln beim Land. In der zweiten Jahreshälfte erfolgte eine bilaterale Abstimmung mit dem Land, um auf der Basis des bereits erteilten Förderbescheids einen Projektstart unter den veränderten Bedingungen, also entkoppelt von den Nachbarverbänden, zu ermöglichen. In der Herbstsitzung des Aufsichtsrats wurde einem diesbezüglichen Konzept zugestimmt, so dass dem Land ein entsprechender Antrag übermittelt werden konnte. Im Dezember erhielt der Verbund den po-

sitiven Änderungsbescheid, so dass zu Ende des Berichtsjahrs die Voraussetzungen für einen Projektstart gegeben waren.

k) Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb

Das Internetportal www.bodo.de verzeichnete im Berichtsjahr 569.780 Zugriffe (Vj. 534.560). Die Steigerung um rund 7% unterstreicht den anhaltend positiven Trend. Die Abonnement-Bestellungen im Internet (Abo-online) entwickeln sich mit 558 Bestellungen (Vj. 327) deutlich nach oben. Die Zahl der Newsletter-Abonnenten stieg im Berichtsjahr auf 278 (Vj. 168) und damit um 65 %. Mit Einführung der bodo-FahrplanApp im März konnte ein wichtiges Serviceangebot im Bereich der mobilen Fahrplanauskünfte geschaffen werden. Die Abrufzahlen im Einführungsjahr 2012 sind mit 12.325 Downloads positiv. Im Berichtsjahr gingen aus dem bodo-Gebiet 1.908 Anrufe (Vj. 1.970) bei der landesweiten Fernmündlichen Fahrplanauskunft (kostenpflichtig) ein. Der Abwärtstrend ist Folge der verstärkten Inanspruchnahme der kostenlosen Informationsmöglichkeiten im Internet sowie der mobile Fahrplanauskünfte (bodo-App). Auf den Publikumsmessen Internationale Bodenseemesse in Friedrichshafen sowie Oberschwabenschau in Ravensburg konnten auf dem Gemeinschaftsstand mit der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH (NVBW) wieder zahlreiche Kontakte mit Besuchern hergestellt und das Interesse für das ÖPNV-Angebot im bodo aktiv geweckt werden. Erfolgsfaktor hierbei ist die aktive Kundenansprache mit Spiel und Spaß, die von der Fa. Art of Event, Berlin, unter bewährter und fachkundiger Moderation von Herrn Ruff und seinem Team geleistet wird.

Unterjährig informierte der Verbund mit Infoständen in Schulzentren, im Kreisseniorerats Ravensburg, auf Prospektbörsen und weiteren öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen.

Erstmalig führte der Verbund gemeinsam mit den AboCentern eine Mailingaktion durch, bei der alle Abokunden unterjährig angeschrieben wurden.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres wurde erstmals eine "SchnupperAboAktion" durchgeführt. Dabei konnte die Abokarte als zeitlich befristetes Kurzabonnement für drei Monate zum günstigen Abopreis und ohne Verlängerungszwang getestet werden. Insgesamt haben 362 Kunden das SchnupperAbo genutzt, wovon 172 Kunden (entsprechend 48 %) im Anschluss eine reguläre Abokarte bestellt haben. Die begleitende schriftliche Kundenbefragung, welche eine relativ hohe Rücklaufquote von 35 % hatte, ergab, dass 98 % der Schnupper-Kunden mit dem Angebot zufrieden waren. Mit der Aktion konnten Verbund und Verkehrsunternehmen wichtige Erfahrungen von der Angebotskonzeption über die Markteinführung bis hin zur Weiterentwicklung der Kundenbindungsinstrumente gewinnen. Auch das neue Angebot Abo Mobil63 war einbezogen, so dass die Schnupper-Aktion dessen Markteinführung wirksam unterstützen konnte. Mit über 400 Abo Mobil63 bereits im ersten Jahr seines Bestehens sind die Erwartungen des Verbundes übertroffen worden.

Anfang Mai startete die zweite Saison des Radexpress Oberschwaben mit einer Pressesonderfahrt. Durch einige Sonderverkehre wie z.B. den Schulklassen-Aktionstag oder zu den Musikfesten in Burgweiler und Mennisweiler konnten zusätzliche Fahrgäste gewonnen werden. Die Bilanz des Berichtsjahres verzeichnet 6.801 (Vj. 5.633) Fahrgäste und somit ein Plus von 20 %. An Fahrrädern wurden 1.074 (Vj. 1.198) Stück befördert, was einem Rückgang von 10 % entspricht.

Der 6. bodo-Erlebnistag fand am 9. September bei sommerlichem Wetter statt. Gastgebende Gemeinde war Wolfegg, wo das Bauerhausmuseum mit der aktuellen Schwabenkinderausstellung einen idealen Rahmen bot. Das Sonderzugangebot umfasste drei Ringzüge im Uhrzeigersinn, bei denen erstmals Doppelstockwagen eingesetzt wurden, und neu zwei gegenläufige Ringzüge. Die Doppelstockwagen kamen als „Panoramawagen“ bei den Besuchern äußerst gut an und empfehlen sich auch für zukünftige Erlebnistage. Insgesamt konnten ca. 2.600 (Vj. 2.100) Fahrgäste gezählt werden.

Für die Regionalbuslinie 7535 wurde zur Bekanntmachung des verbesserten Bedienungsangebots vom Verbund in Zusammenarbeit mit der DB Zug Bus RAB GmbH ein Marketingkonzept entwickelt und realisiert. Neben einer Plakatserie für Haltestellen gab es Presseaktivitäten, eine spezielle Busaußenwerbung und eine öffentliche „Namenssuch-Aktion“. Aus 200 Zuschriften und 80 verschiedenen Namensvorschlägen wurde der neue Linienname gekürt: „PanoramaLinie“.

Auch die diversen Informationsmedien - Papier und/oder elektronisch - wurden im Berichtsjahr für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt. Neben den klassischen Informations-Broschüren, Faltplänen und Freizeittflyern wurde der Mix aus Informationen & Mitmachaktionen auf PR-Seiten, Kundenmagazinen, Plakaten, Newslettern oder zahlreichen Presse-Meldungen kommuniziert.

I) Vertriebsorganisation

Im Berichtsjahr wurde das Mobilitätszentralen-Projekt weiter vorangetrieben und die erforderlichen Beschlüsse eingeholt. Mobilitätszentralen sind an den Standorten Friedrichshafen und Ravensburg vorgesehen und sollen eine integrierte Kundenbedienung in den DB Reisezentren im Fernverkehr sowie im ÖPNV ermöglichen. In zahlreichen Projektgruppensitzungen wurden bis zum Ende des Berichtsjahres die für eine Realisierung relevanten Details besprochen. Zwischen DB Vertrieb GmbH und bodo wurde eine Absichtserklärung unterzeichnet. In einem Gespräch, bei dem auch der Verbund vertreten war, stellte die DB Vertrieb GmbH den Oberbürgermeistern der Städte Friedrichshafen und Ravensburg das Konzept vor. Der Verbund koordinierte die Konzeption für die Innengestaltung der Mobilitätszentralen und die Entwicklung eines Markenlogos.

m) Vertragswesen und Verkehrsrecht

Im Berichtsjahr wurde eine Vereinbarung für die Durchführung der Verbundkooperation zwischen bodo und VHB im Raum Überlingen - Stockach als Nachtrag zum Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen zwischen der DB Zug Bus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH und dem Landkreis Bodenseekreis erarbeitet, die im Folgejahr geschlossen wurde.

Mit der formellen Verlängerung der zum Ende des Vorjahres ausgelaufenen Vereinbarung über die Pauschalierung von §45a-Ausgleichsleistungen konnte der bodo-Verkehrsverbund die für die Omnibusverkehrsunternehmen notwendige Rechts- und Finanzierungssicherheit bis wenigstens Ende 2013 erreichen.

Zum Ende des Berichtsjahres erfolgte die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes, die dringend nötig war, um die bereits seit 2009 unmittelbar geltenden Regelungen der EU-Verordnung 1370 in nationales Recht zu fassen.

n) Verkehrsplanung

Im Berichtsjahr erfolgten mehrere Sitzungen des Arbeitskreises Verkehrsplanung. Im Rahmen des bereits im Vorjahr eingerichteten Verkehrsraummanagements erfolgten weitere Sitzungen. Bereits gestartete Projekte wie das Pilotprojekt Deggenhausertal wurden fortgeführt, weitere Projekte gestartet wie z.B. die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Wangen-Haslach (Jacobus-Behindertenhilfe) oder in Tettnang-Obereisenbach (Firma Vau-De). Im September wurde die bei den Verkehrsunternehmen geschaffene Stelle für Verkehrsplanung mit Frau Tugba Altinok besetzt. Sie befasste sich bis zum Ende des Berichtsjahres schwerpunktmäßig mit der Erarbeitung von Grundlagen für die Weiterentwicklung der differenzierten Bedienungsformen.

o) Geschäftsstellenangelegenheiten

Das operative Geschäft und die Aufgabenerledigung konnten im Berichtsjahr ordnungsgemäß und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern durchgeführt werden. Im Personalbestand zeigte sich keine Veränderung.

Im Rahmen des Projekts Mobilitätszentrale wurden die zukünftigen Aufgaben der Verbundgeschäftsstelle in ein Konzept gefasst und dieses den Gesellschaftern vorgelegt. Auf dieser Grundlage wurde beschlossen, größere Räumlichkeiten im selben Gebäude, jedoch ein Stockwerk tiefer im ersten Obergeschoss, bei der DB Station & Service anzumieten. Die Mietkonditionen konnten bereits frühzeitig im Sommer des Berichtsjahres mit der DB verhandelt werden. Der Umzug ist für die erste Jahreshälfte des Folgejahres vorgesehen.

p) Fazit und Ausblick

Die im Berichtsjahr weiter anhaltende Nachfragebelebung begünstigte eine gute und über der Planung liegende Einnahmeentwicklung. Im Schülerverkehr machte sich der demografische Wandel bemerkbar durch eine leicht rückläufige Nachfrage, der ein Zuwachs im Pendler- und Studierendensegment gegenüber stand.

Die seit Bestehen des Verbundes höchste Kostensteigerungsrate von 5,9 % stellte im Berichtsjahr für die Verkehrsunternehmen eine große Herausforderung dar. Für den Ausbau des Verkehrsangebots fehlte den Verkehrsunternehmen der nötige finanzielle Spielraum. Um den ÖPNV nachhaltig finanzierbar zu halten, ist es erforderlich, bestehende Bedienungskonzepte kritisch zu überprüfen und effiziente, flexible Bedienungsformen zu entwickeln.

Zur Erschließung weiterer Fahrgastpotentiale ist die Konzeption neuer, attraktiver Fahrscheinangebote fortzuführen. Dazu gehören auch die Einbeziehung des Landkreises Lindau und Übergangslösungen zu Nachbarverbänden, um eine größere räumliche Abdeckung und damit höheren Kundennutzen zu erzielen.

Das elektronische Fahrgeldmanagement und rechnerunterstützte Betriebsleitsysteme - Stichwort Echtzeit und Anschlussicherung – sind technische Plattformen, die kundenorientierte und attraktive Ticketangebote und Verkehrsdienstleistungen ermöglichen. Hierbei sind einheitliche Lösungen anzustreben (E-Ticket Deutschland), um Kundennutzen und technisch beherrschbare Innovation vereinen zu können. Der technologische Wandel ist zwar einerseits notwendig, birgt aber andererseits auch zunehmende Komplexität und Kostenbelastung und erfordert deshalb ein hohes Maß an Abstimmung unter den Beteiligten.

Das sich verändernde Mobilitätsverhalten Jugendlicher und junger Erwachsener, das gekennzeichnet ist durch eine nachlassende Bindung an den PKW-Besitz und eine hohe Akzeptanz neuer Medien, muss aus Sicht der Geschäftsführung verstärkt auch bei Konzeption von ÖPNV-Angeboten Eingang finden. Die Anstrengungen bei der Vermittlung des ÖPNV-Angebots mittels Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit dürfen nicht nachlassen. Der Vernetzung des Gesamtangebots unter verkehrsmittelübergreifender Betrachtung im Sinne eines intermodalen Ansatzes kommt hierbei aus Sicht der Geschäftsführung eine wichtige Bedeutung zu. Der Erfolg des ÖPNV – und damit zukünftiges Wachstum - wird verstärkt von maßgeschneiderten und integrierten Mobilitätslösungen mit hoher Qualität abhängen.

Die Mobilitätszentralen mit einheitlichem und professionellem Kundenservice im front- und Backoffice leisten bei der kundenorientierten Vermittlung des komplexen ÖPNV-Angebots einen wichtigen Beitrag. Ihr Leistungsumfang sollte sukzessive und an den Kundenbedürfnissen orientiert um intermodale Verkehrsdienstleistungen erweitert werden.

Aufgrund der gesellschaftsvertraglichen Verlustausgleichsregelung wird in den folgenden Jahren jeweils ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Aus Sicht der Geschäftsführung stehen dem ÖPNV harte Jahre bevor. Mittelknappheit, demografischer Wandel und gesellschaftliche Veränderungen bilden mehrere Unbekannte. Es ist zu erwarten, dass dadurch auch der Verbundstruktur, die sich bisher bewährt hat, einige Bewährungsproben auferlegt werden. Für den Verbund gilt es, den Veränderungsprozess sachkundig, rechtzeitig und nachhaltig zu moderieren und zu fördern. So wird es gelingen, dass Fahrgäste und Verkehrsunternehmen auch in Zukunft zum gegenseitigen Wohle zusammenkommen.

Ravensburg, den 22. Februar 2013

Jürgen Löffler

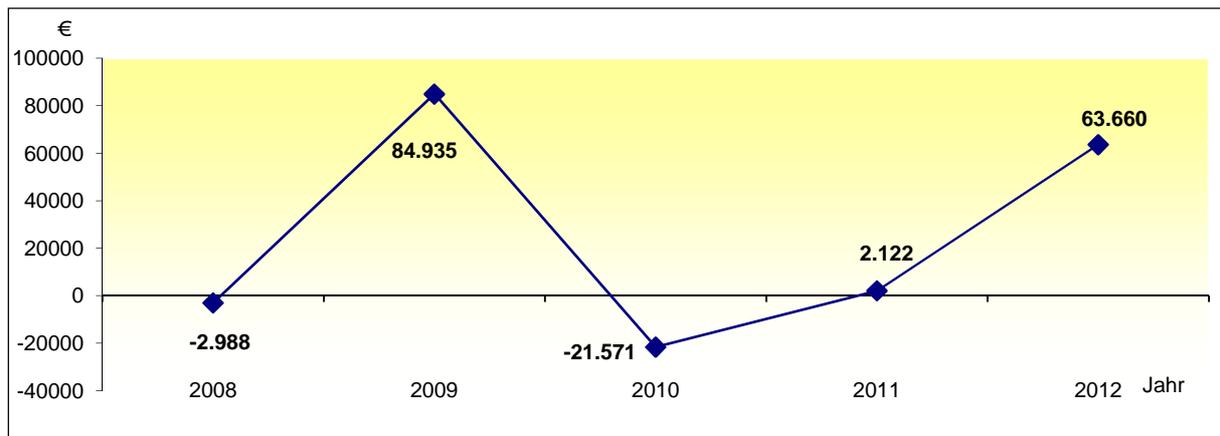
11. Abschlussprüfer

EversheimStuible Treiberater GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2012	2011	2010	2009	2008
Verbundeinnahme in T€	30.680	29.067	28.458	28.260	26.020
Fahrgastzahlen in T	33.810	33.305	33.468	33.720	33.000

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	11,1	1,3	2,4	0,3	1,2	0,2
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	1,4	0,2	2,0	0,3	2,6	0,4
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	27,2	3,2	36,1	4,7	26,6	3,7
	39,7	4,7	40,5	5,3	30,4	4,2
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Waren	8,6	1,0	8,2	1,1	7,1	1,0
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	0,0	0,0	7,6	1,0	15,3	2,1
2. Forderung gegen Gesellschafter	0,5	0,1	0,8	0,1	12,6	1,7
3. Sonstige Vermögensgegenstände	26,3	3,1	23,6	3,1	20,6	2,9
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	770,1	91,1	681,8	89,4	633,8	87,8
	805,5	95,3	721,9	94,7	689,4	95,5
C. C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,0	0,1	0,0	1,8	0,2
Bilanzsumme	845,3	100,0	762,5	100,0	721,6	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	32,0	3,8	32,0	4,2	32,0	4,4
II. Rücklagen						
1. Gewinnrücklagen	67,5	8,0	65,4	8,6	86,9	12,0
III. Jahresfehlbetrag	63,7	7,5	2,1	0,3	-21,6	-3,0
	163,2	19,3	99,5	13,0	97,4	13,5
B. Rückstellungen	26,4	3,1	22,5	2,9	29,4	4,1
C. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	112,7	13,3	98,0	12,9	144,7	20,1
II. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	20,5	2,4	4,3	0,6	4,3	0,6
III. Sonstige Verbindlichkeiten	522,6	61,8	538,2	70,6	445,8	61,8
	655,8	77,6	640,6	84,0	594,8	82,4
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	845,3	100,0	762,5	100,0	721,6	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	4,5	0,5	4,7	0,5	4,6	1,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	890,8	99,5	849,6	99,5	345,0	98,7
5. Gesamtleistung	895,2	100,0	854,3	100,0	349,6	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	55,2	6,6	56,3	6,6	61,8	7,1
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	61,5	7,4	69,1	8,1	126,2	14,5
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	309,3	37,1	323,6	37,9	290,9	33,4
b) Soziale Abgaben	47,0	5,6	52,4	6,1	45,0	5,2
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	17,2	2,1	14,6	1,7	13,9	1,6
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	342,8	41,2	337,3	39,5	334,1	38,3
10. Gesamtaufwand	833,1	100,0	853,3	100,0	871,9	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	62,2		0,9		-522,3	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,5		1,2		2,2	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	0,0		0,0		498,5	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		0,0	
18. Finanzergebnis	1,5		1,2		500,7	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	63,7		2,1		-21,6	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	63,7		2,1		-21,6	

BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
Kontakt:	Kornblumenstraße 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	5. Februar 2002
Eintragung Handelsregister:	26. Oktober 2009
Gesellschaftsvertrag:	5. Februar 2002
Letzte Änderung:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichem Personennahverkehr, insbesondere Schienenpersonennahverkehr.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

An der BOB GmbH & Co.KG ist die Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH als Komplementärin und persönlich haftende Gesellschafterin ohne Einlage und Kapitalanteil beteiligt. Das ins Handelsregister eingetragene Haftkapital der Kommanditisten beträgt 1.278.400 €. Es verteilt sich auf die Kommanditisten wie folgt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	351.560 €	27,50%
Stadt Ravensburg	319.600 €	25,00%
Landkreis Bodenseekreis	255.680 €	20,00%
Landkreis Ravensburg	223.720 €	17,50%
Gemeinde Meckenbeuren	127.840 €	10,00%
	1.278.400 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens**Geschäftsführung:**

Die Geschäftsführung wird von der BOB VerwaltungsGmbH, Friedrichshafen, wahrgenommen. Diese wird durch ihren Geschäftsführer, Herrn Dipl.-Verw.-Betriebswirt Manfred Foss, Friedrichshafen, vertreten. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Beirat:

Der Beirat ist bei der Komplementärin, der BOB Verwaltungs-GmbH installiert.

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender: Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (Rechtsvorgängerin: Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH) betreibt seit 1993 Schienenpersonennahverkehr zwischen Friedrichshafen Stadt und Ravensburg. Ab 1997 hat sie ihr Bedienungsgebiet im Norden bis Aulendorf und im Süden bis Friedrichshafen Hafen erweitert und sich damit als fester Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Bodensee-Oberschwaben etabliert.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Bodensee-Oberschwaben-Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg (Anteil: 5%)

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Vertrag über die kaufmännische Betriebsführung mit der TWF Friedrichshafen GmbH vom 19. April 1993 mit Nachträgen vom 20. September 1995, 26. September 1997 und 25. Januar 2000.
- ⇒ Vertrag über die technische Betriebsführung im Schienennahverkehr mit der Hohenzollerischen Landesbahn AG, Hechingen und der Regionalverkehr Alb Bodensee GmbH (RAB) vom 30. September/5. Juli 1993. Gegenstand ist die Durchführung der Triebwagenfahrten auf der DB-Strecke Friedrichshafen Stadt/Hafen – Aulendorf und den damit verbundenen eisenbahntechnischen Leistungen.
- ⇒ Mietvertrag mit der Deutschen Bahn AG, vertreten durch die DB Immobiliengesellschaft mbH, vom 7. März 2001. Mietgegenstand ist das Betriebsgelände in Aulendorf.
- ⇒ Mietvertrag mit der Deutschen Bahn AG, vertreten durch die DB Immobiliengesellschaft mbH, vom 7. März 2001. Mietgegenstand ist der Betriebshof in Friedrichshafen.
- ⇒ Verkehrsvertrag mit dem Land Baden-Württemberg im SPNV auf der Südbahn zwischen Friedrichshafen und Aulendorf vom 17. Februar 2009.
- ⇒ Grundsatz-Infrastrukturnutzungsvertrag mit der DB Netz AG vom 26. März 2012 über den Zugang es von der DB Netz AG betriebenen Schienennetzes sowie Serviceeinrichtungen.
- ⇒ Stationsnutzungsvertrag mit der DB Station & Service AG vom 9. Dezember 2011. Gegenstand ist die Festlegung der Bedingungen für die Gewährung der Nutzung der Stationen der DB Station & Service AG-
- ⇒ Einzelnutzungsvertrag über die Nutzung von Serviceeinrichtungen der DB Netz AG zwischen der DB Netz AG und der BOB vom 16. Dezember 2011. Der Vertrag regelt auf Basis des Grundsatz-Infrastrukturnutzungsvertrags die Nutzung von speziell definierten Serviceeinrichtungen.
- ⇒ Vertrag über die Wahrnehmung von Aufgaben der BOB-Verkaufsorganisation durch RAB-Mitarbeiter mit der RAB GmbH vom 5. Oktober 1993
- ⇒ Kooperationsvertrag über die Bildung einer Tarifgemeinschaft mit der RAB GmbH vom 6. Oktober 2004 mit Nachträgen vom 16. September 2009, 17. November 2009 und 30. November 2010.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über den Vertrieb von Fahrkarten mit der DB Vertrieb GmbH vom 11. Juni 2010.

Verträge im Zusammenhang mit der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg (BODO):

- ⇒ Gesellschaftsvertrag vom 24. Februar 2003; Laufzeit unbefristet; Kündigung des Gesellschaftsverhältnisses mit einer Frist von einem Jahr zum Ende des Geschäftsjahres; erstmals zum 31. Dezember 2006.
- ⇒ Zusammenarbeitsvertrag mit bodo vom 13. Dezember 2003.

- ⇒ Einnahmezuscheidungsvertrag zwischen BODO, RAB und BOB einerseits und verschiedenen Verkehrsunternehmen andererseits vom 12. Dezember 2003 mit 4 Ergänzungsvereinbarungen, welche zum 2. Dezember 2009 in Kraft getreten sind.
- ⇒ Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg als Aufgabenträger und der BOB vom 12. Dezember 2003 mit Ergänzungsverträgen vom 5. April 2006, 28. November 2009 und 25. November 2009.
- ⇒ Vereinbarung über verbundbedingte Investitionen und deren Finanzierung zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB.

8. Wesentliche Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis leistete 2012 folgende Zahlungen an die BOB:

- ⇒ Zuschüsse für die Umwelt-Abo-Karten: 32.232,81 €
- ⇒ für Schülermonatskarten: 88.404,90 €
- ⇒ für Ausgleich verbundbedingter Belastungen: 23.025,20 €

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags werden Gewinnanteile den Darlehenskonten der Kommanditisten gutgeschrieben, falls nicht die Gesellschafterversammlung vor oder bei Feststellung des Jahresabschlusses beschließt, Teile des Gewinns den Rücklagenkonten zuzuschreiben.

9. Anzahl der 2011/2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer war ein weiterer Mitarbeiter als Prokurist beschäftigt. Die für die Abwicklung des operativen Geschäfts erforderlichen Leistungen werden von den Betriebsführern über Betriebsführungsverträge gegen Entgelt erbracht.

10. Lagebericht

a) Geschäftsverlauf

Die positive Unternehmensentwicklung hat sich bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG auch im Geschäftsjahr 2011/12 fortgesetzt. Eine pünktliche und zuverlässige Betriebsdurchführung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen sowohl Verkehrs- als auch betriebswirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen waren. Der beste Beleg hierfür sind weiterhin steigende Fahrgastzahlen, daneben ist es der Gesellschaft erneut gelungen, einen signifikanten Gewinn zu erzielen.

Da die Verantwortung für den SPNV bei den Bundesländern angesiedelt ist, führt die Gesellschaft ihren Verkehr im Auftrag des Landes Baden-Württemberg durch. Die vertragliche Grundlage hierfür bildet ein Verkehrsvertrag, der zuletzt zum 1. Januar 2010 angepasst wurde. Seit diesem Zeitpunkt werden die Kosten für die Inanspruchnahme der DB-Schieneninfrastruktur (Trasse und Bahnhöfe bzw. Haltepunkte) nunmehr vom Land separat abgegolten, sodass sich diese kostensteigernden Maßnahmen für die Gesellschaft nicht mehr auswirken. Für die Nutzung der Infrastruktur bestehen für die Trasse ein Infrastruktur-nutzungsvertrag mit der DB Netz AG sowie ein Stationsnutzungsvertrag mit der DB Station & Service AG. Aufgrund der exorbitanten Steigerungsraten bei den Stationspreisen in den zurückliegenden Jahren kürzte die Gesellschaft seit Anfang 2008 ihre Zahlungen an die DB Station & Service AG (die Einbuchung der entsprechenden Verbindlichkeiten wird aber in voller Höhe vorgenommen). Nachdem die Gesellschaft in diesem Rechtsstreit in erster Instanz unterlegen ist, läuft hier gegenwärtig das Berufungsverfahren. Der Verkehrsvertrag mit dem Land Baden-Württemberg wurde mit Wirkung ab 1. Januar 2010 bezüglich der Infrastrukturkosten geändert; seit diesem Zeitpunkt werden die Stationspreise unter Vorbehalt bezahlt.

Die für die Betriebsdurchführung erforderlichen Dienstleistungen werden wie bisher von den betreffenden Vertragspartnern erbracht. So ist weiterhin die Technische Werke Friedrichshafen GmbH (TWF) für die kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführung sowie die technische und kassenmäßige Betreuung der BOB-eigenen Fahrausweisautomaten zuständig, im Produktionsbereich zeichnen die DB Zug Bus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) für die Personalgestellung der Triebwagenführer und die Hohenzollerische Landesbahn AG für den eisenbahntechnischen Part verantwortlich.

Die Gesellschaft hat ihr Fahrplanangebot im Fahrplanjahr 2011/2012 (11. Dezember 2011 - 8. Dezember 2012) unverändert beibehalten. Das Fahrleistungsvolumen betrug im Geschäftsjahr (1. Oktober 2011 – 30. September 2012) rd. 534.000 km.

Der Einsatz des einheitlichen Wagenparks bewirkt neben den betriebswirtschaftlichen Vorteilen bei der Instandhaltung auch positive Effekte bei der Betriebsabwicklung. Beispielhaft dafür steht die weiterhin hohe Pünktlichkeitsquote, die wie im Vorjahr auch im laufenden Kalenderjahr 2012 (1. Januar - 30. September 12) mit 98,1 % ein Ergebnis aufweist, welches bundesweit zur Spitzengruppe zählt.

Die Gesellschaft ist Vollmitglied im Verkehrs- und Tarifverbund „bodo“, der die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg umfasst und am 1. Januar 2004 gestartet ist. Die bodo-Tarife wurden zuletzt zum 1. Januar 2012 um durchschnittlich 3,7 % erhöht.

Bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn ist auch im laufenden Kalenderjahr eine positive Fahrgastentwicklung festzustellen. Die durchschnittliche Anzahl der Fahrgäste hat sich, entsprechend den Zählungen im März, Juni und September 2012 um knapp 3 % gegenüber den entsprechenden Werten des Vorjahres erhöht. Diese Steigerungsrate liegt deutlich über der bodo-Entwicklung (-0,1 %).

Der stetige Anstieg der Fahrgastzahlen, der zunehmend zu Kapazitätsengpässen im Spitzenverkehr führt, und die hohe Belastung des Wagenparks haben dazu geführt, dass der Beirat der Beschaffung zweier zusätzlicher Triebwagen zugestimmt hat. Das Investitionsvolumen hierfür beläuft sich auf 4,8 Mio. € und wird von der Gesellschaft aus Eigenmitteln bzw. über Fremdkapital finanziert. Die Auslieferung dieser Fahrzeuge erfolgt im ersten Halbjahr 2013.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2011/12 auf 0,29 Mio. € (Vj. 0,71 Mio. €). Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 0,25 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen aufgrund von Miet- und periodenfremden Erträgen um 0,01 Mio. €. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen hauptsächlich aufgrund höherer Preise im Treibstoffbezug um 0,01 Mio. €, wogegen sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen aufgrund höherer Ausgaben für die technische Betriebsführung sowie höherer Trassen- und Stationsentgelte um 0,51 Mio. € erhöhten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich hauptsächlich aufgrund gestiegener Rechts- und Beratungskosten und Gebühren um 0,09 Mio. € erhöht.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011/12 beläuft sich nach Steuern auf 0,25 Mio. €. Er liegt damit um 0,36 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Die Vermögens- und Finanzlage war im Geschäftsjahr 2011/12 weiterhin konstant. Es standen jederzeit ausreichend liquide Mittel zur Verfügung, was schon durch den Bestand an Bankguthaben zum 30. September 2012 in Höhe von rd. 1,7 Mio. € dokumentiert wird. Unter voller Einrechnung des Jahresüberschusses 2011/12, der vollständig in die Rücklagen eingestellt werden soll, errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 54 % (30. September 2011: 65 %). Im Geschäftsjahr wurden planmäßige Darlehenstilgungen in Höhe von 0,3 Mio. € ge-

leistet. Zur Finanzierung von zwei weiteren Triebwagen wurde ein Darlehen in Höhe von 3,5 Mio. € aufgenommen. Bis zum Bilanzstichtag wurden davon 1,75 Mio. € abgerufen. Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen betragen rd. 1,83 Mio. €; davon entfielen 1,82 Mio. € auf die zweite bzw. dritte Anzahlung für die zwei neuen Triebwagen.

c) Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Zur Beherrschung und Kontrolle der Risiken hat die TWF im Rahmen ihrer Aufgabenstellung als kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführerin der BOB KG ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es finden halbjährlich Risikoinventuren statt.

Gemäß dem letzten Risikobericht mit Stand Juli 2012 besteht bei der Gesellschaft ein bestandsgefährdendes Risiko: Ein ausbleibender Verlustausgleich der Gesellschafter für die negativen Jahresergebnisse ab 2012/2013 (Auswirkung zusätzlicher Triebwagen) kann zu Unterliquidität führen. Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 5. Juli 2011 werden die Jahresfehlbeträge in den Geschäftsjahren ab 2012/2013 bis 2015/2016 - entgegen der gesellschaftsrechtlichen Bestimmung - nicht durch die Gesellschafter ausgeglichen. Als eine dem Risiko entgegenwirkende Maßnahme erfolgt zur Sicherstellung der Liquidität die Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung von Verlusten.

Als weitere Risiken für die Zukunft werden angesehen: Anstieg der Treibstoffkosten und steigende Personalkosten, die sich über die entsprechenden Dienstleistungsverträge auch bei der BOB KG auswirken.

d) Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2012/13 wird erstmals wieder mit einem negativen Unternehmensergebnis gerechnet. Ursächlich hierfür sind einerseits der Zugang der neuen Triebwagen, die zu höheren Kapital- und Betriebskosten führen und andererseits deutliche Steigerungen im Aufwandsbereich. Dies gilt insbesondere für die Instandhaltung der Fahrzeuge, höhere Personalkosten der Triebwagenführer sowie die extern bestimmte Entwicklung der Treibstoffpreise. Ein derzeit noch nicht bewertbares Risiko besteht für die Gesellschaft bei den Triebwagen. Bei anderen Schienenverkehrsunternehmen wurde festgestellt, dass bei Triebwagen einer bestimmten Bauserie Rostschäden auftraten, die mit erheblichem finanziellem Aufwand saniert werden müssen. Bei der Gesellschaft könnten hiervon die Fahrzeuge des Baujahres 1998 betroffen sein. Entsprechende Untersuchungen sind zeitnah vorgesehen; im anstehenden Geschäftsjahr ist die Sanierung eines Triebwagens geplant. Parallel hierzu laufen die Hauptuntersuchungen der Triebwagen planmäßig weiter. Unter diesen Rahmenbedingungen wird im Geschäftsjahr 2012/13 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 0,4 Mio. € gerechnet.

Gemäß mittelfristiger Finanzplanung werden sich die Unternehmensergebnisse im Planungszeitraum bis zum Geschäftsjahr 2016/17 weiter deutlich verschlechtern. Sowohl die Hauptuntersuchungen der noch ausstehenden Triebwagen einschließlich der drohenden Rostsanierungen als auch die Belastungen durch die beiden neuen Triebwagen führen in den Folgejahren zu einem deutlichen Anstieg der Aufwendungen. Da die Jahresfehlbeträge von den Gesellschaftern erst ab dem Geschäftsjahr 2016/17 wieder ausgeglichen werden, führt dies bei der Gesellschaft zu zusätzlichen finanziellen Belastungen. Unter diesen Rahmenbedingungen bewegen sich die Jahresfehlbeträge in den Geschäftsjahren 2013/14 bis 2016/17 in einer Spannweite zwischen 680 T€ und 1,54 Mio. €.

e) Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres hat es noch eine wichtige Entscheidung im Rechtsstreit mit der DB Station & Service AG bezüglich der Stationspreise gegeben. Am 29. Oktober 2012 hat das Kammergericht Berlin das erstinstanzliche Urteil des Landgerichtes Berlin aufgehoben, die Klage der DB abgewiesen und der Widerklage der Gesellschaft in vollem Umfang entsprochen. Da das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, wurden die positiven Auswirkungen im Geschäftsjahr 2011/12 auch nicht berücksichtigt.

Friedrichshafen, 19. November 2012

Manfred Foss, Geschäftsführer

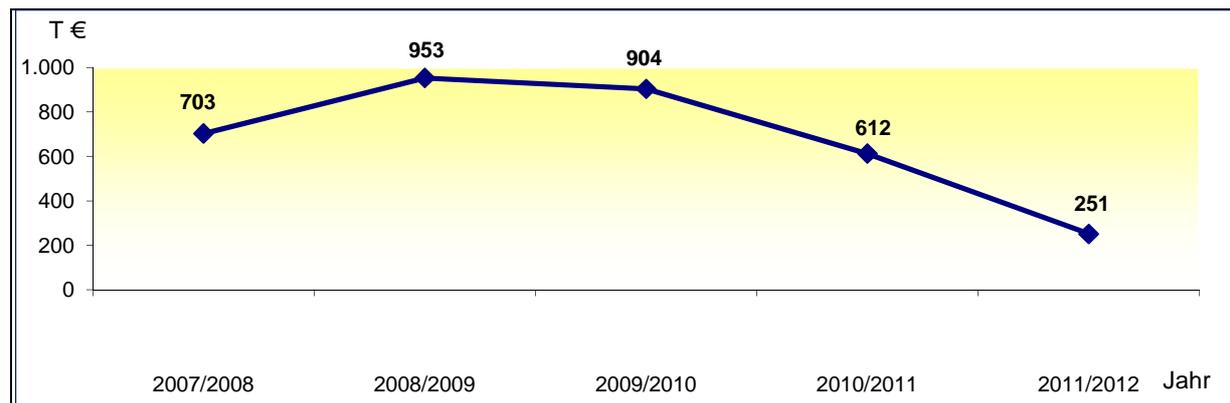
11. Abschlussprüfer

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Nürnberg

12. Leistungskennzahlen

Leistungskennzahlen	2011/ 2012	2010/ 2011	2009/ 2010	2008/ 2009
Pünktlichkeitsquote	98,1 %	98,7 %	98,7 %	98,3 %
Fahrgäste/Werktag	k.A.	4.977	4.760	k.A.
Fahrleistungsvolumen in km	534.000	534.615	531.815	532.517

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2012

Bilanz Aktiva	2011/2012		2010/2011		2009/2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	80,4	0,7	101,0	1,0	46,2	0,5
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	244,0	2,0	270,7	2,8	290,2	3,0
2. Technische Anlagen und Maschinen	4.461,4	37,2	4.890,2	50,7	5.319,0	54,8
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	391,2	3,3	543,5	5,6	658,6	6,8
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.095,0	34,1	2.275,0	23,6	0,0	0,0
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	1,6	0,0	1,6	0,0	1,6	0,0
	9.273,6	77,3	8.081,9	83,8	6.315,6	65,1
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Waren		0,0	0,0		0,0	
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	21,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Forderung gegen Gesellschafter	42,1	0,4	36,3	0,4	21,9	0,2
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	819,6	6,8	916,1	9,5	436,8	4,5
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	1.825,6	15,2	604,0	6,3	2.920,1	30,1
	2.708,3	22,6	1.556,4	16,1	3.378,8	34,8
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10,0	0,1	10,4	0,1	10,7	0,1
Bilanzsumme	11.992,0	100,0	9.648,7	100,0	9.705,2	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2012

Bilanz Passiva	2011/2012		2010/2011		2009/2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Feste Kapitaleinlagen der Kommanditisten	1.278,4	10,7	1.278,4	13,2	1.278,4	13,2
II. Rücklagen	4.875,7	40,7	4.263,2	44,2	3.810,9	39,3
III. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	250,7	2,1	612,5	6,3	904,6	9,3
	6.404,8	53,4	6.154,1	63,8	5.994,0	61,8
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	70,1	0,6	134,8	1,4	199,5	2,1
C. Rückstellungen						
I. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Sonstige Rückstellungen	1.011,3	8,4	888,5	9,2	961,8	9,9
	1.011,3	8,4	888,5	9,2	961,8	9,9
D. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.075,0	17,3	625,0	6,5	1.175,0	12,1
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	2.023,8	16,9	1.496,3	15,5	1.003,6	10,3
III. Verbindlichkeiten gegen Gesellschaftern	260,6	2,2	258,4	2,7	258,7	2,7
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	84,2	0,7	74,4	0,8	71,8	0,7
V. Sonstige Verbindlichkeiten -davon aus Steuern	55,0	0,5	10,0	0,1	31,9	0,3
	4.498,5	37,5	2.464,1	25,5	2.541,0	26,2
E. Rechnungsabgrenzungsposten	7,2	0,1	7,2	0,1	9,0	0,1
Bilanzsumme	11.992,0	100,0	9.648,7	100,0	9.705,2	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2011/2012		2010/2011		2009/2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	7.366,2	96,4	7.116,9	96,4	7.128,5	95,7
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	275,1	3,6	265,9	3,6	323,9	4,3
5. Gesamtleistung	7.641,3	100,0	7.382,8	100,0	7.452,5	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	934,6	12,8	920,8	13,9	774,8	12,2
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.944,7	68,0	4.434,8	66,8	4.246,7	66,7
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	15,5	0,2	15,5	0,2	15,5	0,2
b) soziale Abgaben	3,0	0,0	2,5	0,0	2,4	0,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	636,7	8,8	621,0	9,4	591,1	9,3
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	739,6	10,2	646,7	9,7	732,5	11,5
10. Gesamtaufwand	7.274,1	100,0	6.641,1	100,0	6.363,0	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	367,1		741,7		1.089,5	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6,7		24,2		25,5	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	-21,3		-19,0		-19,0	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-59,7		-33,4		-54,6	
18. Finanzergebnis	-74,4		-28,2		-48,1	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	292,8		713,5		1.041,3	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-41,6		-100,6		-136,3	
22. Sonstige Steuern	-0,4		-0,4		-0,4	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	250,7		612,5		904,6	

Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH
Kontakt:	Kornblumenstr. 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	12. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	27. Oktober 2009
Gesellschaftsvertrag:	12. Dezember 2001
Letzte Änderung:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Am Stammkapital des Unternehmens von 30.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	8.250,00 €	27,50%
Stadt Ravensburg	7.500,00 €	25,00%
Landkreis Bodenseekreis	6.000,00 €	20,00%
Landkreis Ravensburg	5.250,00 €	17,50%
Gemeinde Meckenbeuren	3.000,00 €	10,00%
	30.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Manfred Foss, Dipl.-Verw.-Betriebswirt
Der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine Vergütung.

Beirat:

Vorsitzender: Kurt Widmaier, Landrat Ravensburg (ab 01.01.2012)
stv. Vorsitzender: Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister (ab 01.01.2012)
Mitglieder: Wilfried Franke, Regionalverbandsdirektor
Alfred Müllner, Geschäftsführer
Dr. Daniel Rapp, Oberbürgermeister

Hans-Georg Kraus, Erster Bürgermeister
Dr.-Ing. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer
Gerd Hägele, Regierungsdirektor
Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Norbert Schültke, Dipl.-Ingenieur
Andreas Schmid, Bürgermeister

Die Mitglieder des Beirates erhalten keine Vergütung.

5. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Tätigkeit der Gesellschaft besteht in der Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Weitere Beteiligungen können erworben und verwaltet werden. Eine eigene unternehmerische Geschäftstätigkeit entfaltet die Gesellschaft bislang nicht.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Gesellschaft ist an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG als Vollhafterin (Komplementärin) beteiligt. Sie hat in dieser Eigenschaft keine Einlage erbracht und hält keinen Kapitalanteil.

7. Wesentliche Verträge

Es bestehen keine wichtigen Verträge.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Es bestehen keine direkten Finanzbeziehungen.

9. Anzahl der 2011/2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter.

10. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Da Gegenstand des Unternehmens der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG ist, fallen in der Gesellschaft nur wenige Geschäftsvorfälle an. Es gibt gegenwärtig keine Überlegungen, wonach die Gesellschaft eine eigene operative Geschäftstätigkeit entwickeln wird. Die GmbH hat keinen Kapitalanteil an der KG übernommen. Der Komplementärin werden sämtliche Auslagen erstattet, die bei ihr für die Geschäftsführung und Vertretung der KG entstehen. Darüber hinaus erhält sie eine Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) in Höhe von 6 % des eingezahlten Stammkapitals nach dem Stand zu Beginn des Geschäftsjahres.

Für die anstehenden Geschäftsjahre sind Risiken aus der Übernahme der persönlichen Haftung bei der BOB derzeit nicht zu erwarten. Für die Zukunft wird eine weitgehende Deckung des Eigenaufwandes durch die Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) erwartet.

Friedrichshafen, den 19. November 2012

Manfred Foss

11. Abschlussprüfer

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2012

Bilanz Aktiva	2011/2012		2010/2011		2009/2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Sonstige Vermögensgegenstände	2,3	7,7	0,1	0,5	0,1	0,4
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	27,1	92,2	29,7	99,5	30,4	99,5
	29,3	99,8	29,9	99,9	30,5	99,9
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,2	0,0	0,1	0,0	0,1
Bilanzsumme	29,4	100,0	29,9	100,0	30,5	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2012

Bilanz Passiva	2011/2012		2010/2011		2009/2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	30,0	102,1	30,0	100,3	30,0	98,3
II. <u>Rücklagen</u>	-2,4	-8,2	-1,8	-6,0	-0,4	-1,2
III. <u>Jahresfehlbetrag</u>	-0,2	-0,7	-0,6	-2,0	-1,4	-4,7
	27,4	93,2	27,6	92,3	28,2	92,4
B. Rückstellungen	2,0	6,8	2,3	7,7	2,3	7,5
C. Verbindlichkeiten						
I. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>						
II. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung</u>						
III. <u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>						
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	29,4	100,0	29,9	100,0	30,5	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2011/2012		2010/2011		2009/2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse						
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	2,6	100,0	1,8	100,0	1,8	100,0
5. Gesamtleistung	2,6	100,0	1,8	100,0	1,8	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter						
b) Soziale Abgaben						
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2,8	100,0	2,5	100,0	3,3	100,0
10. Gesamtaufwand	2,8	100,0	2,5	100,0	3,3	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-0,3		-0,7		-1,5	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1		0,1		0,1	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	0,1		0,1		0,1	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-0,2		-0,6		-1,4	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-0,2		-0,6		-1,4	

Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH	
Kontakt:	Neue Messe 1, 88046 Friedrichshafen Tel.: +49 7541 708-0 Fax: +49 7541 708-110 E-Mail: info@messe-fn.de Homepage: www.messe-friedrichshafen.de	
Gründungsdatum:	10. Juni 1992	
Eintragung Handelsregister:	28. Dezember 1992	
Letzte Eintragung:	10. Februar 2010	
Gesellschaftsvertrag:	24. Juni 2004	
Letzte Änderung:	3. Dezember 2009	
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember	

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Unternehmens ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, die Erstellung von Gebäuden und sonstigen Einrichtungen für Messezwecke und die Verwaltung dieses Grundbesitzes, insbesondere die Vermietung an die Messe Friedrichshafen GmbH zur Durchführung von Messen und Veranstaltungen.

Die Maßnahmen und Geschäfte der Gesellschaft haben sich auf das kommunalrechtlich Zulässige zu beschränken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 3.150.000 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	2.940.000 €	93,33%
Landkreis Bodenseekreis	150.000 €	4,76%
Industrie und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	30.000 €	0,95%
Handwerkskammer Ulm	30.000 €	0,95%
	3.150.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Herr Klaus Wellmann
Herr Stefan Mittag (ab 1. August 2012)

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender: Andreas Brand, Oberbürgermeister
Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Das Messewesen wird in Deutschland traditionell als eine öffentliche Aufgabe angesehen, der sich hauptsächlich Länder und Gemeinden annehmen.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 1991/1992 veranstaltete die Internationale Messe Friedrichshafen GmbH (INTERNATIONALE) Messen und Ausstellungen hauptsächlich in eigener Regie. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. August 1992 wurde von der bis dahin einheitlichen Gesellschaft das operative Messegeschäft abgespalten und auf die neue Messe Friedrichshafen GmbH (MESSE) übertragen. Im Rahmen dieser Betriebsaufspaltung fungiert die INTERNATIONALE ab dem Geschäftsjahr 1992/1993 als Besitzgesellschaft.

Der Bau des neuen Messegeländes nahe dem Flughafen wurde im Geschäftsjahr 2001/2002 fertiggestellt. Die „Neue Messe“ wurde am 26. Juli 2002 eröffnet. Inzwischen gibt es verschiedene Erweiterungshallen (2002/2003 Halle A6, 2003/2004 Halle B4, 2009 Hallen A7 und B5).

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Mit Kaufvertrag vom 30. Juni 1992 verkaufte die Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH an die Messe Friedrichshafen GmbH sämtliche dem operativen Bereich zuzuordnenden Aktiven und Passiven nach dem Stand am 1. August 1992 (Übernahmestichtag). Nicht mit verkauft wurden die Grundstücke einschließlich der Gebäude, die grundstücksgleichen Rechte (insbesondere die Erbbaurechte), die mit den nicht verkauften Immobilien zusammenhängenden Verbindlichkeiten sowie die laufenden Pensionsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Arbeitnehmern einschließlich der damit zusammenhängenden Rückstellungen. Das Messegelände wurde von der INTERNATIONALE an die MESSE vermietet.
- ⇒ Zum 1. Juli 2002 wurde ein neuer Mietvertrag (Vertrag vom 28. Juni 2002) mit der MESSE (Mieter) abgeschlossen. Mietgegenstand ist die „Neue Messe Friedrichshafen 2002“ mit den Grundstücken und Bauten, dem Zubehör, den Einrichtungen und Geräten einschließlich der vom Vermieter von dritter Seite angemieteten Parkplätze für das Messegelände. Der zu entrichtende Mietzins wurde in der Folgezeit durch verschiedene Nachträge zum Mietvertrag mehrfach angepasst.
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 7./22. Dezember 2005 über die Parkplätze P 2 Ost und P 5. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2033 (P 2 Ost) bzw. vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2018 nach Verlängerung des Pachtvertrages (P 5).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 20. Dezember 2006 über die Parkplätze P 7 und Maierhöfle/Zirkusplatz. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2006 bis zum 31. Dezember 2015 (P 7) bzw. vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2016 (Maierhöfle/Zirkusplatz).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 15. Dezember 2010 über die Parkplätze P Ost 2 und P West 2. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2008 bis zum 28. Februar 2033 (P Ost 2) bzw. vom 1. Juli 2008 bis zum 31. Dezember 2017 (P West 2).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE besteht eine Vereinbarung über die Bereitstellung von Ausgleichsflächen vom 3. März 2008. Eine weitere Vereinbarung wurde am 14./21. Dezember 2010 getroffen.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Es gab im Jahr 2012 keine Zahlungsströme zwischen dem Bodenseekreis und der Internationalen Bodensee-Messe GmbH.

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Beschäftigt war im Geschäftsjahr ein Angestellter.

10. Lagebericht

a) Allgemeines

Die Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2012 wie in den Vorjahren mit der Verwaltung und Vermietung ihres Grundbesitzes und der Messeimmobilien beschäftigt. Die Mieterin, die Messe Friedrichshafen GmbH, hatte im Berichtszeitraum ein dem Messeturnus entsprechend sehr gutes Messejahr.

Die Messe Friedrichshafen GmbH hat im Geschäftsjahr 2012 eine Gesamtmiete inkl. Übernahme der Grundsteuer von 9.318 T€ geleistet (davon 8.915 T€ Miete sowie 403 T€ Übernahme Grundsteuer 2012).

Für das Geschäftsjahr 2012 wird ein Fehlbetrag von 1.411 T€ ausgewiesen.

b) Instandsetzungsarbeiten

Die gewöhnlichen laufenden Instandhaltungs- und Wartungsaufgaben wurden gemäß Mietvertrag von der Messe Friedrichshafen GmbH durchgeführt und bewegten sich im Wesentlichen im budgetierten Rahmen. Eine umfassende Instandsetzung der Parkplätze wurde im Verlaufe des Jahres 2012 durchgeführt.

c) Sicherungsgeschäfte

Zur Zinssicherung langfristiger Darlehen werden vereinzelt Swappgeschäfte abgeschlossen. Aufgrund des geringen Umfangs solcher Transaktionen sind spezielle Risikomanagementregelungen hierfür unseres Erachtens nicht erforderlich.

Spekulative derivative Finanzinstrumente werden nicht genutzt und sind nach einem Gesellschafterbeschluss untersagt.

d) Schlussbemerkungen

Der Mietvertrag mit der Messe Friedrichshafen GmbH berücksichtigt die Aufrechterhaltung der Liquidität der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH wie auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Messe Friedrichshafen GmbH.

Die gesamte Mietzahlung reichte nicht vollständig aus die laufenden Aufwendungen einschließlich der Abschreibungen zu decken. Für die kommenden Geschäftsjahre wird aufgrund der vereinbarten, nicht kostendeckenden Miete mit einem Jahresfreibetrag gerechnet.

Dennoch sind nach derzeitiger Planung voraussichtlich mittelfristig keine weiteren Mittelzuführungen des Hauptgesellschafters notwendig, solange keine neuen Großinvestitionen finanziert werden müssen. Begründet liegt dies in den weiterhin hohen erwarteten Mietzahlungen der Betriebsgesellschaft und erfolgten Darlehnsoptimierung zur nachhaltigen Reduzierung der Zinsbelastung.

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Friedrichshafen, 22. März 2013

Die Geschäftsführung

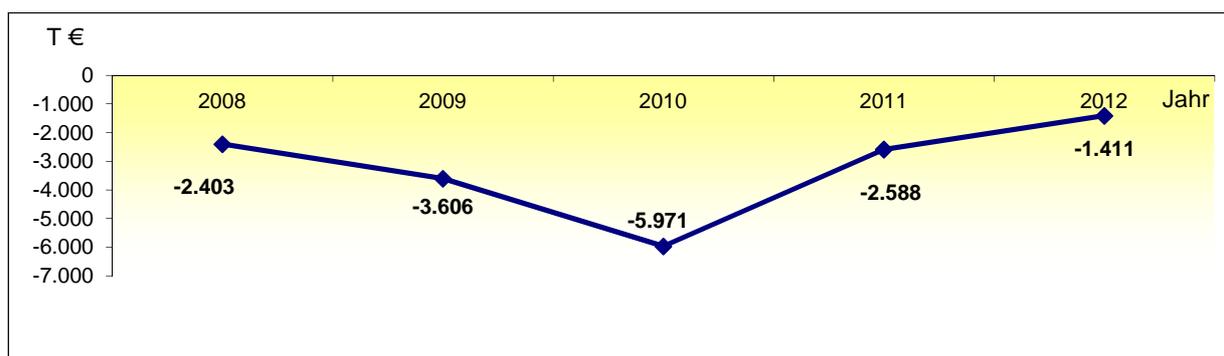
11. Abschlussprüfer

Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

12. Kennzahlen

Kennzahlen	2012 in T€	2011 in T€	2010 in T€	2009 in T€	2008 in T€
Mieterträge	9.322	7.760	5.008	6.417	5.715
derivate Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken (Nominalvolumen)	2.744	3.255	3.765	4.276	4.442

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	99.310,5	93,6	105.313,5	92,1	112.471,9	94,9
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	99.310,5	93,6	105.313,5	92,1	112.471,9	94,9
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	3,0	0,0	714,7	0,6	95,5	0,1
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	12,3	0,0	12,9	0,0	6,9	0,0
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	3.719,3	3,5	4.990,5	4,4	2.380,9	2,0
	3.734,6	3,5	5.718,1	5,0	2.483,3	2,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.076,9	2,9	3.353,7	2,9	3.529,9	3,0
Bilanzsumme	106.122,0	100,0	114.385,3	100,0	118.485,1	100,0

Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	3.150,0	3,0	3.150,0	2,8	3.150,0	2,7
II. Rücklagen	69.720,3	65,7	69.720,3	61,0	69.720,3	58,8
III. Gewinnrücklagen						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-31.248,4	-29,4	-28.660,3	-25,1	-22.689,2	-19,1
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.411,4	-1,3	-2.588,1	-2,3	-5.971,1	-5,0
	40.210,5	37,9	41.621,9	36,4	44.210,0	37,3
B. Zur Durchführung der am 3. Dezember 2009 beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtung	120,6	0,1	127,6	0,1	145,6	0,1
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	43,0	0,0	1.004,6	0,9	1.174,5	1,0
	163,6	0,2	1.132,2	1,0	1.320,1	1,1
D. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlung						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	109,1	0,1	141,3	0,1	44,0	0,0
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	8.641,0	8,1	10.641,0	9,3	10.323,2	8,7
VII. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	46.281,0	43,6	49.718,4	43,5	51.247,1	43,3
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	10.716,8	10,1	11.130,5	9,7	11.340,8	9,6
	65.747,9	62,0	71.631,2	62,6	72.955,0	61,6
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	106.122,0	100,0	114.385,3	100,0	118.485,1	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH
zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	9.322,2	98,9	7.759,8	92,7	5.008,4	98,4
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	107,7	1,1	611,3	7,3	82,7	1,6
5. Gesamtleistung	9.429,9	100,0	8.371,1	100,0	5.091,1	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	128,5	1,8	121,2	1,7	119,9	1,7
b) Soziale Abgaben	11,5	0,2	11,2	0,2	11,8	0,2
c) Aufwendungen f. Altersvorsorge	19,6	0,3	8,9	0,1	8,8	0,1
8. Abschreibungen auf Sachanlagen	5.939,8	82,9	5.942,9	82,7	5.942,8	81,8
9. Sonstige betriebl. Aufwendungen	1.065,4	14,9	1.099,3	15,3	1.179,9	16,2
10. Gesamtaufwand	7.164,8	100,0	7.183,6	100,0	7.263,2	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	2.265,1		1.187,5		-2.172,1	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46,2		21,8		26,2	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.319,6		-3.389,7		-3.412,1	
18. Finanzergebnis	-3.273,5		-3.367,9		-3.385,9	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.008,4		-2.180,4		-5.558,1	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	0,0		0,0		-5,3	
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	-403,0		-407,8		-407,8	
23. Jahresfehlbetrag	-1.411,4		-2.588,1		-5.971,1	
24. Verlustvortrag	-31.248,4		-28.660,3		-22.689,2	
25. Bilanzverlust	-32.659,8		-31.248,4		-28.660,3	

Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
Kontakt:	Leutholdstraße 30, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 385 88-0 Fax: 07541 / 385 88-33 E-Mail: info@wf-bodenseekreis.de Homepage: www.wf-bodenseekreis.de
Niederlassung Überlingen:	Heiligenbreite 34, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 9471-937 Fax: 07551 / 9471-939
Gründungsdatum:	1. Januar 2006
Eintragung Handelsregister:	8. Dezember 2006
Gesellschaftsvertrag:	2. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Dazu gehören gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags insbesondere:

- ⇒ Existenzgründungsberatung
- ⇒ Beratung und Betreuung von klein- und mittelständischen Unternehmen z.B. bei der Standortwahl sowie bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen usw.; ausgenommen sind Rechts-, Steuerrechts- und Finanzberatungen
- ⇒ Standortmarketing
- ⇒ Unterstützung von Außenwirtschaftsaktivitäten
- ⇒ Technologietransfer
- ⇒ Schaffung eines Netzwerkes von Gründer- und Technologiezentren im Bodenseekreis sowie das Management ausgewählter Zentren
- ⇒ Beratung der beteiligten Kommunen
- ⇒ Förderung weicher Standortvorteile; z.B. Ansprechpartner für Landschaftsparkprojekte
- ⇒ Intensivierung und Ausbau von Kooperationen mit benachbarten Wirtschaftsräumen im In- und Ausland
- ⇒ Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Region gegenüber Institutionen

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 96.050,00 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
<u>Städte/Gemeinden/Kreise</u>		
Stadt Friedrichshafen	20.650,00 €	21,50%
Landkreis Bodenseekreis	8.900,00 €	9,27%
Stadt Überlingen	7.150,00 €	7,44%

Stadt Tett nang	5.850,00 €	6,09%
Gemeinde Meckenbeuren	4.000,00 €	4,16%
Stadt Markdorf	3.950,00 €	4,11%
Gemeinde Salem	3.250,00 €	3,38%
Gemeinde Immenstaad	2.500,00 €	2,60%
Gemeinde Kressbronn	2.500,00 €	2,60%
Gemeinde Langenargen	2.200,00 €	2,29%
Gemeinde Uhdlingen-Mühlhofen	2.100,00 €	2,19%
Stadt Meersburg	1.700,00 €	1,77%
Gemeinde Eriskirch	1.200,00 €	1,25%
Gemeinde Deggenhausertal	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Oberteuringen	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Owingen	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Bermatingen	1.050,00 €	1,09%
Gemeinde Heiligenberg	900,00 €	0,94%
Gemeinde Herdwangen-Schönach	900,00 €	0,94%
Gemeinde Neukirch	800,00 €	0,83%
Gemeinde Frickingen	750,00 €	0,78%
Gemeinde Hagnau	400,00 €	0,42%
Gemeinde Daisendorf	400,00 €	0,42%
Gemeinde Stetten	250,00 €	0,26%
<u>Industrie</u>		
ZF Friedrichshafen AG	5.850,00 €	6,09%
ZEPPELIN GmbH	5.850,00 €	6,09%
Dornier GmbH	4.400,00 €	4,58%
MTU Friedrichshafen GmbH	1.450,00 €	1,51%
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.450,00 €	1,51%
<u>Mittelstand</u>		
Georg Fischer GmbH	725,00 €	0,75%
Messe Friedrichshafen GmbH	750,00 €	0,78%
RAFI Eltec GmbH	725,00 €	0,75%
	96.050,00 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:

Benedikt Otte

Aufsichtsrat

Vorsitzender

stv. Vorsitzende

Mitglieder

Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Überlingen
Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister Friedrichshafen
Bernd Gerber, Bürgermeister Markdorf
Michael Grossmann, Grossmann KG
Manfred Härle, Bürgermeister Salem
Edgar Klotz, Sparkasse Bodensee
Edgar Lamm, Bürgermeister Uhdlingen-Mühlhofen
Matthias Lenz, ZF Friedrichshafen AG
Stefan Mittag, Messe Friedrichshafen AG
Harald Riehle, Vorstand Volksbank Friedrichshafen eG
Martin Rupp, Bürgermeister Bermatingen
Markus Spieth, Bürgermeister Eriskirch
Bruno Walter, Bürgermeister Tett nang

Im Geschäftsjahr 2012 wurden keine Bezüge an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

Gesellschafterversammlung

Vorsitzender
stv. Vorsitzende
Mitglieder

Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Sabine Becker, Oberbürgermeisterin
Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

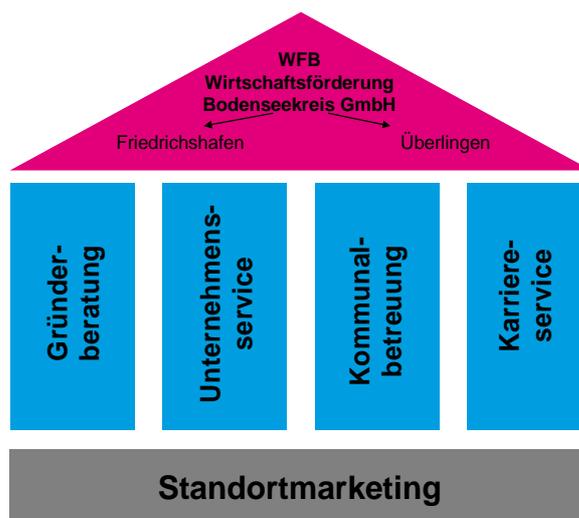
Gemäß Gesellschaftsvertrag wird mit der WFB das Ziel verfolgt, die Rahmenbedingungen und Strukturen im Bodenseekreis so zu gestalten und zu verändern, dass Arbeitsplätze für die Bevölkerung gesichert und neue geschaffen werden können. Dazu verfolgt die Gesellschaft die oben aufgeführten Zielsetzungen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der durchgeführten Projekte und Beratungen liegen dabei auf den Bereichen:

- ⇒ **Existenzgründungen und Jungunternehmerberatung:**
Unterstützung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und -umstellung sowie im Umgang mit Behörden und Ämtern
- ⇒ **Unternehmensbetreuung:**
Maßnahmen, die auf einzelne Betriebe (Beratung, Informationsbeschaffung und -weitergabe) wie auch auf die Gesamtheit der Unternehmen (Veranstaltungen, Publikationen, Veröffentlichungen) ausgerichtet sind
- ⇒ **Kommunal- und Kreisberatung:**
Beratung der Kommunen sowie des Landkreises und deren/dessen Gremien bei der Gestaltung der wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen (u. a. Wirtschaft- und Gewerbeflächenentwicklung, Infrastrukturaufbau, Betrieb eines Immobilienportals im Internet)
- ⇒ **Karriereberatung:**
Betrieb einer Stellbörse im Internet sowie die Durchführung von Veranstaltungen, bei denen potentielle Arbeitskräfte Unternehmen und vakante Stellen bzw. Ausbildungsplätze kennen lernen können.
- ⇒ **Regionales und überregionales Standortmarketing:**
Durchführung von Maßnahmen, die das Profil und die Attraktivität des Wirkungskreises außerhalb seiner Grenzen bekannt machen.

WFB-Haus



Wirtschaftsförderung
Bodenseekreis



Expedition Zukunft

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ frieks GmbH (Einlage: 7.250 €, Anteil: 29,00 %).

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Gesellschaftsvertrag vom 2. August 2006
- ⇒ Gesellschaftsvertrag frieks GmbH vom 30. September 1999, zuletzt geändert am 18. März 2005
- ⇒ Kooperationsvereinbarung Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben vom 16. März 2000
- ⇒ Kooperationsvereinbarung Regionale Internet-Suchmaschine www.karriere-im-sueden.de bis 2011, verlängert bis einschließlich des Jahres 2014 am 21. Dezember 2011
- ⇒ Dienstleistungsvertrag „Geschäftsbesorgung frieks GmbH“ vom 1. Februar 2002
- ⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Leutholdstraße 30, Friedrichshafen, vom 12. August 2002, erneuert im Juli 2013
- ⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Heiligenbreite 34, Überlingen, vom 28. November 2006
- ⇒ Finanzierungserklärung für die Jahre 2007 – 2009 Filmförderung Bodensee-Oberschwaben, Film Commission Bodensee-Oberschwaben vom 21. Dezember 2006, verlängert bis einschließlich des Jahres 2013 am 16. Dezember 2011
- ⇒ Zuwendungsbescheid für die regionale Clusterinitiative „BodenseeAIRea“ vom 20. Dezember 2011 mit einer Laufzeit bis 30. November 2014

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis gewährte der WFB im Jahr 2012 einen Gesellschafterzuschuss von 48.858 €.

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr durchschnittlich 7,5 Mitarbeiter (8 Personen) bei der Gesellschaft beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Rahmenbedingungen, Lage und Geschäftsverlauf

Die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (WFB) ist eine Gesellschaft zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Die Aktivitäten der WFB gliedern sich im Wesentlichen wie folgt in:

- ⇒ Gründerberatung
- ⇒ Unternehmensbetreuung/Bestandspflege
- ⇒ Kommunal- und Kreisservice
- ⇒ Karriereservice, Fachkräfteakquisition
- ⇒ Standortmarketing

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Städte und Gemeinden des Bodenseekreises (außer Sipplingen), die Gemeinde Herdwangen-Schönach aus dem Landkreis Sigmaringen, der Landkreis Bodenseekreis sowie acht Unternehmen aus der Großindustrie und dem Mittelstand. Zwei Sparkassen sowie zwei Volksbanken sind zudem Konsortialpartner.

Die WFB beschäftigte in Summe 7,58 Personen im Sinne von Vollzeitäquivalenten.

Ca. 1.100 Teilnehmer besuchten im Jahr 2012 die 17 Eigenveranstaltungen der WFB, wie z.B. das zweimal im Jahr stattfindende „Business Breakfast Bodensee“, das „Forum Fit für die Selbständigkeit“ mit 6 Veranstaltungen und den „Business Treffpunkt Bodensee“ mit 2 Veranstaltungen. Mehr als 700 Teilnehmer meldeten sich für die Schüleraktion „Wissen was geht“ an. Abgerundet wird das Angebot der WFB durch die Teilnahme an 17 Kooperationsveranstaltungen, z.B. am „Marketing Tag“, an den Veranstaltungen des „Netzwerk Bodensee“ sowie an den Veranstaltungen des Netzwerks „Innovation B“. Die Veranstalter der Kooperationsveranstaltungen zählten insgesamt ca. 1.100 Teilnehmer. Eine weitere Kooperationsveranstaltung ist die einmal im Jahr stattfindende „Business Night Bodensee“ mit ca. 350 Teilnehmern.

Auf den Seiten der Homepage der WFB findet sich ein breit gefächertes Angebot an Informationen, z.B. sämtliche Presseveröffentlichungen, Übersichten über Kindergartenplätze, Restaurants mit fremdsprachiger Speisekarte, Gemeindeprofile, Wirtschaftskalender usw. Mehr als 89.000 Besucher im Jahr 2012 auf der Homepage zeugen von einem regen Interesse an dem Internetangebot der WFB.

Ziel der zahlreichen Messeauftritte der WFB ist es, Standortmarketing für den Bodenseekreis zu betreiben. Es ist unabdingbar, im Wettbewerb der Standorte Präsenz auf wichtigen Messen zu zeigen, um den Bekanntheitsgrad des Bodenseekreises und der Vierländerregion zu steigern. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zwölf Messen besucht, darunter fünf Hochschulmessen im Inland. Dabei liegt der Fokus einerseits auf der Fachkräfteakquisition. Andererseits präsentierte die WFB den Standort Bodenseekreis als bedeutenden Teil der Vierländerregion Bodensee u. a. auf der international bedeutenden Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München, um u. a. auf Investitionsmöglichkeiten in der Bodenseeregion aufmerksam zu machen. Insgesamt mehr als zweitausend Messekontakte zeugen von einem regen Interesse an den Leistungen der WFB und am Wirtschafts- und Karrierestandort Bodenseekreis.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Rahmen der Jungunternehmer- und Existenzgründungsberatung sowie der Bestandspflege mehr als 180 Beratungsgespräche und Unternehmensbesuche durch die WFB durchgeführt.

Die Alleinstellungsmerkmale des Gewerbeimmobilienportals www.immoportal-bodensee.net tragen zu dessen guter Entwicklung bei. Alleinstellungsmerkmale sind die den See umspannende und grenzüberschreitende Verfügbarkeit von Gewerbeimmobilien ausschließlich aus der Bodenseeregion, die mögliche Einbindung in die kommunalen Internetauftritte, die Verifizierung durch die kommunalen Wirtschaftsförderer sowie die angebotenen Standortprofile. Am Bilanzstichtag betrug die Anzahl der registrierten Benutzer 407 (Vj. 341). Im Jahr 2012 wurden 74 Immobilien als vermittelt gemeldet, seit dem Start des Portals wurden 239 Immobilien als vermittelt gemeldet. Ca. 30.000 Besucher auf den Immobilienseiten und ca. 4.700 Besucher auf den Standortseiten der Kommunen wurden im Jahr 2012 gezählt. Seit der Eröffnung des Portals im Juli 2009 wurden ca. 85.000 Besucher auf den Immobilienseiten und ca. 12.000 Besucher auf den Standortseiten der Kommunen gezählt.

Das von 15 Partnern rund um den See getragene Projekt „Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee – Vierländerregion Bodensee“ ist bis zum Jahr 2014 finanziert und wird durch das Programm Interreg IV der Europäischen Union gefördert. Schwerpunkte der Arbeit waren die Verbreitung der neu geschaffenen Marke, die Akquisition von Lizenzverträgen sowie die Entwicklung des Ausschreibungsverfahrens und des Pflichtenheftes für das Internetportal. Bisher wurden durch die WFB 14 Lizenzen vergeben, im Bodenseekreis insgesamt 37 Lizenzen. Alle Projektpartner zusammen haben ca. 160 Lizenzen vergeben.

Die WFB hat im Jahr 2010 mit dem Konzept einer Standortmarketingstrategie zur besseren Vermarktung der innovativen Region Bodenseekreis erfolgreich am Clusterwettbewerb des Landes Baden-Württemberg teilgenommen. Der daraus folgende Antrag auf Förderung des Projektes aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) wurde im Dezember 2011 genehmigt. Dadurch ist die Finanzierung des Projektes „BodenseeAIRea“ bis Ende 2014 gesichert. Ziele des Clusters sind die Vernetzung der für die Luft- und Raumfahrt tätigen Unternehmen untereinander und mit Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen, der Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis, Erkenntnisgewinne über Branchen- und Technologieentwicklungen, die Förderung von Innovationen zum Ausbau und zur Sicherung der Beschäftigung sowie die gemeinsame Darstellung und Identifikation als Luft- und Raumfahrtregion. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden fünf Clustertreffen durchgeführt und eine internationale Fachkonferenz im Bodenseekreis organisiert und durchgeführt. Ferner organisierte die WFB Gemeinschaftsstände für die Clustermitglieder auf den Messen AERO in Friedrichshafen und ILA in Berlin. Das Cluster zählt derzeit 30 Mitglieder, davon vier wissenschaftliche Institutionen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Maßnahmen des Projekts überwiegend wie geplant durchgeführt werden konnten und die Ziele gemäß der Arbeitsschritte und Meilensteinplanung eingetroffen sind oder in begründeten Einzelfällen zu einem zeitnahen späteren Termin zu erwarten sind.

Insgesamt konnten die für das Jahr 2012 gesteckten Ziele erreicht werden. Alle durchgeführten Projekte verliefen erfolgreich und bestätigen den durch den Gesellschaftsvertrag vorgegebenen Weg der kreisweiten Wirtschaftsförderung. Wesentliche Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2012 nicht getätigt.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 96.050,00 € ist voll eingezahlt.

Die Bilanzsumme ermäßigte sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 11 T€ auf 261,1 T€. Begründet ist das im Wesentlichen durch das durch planmäßige Abschreibungen verringerte Anlagevermögen. Das Umlaufvermögen blieb im Vergleich zum Vorjahr weitgehend unverändert. Der Rückgang der Bankguthaben korrespondiert mit dem Rückgang der Forderungen und dem Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände.

Auf der Passivseite erhöhten sich die Rückstellungen um 1 T€, während die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nahezu unverändert blieben.

Die Rentabilität des Eigenkapitals beträgt aufgrund des ausgeglichenen Ergebnisses 0 %. Die Liquidität ersten Grades beträgt 162,98 % (Vj. 153,60 %), die Liquidität zweiten Grades 168,99 % (Vj. 157,01 %).

Das working capital beträgt 103 T€ (Vj. 93 T€).

Die Gesellschaft ist in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Die Gesellschaft finanziert sich weitgehend über Gesellschafterzuschüsse und Zuschüsse der Konsortialpartner sowie über Drittmittel. Zahlungsstromschwankungen, die durch die zeitverzögerte Auszahlung von Drittmitteln entstehen, kann die Gesellschaft aufgrund der vorhandenen Liquidität jederzeit ausgleichen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die sparsame Verwaltung des Budgets der Gesellschaft, ohne dass die Aufgabenerfüllung der WFB beeinträchtigt wird. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement und Projektcontrolling sichergestellt. Zur Verfügung stehende kurzfristige Kreditlinien in Höhe von 51 T€ wurden nicht in Anspruch genommen.

Ertragslage

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 0,00 € aus. Zur Erreichung dieses ausgeglichenen Ergebnisses wurden 13,4 T€ aus überzahlten Zuschüssen der Vorjahre

erfolgswirksam vereinnahmt, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erfasst sind.

Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Kostenweiterbelastungen von Messebesuchen sowie Erlöse aus durchgeführten Projekten. Unter anderem wurden Gemeinschaftsstände auf den Messen AERO und ILA organisiert, wodurch Umsatzerlöse in Höhe von ca. 46 T€ generiert wurden. Zudem wurden erstmalig Mitgliedsbeiträge der Clusterunternehmen in Höhe von 54 T€ vereinnahmt. Die Vermarktung des Immobilienportals wurde weiter vorangetrieben. Die Einnahmen daraus betragen ca. 16 T€.

Die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner sowie die Erträge aus Drittmitteln werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Der Rückgang der Erträge aus Drittmitteln um 19 T€ begründet sich im Wesentlichen durch das Ende der Förderperioden der Projekte 'Creative Industries' und 'Karriere im Süden'.

Die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner wurden mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2013 um 10 % angehoben. Sie waren seit Gründung der Gesellschaft im Jahr 2006 gleichbleibend. Die Höhe der akquirierten Drittmittel ist von entsprechenden geförderten Projekten abhängig und somit nicht nachhaltig. Die Gesellschaft ist jedoch bestrebt, die Einnahmesituation aus Drittmitteln zu verstetigen. Durch das Clusterprojekt 'BodenseeAIRea' wird die WFB von 2013 bis 2015 voraussichtlich insgesamt 200 T€ Drittmittel vereinnahmen. Im Jahr 2013 plant die Gesellschaft mit Drittmitteln in Höhe von ca. 80 T€.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich aufgrund von Gehaltsanpassungen im Vergleich zum Vorjahr um 15 T€. Bei Gehaltsanpassungen wurde auf eine für das Unternehmen positive Entwicklung geachtet.

Im Vergleich zum Vorjahr ermäßigten sich die Abschreibungen um 3 T€.

Die Aufwendungen für Werbe- und Reisekosten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 15 T€ auf 53 T€. Begründet ist dies im Wesentlichen durch die Ausweitung der Schaltung von Werbeanzeigen um 11 T€. Durch die Organisation und den Besuch der Messen ILA in Berlin und AERO in Friedrichshafen erhöhten sich die Messekosten um 39 T€. Der Rückgang der sonstigen Projektkosten um 28 T€ auf 27 T€ erklärt sich im Wesentlichen durch den Wegfall der im Vorjahr angefallenen Aufwendungen für das Projekt 'Business Marktplatz Bodensee' und Kosteneinsparungen bei dem Projekt 'Film Commission' und anderen Projekten. Die Kosten für das Projekt 'BodenseeAIRea' beinhalten im Wesentlichen die Kosten für das Clustermanagement durch einen externen Dienstleister in Höhe von 12 T€. Der Anstieg der Bewirtungskosten um 4 T€ wurde durch einen Fachkongress im Rahmen des Clusters 'BodenseeAIRea' und durch eine Veranstaltung auf der Messe ILA verursacht. In den anderen Kostenbereichen konnten Kostensteigerungen teilweise durch Kosteneinsparungen neutralisiert werden.

Als Ergebnis der Betriebsprüfung im Jahr 2010 wurde der WFB der Vorsteuerabzug ab dem Jahr 2011 aberkannt. Die nicht abziehbare Vorsteuer ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 25 T€ enthalten. Nicht separat ausgewiesen ist die nicht abziehbare Vorsteuer in Höhe von 2,4 T€ der Kosten für das Cluster 'BodenseeAIRea'. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen insgesamt betrachtet um 42 T€. Die WFB ist von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Das Zinsergebnis ermäßigte sich leicht um 0,5 T€ gegenüber dem Vorjahr und beinhaltet die Zinseinnahmen für die laufenden Konten und Festgeldzinsen.

Die durch die WFB erbrachten Leistungen (z.B. Beratungen, Veranstaltungen) erfolgen in der Regel kostenlos.

c) Voraussichtliche Entwicklung

Im Jahr 2012 hat sich das allgemeine Wirtschaftswachstum fortgesetzt, wenngleich auch mit einer wesentlich schwächeren Rate als im Vorjahr. Für das Jahr 2013 wird kaum mit einer Veränderung gerechnet. Während die Wirtschaft in Deutschland wahrscheinlich leicht wachsen wird, könnte es in Baden-Württemberg in einzelnen Branchen, z.B. Automobilbranche, zu einer Stagnation kommen. Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg werden dagegen der Maschinenbau und die unternehmensnahen Dienstleistungen sein. Diese Einschätzung geht davon aus, dass es zu keinen weiteren schwerwiegenden Verwerfungen an den Finanzmärkten kommt und die Lösung der Finanzkrisen in wichtigen Ländern der Eurozone voranschreitet. Wirtschaftsförderung wird deshalb auch weiterhin ein wichtiges Betätigungsfeld der Kommunen sein, insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel und den Wettbewerb der Standorte.

Mit dem Internet-Stellenportal www.karriere-im-sueden.de unterstützen die sieben deutschen und österreichischen Wirtschaftsförderungen der Vierländerregion Bodensee die Unternehmen der Region bei der Suche nach Fachkräften. Darüber hinaus ist die WFB Partner der sich im Aufbau befindenden „Fachkräfteallianz Bodensee-Oberschwaben“, in der auch die Akquisition ausländischer Fachkräfte thematisiert wird.

Das Leuchtturmprojekt Cluster-Projekt „BodenseeAIRea“, welches Strahlkraft in alle Bereiche der Wirtschaft besitzt, wird intensiv fortgeführt. Der Bodenseekreis hat mit dem Bereich Luft- und Raumfahrt ein Alleinstellungsmerkmal in der Region. Geplante Aktivitäten sind z.B. das Karriereevent „AIRstudent“, eine Reihe von Clustertreffen und die Organisation und Durchführung eines Gemeinschaftsstandes auf der Messe AERO. Zudem wird den Cluster-Mitgliedern der Besuch der Fachmesse „MAKS Moscow Aerosalon“ in Kooperation mit Baden-Württemberg International angeboten. Bei der Immobilien- und Standortmesse Expo-Real im Oktober 2013 in München wird die WFB wieder zusammen mit benachbarten Wirtschaftsförderungsgesellschaften die Bodenseeregion präsentieren.

Das am Bedarf orientierte Standardprogramm der WFB wird fortgeführt bzw., soweit erforderlich, angepasst. Die Anstrengungen der WFB werden sich dabei wie in den Vorjahren auch im Jahr 2013 unter anderem darauf richten, Projekte zu initiieren und durchzuführen, die insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in der Region unterstützen sollen.

Ergebnis der im Jahr 2010 durchgeführten Betriebsprüfung ist die Aberkennung der vollumfänglichen Vorsteuerabzugsberechtigung ab dem Geschäftsjahr 2011. Um die daraus resultierende Liquiditäts- und Ergebnisbelastung aufzufangen, wurde vom Aufsichtsrat nach vorhergehenden Abstimmungen der Gesellschafter untereinander einstimmig beschlossen, die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner der WFB ab dem Jahr 2013 um 10 % anzuheben. Sollten dennoch negative Jahresergebnisse entstehen, werden diese durch nicht verbrauchte Aufwandszuschüsse der Vorjahre ausgeglichen. Ferner wird die Kostenseite ständig nach Einsparpotenzial untersucht. Dadurch wird in den nächsten Jahren bei moderat steigenden Kosten mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet. Die Gesellschaft ist außerdem bestrebt, weitere Drittmittel zu akquirieren.

Aus den dargestellten Gründen erwartet die WFB keine unmittelbar negativen Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft. Die institutionelle Situation wird als stabil beurteilt. Ebenso sieht die Gesellschaft die Zahlung der Zuschüsse in den kommenden Jahren als hinreichend gesichert an.

Mit einem Volumen von ca. 15 T€ soll in den kommenden zwei Jahren in eine dem aktuellen technischen Stand entsprechende EDV investiert werden. Weitere größere Investitionen in den Jahren 2013 und 2014 stehen aus heutiger Sicht nicht an. Außerplanmäßige finanzielle Belastungen oder notwendige Vorfinanzierungen von neuen Projekten können jederzeit im üblichen Umfang getragen werden.

Darüber hinaus hat sich die Geschäftsführung im Berichtsjahr mit Fragen des europäischen Beihilferechts befasst. Das Gemeinschaftsrecht untersagt den Mitgliedstaaten und ihren regionalen und lokalen Verwaltungen grundsätzlich die Unterstützung von Unternehmen durch die Gewährung von Beihilfen, soweit dadurch der Wettbewerb verfälscht wird oder eine Wettbewerbsverfälschung droht und der Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigt wird. Folgen eines Verstoßes gegen das Beihilferecht wären die Anordnung der Rückforderung der Beihilfen vom Beihilfegeber bis zu 10 Jahren rückwirkend sowie die Nichtigkeit des zugrunde liegenden Rechtsaktes. Außerdem können mögliche Wettbewerber vor nationalen Gerichten Konkurrenzklagen initiieren, die im Erfolgsfall dieselben Rechtsfolgen nach sich ziehen. Die der WFB vorliegenden Fördermittelbescheide geben allerdings nicht Anlass zu der Annahme, dass es sich um unzulässige staatliche Beihilfen im Sinne der europarechtlichen Regelungen handeln könnte. Weiterhin setzt Art. 107 I AEUV voraus, dass eine staatliche Begünstigung den Wettbewerb im Binnenmarkt verfälscht oder zumindest zu verfälschen droht. Eine solche Wettbewerbsverfälschung ist immer schon dann anzunehmen, wenn durch die Begünstigung die „normalen“ Marktbedingungen zumindest potentiell verändert werden. Allerdings ist fraglich, ob es für Wirtschaftsförderungsleistungen überhaupt einen Markt gibt. Zudem ist für das Vorliegen einer Beihilfe i. S. d. Artikel 107 AEUV erforderlich, dass der zwischenstaatliche Handel in der Gemeinschaft beeinträchtigt wird. Es ist aus Sicht der Gesellschaft nicht erkennbar, dass das der Fall ist. So ist zwar im Gesellschaftsvertrag der WFB ausgeführt, dass die WFB u. a. Außenwirtschaftsaktivitäten unterstützen kann und Kooperationen mit benachbarten Wirtschaftsräumen im In- und Ausland intensivieren und ausbauen kann, jedoch beeinträchtigen diese Wirtschaftsförderungsaktivitäten nach Auffassung der Geschäftsführung den Handel zwischen den Mitgliedstaaten nicht. Soweit es solche Kooperationen gibt, wird darauf geachtet, dass der Zugang diskriminierungsfrei ist und allen möglichen Nutzern zur Verfügung steht. Die Geschäftsführung geht daher davon aus, dass sämtliche von öffentlichen Stellen empfangene Zuschüsse in vollem Umfang zulässig sind. Aufgrund der Komplexität des EU-Beihilferechts können aus Sicht der Geschäftsführung Risiken nicht vollständig ausgeschlossen werden. Risiken werden darin gesehen, dass aufgrund von möglichen Konkurrenzklagen die Einschätzung der Geschäftsführung widerlegt wird mit der Folge, dass die kommunalen Gesellschafter die Zuschüsse maximal der letzten zehn Jahre von der WFB zurückfordern müssten. Das EU-Beihilferecht wurde in vergangenen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung angesprochen. Es gibt allerdings keine Aufträge an die Geschäftsführung, z.B. ein Gutachten einzuholen, um die beihilferechtliche Einordnung der kommunalen Zuschüsse an die WFB zu klären. Aus den vorstehenden Betrachtungen kann hergeleitet werden, dass sowohl die Geschäftsführung als auch die Gremien der WFB keine die Entwicklung der WFB beeinträchtigenden Risiken sehen. Die Geschäftsführung sowie die Gremien werden insoweit die weitere Entwicklung in Gesetzgebung, Verwaltungspraxis und Rechtsprechung verfolgen. Aus heutiger Sicht sind deshalb keine zukünftigen finanziellen Risiken bekannt oder zu erwarten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind nicht bekannt.

Friedrichshafen, 28. März 2013

Benedikt Otte

11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung (Wirtschaftsprüfer Gerold Keller), Owingen

12. Leistungskennzahlen

Leistungskenndaten nach Geschäftsbereichen	2012	2011	2010	2009
Existenz und Jungunternehmerberatung				
Individualberatungen	137	168	175	132
Veranstaltungen	10	12	13	14
Kooperationsberatungen Kompetenzzentrum Existenzgründung	90	120	150	125
Mittelstandsberatung				
Unternehmensberatungen	71	111	115	69
Veranstaltungen	15	26	8	7
Projekte	1	2	2	2
Kommunalberatung				
Unterstützung bei der Vermarktung von Gewerbeflächen	189	208	147	130
Multimediaprojekte				
Homepage und Karriereportal im Internet Immoportal	5	3	3	3
Standort- und Regionalmarketing				
Messeteilnahmen	12	13	14	11
Sonstige Marketingaktivitäten	21	21	18	13
Projekte	13	11	13	11
Sonderprojekte				
Projekte	6	6	5	4

Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,0	0,4	4,0	1,5	8,9	3,2
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	17,4	6,7	20,8	7,6	23,0	8,2
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	7,3	2,8	7,3	2,7	7,3	2,6
2. Sonstige Ausleihungen	0,8	0,3	0,8	0,3	0,8	0,3
	26,4	10,1	32,8	12,0	39,9	14,2
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,1	0,0	1,8	0,7	5,6	2,0
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
3. Sonstige Vermögensgegenstände	8,6	3,3	3,8	1,4	21,6	7,7
	8,7	3,3	5,6	2,1	27,2	9,7
III. Wertpapiere, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	222,5	85,2	227,3	83,4	208,4	74,2
	231,2	88,5	233,0	85,5	235,6	83,9
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3,5	1,3	6,8	2,5	5,2	1,9
Bilanzsumme	261,1	100,0	272,6	100,0	280,7	100,0

Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	96,1	38,1	96,1	35,2	96,1	34,2
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklagen						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	28,6	11,3	28,6	10,5	28,6	10,2
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	124,6	49,4	124,6	45,7	124,7	44,4
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,1
2. Sonstige Rückstellungen	40,5	16,0	39,7	14,5	36,2	12,9
	40,5	16,0	39,7	14,5	36,5	13,0
E. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13,6	5,2	13,2	4,9	17,2	6,1
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	73,6	28,2	87,0	31,9	94,3	33,6
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon Steuern	8,9	3,4	7,8	2,9	6,8	2,4
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,4
	96,1	36,8	108,1	39,6	119,5	42,6
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,3	0,1	0,0	0,0
Bilanzsumme	261,1	100,0	272,6	100,0	280,7	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	124,4	15,7	53,9	7,3	55,6	7,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	668,2	84,3	682,7	92,7	708,9	92,7
5. Gesamtleistung	792,7	100,0	736,6	100,0	764,5	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	372,7	46,8	358,9	48,4	342,8	44,7
b) Soziale Abgaben	69,2	8,7	67,6	9,1	64,2	8,4
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	11,4	1,4	14,3	1,9	22,2	2,9
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	342,4	43,0	300,9	40,6	337,5	44,0
	795,8	100,0	741,7	100,0	766,7	100,0
10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-3,1		-5,2		-2,2	
11. Erträge aus Beteiligungen						
12. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,4		3,8		2,7	
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Aufwendungen aus Gewinnabführung						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
19. Finanzergebnis	3,3		3,8		2,7	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,2		-1,3		0,5	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0		1,6		0,0	
23. Sonstige Steuern	-0,2		-0,3		-0,5	
24. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	0,0		0,0		0,0	
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	28,6		28,6		28,6	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	28,6		28,6		28,6	

Internationale Bodensee Tourismus GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Internationale Bodensee Tourismus GmbH



Kontakt: Hafenstraße 6, 78462 Konstanz
 Tel.: 07531 / 9094-90
 Fax: 07531 / 9094-94
 E-Mail: info@bodensee.de
 Homepage: www.bodensee.eu

Gründungsdatum: 1. Januar 1998

Eintragung Handelsregister: 17. Februar 1998

Gesellschaftsvertrag: 6. Dezember 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 431.000 €. Es ist in voller Höhe einbezahlt und verteilt sich wie folgt auf die Gesellschafter:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	141.500	32,87%
Landkreis Konstanz	99.000	23,01%
Vorarlberg Tourismus GmbH	42.500	9,86%
Internationaler Bodensee Verkehrsverein e.V.	35.500	8,22%
Oberschwaben Tourismus GmbH	35.500	8,22%
Landkreis Lindau	28.500	6,60%
Thurgau Tourismus	18.500	4,27%
St. Gallen-Bodensee Tourismus	17.000	3,94%
Fürstentum Lichtenstein	7.000	1,64%
Schaffhausen Tourismus	6.000	1,31%
Gesamt	431.000	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Frau Daniela Pahl-Humbert

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Ulrich Müller, Minister a.D.
Stv. Vorsitzender	Mag. Christian Schützinger, Geschäftsführer
	Dr. Christoph Tobler, Präsident
Aufsichtsräte	Gräfin Bettina Bernadotte, Geschäftsführerin
	Peter Brecht, Kreisverwaltungsrat
	Prof. Dr. Wolfgang Fuchs, Studiengangsleiter
	Norbert Henneberger, Geschäftsführer
	Dipl. Ing. Thomas Kinz, Vorstand
	Florian Rossknecht, Hotelier
	Dr. Roland Scherer, Vizedirektor

5. Öffentlicher Zweck

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Radweg Reisen GmbH (Einlage: 1.250 €, Anteil 5 %)

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Gesellschafterversammlung wurde vorgeschlagen, den Bilanzverlust, der sich aus dem Verlustvortrag und dem Jahresüberschuss zusammensetzt, auf das nächste Geschäftsjahr vorzutragen.

Der Bodenseekreis zahlte 2012 einen Gesellschafterzuschuss in Höhe von 226.601 € (davon 85.101 € für das Budget „Deutschland“ und 141.500 € für das Budget „International“).

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Berichtsjahr waren 8,5 Mitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

10. Lagebericht (Auszug)**a) Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft 2012**

Die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT) hat in 2012 ihre Tätigkeiten im operativen Geschäft zur Förderung des Tourismus in der internationalen Bodenseeregion gemäß bestehendem Gesellschaftsauftrag in sehr erfolgreicher Weise ausgeführt. Nach Verlängerung wurde das über gut zwei Jahre laufende InterregIV-Projekt "Positionierung der Tourismusregion Internationaler Bodensee zur Optimierung des Destinationsmanagements" zum 1. Quartal erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt, initiiert und als Projektleitung geführt durch die Geschäftsführerin der IBT, wurde unter der ausdrücklichen Beteiligung der Akteure weit über die offiziellen Projektpartner hinaus durchgeführt. Letzteres aus der Erfahrung heraus, dass die spezifische Ausgangslage der multinationalen Destination einer gemeinsam diskutierten und abgestimmten Arbeitsgrundlage bedarf. Dies, zumal eine derartige klare Ausgangslage seit Gründung der IBT aussteht.

Nach Projektabschluss ist es nun allen Tourismusakteuren möglich, ihre Schlüsse für die jeweilige Umsetzung und für ihre Verantwortungsbereiche zu ziehen. Dies gilt natürlich auch für die IBT, deren Gesellschafter im Hinblick auf die strategische Ausrichtung sowie die ent-

sprechend künftig zu finanzierenden Aufträge zur Aufgabenwahrnehmung den Handlungsbedarf für die Organisation IBT ableiten können.

Noch vor Abschluss des Projekts hat die IBT im Geschäftsjahr 2012 erste Veränderungen auf der Grundlage der Projekterkenntnisse umgesetzt, indem für das Jahr 2012 der Wirtschaftsplan und die Finanzierung gesplittet nach - von allen Gesellschaftern gemeinsam gewollten und als Basis finanzierten Aufgabenbereich - dem sog. "I" - und von den deutschen Gesellschaftern gewünschten Aufgaben und als Zusatzbereich - dem sog. D – umgesetzt wurde. Eine entsprechende Kostenstellenzuordnung mit der Erfassung der für die jeweiligen Bereiche erbrachten Personalstunden wurde ebenfalls durchgeführt. Mit dem Abschluss des Projekts - kurz "Positionierung Bodensee" - liegt seit 2012 eine Anleitung für eine identitätsstiftende Vision nach innen mit einer imageprägenden Profilierung der Destination nach außen sowie ein neues Modell für Organisation, Management und Führung für die Tourismusindustrie am Bodensee vor.

Die Grundlage für das operative Geschäft bildet auch in 2012 der entsprechende Marketingplan.

Durch den Wirtschaftsplan nach o. g. Prinzip waren Aufgaben und Ressourcen inkl. der personellen Ressourcen nun sehr klar und dezidiert festgelegt.

In der Bilanz 2012 wird ein Jahresüberschuss von 4.508,27 € ausgewiesen. Der Verlustvortrag ist damit weiterhin durch das Stammkapital gedeckt. Um den Verlustvortrag aus der Handelsbilanz zu entfernen, ist wiederholt darauf hinzuweisen, dass eine Verrechnung mit dem Stammkapital im Rahmen einer Kapitalherabsetzung anzustreben ist. Für 2013 soll dies nun realisiert werden.

Es bestanden keine Darlehen gegenüber Kreditinstituten. Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gewährleistet. Im Zusammenhang mit der Vorfinanzierung von Projekten im Rahmen von Förderprojekten, wie durch Interreg, war dies in der Vergangenheit oft nur sehr knapp möglich. Darauf wurde bereits in den letzten Lageberichten hingewiesen. Im Hinblick auf das o. g. Projekt wurde nach entsprechenden Beschlüssen der Organe im August 2009 ein Kontokorrentkredit über 150.000 € in der Projektlaufzeit bis Ende 2011 bei der Volksbank verhandelt. Dieser musste nicht in Anspruch genommen werden, konnte jedoch nach Verlängerung des Projekts in das Jahr 2012 hinein, auch nicht verlängert werden. Die Liquidität konnte dennoch jederzeit gewährleistet werden.

Für die Zukunft wird dies im Zusammenhang mit Projekten jedoch eine Herausforderung werden, da ab 2013 der Zuschuss für die Basisaufgaben weniger Spielraum ermöglicht.

Seit der Strukturanpassung zum 1. Januar 2007 bemisst sich die Höhe des Zuschusses für die Gesellschafter gleichermaßen an das am Nettoumsatz angelehnte geschätzte kommunale Steueraufkommen aus dem Tourismus. Der Schlüssel wurde hinsichtlich der dem Schlüssel u. a. zugrunde liegenden Variablen der Übernachtungszahlen seither nicht aktualisiert. Der Gesellschafter VTWB e.V. bündelt die Leistungsträger. Die darauf ermittelten Zuschüsse der Gesellschafter sind in einem Sideletter zum Gesellschaftsvertrag geregelt. In 2012 wurde für 2013 die Zuschusssumme auf die Größenordnung des Stammkapitals in Höhe von 431.000 € beschränkt. Dieser Zuschuss wird für die Erfüllung der Basisaufgaben I ohne Zusatzauftrag für den Teil D gewährt. Für die Gewährleistung der Internationalisierung wurde ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von 35.000 € beschlossen. In 2012 lag der Zuschuss damit für den Bereich I bei 431.000 € und für den Bereich D bei 295.000 €. Letzterer wurde von den deutschen Gesellschaftern aufgebracht.

Der Grundzuschuss ist damit ab 2013 zunächst auf 431.000 € reduziert.

Die Aufgaben wurden entsprechend in den Bereichen I und D ausgeführt. Dabei lagen die Dienstleistungen, wie Informations- und Prospektversand und die telefonische Anfragenbearbeitung im Bereich D, ebenso wie die Durchführung der BodenseeErlebniskarte. Letztere wird ab 2013 weiter bei der IBT erfolgen und damit richtigerweise quasi dem Bereich I zugerechnet. Zum Leistungsumfang gehörten darüber hinaus Kommunikationsleistungen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Marktbearbeitung. Dabei wurde der Bereich Messen reduziert. Im Hinblick auf die Trennung in die Bereiche I und D, hat die IBT die Messen CMT Stuttgart und die ITB Berlin durchgeführt, jeweils finanziert durch die deutschen Landkreise sowie Unternehmen aus dem internationalen Bodenseeraum. Im Zuge der Anfragenbearbeitung werden rd. 14.000 telefonisch touristische Anfragen von Gästen pro Jahr bearbeitet. Darin sind die allgemeinen Geschäftstelefonate nicht enthalten.

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der BodenseeErlebniskarte konnte in 2012 mit den Vorbereitungen und ersten Maßnahmen für die technische Umstellung ab der Saison 2013 begonnen werden. Die Unternehmen der BodenseeErlebniskarte haben die Entscheidung für das künftige technische System getroffen.

Die Buchungsplattform in Form einer Meta-Suche auf der Grundlage der unterschiedlichen Buchungssysteme der Partner vor Ort ermöglichen weiterhin dem Gast den Zugriff aus einer Hand auf die Unterkunfts- und Buchungsmöglichkeiten rund um den See. Ab 2013 wird dies eine zusätzlich zu beziehende und zu refinanzierende Leistung sein.

Der Internetauftritt der IBT GmbH erfüllt die Funktion als Einstiegsseite für die internationale Bodenseeregion, die den potenziellen Gast informiert und auf die entsprechenden Orte, Themen und Leistungsträger verweist. Mit seiner modular aufgebauten Struktur und dem Prinzip des "BackOffice" kann dieser ständig weiterentwickelt werden. Ab 2013 ist sicher seitens der Gesellschafter und Partner die Vorstellung der "Landingpage", für die im Basisauftrag ein relativ geringes Budget auch in personeller Hinsicht zur Verfügung stehen wird, präziser zu definieren.

Die Zahl der Beschäftigten lag in 2012 bei 8,5. Ab Juli blieb die Stelle der Leiters Marketing und Vertrieb im Hinblick auf die sich ankündigende Reduzierung des Basiszuschusses nach dem Weggang des bisherigen Stelleninhabers unbesetzt. Die Aufgaben wurden soweit machbar umverteilt, ab Oktober wurde eine Fachkraft für die anstehende Planung und Durchführung der ab 2013 als Zusatzprojekte beauftragten Marketingmaßnahmen befristet eingestellt.

Die Zahl der zwei Firmenfahrzeuge blieb unverändert. Der Sitz der Firmenräume blieb nach dem Umzug im Jahr 2004 unverändert. Am bisherigen Standort wurden in 2008 zwei weitere Räume angemietet. Die sich abzeichnenden Projekte in den Bereichen "Internationaler Weintourismus" und "Gartenbaukultur Bodensee", die ab 2013 in die Umsetzung gehen, und die Tatsache, dass weitere Zusatzaufträge zur Umsetzung der Strategie angestrebt werden, ergibt mittelfristig einen erhöhten Raumbedarf.

b) Risiken der zukünftigen Entwicklung

Als Verlustvortrag sind in das Jahr 2012 315.942,45 € zu übertragen. Es besteht keine Überschuldungsgefahr. Die Bilanz weist keinen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag auf. Dieser Verlustvortrag soll jedoch 2013 im Rahmen einer Kapitalherabsetzung, Verrechnung des Stammkapitals mit dem Verlustvortrag, in der Handelsbilanz aufgelöst werden.

Es bestehen keine Darlehen. Der zur Absicherung der Liquidität des Interreg-Projekts zur „Positionierung der Tourismusregion Bodensee“ geschlossener Kontokorrentkreditvertrag bis Ende 2011, war trotz der Projektverlängerung bis 31. März 2012 nicht in das Jahr 2012 hinein verlängert oder entsprechend neu eingerichtet worden.

Das seit Ende 2009 laufende Projekt "Positionierung Bodensee" wird im Frühjahr 2013 abgeschlossen sein. Gemeinsam mit weiteren Projekt Partnern, wie den Hochschulen, den Touristikern und Tourismusunternehmen wurden im Lead durch die Projektleitung bei der IBT-Geschäftsführung Ergebnisse für die weitere Ausrichtung und Strategie im Tourismus am Bodensee erarbeitet. Auf dieser Grundlage haben die Gesellschafter bereits während der Projektlaufzeit erste Veränderungen für die Organisation wie oben beschrieben, durch die separate Bezuschussung ab 2012, abgeleitet und umgesetzt. Weitere Veränderungen für die Gesellschaft sind aus den endgültigen Projektergebnissen abzuleiten, damit die IBT als Tourismusorganisation Bodensee künftig den spezifischen Rahmenbedingungen der Bodenseedestination bspw. hinsichtlich Heterogenität, Größe, Internationalität, der sog. "Variablen Geometrie" Rechnung tragen kann. Bei der Gründung der IBT GmbH waren diese nicht berücksichtigt und darüber hinaus der Auftrag an die Gesellschaft nicht ausreichend klar formuliert worden. Insbesondere für die Wünsche seitens der Akteure, für die die hauptsächlich deutschen Gesellschafter in der Organisation Ressourcen bereitstellten, hat das Projekt deutlichen Nachholbedarf benannt. Dies war in den letzten Jahren wiederholt als "Geburtsfehler" der IBT konstatiert worden und bildete so für das Modul zum Thema Management- und Organisation des Projekts "Positionierung Bodensee" die Ausgangsposition. Zunächst musste jedoch die Sanierung und Konsolidierung der Gesellschaft in den Jahren 2003 bis 2006 erfolgen. Im Jahr 2007 wurde die Gesellschafterstruktur der IBT dahingehend verändert, dass die Kreistage bzw. die Landratsämter die Städte und Gemeinden als Gesellschafter (bzw. Mitglieder der Gesellschafter) direkt ablösten und diese seitdem in der Gesellschafterversammlung der IBT vertreten. Die führte hinsichtlich der Finanzierungsströme zu einer stabileren Grundlage. Jedoch besteht seitdem ein Nachholbedarf an Kommunikation, Abstimmung und Austausch zwischen diesen "stellvertretenden Gesellschaftern" und den Akteuren in den Kommunen, vor allem den Tourist-Informationen sowie teil regionalen Tourismusorganisationen.

Im Sinne eines fortlaufenden Change Managements muss auf Grundlage der Projekterkenntnisse, dem Modell der stakeholderpluralen Organisation, die Ausrichtung im Sinne eines nun anstehenden Systemwechsels in der Gesellschaft durch ihre Inhaber ermöglicht werden. U.a. indem konkrete und jeweils transparente Aufträge vereinbart werden, die jedoch anders als sich dies in den bereits erfolgten Aufträgen für die Messen, eine Laufzeit von mindestens 3 Jahren haben müssen, um die Planungssicherheit und die Gewinnung kompetenter Mitarbeiter gewährleisten zu können. Diese Notwendigkeit wird durch den geringen Basiszuschuss erst recht notwendig. Dabei ist auch zu ermöglichen, dass die IBT GmbH in ihre Auftragskalkulationen entsprechende Margen kalkuliert.

Die Gesellschafter haben die Chance die Ausrichtung ihrer Organisation weiter konkreter und transparent untereinander zu definieren und mit den Ressourcen gezielt in Aufträgen zu vereinbaren. Die IBT kann für ihre Aufgaben in der besonderen Konstellation einer multinationalen Destination Bodensee für die Zukunft stabil aufgestellt werden. Dies durch eine verantwortungswolle Begleitung des Systemwechsels, durch langfristige Zusatzprojektauftragungen und durch eine gute Kommunikation zur Willensbildung und -sicherung untereinander. Hiermit wird im Sinne des § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB versichert, dass der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft im Lagebericht so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und, dass die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB beschrieben sind.

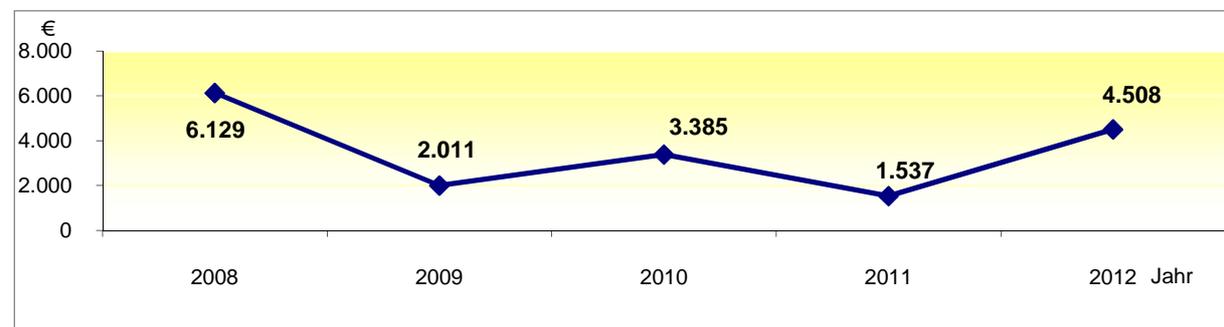
Konstanz, den 23.04.2013

Daniela Pahl-Humbert

11. Abschlussprüfer

Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	3,1	1,3	0,7	0,2	1,1	0,4
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Anlagen und Maschinen	26,4	10,8	41,6	10,9	44,2	14,8
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	1,3	0,5	1,3	0,3	1,3	0,4
	30,8	12,5	43,5	11,4	46,5	15,5
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6,5	2,6	1,7	0,4	3,8	1,3
2. Unfertige Leistungen	0,1	0,0	17,0	4,5	23,4	7,8
3. Geleistete Anzahlungen	33,6	13,7	31,8	8,3	29,4	9,8
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	38,4	15,6	190,3	49,8	46,9	15,7
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	48,9	19,9	25,2	6,6	15,8	5,3
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	82,2	33,5	72,3	18,9	119,4	39,9
	209,6	85,5	338,3	88,5	238,8	79,8
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4,8	2,0	0,2	0,1	13,8	4,6
Bilanzsumme	245,1	100,0	382,0	100,0	299,1	100,0

Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	431,0	175,8	431,0	112,8	431,0	144,1
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-315,9	-128,9	-317,5	-83,1	-320,9	-107,3
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4,5	1,8	1,5	0,4	3,4	1,1
	119,6	48,8	115,1	30,1	113,5	38,0
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Empfangene Ertragszuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	30,7	12,5	54,6	14,3	33,0	11,0
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	30,9	12,6	200,6	52,5	96,7	32,4
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	6,1	2,5	7,0	1,8	8,1	2,7
	37,0	15,1	207,6	54,3	104,8	35,1
F. Rechnungsabgrenzungsposten	57,8	23,6	4,7	1,2	47,7	15,9
Bilanzsumme	245,1	100,0	382,0	100,0	299,1	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der IBT GmbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	407,1	30,4	477,7	29,5	513,7	36,4
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	932,4	69,6	1.141,2	70,5	896,6	63,6
5. Gesamtleistung	1.339,5	100,0	1.618,9	100,0	1.410,3	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	616,9	46,0	631,6	38,9	676,6	47,9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	45,0	3,4	335,9	20,7	117,3	8,3
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	361,9	27,0	310,8	19,1	294,6	20,9
b) Soziale Abgaben	77,5	5,8	64,3	4,0	59,7	4,2
8. Abschreibungen						
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	18,0	1,3	15,1	0,9	18,9	1,3
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	222,3	16,6	268,1	16,5	244,2	17,3
10. Gesamtaufwand	1.341,7	100,0	1.625,8	100,0	1.411,2	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-2,1		-6,9		-0,9	
12. Erträge aus Beteiligungen	2,5		7,5		2,2	
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,5		2,7		3,1	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	5,0		10,2		5,2	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2,9		3,3		4,3	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2,0		-1,3		-0,4	
22. Sonstige Steuern	-0,4		-0,4		-0,6	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	4,5		1,5		3,4	

Energieagentur Bodenseekreis GbR

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Energieagentur Bodenseekreis
Kontakt:	Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH Tel.: 07541 / 289951-0 Fax: 07541 / 289951-99 E-mail: info@energieagentur-bodenseekreis.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	13. Juni 2007
Gesellschaftsvertrag:	13. Juni 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar – 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich die Beteiligung an der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit dem Ziel, dass diese eine Energieagentur im Bodenseekreis als Niederlassung gründet. Außenstellen im Bodenseekreis sollen möglich sein.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Gesellschafter der Energieagentur Bodenseekreis GbR sind:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	4.610 €	45,28%
Stadtwerke am See GmbH & Co. KG (ehem. Technische Werke Friedrichshafen GmbH)	1.470 €	14,44%
EnBW Regional AG	1.470 €	14,44%
Thüga Energienetze GmbH, München (ehem. Thüga AG)	980 €	9,63%
Regionalwerk Bodensee GmbH & Co. KG	980 €	9,63%
Stadtwerke Überlingen GmbH	490 €	4,81%
Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis	150 €	1,47%
NABU Bezirksverband Donau-Bodensee e.V.	30 €	0,29%
	10.180 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürgerinnen und Bürger laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen, Gewerbebetrieben Energiesparpotenziale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Energieagentur Ravensburg gGmbH (Einlage: 9.200 €, Anteil: 16,00 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Gesellschaftervertrag

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

⇒ 33.000 € jährlicher Kostenbeitrag

Im Jahr 2012 wurde zudem eine Schulung der Hausmeister durchgeführt, für die der Bodenseekreis der Energieagentur 1.979,50 € zahlte.

Alle Gesellschafter sind nach Maßgabe der Beteiligung am Stammkapital an einem etwaigen Verlust beteiligt.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen Jahresabschluss aufstellt, wird an dieser Stelle auf den Abschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen (s. Seite 156).

Klinik Tettang GmbH**1. Allgemeine Angaben**
**WALDBURG-ZEIL
KLINIKEN**

Name des Unternehmens:	Klinik Tettang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16 88069 Tettang Tel.: 07542 / 531-0 Fax: 07542 / 531-178 E-Mail: info@klinik-tettang.de Homepage: www.klinik-tettang.de
Gründungsdatum:	14. Januar 2004
Eintragung Handelsregister:	10. Januar 2008
Gesellschaftsvertrag:	7. Juni 2005
Letzte Änderung:	29. Juni 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Aus- und Fortbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens erfolgt insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Bodenseekreises, vor allem durch ambulante, vor-, nach- und vollstationäre Krankenversorgung mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten.

Zur Förderung des Wohlfahrtswesens kann die Gesellschaft im Rahmen des Aufbaus vernetzter Strukturen ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeangebote aufbauen und/oder sich an solchen beteiligen.

Die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung erfolgt insbesondere durch die Bereithaltung theoretischer und/oder praktischer Lehrangebote, insbesondere im Bereich der medizinischen Berufe und der Pflegeberufe. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in sämtlichen anderen Berufen ausbilden, sowie sie dazu über die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital von 300.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Waldburg-Zeil-Kliniken GmbH & Co.KG	284.700 €	94,90%
Landkreis Bodenseekreis	15.300 €	5,10%
	300.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Ellio Schneider
Jürgen Sachsenmaier

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Tettngang, eines Akutkrankenhauses der Regel- und Grundversorgung, sowie einer Krankenpflegeschule.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften sowie Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Medizinisches Versorgungszentrum Tettngang GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)
- ⇒ Waldburg-Zeil Personalservice GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)
- ⇒ Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettngang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)
- ⇒ Gesundheitsakademie Tettngang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag

Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG, Isny-Neutrauchburg (WZK) dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrages angeboten.

Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen.

Die WZK hat Geschäftsanteile an der Klinik Tettngang GmbH, Tettngang im Nennwert von 284.700 € (94,9 %) für einen Kaufpreis von 1,00 € erworben.

Der Landkreis Bodenseekreis hat sich im Rahmen dieses Vertrages verpflichtet, der Gesellschaft ein Erbbaurecht am Krankenhausgrundstück zu bestellen (s.u.). Zusätzlich hat der Landkreis Bodenseekreis der Gesellschaft das wirtschaftliche Eigentum am Krankenhausgebäude übertragen. Die Vertragspartner sind dabei von einem Nettovermögen (Wert der Baulichkeiten zuzüglich des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung abzüglich der Sonderposten aus Fördermitteln sowie des Ausgleichspostens aus Darlehensförderung) in Höhe von rund 11.840 T€ ausgegangen, welches der Bodenseekreis in die Gesellschaft einzulegen hatte. Die Einbringung der Vermögensgegenstände und Sonderposten durch die Gesellschaft ist am 24. Juni 2005 erfolgt.

⇒ Erbbaurechtsvertrag

Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Gesellschaft dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages angeboten.

Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen.

Das Erbbaurecht wurde an dem gesamten Grundstück Flurstück 327 der Gemarkung Tettngang auf dem - neben anderen Gebäuden - das Krankenhaus steht, bestellt. Die Ausübung des Erbbaurechts wurde jedoch auf das Krankenhausgebäude, die Zufahrt und die benötigten angrenzenden Nebenflächen beschränkt. Die restlichen auf diesem Grundstück befindlichen Gebäude werden nicht von der Ausübung des Erbbaurechts umfasst.

Über das Verwaltungsgebäude, den für die Krankenpflegeschule erforderlichen Teil des Personalwohnheims sowie die Parkplätze auf dem Grundstück Flurstück 383/1 der Gemarkung Tettngang haben die Parteien Nutzungsüberlassungsverträge abgeschlossen.

Das Erbbaurecht begann mit dem Tag der Eintragung im Grundbuch am 20. März 2006 und hat eine Laufzeit von 30 Jahren mit einer Verlängerungsoption für den Erbbauberechtigten von weiteren 20 Jahren.

Für die Bestellung des Erbbaurechts hatte der Erbbauberechtigte eine Einmalzahlung auf den Erbbauzins in Höhe von 2,4 Mio. € zu leisten. Der Anspruch auf die Einmalzahlung ist am 29. Juni 2005 entstanden und war mit der ranggerechten Eintragung im Erbbaurechtsgrundbuch am 20. März 2006 zur Zahlung fällig. Zusätzlich hat der Erb-

bauberechtigte vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 einen fixen Erbbauzins von 75.000 € und ab dem 1. Januar 2008 bis zum Ablauf des Erbbaurechts einen fixen Erbbauzins von jährlich 150.000 € zu zahlen. Der fixe Erbbauzins erhöht sich beginnend mit dem 1. Januar 2009 um einen variablen Anteil, welcher wiederum vom Jahresergebnis des Erbbauberechtigten abhängig ist. Der variable Erbbauzins ist jedoch wie folgt begrenzt: Für das Jahr 2009 auf einen Maximalbetrag von 75.000 €, für die folgenden Jahre auf einen Maximalbetrag von 150.000 €.

Mit Schreiben vom 8. Oktober 2007 hat der Landkreis Bodenseekreis die bis einschließlich 2011 anfallenden Erbbauzinsen zinslos gestundet. Eine weitere Stundung wird zusätzlich von der geplanten Investitionstätigkeit der Gesellschaft abhängig gemacht. Mit Schreiben vom 15. Oktober 2012 hat der Landkreis Bodenseekreis den Erbbauzins bis zum 31. Dezember 2016 verzinslich gestundet.

⇒ Liefervertrag für den Materialeinkauf

Mit der Klinikum Friedrichshafen GmbH wurde am 21. Januar 2004 ein Liefervertrag für den Materialeinkauf abgeschlossen. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2004, danach gilt eine Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende.

⇒ Managementvertrag Labormedizin

Mit der Gemeinschaftspraxis Labor Dr. Gärtner und Partner, Weingarten, wurde am 30. Juni 2004 ein Managementvertrag für das Labor der Gesellschaft abgeschlossen. Der Vertrag regelt die organisatorische Sicherstellung der zeitnahen Durchführung aller von den Stationen und sonstigen Funktionsbereichen für die Leistungen der Klinik Tettang und von ihren Chefarzten im Privatliquidationsbereich angeforderten Untersuchungen sowie sonstige Dienstleistungen. Der Vertrag beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 2004 und hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2009. Er verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Vertragsperiode gekündigt wird.

⇒ Verträge zur integrierten Versorgung

Mit der WZK und der BKK-IKK Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg bzw. der Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) wurden am 24. November 2003 bzw. 17. Mai 2005 Verträge zur Integrierten Versorgung nach § 140 a SGB V geschlossen.

⇒ Mietvertrag MVZ-Gebäude

Mit Datum vom 30. Juni 2008 vermietete die Gesellschaft die Betriebs- und Verwaltungsräume im Erdgeschoss des MVZ-Gebäudes sowie Registraturflächen im Untergeschoss des Klinikgebäudes an das Tochterunternehmen MVZ Tettang GmbH, Tettang. Das Mietverhältnis hat am 1. August 2008 begonnen und wurde bis zum 31. Juli 2013 abgeschlossen.

⇒ Strukturmerkmale und Betten

Die Klinik ist im Krankenhausbedarfsplan von Baden-Württemberg mit 140 Planbetten in der Leistungsstufe Regelversorgung aufgenommen (bis 2010: 185). Die stationären Leistungen werden in der Klinik in drei hauptamtlich geleiteten Fachabteilungen sowie zwei Belegabteilungen erbracht: Innere Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe/Gynäkologie, Urologie – Belegabteilung, HNO – Belegabteilung.

⇒ Finanzierungsquellen

Die Investitionen der Klinik werden überwiegend durch die Gesellschafter sowie durch Fördermittel des Landes nach dem KHG finanziert. Die laufenden Betriebskosten sind durch die Erlöse aus DRG zu erwirtschaften.

Mit Bescheid vom 3. Juli 2012 wurde der Gesellschaft für das Jahr 2012 nach §§ 15 und 16 LKHG im Wege der Pauschalförderung ein Festbetrag in Höhe von 424 T€ für Investitionen gewährt. Die Budgetentgeltvereinbarung gemäß § 11 KHEntgG für das Jahr 2012 wurde am 21. Mai 2012 abgeschlossen und vom Regierungspräsidium Tübingen am 25. Juni 2012 genehmigt.

Das Erlösbudget nach § 4 Abs. 2 KHEntgG wurde mit rd. 21,7 Mio. € festgelegt. Die Summe der effektiven Bewertungsrelationen gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 KHEntgG (inkl. Überlieger) wurde mit 7.045,723 € vereinbart.

⇒ Organschaftsvertrag

Mit Datum vom 15. Juli 2010 hat die Klinik Tett nang GmbH mit der MVZ Tett nang GmbH einen Organschaftsvertrag abgeschlossen. Dabei unterstellt die MVZ Tett nang GmbH als Organgesellschaft die Leitung des Unternehmens der Klinik Tett nang GmbH als Organgesellschaft. Die Organgesellschaft verpflichtet sich, den gesamten nach Maßgabe der handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Gewinn an die Organträgerin abzuführen. Die Organträgerin ist im Gegenzug verpflichtet, den während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen. Der Vertrag gilt ab dem Tage des Vertragsabschlusses und wurde mit Eintragung in das Handelsregister der Organgesellschaft wirksam. Die entsprechende Eintragung erfolgte am 25. November 2010. Der Vertrag ist bis zum 23. Dezember 2015 unkündbar. Für den darauf folgenden Zeitraum wurden Verlängerungsoptionen vereinbart.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

- ⇒ Der Bodenseekreis erhielt im Jahr 2012 für die bei der Klinik Tett nang GmbH beschäftigten Beamten Erstattungen i.H.v. 156.379,60 €.
- ⇒ Der mit der Klinik Tett nang am 1. Juli 2005 geschlossene Kreditvertrag beinhaltet einen Großteil des im Erbbaurechtsvertrag wertmäßig überlassenen Grundstücks. Das Darlehen läuft bis zum 31. Dezember 2030. Im Jahr 2012 gingen hierfür 74.014,60 € Zins und 79.478,76 € Tilgung ein.
- ⇒ Der mit der Klinik Tett nang am 25. Juli/1. Oktober 2007 geschlossene Erbbaurechtsvertrag sieht eine Begrenzung des Erbbauzinses bis zum 31. Dezember 2018. Im Berichtsjahr 2012 zahlte die Klinik Tett nang GmbH dem Kreis inkl. Nachberechnung 508.654,12 €

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren 438 Arbeitnehmer (Vj. 423) beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Allgemeine Entwicklungen

Kaum eine Branche in Europa ist so umfassend reguliert wie die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen. Als soziale Institution gehört das Gesundheitswesen zu den ureigensten nationalen Politikfeldern. In jedem europäischen Land ist das Gesundheitssystem daher entweder staatlich organisiert (z.B. Großbritannien, Italien) oder wird solidarisch finanziert bei weitgehend privater Leistungserstellung (z.B. Deutschland, Schweiz). Doch die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen erfolgt regional, weshalb die Erbringung dieser Dienstleistungen weitgehend auch auf regionaler Ebene organisiert wird.

Der deutsche Krankenhaussektor, der einem deutlichen Kosten- und Ertragsdruck ausgesetzt ist, wird zunehmend durch Verbände bei privaten bzw. Verbundlösungen bei freigemeinnützigen wie auch kommunalen Trägern charakterisiert. Dieser Konzentrationsprozess vollzieht sich in Form von Betriebsschließungen, Übernahmen, Privatisierungen sowie der Bildung sektorübergreifender Versorgungsformen (ambulante/stationäre Versorgung, Reha, Pflege). Andererseits muss der milliardenschwere Investitionsstau der Branche aufgelöst werden. Da die Fördermittel knapp bemessen sind, greifen Betreiberketten zunehmend auf privates Kapital zurück. Grundsätzlich gibt es eine steigende Nachfrage der Patienten auf Grund der demografischen Entwicklung. Das Wachstum der Branche wird mit Strukturveränderungen hin zu regionaler und auch nationaler Kettenbildung einhergehen.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben im Jahr 2011 auf der Basis der vorläufigen Finanzergebnisse einen Überschuss von rund 4,0 Mrd. € erzielt. Die von der Bundesregierung in 2010 auf den Weg gebrachten Gesetze, insbesondere das Arzneimittel-Neuordnungsgesetz

und das GKV-Finanzierungsgesetz, haben ihre Ausgaben begrenzenden Ziele erreicht. Das hat dazu geführt, dass bei einem moderaten Anstieg der Leistungsausgaben von 2,6 % und einem Rückgang der Verwaltungskosten von 1,0 % im vergangenen Jahr ein Ausgabenzuwachs von rund 3,9 Mrd. € zu verzeichnen war. Unabhängig davon verfügen die Krankenkassen am Ende des Jahres 2011 über Finanzreserven von ca. 19,5 Mrd. €.

Allein durch die höheren Sozialversicherungsbeiträge und die bereits feststehenden Tarifabschlüsse für die Beschäftigten in den Krankenhäusern haben die Personalkosten den durch die Gesetzgebung zugestandenen Vergütungszuwachs um das Dreifache überschritten. Die gesetzlich vorgesehenen Fördermittel für Krankenhausinvestitionen durch die öffentliche Hand sinken seit Jahrzehnten kontinuierlich. Mittlerweile wird weniger als die Hälfte der Krankenhausinvestitionen (46 %) aus öffentlichen Fördermitteln der Bundesländer bestritten. Mehr als die Hälfte der Investitionen müssen die Krankenhäuser anderweitig aufbringen. Der Investitionsstau liegt nach Berechnungen des RWI derzeit bei rund 14,0 Mrd. € (die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) geht sogar von bis zu 50 Mrd. € aus). Ausgehend von der Wirtschaftskrise 2010/2011, die das Steueraufkommen der Kommunen negativ beeinflusst, kann davon ausgegangen werden, dass vermehrt kommunale Krankenhäuser zum Verkauf stehen oder geschlossen werden.

Die Haupttreiber für eine neue Privatisierungswelle sind:

- stark sinkende Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden
- anhaltend sinkende staatliche Fördermittel
- steigender Kostendruck (Lohn- und Sachkosten) gekoppelt mit oft ineffizienten Strukturen
- Investitionsstau in Höhe von mind. rund 4,0 Mrd. € (lt. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI))

Entwicklungen im Krankenhausbereich

Der deutsche Krankenhausbereich befindet sich in einer tief greifenden Umbruchphase. Es kristallisiert sich zunehmend heraus, dass das in hohem Maße intransparente und stark regulierte Gesundheitssystem, in dem durch "Vollkaskomentalität" geprägte Patienten ohne Berücksichtigung ökonomischer Ressourcenoptimierung behandelt wurden, zukünftig nicht mehr zu finanzieren ist. So trifft die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen (demographische Entwicklung, steigendes Gesundheitsbewusstsein und medizinischer Fortschritt) auf leere Kassen der Ausgabenträger. Zusätzlich sind die öffentlichen Krankenhausträger zum Teil hoch verschuldet und können die Investitionsverpflichtungen und die in den ineffizient operierenden öffentlichen Kliniken generierten Verluste nicht mehr tragen.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben im Jahr 2011 Ausgaben von insgesamt rund 179,6 Mrd. € ausgewiesen, davon entfallen auf den Krankenhausbereich 60,14 Mrd. €, dies sind rund 33,4 % der Gesamtausgaben. Gegenüber dem Jahr 2010 ist dies eine Steigerung von 2,01 Mrd. €, dies entspricht einer Steigerungsrate von 3,5 %.

In den 2.045 Krankenhäusern Deutschlands standen im Jahr 2011 insgesamt knapp über 502.000 Betten zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr hat das Versorgungsangebot leicht abgenommen (2.064 Krankenhäuser mit 503.000 Betten). Weiterhin steht annähernd jedes zweite Bett in einem Krankenhaus eines öffentlichen Trägers. Der Anteil der Betten in privaten Häusern nimmt stetig zu (Vj. 17,3 %), während der Anteil in freigemeinnützigen Häusern sinkt (Vj. 34,3 %).

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 18,3 Millionen Patienten stationär behandelt (Zunahme um 302.910). Die Verweildauer verringerte sich auf 7,7 Tage (2010: 7,9). Mit 825.654 Vollkräften hat sich die Personalbesetzung im Krankenhaus um insgesamt 9.396 Vollkräfte erhöht. Im ärztlichen Dienst ist eine Zunahme auf 138.955 Vollkräfte (Zunahme um 4.108) und für den Pflegedienst auf 310.817 Vollkräfte (Zunahme um 4.604) zu verzeichnen.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser hat sich seit 2010 verschlechtert. Mittlerweile befinden sich 15 % der Krankenhäuser im "roten Bereich" mit einer erhöhten Insolvenzgefahr. Bezogen auf die Investitionsfähigkeit erwirtschaften nur rund die Hälfte der Kliniken ausreichend hohe Erträge, um die Unternehmenssubstanz zu erhalten. Private Träger schneiden besser ab als freigemeinnützige und öffentlich-rechtliche. 2010 lagen 18 % der öffentlich-rechtlichen Häuser im "roten Bereich", aber nur 9 % der freigemeinnützigen und nur 3 % der privaten. Kleinere Krankenhäuser haben größere wirtschaftliche Probleme als große oder mittelgroße. Kliniken mit hohem Spezialisierungsgrad stehen wirtschaftlich signifikant besser da als Krankenhäuser mit einem breiten Leistungsspektrum. Als entscheidende Zukunftsthemen sieht der Krankenhaus Rating Report 2012 die Sicherung der Investitionsfähigkeit der Krankenhäuser und die Suche nach Instrumenten zum Umgang mit der Mengendynamik. Der Report sieht zusätzlich Anzeichen einer Konsolidierung im Krankenhausmarkt, so RWI.

Wenn private Klinikbetreiber öffentliche Krankenhäuser übernehmen, regt sich meist Widerstand. Bund, Länder und Gemeinden ziehen sich aus der Verantwortung für die Krankenhausversorgung zurück und legen sie in die Hände von renditeorientierten Unternehmen, kritisiert die Gewerkschaft ver.di. Fragt man die Patienten, sind sie aber gar nicht unzufrieden mit den privaten Kliniken, wie die Deutsche Gesellschaft für Qualität in einer repräsentativen Studie 2011 herausfand.

Da der Krankenhaussektor für 71 % der Ausgaben im deutschen Gesundheitswesen verantwortlich ist und hohe Ineffizienzen aufweist, sind in den letzten Jahren einige Kosten- und Strukturreformen durchgeführt worden. Durch diese Reformen, wie die Einführung eines wettbewerbsfördernden Entgeltsystems (G-DRG), des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) und des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), sehen sich die einzelnen Krankenhäuser zunehmendem Kostendruck und Wettbewerb ausgesetzt.

Gemäß der Vorgaben des KHEntgG veröffentlichte das statistische Bundesamt erstmals den Orientierungswert für Krankenhäuser. Der Orientierungswert, der die durchschnittliche prozentuale Veränderung der Krankenhauskosten für den Zeitraum des zweiten Halbjahres 2011 und des ersten Halbjahres 2012 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wiedergibt, beträgt 2,00 %. Der Veränderungswert, der als Obergrenze für die Erhöhung der Landesbasisfallwerte und der Budgets der unter BPfIV fallenden Krankenhäuser dient, ergibt sich aus der Veränderungsrate und dem Orientierungswert.

Da der nun veröffentlichte Orientierungswert mit 2,00 % die Veränderungsrate in Höhe von 2,03 % unterschreitet, entspricht der Orientierungswert dem Veränderungswert in Höhe von 2,00 %.

Entwicklungen im ambulanten Bereich

Expandiert wird in der ambulanten Versorgung. Schon heute werden ambulant weitaus mehr Patienten behandelt als akutstationär. Die Zahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) steigt stetig an. Ziel ist es, die Krankenhäuser mit einem MVZ zu verbinden. Als Einstieg in ein MVZ besteht die Möglichkeit, sich einzumieten und z.B. beim Eintritt in den Ruhestand den freiwerdenden Kassenarztsitz zu übernehmen. MVZ weisen überwiegend zu Beginn Verluste aus, bedingt durch Anlaufkosten und hohe Abschreibungen. Entscheidend bei der Einführung eines MVZ sind die Synergien mit dem Krankenhaus. Außerdem kann damit ein weiterer Schritt zur flächendeckenden Versorgung erreicht werden, da die Krankenhausstrukturen in der bisherigen Form nicht mehr umfänglich finanziert werden können. Parallel entwickeln sich Ärztenetzwerke, die verstärkt mit den Kliniken kooperieren möchten.

Allein durch die Bindung der niedergelassenen Ärzte/Fachärzte an die Kliniken ergibt sich ein deutlicher wirtschaftlicher Nutzen auf Grund einer entsprechend hohen Fallzahlzuweisung und somit eine zu erwartende Umsatzstabilität oder Umsatzausweitung. Diese Formen können eine Alternative zu integrierten Versorgungsverträgen sein.

Mit dem Vertragsarztgesetz wurde der Gestaltungsspielraum für die MVZ zusätzlich erhöht. Seitdem steigt die Anzahl derartiger Einrichtungen und der dort behandelten Patienten kontinuierlich.

Von den niedergelassenen Ärzten werden die MVZ nicht selten als Konkurrenz gesehen. Da diese oftmals in räumlicher Nähe zu Krankenhäusern zu finden sind, profitieren sie von der dort vorgehaltenen Infrastruktur und medizinischen Ausstattung, was letztlich auch zu einer stärkeren Anziehungskraft auf Patienten führen dürfte. Aus Patientensicht bieten MVZ erhebliche Servicevorteile gegenüber Einzelpraxen, wie etwa in Form von ausgeweiteten Öffnungszeiten und der Tatsache, dass verschiedene Fachärzte unter einem Dach raum nah aufzufinden sind. Aus Sicht der Klinikbetreiber wird sicherlich der Mehrwert auch im höheren Nutzungsgrad teurer medizinischer Geräte gesehen. Hinzu kommt, dass ein kontinuierlicher Patientenstrom in die - möglichst eigenen - Kliniken gesichert wird. Die überwiegende Mehrheit der MVZ befindet sich derzeit in der Trägerschaft von Vertragsärzten.

b) Entwicklung der Klinik Tettngang in 2012

Die Vermögenswerte der Gesellschaft werden zum 31. Dezember 2012 mit 31.265 T€ ausgewiesen. Von diesen Vermögenswerten entfallen 19.936 T€ und somit 63,7 % auf das Anlagevermögen. Das Eigenkapital der Gesellschaft wird zum Bilanzstichtag mit 8.623 T€ ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 27,6 %. Die Sonderposten aus der Finanzierung des Anlagevermögens werden mit 7.022 T€ ausgewiesen. Von den Verbindlichkeiten sind 5.725 T€ langfristig finanziert. Die langfristigen Vermögenswerte sind somit insgesamt durch langfristiges Kapital finanziert.

Im Geschäftsjahr 2012 konnten die Umsatzerlöse von 24.769 T€ auf 25.622 T€ und somit um 3,4 % gesteigert werden. Korrespondierend haben sich die Personalkosten von 16.549 T€ auf 17.444 T€ und somit um 5,4 % erhöht. Für das Jahr 2012 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.440 T€ ausgewiesen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat im Jahr 2012 - 905 T€ betragen. Für Investitionen wurde ein Cashflow in Höhe von 1.216 T€ benötigt. Die Deckung dieser Cashflows konnte durch den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (überwiegend durch Darlehensgewährung durch den Hauptgesellschafter) erreicht werden. Der Finanzmittelfonds hat sich zum Bilanzstichtag von 139 T€ auf 466 T€ erhöht.

Mit der 2012 wiederum realisierten Leistungssteigerung um weitere 360 stationäre Patienten auf nunmehr 6.874 Patienten stößt die Klinik Tettngang an die Leistungs- und Kapazitätsgrenzen. Mit einer Jahresbelegung über 85 % ist im Akutbereich faktisch eine Vollauslastung erreicht. Dringend erforderlich ist z.B. eine Tagesklinik, in der ambulante Patienten behandelt und operiert werden können. Diese Anforderung wird vermehrt von niedergelassenen Ärzten gestellt, die in der Klinik Tettngang operativ tätig sind bzw. es noch werden wollen.

Weitere signifikante Leistungssteigerungen sind nur möglich, wenn die baulichen und strukturellen Gegebenheiten den Anforderungen angepasst werden. Insbesondere die Sanierung und Neustrukturierung der OP-Bereiche ist dringend erforderlich, um die Abläufe wesentlich zu verbessern. Die Anzahl der OP-Leistungen wurde seit dem Jahr 2005 von 4.151 auf nunmehr 5.699 Operationen (+37 %) gesteigert.

Auf Basis des mit dem Sozialministerium am 15. November 2011 vereinbarten Raumprogramms wurde Ende April 2012 der Förderantrag gestellt, der vom Sozialministerium noch geprüft wird. Am 21. März 2013 hat der Landeskrankenhausausschuss die Aufnahme des Projektes in das Jahresbauprogramm beschlossen. Auf dieser Basis ist dann die Förderquote zu verhandeln. Die Bauphase läuft aus heutiger Sicht von Ende 2013 bis Ende 2014, dem Jahr des 50-jährigen Bestehens des Krankenhauses.

Im Zuge des Gesamtkonzepts zur baulichen Weiterentwicklung der Klinik Tettngang müssen die derzeit als Dienst- und Bereitschaftsdienst genutzten Zimmer wieder zu Patientenzimmern umgewidmet werden. Zudem müssen die derzeit noch im ehemaligen Schwesternwohnheim angemieteten Räume ins Haus integriert werden, sobald die Liegenschaften vom Landkreis veräußert sind.

Ende des Jahres 2012 wurden die ersten drei der so genannten unreinen Arbeitsräume auf den Stationen in der Mittelspange saniert. Derzeit werden die restlichen drei unreinen Arbeitsräume saniert. Damit sind dann die Hygieneauflagen des Gesundheitsamtes erfüllt. Hierfür fallen Investitionen von ca. 500 T€ an. Hinzu kommen noch Ertüchtigungen im Brandschutz mit insgesamt ca. 300 T€.

Die Veränderungsrate, die maßgeblich für die Vereinbarung des landesweiten Basisfallwertes ist, stieg im Jahr 2012 lediglich um 1,98 %. Im GKV-Finanzierungsgesetz wurde zudem im Zuge von Sparmaßnahmen eine Kürzung um 0,5 % festgelegt, weshalb die Vergütung für stationäre Patienten max. um 1,48 % steigen darf. Dem gegenüber steht die Tarifeinigung mit dem Marburger Bund, die Gehälter für Ärzte um 2,9 % zu erhöhen. Die linearen Tarifsteigerungen im TVöD betragen ab 1. März 2012 3,5 %. Im PsychEntgG wurde wenigstens eine "Tarifhilfe" für die Krankenhäuser vorgesehen. Diese Erhöhungsrage betrug für das Jahr 2012 0,51 %. Am 20. September 2012 haben sich die BWKG, die GKV-Landesverbände sowie der Verband der Privaten Krankenversicherung auf eine Umsetzung ab 1. Oktober 2012 geeinigt. Damit wird die Schere zwischen Erlössteigerung und Kostensteigerung etwas abgemildert. Trotzdem wächst die Finanzierungslücke zwischen den immer weiter steigenden Kosten und den deutlich dahinter zurückbleibenden Einnahmen. Dass ein Krankenhaus für zusätzlich behandelte Patienten nicht die volle DRG erhält und außerdem für jeden zusätzlich behandelten Patienten der landesweite Basisfallwert abgesenkt wird, führt zu einer doppelten Belastung für die Klinik Tettngang. In dem derzeit diskutierten Eckpunktepapier der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU und der FDP-Fraktion soll dieser Effekt der "Doppelten Degression" zumindest für 2013 und 2014 gelindert werden.

Die Entgeltverhandlung mit den Kostenträgern fand am 21. Mai 2012 statt. Dabei konnten 110 CM-Punkte zusätzlich vereinbart werden, die einer Erlössteigerung von 335 T€ entsprechen.

Am 13. November 2012 fand das Zertifizierungs-Audit zum Interdisziplinären Kontinenz- und Beckenbodenzentrum statt. Damit hat die Klinik als eines der ersten Krankenhäuser in Deutschland dieses Zertifikat erreicht. Dies unterstützt auch die Schwerpunktbildung Uro-Gynäkologie von Chefarzt Oe. Christian Fünfgeld.

Der Ärzte- und Pflegekräftemangel nimmt weiter zu. Ab Mitte 2011 startete deshalb das Pilotprojekt "Familie und Beruf", um Mitarbeiter zu halten und Arbeitsplätze für neue Mitarbeiter attraktiv zu gestalten. Neben der Zertifizierung - Zertifikatsverleihung im Juni 2012 - wurden mehrere Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf begonnen und öffentlichkeitswirksam begleitet.

c) Künftige Entwicklung der Klinik Tettngang GmbH

Allgemeine Entwicklung

Wie in den vergangenen Jahren steigen die Fallzahlen. Regional betrachtet dürften sich deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Krankenhausfälle ergeben. Unterschiede in der Altersstruktur und der unterschiedlichen regionalen Bevölkerungsentwicklung dürften sich hier bemerkbar machen. Da in Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Süden Brandenburgs ein Bevölkerungsrückgang erwartet wird, sollten sich in diesen Regionen auch die Krankenhausfälle rückläufig entwickeln. Der stärkste Zuwachs dürfte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland, West Niedersachsen und Berlin zu erwarten sein.

Unverändert prägen Kostendruck, Budgetbegrenzung und wachsender Wettbewerb den deutschen Krankenhausmarkt. Kostensteigerungen können immer schwerer durch Effizienzsteigerungen kompensiert werden. Verstärkt müssen Wege für eine Verbesserung der Einnahmeseite gefunden werden. Eine Möglichkeit ist, Wachstum innerhalb des budgetären Bereichs zu erreichen, beispielsweise durch Fallzahlensteigerung, Akquisition neuer Objekte oder Vernetzung ambulanter Leistungen. Eine weitere Möglichkeit ist die Erschließung außerbudgetärer Erlöspotenziale, zum Beispiel durch die Versorgung ausländischer Patienten, den Aufbau von Patientenhotels oder das Anbieten zusätzlicher Serviceleistungen.

Am 22. März 2013 wurden die "Eckpunkte zur Krankenhausfinanzierung" vorgestellt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen führen in den Jahren 2013 und 2014 zu einer geschätzten Entlastung der Krankenhäuser in Höhe von rund 880 Mio. € (2013: ca. 300 Mio. €, 2014: ca. 580 Mio. €).

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

- ⇒ Versorgungszuschlag: Das Einsparvolumen, das sich in den Jahren 2013 und 2014 aus dem Mehrleistungsabschlag ergibt, soll den Krankenhäusern wieder zugeführt werden und als Versorgungszuschlag je Fall an die Krankenhäuser verteilt (Erlössteigerung 2013: 250 Mio. EUR, 2014: 500 Mio. €).
- ⇒ Voller Orientierungswert ab 2014: Den Vertragsparteien auf Bundesebene wird für das Jahr 2014 der Verhandlungskorridor bis zum vollen Orientierungswert eröffnet. Jede 0,1 % Erhöhung der Obergrenze bringt den Krankenhäusern Mehreinnahmen in Höhe von rund 70 Mio. €. Sofern der Orientierungswert die Grundlohnrate unterschreitet, gilt zudem zukünftig die dann höhere Grundlohnrate.
- ⇒ Anteilige Tariflohnrefinanzierung für 2013: Die für das Jahr 2013 vereinbarten Tarifsteigerungen werden bei den Landesbasisfallwerten und den Krankenhausbudgets erhöhend berücksichtigt (Erlössteigerung 2013: 20-40 Mio. Euro, 2014: 20-40 Mio. €).
- ⇒ Hygiene-Förderprogramm: Die Neueinstellung von ausgebildetem ärztlichen und pflegerischen Hygienepersonal wird durch zweckgebundene Zuschüsse bis zum Auslaufen der Übergangsfrist des Infektionsschutzgesetz Ende 2016 gefördert (Erlössteigerung 2013: 15 Mio. €, Erlössteigerung 2014: 40 Mio. €).

Am 3. April 2013 hat der Bundesgesundheitsminister Vorschriften im SGB V angekündigt, nach denen zukünftige Korruption und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen von Ärzten und anderen Leitungserbringern geahndet werden können. Das BMG habe eine Lösung gefunden – nicht im Strafgesetzbuch, sondern im Sozialgesetzbuch (als Nebenstrafrecht) -, damit Staatsanwaltschaften ermitteln könnten. Seit dem BGH Urteil hätten die Staatsanwaltschaften nicht mehr ermittelt, was andere Möglichkeiten (des Berufs- und Sozialrecht) erschwert habe. Die Neuregelung sei nicht allein auf Ärzte, sondern auf alle Berufe und Gesundheitswesen bezogen.

Am 1. Januar 2013 ist das Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs in stationären Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Kraft getreten. Darin werden der Anspruch pflegebedürftiger Behinderter Menschen auf Mitnahme der Assistenzpflegeperson in die Einrichtung sowie der Anspruch auf Pflegegeld und Hilfe zur Pflege durch die Sozialhilfe für die gesamte Dauer der stationären Vorsorge- oder Rehabilitationsbehandlung geregelt. Das Gesetz knüpft an das Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus an.

Am 26. Februar 2013 ist das Patientenrechtegesetz in Kraft getreten und regelt das bestehende Richterrecht zum Behandlungsvertrag und der Arzthaftung. Mit einer Ergänzung des BGB wird ein Behandlungsvertrag und daraus folgende Rechte und Pflichten (Information, Dokumentation, Einsichtnahme) geregelt. Der Patient muss in die Durchführung einer „medizinischen Maßnahme“ einwilligen. Damit diese Einwilligung wirksam ist, muss er zuvor aufgeklärt werden. Aufklären kann der „Behandelnde“ oder eine Person, die über die zur Durchführung der Maßnahme notwendige Befähigung verfügt. Hier ist zu prüfen, ob dies mit der Aufklärungspraxis in Krankenhäusern übereinstimmt bzw. ob dies praxistauglich ist. Für

Reha-Einrichtungen können durch die vorgesehene Regelung höhere Aufklärungspflichten entstehen. Hier ist darauf hinzuwirken, dass Leistungen zur medizinischen Rehabilitation als einheitliche Maßnahmen gelten, für die nur eine generelle Aufklärung und nicht vor jeder Einzeltherapie erforderlich ist.

Mit dem PsychEntG legte der Gesetzgeber für Psychosomatische Kliniken eine anteilige Finanzierung der Kosten der Tarifsteigerung in Höhe von 50 % für das Jahr 2012 fest. Die Partner der Selbstverwaltung einigten sich auf eine Tarifraten in Höhe von 3,0 %. Unter der Berücksichtigung der gesetzlich vorgeschriebenen Rechenschritte ergeben sich auf dieser Basis eine Erhöhungsraten von 1,52 % und eine Ausgleichsraten von 0,51 %. Dies entspricht einem Finanzierungsvolumen von annähernd 300 Mio. €.

Entwicklung der Klinik Tettngang GmbH

Die Klinik Tettngang konnte ihre Leistungszahlen zum 31. Dezember 2012 gegenüber der Budgetvereinbarung 2012 weiter steigern. Die Fallzahlen sind um 256 Fälle gestiegen, der Case-Mix (CM) wurde gegenüber dem vereinbarten Volumen von 7.045,723 um 115,281 CM-Punkte überschritten. Die Entgeltverhandlung 2013 wird am 25. Juni 2013 stattfinden. Durch die Umwandlung der Belegabteilungen HNO und Urologie in Hauptabteilungen wird sich das CM-Volumen um ca. 100 CM-Punkte erhöhen. Die Leistungszahlen der ersten vier Monate zeigen gegenüber der linear herunter gebrochenen Vereinbarung des Vorjahres eine Zunahme der CM-Punkte von ca. 140 Punkten.

d) Risikobericht

Aus der aktuellen Ertrags- und Liquiditätsplanung ergibt sich, dass für das Jahr 2013 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 906 T€ und im Jahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 750 T€ gerechnet wird. Der für die Planjahre 2013 und 2014 erforderliche Mittelbedarf soll durch den Hauptgesellschafter zur Verfügung gestellt werden. Die Gesellschaft ist deshalb mittelfristig von der finanziellen Unterstützung durch den Hauptgesellschafter abhängig.

Als operatives, am Markt teilnehmendes Unternehmen ist die Klinik Tettngang den unterschiedlichsten Risiken ausgesetzt. Diese Risiken sind unmittelbarer Ausfluss aktiven unternehmerischen Handelns, das zugleich die Chance bietet, Mehrwert in Form von Ertrags- und Vermögenszuwächsen zu schaffen.

Das Abwägen unternehmerischer Risiken und Chancen ist ein fundamentaler Bestandteil unserer Aufgaben. Um uns in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe wahrzunehmen, d.h. Risiken zeitnah zu erkennen und adäquate Gegenmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten, wurde konzernweit ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt, das auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann. Definierte und erkennbare Risiken werden aus dem administrativen und medizinischen Bereich in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet. Die Geschäftsführung wertet die Risikoberichte hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe möglicher Schäden aus und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Risiken sind die einzelnen Kliniken in eingeschränktem Rahmen ausgesetzt, da die Klinik Tettngang ausschließlich auf dem inländischen Gesundheitsmarkt tätig und außenwirtschaftliche Faktoren von untergeordneter Bedeutung sind.

Branchenspezifische Risiken sind im stark reglementierten Gesundheitsmarkt eng verknüpft mit der staatlichen Gesundheitspolitik.

Auf der Aufwandseite sind insbesondere die Tarifabschlüsse für den Öffentlichen Dienst von Bedeutung. Innerhalb unserer Branche werden Chancen und Risiken aus Gesundheitsreformgesetzgebungen und Tarifvereinbarungen differenziert beurteilt.

Es bestehen die klassischen Markt- oder Absatzrisiken. Durch strategische Konzepte, insbesondere Kooperationen und den Aufbau und Ausbau sektorübergreifender Netzwerke, kann der Standort gesichert und damit Absatzrisiken begrenzt werden.

Durch die Einführung von trägerübergreifenden Komplexangeboten und dem Aufbau sektorübergreifender Netzwerke soll zum Einen eine höhere Kundenbindung (Kostenträger, niedergelassene Ärzte) und zum Anderen ein Gegengewicht zur Preisentwicklung geschaffen werden.

Die sich abzeichnende Verschiebung von stationären zu ambulanten Behandlungsformen wird künftig noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Spezifische Produktrisiken ergeben sich, weil Diagnosen und Therapien auf Grund der Komplexität der Leistungserbringung und der Tatsache, dass die Leistungen am Menschen erbracht werden, grundsätzlich risikobehaftet sind. Diesem Risikopotential wirkt allerdings unsere Prozessorganisation entgegen, die einerseits an jedem Arbeitsplatz hohe Professionalität erzeugt und andererseits durch ihre Arbeitsteiligkeit ein sich selbst kontrollierendes System schafft.

Durch regelmäßige und systematische Mitarbeiterschulungen, strenge Überwachung von Aufbau- und Ablauforganisation und strikte Orientierung an Patientenbedürfnissen sollen Produktrisiken minimiert werden. Hier kommt der Überwachung von Patientenbeschwerden durch unseren zentralen Geschäftsbereich Produkt/Qualität der Waldburg-Zeil Kliniken eine besondere Bedeutung zu.

Da trotz aller bestehenden Vorkehrungen Risiken nicht ausgeschlossen werden können, besteht ein angemessener und regelmäßiger überprüfter Versicherungsschutz.

Typische Beschaffungsrisiken bestehen bei der Kliniken Tettang nicht. Über die Waldburg-Zeil Kliniken wird darauf geachtet, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nicht entstehen. Temporäre Abhängigkeiten, beispielsweise bei speziellen Gerätschaften, schätzen wir als nicht bedeutsam ein. Die strikte Trennung von Beschaffung und Verwendung betrachtet die Klinik als entscheidende Antikorruptionsmaßnahme.

Neben dem wirtschaftlichen Risikomanagement (Finanz-, Management- und Marktrisiken) liegt ein weiterer Schwerpunkt im klinischen Risikomanagement, da in den letzten Jahren die Patientensicherheit als Qualitätsziel in Krankenhäusern zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wer Patientensicherheit stärkt, erhöht auch die Qualität der Krankenhausbehandlung. Deshalb haben sich die WHO und nationale Gremien wie die Bundesärztekammer des Themas angenommen und entsprechende Empfehlungen verabschiedet. Auch für die Zertifizierungsverfahren wie KTQ oder IQMP-Reha ist der Nachweis eines funktionierenden Fehlermanagements inzwischen erforderlich.

Oberstes Ziel der Patientensicherheit ist die Vermeidung von unerwünschten Ereignissen, die auf Fehlern beruhen. Aus der Entdeckung und Analyse von Fehlern kann man im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses für die Zukunft lernen. Ein zentrales Instrument zur Erkenntnis solcher Risikokonstellationen ist ein Critical Incident Reporting System (CIRS). Kennt man die Risiken, die Fehler auslösen, lassen sich Fehler vermeiden oder verringern.

Nach Prüfung mehrerer Systeme und Beobachtung der Entwicklung wurde inzwischen eine an unsere spezifischen Verhältnisse angepasste und zukunftssichere Lösung in Kooperation mit der äzq (Ärztliches Zentrum für Qualität in der Medizin) erarbeitet und seit dem Jahr 2010 in unseren Akutkliniken eingeführt.

Die Klinik Tett nang zählt zum Dienstleistungssektor. Ihr wirtschaftlicher Erfolg hängt maßgeblich von der individuellen und kollektiven Leistung der Mitarbeiter ab. Unmotivierte bzw. unqualifizierte Mitarbeiter stellen daher ein erhebliches Risikopotential dar. Zur Gewinnung und Bindung leistungsfähiger Mitarbeiterinnen bieten wir in den Waldburg-Zeil Kliniken kontinuierliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme an. Mit dem Gesamtbetriebsrat wird über flexible Lösungen zur Arbeitszeitgestaltung verhandelt, um künftig auf Auslastungsschwankungen kurzfristig reagieren zu können.

Die Waldburg-Zeil Kliniken verfolgen die Strategie einer dezentralen Ergebnisverantwortung bei hoher Wissenskommunikation. Eine weit gefasste unternehmerische Selbstverantwortung soll die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Belastungen in Form von wirtschaftlichen und organisatorischen Risiken minimieren. Die regelmäßige Gegenüberstellung von Vorjahreswerten und Planwerten erlaubt es, abweichende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und, wo angebracht, korrigierend einzugreifen.

Zur Beurteilung finanzieller Risiken analysieren wir regelmäßig auch unseren Debitoren bestand. Im Rahmen von regelmäßigen Bankengesprächen stellen wir sicher, dass etwaiger Kapitalbedarf auch kurzfristig zur Verfügung steht.

Rechtliche Risiken gewinnen in dem Umfang an Bedeutung, als in immer kürzeren Zeitabständen ergehende Gesundheitsreformen/Gesetzgebungen zur Verunsicherung der Vertragspartner im Gesundheitswesen beitragen. Im Hinblick auf den Unternehmenserfolg messen wir den rechtlichen Risiken jedoch keine gravierende Bedeutung zu.

Tett nang, den 13. Juni 2013

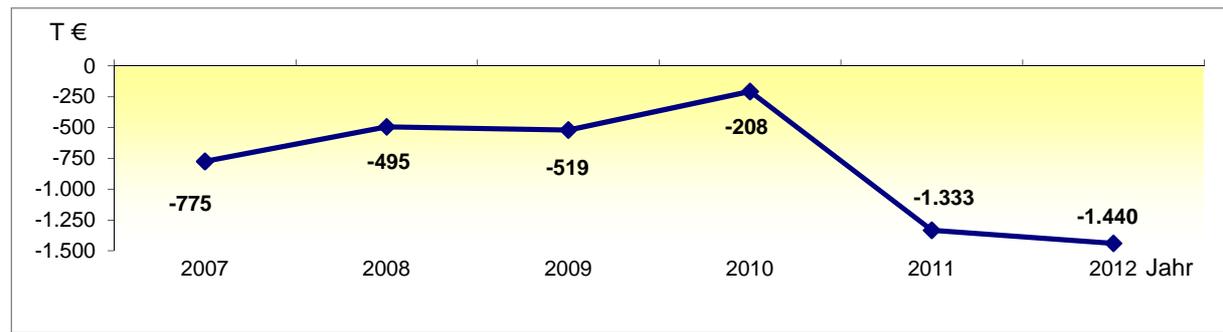
Ellio Schneider Jürgen Sachsenmaier

11. Abschlussprüfer RSW Treuhand GmbH

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2012	2011	2010	2009	2008
Planbetten	140	140	185	185	185
Belegung in %	85,78	82,96	62,41	60,94	60,15
stationäre Patienten	6.874	6.521	6.393	6.095	5.753
Belegungstage	43.955	42.391	42.139	41.148	40.727
Verweildauer	6,39	6,50	6,59	6,75	7,08

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Klinik Tett nang GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrecht u. ähnl. Rechte und Werte sowie Lizenzen	182,1	0,6	230,7	0,7	296,0	0,9
2. Geleistete Anzahlungen	2,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten	16.216,7	51,9	17.234,3	55,4	16.934,3	53,5
2. Technische Anlagen und Maschinen	359,7	1,2	493,7	1,6	633,9	2,0
3. Einrichtungen und Ausstattungen	2.607,5	8,3	2.758,2	8,9	2.869,5	9,1
4. Anlagen im Bau	492,3	1,6	38,4	0,1	770,1	2,4
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	75,5	0,2	75,5	0,2	75,5	0,2
	19.935,9	63,8	20.830,8	67,0	21.579,2	68,2
B. Umlaufvermögen						
<u>I. Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	462,2	1,5	531,4	1,7	471,4	1,5
2. Unfertige Leistungen	253,3	0,8	274,5	0,9	206,3	0,7
<u>II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	4.439,9	14,2	3.931,3	12,6	3.427,7	10,8
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen	398,1	1,3	250,4	0,8	558,7	1,8
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	566,6	1,8	487,6	1,6	420,9	1,3
6. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	100,7	0,3	2,9	0,0	0,0	0,0
<u>III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>						
	466,3	1,5	139,6	0,4	298,5	0,9
	6.687,2	21,4	5.617,5	18,0	5.383,4	17,0
C. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	2.826,7	9,0	2.767,2	8,9	2.707,7	8,6
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.815,0	5,8	1.893,0	6,1	1.971,0	6,2
Bilanzsumme	31.264,9	100,0	31.108,5	100,0	31.641,3	100,0

Bilanz der Klinik Tettngang GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	300,0	1,0	300,0	1,0	300,0	0,9
II. Kapitalrücklage	14.106,9	45,1	14.106,9	45,3	14.106,9	44,6
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-4.343,4	-13,9	-3.010,9	-9,7	-2.803,1	-8,9
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-1.440,1	-4,6	-1.332,5	-4,3	-207,8	-0,7
	8.623,4	27,6	10.063,4	32,3	11.395,9	36,0
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung der immateriel- len Vermögensgegenstände und der Sachanlagen						
I. Sonderposten für Förderungs- mittel nach dem KHG	6.487,7	20,8	6.999,2	22,5	7.661,4	24,2
II. Sonderposten aus Zuweisun- gen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	534,4	1,7	769,8	2,5	1.081,8	3,4
III. Sonderposten aus Zuwendun- gen Dritter	0,3	0,0	0,5	0,0	0,7	0,0
	7.022,3	22,5	7.769,4	25,0	8.743,9	27,6
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	1.466,8	4,7	1.235,3	4,0	1.242,1	3,9
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.823,4	12,2	4.020,0	12,9	4.260,3	13,5
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.043,3	3,3	696,8	2,2	912,4	2,9
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	203,3	0,6
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	8.692,7	27,8	6.752,5	21,7	3.896,2	12,3
VI. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	5,9	0,0	55,1	0,2	577,7	1,8
VII. Sonstige Verbindlichkeiten	576,9	1,8	499,0	1,6	385,6	1,2
	14.142,2	45,2	12.023,4	38,6	10.235,5	32,3
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
G. Ausgleichsposten aus Darlehens- förderung	10,2	0,1	17,0	0,1	23,8	0,1
Bilanzsumme	31.264,9	100,0	31.108,5	100,0	31.641,3	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Klinik Tett nang GmbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	25.621,5	96,2	24.768,7	96,0	23.813,4	95,9
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-21,2	-0,1	68,2	0,3	48,4	0,2
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.045,2	3,9	965,2	3,7	958,5	3,9
5. Gesamtleistung	26.645,6	100,0	25.802,1	100,0	24.820,3	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.645,9	12,7	3.651,8	13,2	3.588,2	13,9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	902,1	3,2	874,5	3,2	791,9	3,1
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	14.398,6	50,3	13.593,7	49,0	12.635,3	48,9
b) Soziale Abgaben	3.045,2	10,6	2.955,3	10,6	2.778,0	10,7
8. Abschreibungen						
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2.039,2	7,1	2.289,4	8,2	2.178,5	8,4
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.578,7	16,0	4.391,7	15,8	3.872,8	15,0
11. Gesamtaufwand	28.609,6	100,0	27.756,4	100,0	25.844,6	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-1.964,0	-8,3	-1.954,3	-8,2	-1.024,3	-4,3
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	426,5		369,0		376,3	
17. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	59,5		59,5		59,5	

18. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.116,0	1.262,9	1.247,8
19. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	6,8	6,8	6,8
20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50,0	50,6	50,4
21. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	-162,1	-320,1	-179,4
22. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-368,9	-289,0	-286,5
23. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagevermögen	-57,5	-80,0	-89,8
24. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-520,4	-428,6	-359,9
25. Finanzergebnis	549,8	631,1	825,2
26. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.414,2	-1.323,1	-199,2
27. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen	-24,4	-7,6	-7,6
28. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
29. Sonstige Steuern	-1,4	-1,8	-1,0
30. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-1.440,1	-1.332,5	-207,8
31. Einstellung in Gewinnrücklagen a) in zweckgebunden Rücklagen b) in andere Gewinnrücklagen			
32. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)			
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.440,1	-1.332,5	-207,8

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH
Kontakt:	Paulinenstr. 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 4094-211 Fax: 07541 / 4094-251 E-Mail: u.ott@gpz-fn.de Internet: www.gpz-fn.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	8. März 2002
Gesellschaftsvertrag:	13. Dezember 2001
Letzte Änderung:	10. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der GpZ Friedrichshafen GmbH ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis.

Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Friedrichshafen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der gGmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Friedrichshafen gGmbH von 50.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bruderhaus Diakonie	15.000 €	30,00%
Pauline 13 e.V.	15.000 €	30,00%
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie,	10.000 €	20,00%
Landkreis Bodenseekreis	5.000 €	10,00%
Stadt Friedrichshafen	5.000 €	10,00%
	50.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Ulrich Ott

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Hauswald, Stadt Friedrichshafen
Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschafter bekräftigen mit dem Gemeindepsychiatrischen Zentrum Friedrichshafen Ihre Bereitschaft, eine gemeinsame Hilfeplanung im Bodenseekreis zu betreiben. Hierzu wurde im Jahr 2004 in verbindlicher Form die Trägergemeinschaft „Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) Bodenseekreis“ gegründet.

Die GpZ Friedrichshafen gGmbH beteiligt sich hierzu schwerpunktmäßig mit der Trägerschaft und dem Betrieb einer anerkannten Werkstatt sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienst Arbeitsplätzen. Im Rahmen eines Leistungsverbundes sollen psychisch kranke und behinderte Menschen Angebote im Bereich der beruflichen, medizinischen und sozialen Rehabilitation unter einem gemeinsamen Dach im Gemeindepsychiatrischen Zentrum in Friedrichshafen finden.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschaft wird nach den Vorschriften für eine große Handelsgesellschaft geprüft unter der Beachtung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz. Die Gesellschaft ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie im Werkstättenverbund Bodensee Oberschwaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Gesellschafterdarlehen i.H.v. 50.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Seit dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem Zinssatz von 2,5 % (1.250 €).
- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 80.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.
- ⇒ Auf Grundlage der vorläufigen Richtlinien und Fördergrundsätze des LWV für Tagesstätten für psychisch Kranke und Menschen mit Behinderungen wurden 76.827,13 € gezahlt.
- ⇒ Im Jahr 2012 wurde das GpZ Friedrichshafen damit beauftragt, die Jahresbescheide und Mahnungen der Abfallwirtschaft zu falten und zu kuvertieren. Dafür wurden 9.637,49 € vom Bodenseekreis gezahlt.

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2012 waren 37 Mitarbeiter beschäftigt (Vj. 34), davon 4 Aushilfen.

10. Lagebericht

Das GpZ Friedrichshafen ist Betreiber folgender drei Bereiche:

- ⇒ Werkstatt für psychisch behinderte Menschen (WfbM / 60 Plätze)
- ⇒ Tagesstätte für psychisch kranke Menschen
 - Tagesstrukturierende Angebote
 - Niederschwellige Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten nach SGB II
- ⇒ Vermietung

a) Werkstatt (WfbM)

Die Geschäftsfelder der WfbM Friedrichshafen sind

- ⇒ Industriemontage
- ⇒ Bürodienstleistung, Archivierung
- ⇒ Küche, Cafe und Catering
- ⇒ Hausmeisterservice

Die Werkstatt des GpZ konnte im Jahr 2012 die Einnahmen aus Produktion und Dienstleistung gegenüber 2011 um knapp 50 T€ auf insgesamt 618 T€ steigern. Die Einnahmen verteilten sich auf die Bereiche industrielle Fertigung 445 T€ (Vj. 390 T€), Hausmeisterdienstleistungen 26 T€ (Vj. 43 T€), Bürodienstleistungen 34 T€ (Vj. 25 T€) sowie auf Küche u. Cafe mit 113 T€ (Vj. 114 T€). Für das GpZ ist die gute Beauftragung seitens der Industrie eine klare Bestätigung, dass die Partnerschaft mit den örtlichen Firmen gut funktioniert und die Aufträge vom GpZ zuverlässig erledigt wurden. Die direkten Kooperationen mit ZF, MTU sowie im Heim Pfingstweid, in denen unsere Klienten vor Ort in den Firmen arbeiten, haben sich ebenfalls sehr erfolgreich weiter entwickelt. Besonders wertvoll sind diese Arbeitsplätze unter dem Aspekt die Annäherung und Anpassung an den ersten Arbeitsmarkt. Interessant sind diese Außenarbeitsgruppen hinsichtlich von Inklusion und Integration. Über das Jahr haben ca. 40 Personen außerhalb des GpZ gearbeitet.

In 2012 waren in der Werkstatt im Durchschnitt 95 (Vj. 94) psychisch behinderte Menschen sozialversicherungsrechtlich beschäftigt, davon 76 (Vj. 75) im Arbeitsbereich und 19 (Vj. 19) im Berufsbildungsbereich. Diese Zahlen entsprechen beinahe den Vorjahreswerten und zeigen, dass es momentan keine Zunahmen bei den Werkstatt-Plätzen gibt.

Für die Betreuung der 95 WfbM-Beschäftigten wurden Pflegesatzerlöse in Höhe von 1.230 T€ (Vj. 1.197 T€) erzielt, davon 925 T€ (Vj. 897 T€) im Arbeitsbereich und 305 T€ (Vj. 300 T€) im Berufsbildungsbereich.

Zusammen mit den Produktionserlösen erzielte die WfbM Einnahmen in Höhe von 1.848 T€ (Vj. 1.769 T€) und lag somit um knapp 80 T€ über dem Vorjahr und mit knapp 200 T€ über dem Wirtschaftsplan von 2012.

b) Tagesstätte

Die Tagesstätte wurde auch in 2012 sehr stark frequentiert. Mehr als 100 unterschiedliche Personen nutzten über das Jahr die vielseitigen Angebote. Durch einen sehr niedrigschwelligen Zugang können hier viele psychisch kranke Menschen erreicht und angesprochen werden. Über eine pauschale Tagesstättenfinanzierung vom Landkreis kann der grobe Kostenrahmen der Grundangebote abgedeckt werden.

Einige Angebote, speziell für Menschen mit einem hohen Hilfebedarf, werden gemeinsam mit den Wohnbereichen des ZfP Südwürttemberg, der BruderhausDiakonie und den ambulanten Diensten der Pauline 13 erbracht und finanziert.

Im Bereich der therapeutischen Beschäftigung bietet die Tagesstätte das vom Landkreis finanzierte Zuverdienstprojekt an. Hier werden Belastungsfähigkeit und konstante Leistungsfähigkeit von behinderten Menschen trainiert und gestärkt mit dem Ziel, die beruflichen Perspektiven ab zu klären und neue berufliche Schritte zu definieren.

Insgesamt wurden im Zuverdienst 52 Personen, verteilt auf neun Plätze, im Rahmen von Stabilisierungs- und Orientierungsmaßnahmen betreut.

Wie in 2011 schon angekündigt, wurden die "Zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten", die über das SGB II vom Amt für Hilfen zur Arbeit finanziert wurden, zum 31. März 2012 eingestellt. In 2012 bedeutete der Wegfall dieser Maßnahme einen Einnahmeausfall von 100 T€, ganzjährig betrachtet, beträgt der Rückgang zukünftig 150 T€, sofern keine Nachfolgemeasures generiert werden können.

Um die Voraussetzung für die Zulassung solcher Arbeitsförderungsmaßnahmen zu erhalten, hat sich das GpZ einer Zertifizierung (AZAV) unterzogen und diese im November 2012 erfolgreich bestanden.

In Absprache mit dem Landratsamt Bodenseekreis wird sich das GpZ in 2013 für Fördermaßnahmen für den Personenkreis der langzeitarbeitslosen Menschen bewerben und Maßnahmen-Konzepte erstellen. Seitens des Landkreises wurde betont, dass eine enge Kooperation mit den GpZs im Bodenseekreis angestrebt wird. Neben der Werkstatt und der Tagesstätte ist die Aktivierung und die Qualifizierung der langzeitarbeitslosen Menschen ein wichtiger Baustein im Versorgungs- und Leistungsportfolio des GpZ Friedrichshafen.

In 2012 wurden in der Tagesstätte täglich ca. 60 Menschen beschäftigt, qualifiziert bzw. durch tagesstrukturierende und freizeitpädagogische Maßnahmen betreut.

In 2012 erzielte die Tagesstätte aus Vergütungen und Leistungsvereinbarungen insgesamt 217 T€ (Vj. 306 T€). Im Vergleich zu 2011 sind die Einnahmen um ca. 90 T€ zurückgegangen. Unter Einbeziehung der Einnahmen aus Produktion sowie zusätzliche Einnahmen von Kooperationspartnern und der Gegenrechnung aller Kosten schließt die Tagesstätte in 2012 mit einem Minus in Höhe von ca. 10 T€ ab.

c) Vermietung

Die Mietflächen in den Beratungs- und Behandlungsebenen waren beinahe ganzjährig komplett vermietet.

Hinzu kommen noch bis Ende 2012 die Mieteinnahmen des Normaladens.

Insgesamt hat das GpZ Mieteinnahmen in Höhe von 127 T€ (Vj. 125 T€) erzielt.

d) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2012 war für die GpZ gGmbH insgesamt ein gutes Jahr. Die hervorragende Auftragslage war die Hauptstütze des guten wirtschaftlichen Ergebnisses und sorgte für eine ganzjährige Auslastung aller Beschäftigten.

Leider erzielte die Tagesstätte aufgrund des Wegfalls der Arbeitsgelegenheiten gegenüber dem Vorjahr ein deutlich schlechteres Ergebnis. Hier müssen die Stellschrauben rasch neu justiert werden. Momentan werden in der Tagesstätte auch viele Personen therapeutisch beschäftigt, für die das GpZ keine Vergütung erhält, hierzu gehören z.B. Altersrentner, erwerbsfähige Personen im Krankenstand, Personen, die von ihren Angehörigen unterhalten werden und Menschen mit unterschiedlichsten sozialrechtlichen Hintergründen, die kurzfristig eine Unterstützung benötigen. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie für einen bestimmten Zeitraum ein beschäftigungsorientiertes Angebot für ihre psychische Stabilisierung benötigen.

Das GpZ ist bereits seit längerem mit dem Landkreis Bodensee im Gespräch, um eine Finanzierung der Betreuungsleistungen für diesen Personenkreis zu erreichen.

e) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die reinen Umsatzerlöse haben gegenüber 2011 leicht abgenommen und belaufen im Jahr 2012 auf 2.192 T€ (Vj. 2.200 T€).

Die größte Position bei den Umsatzerlösen bilden die Einnahmen durch Werkstatzsätze mit insgesamt 1.230 T€ (Vj. 1.197 T€). Hiervon entfallen 925 T€ (897 T€) auf den Arbeitsbereich und 305 T€ (Vj. 300 T€) auf den Berufsbildungsbereich.

An zweiter Stelle stehen die Erlöse aus dem Produktions- und Dienstleistungsbereich mit 618 T€ (Vj. 572 T€).

Die Tagesstätte erreichte durch die pauschale Förderung und durch die beschriebenen Maßnahmen Einnahmen in Höhe von 217 T€ (Vj. 306 T€).

Der Mietbereich kam auf Einnahmen von insgesamt 127 T€ (Vj. 125 T€).

Die größte Position bei den Ausgaben sind die Personalkosten von 1.235 T€ (Vj. 1.177 T€) inklusive der Löhne der WfbM-Beschäftigten in Höhe von 281 T€ (Vj. 265 T€) sowie aller Aushilfen. Die Sozialabgaben der behinderten Beschäftigten sind hierbei nicht berücksichtigt, da diese als durchlaufender Posten betrachtet und an das GpZ direkt zurückerstattet werden.

Die Betriebskosten summierten sich gesamt auf 1.947 T€ (Vj. 1.903 T€), davon betragen die Abschreibung 181 T€ (Vj. 197 T€) und die Zinsen 36 T€ (Vj. 39 T€).

Der Abschluss 2012 weist einen Jahresüberschuss von 208 T€ aus. Der Jahresüberschuss wird mit 48 T€ in andere und mit 160 in die zweckgebundene Gewinnrücklage eingestellt.

Das GpZ Friedrichshafen erreichte auch in seinem neunten Betriebsjahr wieder ein gutes Ergebnis und konnte die Ziele des Wirtschaftsplanes im Ganzen betrachtet noch übertreffen.

f) Umsatzerlös / Gesamtleistung

	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.192 T€	2.200 T€	2.048 T€	1.870 T€
Veränderungen zum Vorjahr	-8 T€	+ 152 T€	+ 178 T€	+ 62 T€
Veränderungen zum Vorjahr in %	-0,4 %	+ 7,4 %	+ 9,5 %	+ 3,4 %

Die Umsatzerlöse 2012 sind gegenüber 2011 um 0,4 % von 2.200 T€ auf 2.192 T€ gesunken.

g) Jahresergebnis

	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.192 T€	2.200 T€	2.048 T€	1.870 T€
Jahresergebnis	+208 T€	+ 269 T€	+ 298 T€	+ 322 T€
Jahresergebnis in % der Gesamtleistung	+10 %	+ 12,2 %	+ 14,6 %	+ 17,2 %

h) Personal

Bei den hauptamtlichen Mitarbeitern des GpZ Friedrichshafen waren am Ende des Jahres 27 Vollstellen besetzt. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Personalkosten bei den hauptamtlich Beschäftigten um ca. 157 T€. Dies entspricht der Aufstockung im Personalbereich, verbunden mit durch die Tarif-Steigerung des TVöD verursachten Kostensteigerungen.

	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.192 T€	2.200 T€	2.048 T€	1.870 T€
Personalkosten	1.516 T€	1.442 T€	1.245 T€	1.066 T€
Personalkosten in % der Gesamtleistung	69 %	65,6 %	60,8 %	57,0 %

Insgesamt beliefen sich die Personalkosten für die hauptamtlichen Beschäftigten auf 1.235 T€ (Vj. 1.177 T€), an die behinderten Beschäftigten wurden Löhne in Höhe von 281 T€ (Vj. 265 T€) ausbezahlt, in Summe sind das 1.516 T€ (Vj. 1.442 T€)

Gerechnet an den Gesamtkosten von 1.911 T€ (Vj. 1.864 T€) machen die Personalkosten einen Anteil von 79% (Vj. 77 %) aus.

i) Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

- ⇒ Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von + 535 T€
- ⇒ Cash Flow aus Investitionstätigkeit - 196 T€

⇒ Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit - 235 T€

Der Finanzmittelbestand lag am 31. Dezember 2012 bei 1.500 T€ und ist im Verhältnis zum Vorjahr um 104 T€ gestiegen.

	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€	6.194 T€
Finanzmittelbestand	1.500 T€	1.396 T€	1.278 T€	925 T€
Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme	24 %	21,6 %	20,0 %	14,9 %

Die GpZ FN gGmbH führt alle Konten bei der Volksbank Friedrichshafen. Die Gelder sind jederzeit verfügbar.

j) Anlagevermögen / Abschreibung / Fremdkapital

	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€	6.194 T€
Anlagevermögen in €	4.759 T€	4.724 T€	4.809 T€	4.971 T€
Anlagevermögen in %	75 %	73,0 %	75,3 %	80,3 %
Abschreibung	181 T€	197 T€	219 T€	206 T€
Fremdkapital in €	1.889 T€	2.101 T€	2.189 T€	2.194 T€
Fremdkapital in %	30 %	32,5 %	34,3 %	35,4 %

Das Anlagevermögen in Höhe von 4.759 T€ wird folgendermaßen aufgeteilt:

Grundstücke und Bauten	4.369 T€
Technische Anlagen	45 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	345 T€

Die Abschreibung auf das gesamte Anlagevermögen beträgt 181 T€.

k) Eigenkapital

	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€	6.194 T€
Eigenkapital	3.385 T€	3.177 T€	2.908 T€	2.610 T€
Eigenkapital in % der Bilanzsumme	53,0 %	49,1 %	45,5 %	42,1 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2012 bei 3.385 T€.

In der unteren Tabelle wird der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse dargestellt:

	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€	6.194 T€
Eigenkapital (EK) + Sonderposten (SoPo)	4.484 T€	4.373 T€	4.201 T€	4.000 T€
EK + SoPo in % der Bilanzsumme	70 %	65,6 %	65,7 %	64,6 %

l) Chancen- und Risikobericht

Es finden turnusmäßig Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) sowie die Trägergemeinschaft GPV statt. Geplante Veränderungen durch den Gesetzgeber oder die Kostenträger werden hier frühzeitig besprochen und können in die strategische Planung einfließen. Das GpZ ist darüber hinaus auf

Bundes-, Landes- und Kreisebene vertreten und kann auch auf Grundlage der frühen Informationen rechtzeitig agieren.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil an der Gesamtleistung sind die Pflegesatzerlöse. Diese werden auch regelmäßig und zeitnah bezahlt. Mit der Eingliederungshilfe, der Arbeitsverwaltung und den Rentenversicherungsträgern funktionieren die Abrechnungsmodalitäten sehr gut.

Auch im Bereich Vermietung gehen die Zahlungen sehr regelmäßig ein. Bei den Produktionserlösen wird der Großteil der Rechnungen von Dauer- und Großkunden ebenfalls ohne große Zahlungsverzögerungen erledigt. Selten sind hier weitergehende Schritte im Forderungsmanagement notwendig. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit wird entsprechend reagiert.

Bei den Maßnahmen im SGB II wurden, wie schon berichtet, die "Zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten" zum 31. März 2012 eingestellt.

Durch den Wegfall der "Arbeitsgelegenheiten" sowie durch den zukünftigen Ausfall der Mieteinnahmen Norma fehlen dem GpZ langfristig Einnahmen in Höhe von ca. 200 T€/Jahr. Das GpZ hat an in einigen Gesprächen gegenüber den Kostenträgern deutlich zum Ausdruck gebracht, dass eine Wiederaufnahme der Kooperation mit dem Jobcenter im Bodenseekreis für das GpZ eine sehr hohe Priorität besitzt. Mit der Zertifizierung hat das GpZ die Grundvoraussetzung für die Erbringung solcher Maßnahmen aus dem SGB II erfüllt. Da zwischen den Angeboten des GpZ und dem Qualifizierungsbedarf des Personenkreises der zu fördernden langzeitarbeitslosen Menschen inhaltlich eine große Schnittmenge besteht, wäre eine Zusammenarbeit für beide Seiten interessant. Diese Feststellung wurde auch seitens des Landkreises in der Gesellschafterversammlung im Sommer 2012 deutlich artikuliert.

Das GpZ hat in seinen konzeptionellen und baulichen Planungen Kapazitäten für die Aktivierung, Stabilisierung sowie für die Qualifizierung und Schulung von langzeitarbeitslosen Menschen eingerechnet. Weitere Planungen für den beschriebenen Personenkreis, der im Moment betreut aber nicht finanziert ist, kommen dazu. Ebenfalls werden wir zukünftig auch tagesstrukturierende und therapeutische Maßnahmen für Menschen mit einem Sucht- oder Alkoholproblem anbieten. All diese notwendigen Angebote und Leistungen könnten im GpZ umgesetzt werden. Die räumlichen Voraussetzungen wurden in der Neubauplanung berücksichtigt. Das notwendige Fachpersonal ist teilweise schon vor Ort, bzw. könnte problemlos in die bestehenden Fachabteilungen eingebunden werden. Die Chancen für das GpZ bestehen darin, dass es sich als ambulantes Fachzentrum mit vielen Netzwerkpartnern für Maßnahmen im Bereich der Bildung, Ausbildung und arbeitsmarktorientierten Maßnahmen entwickeln könnte. Selbst eine enge Kooperation mit einem Bildungsträger wäre unter diesem Dach denkbar.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

m) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

n) Prognosebericht

In seinen insgesamt neun Betriebsjahren hat das GpZ Friedrichshafen eine solide wirtschaftliche Grundlage geschaffen. Mit dem Erweiterungsbau wurden die Weichen für die nächsten Jahre gestellt.

Die Werkstatt wird in dieser Erweiterungsphase seine Dienstleistungs- und Produktionsbereiche neu aufstellen und dabei Öffnung zur Stadt und den Kontakt zur Bevölkerung intensivieren. Dies wird zum einen durch Dienstleistung und weiteren neuen Angeboten geschehen, aber auch durch die Schaffung von Treffpunkten und Sozialräumen für behinderte und nicht behinderte Menschen.

Das GpZ wird sich bildungstechnisch an die noch sehr jungen Menschen richten, die bereits sehr früh aufgrund ihrer psychischen Handicaps bei allgemeinen Bildungsangeboten ge-

scheitert sind. Mit gezielten und mit anderen Bildungsträgern abgestimmten Maßnahmen, möchte das GpZ, diesen Jugendlichen eine neue Chance eröffnen.

Neben der Jugend wird sich das GpZ auch verstärkt um die älteren Menschen kümmern. Durch die innerstädtische Lage und dem Neubau mit seiner räumlichen Erweiterung, wird sich das GpZ noch stärker als Anlaufstelle mit inklusiver Wirkung im Zentrum der Stadt entwickeln.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Ziele, sowie die die Umsetzung von Barrierefreiheit, Teilhabe und Inklusion müssen auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen.

Hier sehen wir in nächster Zeit die Notwendigkeit für eine Überprüfung und Anpassung der Finanzierungsgrundlage insbesondere bei der Tagesstätte sowie eine Bewegung in Richtung neuer Maßnahmen.

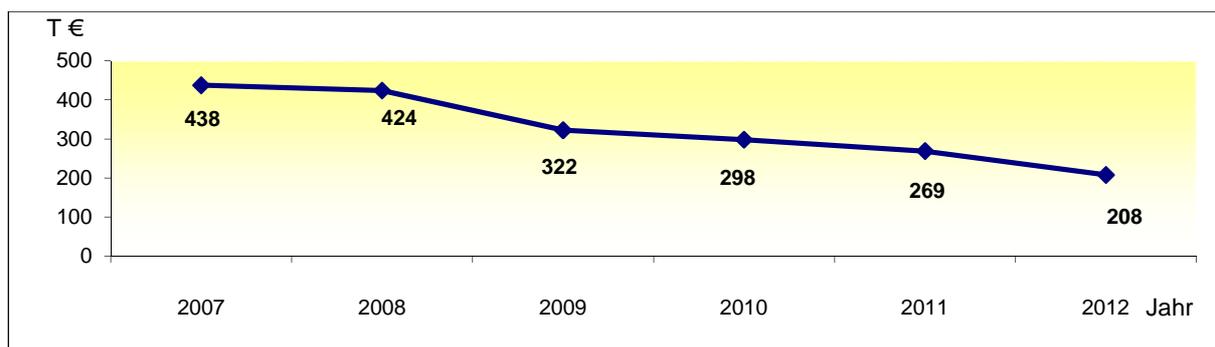
Friedrichshafen, den 27. Juni 2013

Ulrich Ott, Geschäftsführer

11. Abschlussprüfer

Merz & Auer, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt, Ravensburg

12. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12,9	0,2	21,9	0,3	25,1	0,4
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	4.369,4	68,5	4.459,9	68,9	4.549,2	71,2
2. Anlagen und Maschinen	45,5	0,7	54,2	0,8	64,2	1,0
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	134,8	2,1	184,7	2,9	171,3	2,7
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	196,8	3,1	3,0	0,0	0,0	0,0
III. Finanzanlagen						
1. Genossenschaftsanteile	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
	4.759,5	74,6	4.723,9	73,0	4.809,9	75,3
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5,7	0,1	5,8	0,1	6,1	0,1
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	76,6	1,2	277,6	4,3	248,8	3,9
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	26,1	0,4	32,7	0,5	15,8	0,2
5. Sonstige Vermögensgegenstände	15,2	0,2	37,9	0,6	30,7	0,5
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten						
	1.500,0	23,5	1.395,9	21,6	1.278,1	20,0
	1.623,6	25,4	1.750,0	27,0	1.579,4	24,7
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,0
Bilanzsumme	6.383,1	100,0	6.473,8	100,0	6.390,1	100,0

Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	0,8	50,0	0,8	50,0	0,8
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen	2.873,7	45,0	2.714,0	41,9	2.484,7	38,9
2. Andere Gewinnrücklagen	461,2	7,2	413,0	6,4	373,3	5,8
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	3.385,0	53,0	3.177,1	49,1	2.908,0	45,5
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.098,6	17,2	1.195,8	18,5	1.293,1	20,2
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	76,7	1,2	61,5	0,9	59,3	0,9
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	523,0	8,2	578,1	8,9	633,1	9,9
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	67,4	1,1	66,7	1,0	57,4	0,9
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	581,9	9,1	600,1	9,3	599,4	9,4
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	650,5	10,2	791,9	12,2	837,0	13,1
	1.822,8	28,6	2.036,7	31,5	2.127,0	33,3
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	2,7	0,0	2,7	0,0
Bilanzsumme	6.383,1	100,0	6.473,8	100,0	6.390,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	2.191,7	92,3	2.199,9	92,2	2.048,4	93,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	97,2	4,1	97,2	4,1	97,2	4,4
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. sonstige betriebliche Erträge	86,2	3,6	88,9	3,7	56,3	2,6
5. Gesamtleistung	2.375,1	100,0	2.386,1	100,0	2.202,0	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	85,6	4,0	92,9	4,5	92,0	5,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	0,0	2,7	0,1	0,0	0,0
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	1.274,9	59,9	1.203,3	58,0	1.058,0	56,9
b) Soziale Abgaben	263,8	12,4	247,7	11,9	205,6	11,1
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	181,2	8,5	196,7	9,5	218,6	11,8
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	322,1	15,1	331,1	16,0	284,5	15,3
11. Gesamtaufwand	2.127,6	100,0	2.074,4	100,0	1.858,8	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	247,6		311,6		343,2	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13,7		14,2		15,0	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-49,7		-53,2		-56,7	
19. Finanzergebnis	-36,1		-39,0		-41,7	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	211,5		272,7		301,5	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag						
23. Sonstige Steuern	3,6		3,6		3,4	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	207,9		269,1		298,1	
25. Einstellung in Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	159,7		229,3		254,5	
b) in andere Gewinnrücklagen	48,2		39,8		43,6	
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,0		0,0		0,0	

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	
Kontakt:	Obere Bahnhofstr. 18, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 30118-0 Fax: 07551 / 30118-99 E-Mail: email@g-p-z.de Homepage: www.g-p-z.de	
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001	
Eintragung Handelsregister:	5. März 2002	
Gesellschaftsvertrag:	13. Dezember 2001	
Letzte Änderung:	27. Juli 2006	
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember	

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Überlingen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Überlingen gGmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Vianney Gesellschaft e.V.	12.500 €	50,00%
Sprungbrett - Werkstätten gGmbH	2.500 €	10,00%
Südwestdeutsche Zentren für Psychiatrie	2.500 €	10,00%
Pauline 13 e.V.	2.500 €	10,00%
Landkreis Bodenseekreis	2.500 €	10,00%
Stadt Überlingen	2.500 €	10,00%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

<u>Geschäftsführer:</u>	Ingo Kanngießner
<u>Gesellschafterversammlung:</u>	ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der GmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

Die GpZ Überlingen gGmbH ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Gemeindepsychiatrischen Verbund Bodenseekreis und im Werkstättenverbund Bodensee-Oberschwaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Gesellschafterdarlehen i.H.v. 25.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Ab dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem jährlich in der Gesellschafterversammlung festgelegten Zinssatz von derzeit 2,5 % (625,00 €).
- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 55.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.
- ⇒ Auf Grundlage der vorläufigen Richtlinien und Fördergrundsätze des LWV für Tagesstätten für psychisch Kranke und Menschen mit Behinderungen wurden 46.885,36 € gezahlt.
- ⇒ Für verschiedene andere Leistungen zahlte der Landkreis 756,38 € (Faltblätter VHS-Veranstaltungen, Holzlieferungen)

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 24 Personen (Vj. 24) beschäftigt, davon 3 Aushilfen.

10. Lagebericht

a) Geschäftsverlauf, Geschäftsfelder und Maßnahmen

Insgesamt sind die Entwicklungen der GpZ Überlingen gGmbH in 2012 weiterhin als erfolgreich zu bewerten. Der organisatorische Arbeitsschwerpunkt in 2012 lag in der weiterführenden Ausdifferenzierung der schon gut ausgebauten Strukturen und Konzepte. Insbesondere die Vorbereitung auf das erste externe Audit durch die DQS entsprechend den Vorgaben der AZAV. Seit dem 27. November 2012 ist die GpZ Überlingen gGmbH zugelassener Bildungsträger der Arbeitsförderung - Vermittlung, Aktivierung und berufliche Eingliederung, inklusive Angebote für behinderte Menschen (Zulassungsnummer 49498). Damit wurde ein wichtiger Meilenstein im Rahmen der Qualitätssicherung erreicht. Auch wenn das Operationalisieren der Strukturen und Konzepte noch viel vorbereitende und grundlegende Arbeit braucht, kann hier schon eine positive Bilanz gezogen werden.

Durch die Gesetzesänderungen im SGB II sind ab dem zweiten Quartal die Arbeitsgelegenheiten weggefallen und damit die Erlöse auf ca. ¼ des Vorjahres gesunken. Dennoch sind die Erlöse "Soziale Dienstleistungen" gestiegen, insbesondere im Berufsbildungsbereich der WfbM um ebenso ca. ¼ des Vorjahres. Somit konnten negative Konsequenzen dieser Gesetzesänderung in 2012 weitestgehend vermieden werden.

Die Produktions- und Dienstleistungserlöse konnten ebenfalls leicht um 3% gesteigert werden. Diese Steigerung wird insbesondere durch die Geschäftsfelder Wäscherei & Hauswirtschaft, Küche & Catering und Metall getragen. Alle weiteren Geschäftsfelder - Montage, Druckstudio, Handel und Garten- und Landschaftspflege - liefern stabile Umsätze mit den erwarteten Veränderungen bzw. Schwankungen. Insgesamt haben sich im Bereich der Produktion und Dienstleistungen die Umsätze und Aktivitäten entsprechend der Planung weiterentwickelt.

b) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die erzielten Umsatzerlöse im Jahr 2012 (1.940 T€) sind im Vergleich zum Vorjahr (1.862 T€) um 4,2 % gestiegen und gliedern sich in folgende Bereiche auf. Die Einnahmen durch Pflegesätze in Höhe von 1.242 T€ bilden hierbei die größte Position. Die pauschalierte Tagesstättenförderung lag bei 48 T€. 24 T€ über das Zuverdienstangebot. Hinzu kommen Erlöse im Rahmen der Regiekosten nach SGBII in Höhe von 24 T€ und der ProfIL+ Maßnahme über 38T€ und der Therapeutisch Beschäftigten mit 8 T€. Der Umsatz aus Produktionserlösen lag bei 657 T€.

Darin sind sonstige Erlöse von 5 T€ enthalten. Der Bereich "Vermietung" erreichte Einnahmen in der Höhe von 41 T€. Das Essensgeld für Beschäftigte und Betreute fließt mit 12 T€ in die Gewinn- und Verlustrechnung mit ein. Diesen Einnahmen stehen Gesamtkosten in Höhe von 1.619 € und ein Wareneinkauf/Fremdleistungen von 169 T€ gegenüber. In den Gesamtkosten sind 1.112 T€ Personalkosten und 179 T€ Abschreibungen enthalten.

Der Jahresüberschuss 2012 über 150 T€ wird mit 17 T€ der freien und mit 133 T€ der zweckgebundenen Rücklage zufließen. Die Zuführung in die zweckgebundene Rücklage beläuft sich auf ca. 24 T€ gemäß § 12 Abs. 5 Nr. 3 Werkstättenverordnung und auf ca. 2 T€ gemäß § 12 Abs. 5 Nr. 2 Werkstättenverordnung. Hinzu kommt noch die Zuführung für Neuinvestitionen, die sich auf insgesamt 107 T€ summiert.

Insgesamt trägt das Ergebnis zur Stabilisierung und zur Konsolidierung der finanziellen Situation des GpZ Überlingen bei und ermöglicht eine aktive Zukunftsgestaltung der Aufgaben. Im Geschäftsjahr 2012 wurden Investitionen in der Höhe von 121 T€ (Vj. 47 T€) getätigt. Die Investitionen konnten durch eigene Mittel finanziert werden.

Umsatzerlös/Gesamtleistung

	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.940 T€	1.862 T€	1.697 T€	1.534 T€
Veränderungen zum Vorjahr	+ 78 T€	+ 165 T€	+ 163 T€	+ 138 T€
Veränderungen zum Vorjahr in %	+ 4,2 %	+ 9,7 %	+ 10,6 %	+ 9,9 %

Der Umsatzerlös in 2012 ist von 1.862 T€ in 2011 um ca. 4,2 % auf 1.940 T€ gestiegen.

Jahresergebnis

	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.940 T€	1.862 T€	1.697 T€	1.534 T€
Jahresergebnis	150 T€	+ 109 T€	+ 71 T€	+ 34 T€
Jahresergebnis in % der Gesamtleistung	+ 7,7 %	+ 5,9 %	+ 4,2 %	+ 2,2 %

Mit dem Jahresüberschuss 2012 von ca. 150 T€ wurden die im Wirtschaftsplan beschriebenen Ziele nicht nur erreicht sondern deutlich übertroffen.

Personal

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 24 Personen (Vj. 26) mit einem Vollzeit-äquivalent von 20,2 VK (Vj. 20,8 VK) beschäftigt. Davon 3,2 VK in der Verwaltung, 2,75 VK die dem Begleitenden Dienst zugeordnet werden und 12,1 VK in den Geschäftsfeldern/ Zweckbetrieben. Hinzu kommen noch 2,15 VK der Produktionshelfer. Das sind im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich 2 Personen oder 0,6 VK weniger.

	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.940 T€	1.862 T€	1.697 T€	1.534 T€
Gesamtkosten	1.788 T€	1.758 T€	1.626 T€	1.409 T€
Personalkosten	1.112 T€	1.072 T€	1.021 T€	913 T€
Personalkosten in % der Gesamtleistung	57,3 %	57,6 %	60,2 %	59,5 %
Personalkosten in % der Gesamtkosten	62,2 %	61,0 %	62,8 %	64,8 %

Der Personalaufwand in 2012 beläuft sich auf 1.112 T€ oder 57,3 % der Gesamtleistung. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten liegt 2012 bei 62,2 % (2011: 61,0 %, 2010: 62,8 %, 2009: 64,8 %, 2008: 72,6 %, 2007: 67,6 %, 2006: 66,4 % 2005: 68,45 %, 2004: 63,84 %, 2003: 60,63 %) und pendelt sich damit bei ca. 62 % ein.

Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

	2012	2011	2010	2009
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	343 T€	303 T€	118 T€	253 T€
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-106 €	- 47 T€	- 69 T€	- 347 T€
Cashflow aus Finanzierungs- tätigkeit	-50 €	- 50 T€	- 50 T€	- 51 T€
Finanzmittelbestand	1.034 T€	847 T	641 T€	642 T€

Der Finanzmittelbestand liegt zum Stichtag 31. Dezember 2012 bei 1.034 T€ und steigt im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 187 T€.

	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€	2.854 T€
Finanzmittelbestand	1.034 T€	847 T	641 T€	642 T€
Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme	36,0 %	30,2 %	22,9 %	22,5 %

Die GpZ Überlingen gGmbH führt sowohl bei der Volksbank Überlingen als auch bei der Sparkasse Bodensee verschiedene Konten. Der Barbestand der Kassen wird möglichst niedrig gehalten. Die größte Summe der Finanzmittel liegt auf dem Tagesgeldkonto der Volksbank Überlingen. Das Geld ist somit sicher und erträglich angelegt. Wobei ein jederzeitiges und vollständiges Abrufen möglich bleibt. Je nach Zinsangeboten werden Teilsummen auch als Festgeld angelegt.

Anlagevermögen/Abschreibung/Fremdkapital

	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€	2.854 T€
Anlagevermögen in €	1.692 T€	1.759 T€	1.895 T€	2.014 T€
Anlagevermögen in %	58,9 %	62,8 %	67,7 %	70,6 %
Abschreibung	179 T€	182 T€	186 T€	167 T€

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen 179 T€ und gliedern sich in:

⇒ EDV-Software	10 T€
⇒ Grundstücke und Bauten	42 T€
⇒ Technischen Anlagen und Maschinen	9 T€
⇒ Betriebs- und Geschäftsausstattung	118 T€

Eigenkapital

	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€	2.854 T€
Eigenkapital	1.257 T€	1.107 T€	998 T€	927 T€
Eigenkapital in % der Bilanzsumme	43,7 %	39,5 %	35,7 %	32,5 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2012 bei 1.257 T€ und ist im Vergleich zum Vorjahr um 150 T€ (Vj. 109 T€) gestiegen. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich gestiegen.

Der Eigenkapital bzw. die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse stellt sich folgendermaßen dar.

	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€	2.854 T€
Eigenkapital (EK) + Sonderposten (SoPo)	1.799 T€	1.697 T€	1.636 T€	1.612 T€
EK + SoPo in % der Bilanzsumme	62,6 %	50,6 %	58,5 %	56,5 %

c) Chancen- und Risikobericht

Um im Bereich der Eingliederungshilfe und Rehabilitation, frühzeitig geplante Änderungen durch den Gesetzgeber bzw. der Leistungsträger in die strategische Planung mit einfließen lassen zu können, finden turnusgemäße Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Trägergemeinschaft GpV statt. Über die Mitwirkung in Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kreisebene und deren Informationen ist ein frühzeitiges Agieren möglich.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil der Gesamtleistung sind Pflegesatzerlöse (64 %). Diese werden regelmäßig und zeitnah bezahlt. Im Bereich Vermietung (2,1 % der Gesamtleistung) werden die Zahlungen ebenfalls regelmäßig und zeitnah bezahlt. Auch der größte Teil der Produktionserlöse (33,9 %) wird mit Groß- und Dauerkunden erbracht. Auch hier gibt es keine relevanten Zahlungsverzögerungen. Lediglich ein sehr kleiner Anteil der Produktionserlöse, insbesondere im Bereich Geschirrmobil und des Online-Shops erfordert weitergehende Schritte im Forderungsmanagement. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit entsprechend reagiert.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

d) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es sind nach dem Abschlussstichtag keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vorgefallen.

e) Prognosebericht

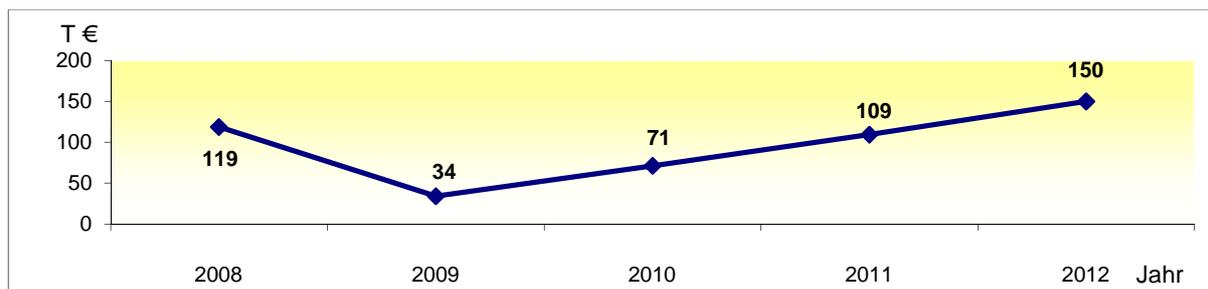
Das GpZ Überlingen hat sich schon in den letzten Jahren eine solide wirtschaftliche Grundlage geschaffen. Dieser Kurs wurde auch im Geschäftsjahr 2012 eingehalten. Die Position am Markt ist stabil. Auch wenn sich die Fertigungs- und Dienstleistungserlöse in den einzelnen Geschäftsfeldern unterschiedlich entwickeln, sind die Gesamterlöse gestiegen. Insgesamt rechnet die GpZ Überlingen für die nächsten Jahre mit einer stabilen Umsatzsituation aber einer turbulenten und von Unsicherheit geprägten sozialpolitischen Haushalts- und Gesetzeslage.

Überlingen, 19. Juni 2013

Ingo Kanngießner, Geschäftsführer

11. Abschlussprüfer

Merz & Auer, Ravensburg

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss

Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5,4	0,2	11,9	0,4	13,5	0,5
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten	1.391,5	48,4	1.399,8	50,0	1.442,0	51,5
2. Technische Anlagen und Maschinen	47,8	1,7	56,3	2,0	64,8	2,3
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	238,2	8,3	269,6	9,6	365,9	13,1
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9,5	0,3	21,7	0,8	8,3	0,3
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	1.692,4	58,9	1.759,4	62,8	1.894,5	67,7
B. Umlaufvermögen						
<u>I. Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	28,6	1,0	21,6	0,8	18,9	0,7
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
<u>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	89,6	3,1	131,9	4,7	205,3	7,3
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Sonstige Vermögensgegenstände	30,4	1,1	41,0	1,5	39,4	1,4
<u>III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	1.033,6	36,0	846,9	30,2	641,1	22,9
	1.182,3	41,1	1.041,4	37,2	904,6	32,3
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	2.874,6	100,0	2.800,8	100,0	2.799,2	100,0

Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	0,9	25,0	0,9	25,0	0,9
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen	1.089,7	37,9	957,1	34,2	860,3	30,7
2. Andere Gewinnrücklagen	142,9	5,0	125,5	4,5	112,9	4,0
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	1.257,5	43,7	1.107,5	39,5	998,1	35,7
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	542,3	18,9	590,0	21,1	637,7	22,8
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	81,7	2,8	72,0	2,6	74,4	2,7
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	243,6	8,5	269,2	9,6	294,9	10,5
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	49,0	1,7	26,1	0,9	14,2	0,5
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	685,3	23,8	709,9	25,3	743,0	26,5
	977,9	34,0	1.005,2	35,9	1.052,1	37,6
F. Rechnungsabgrenzungsposten	15,3	0,5	26,1	0,9	36,9	1,3
Bilanzsumme	2.874,6	100,0	2.800,8	100,0	2.799,2	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	1.939,6	96,9	1.861,9	97,0	1.697,3	96,3
2. Sonstige betriebliche Erträge	62,9	3,1	57,3	3,0	65,6	3,7
3. Gesamtleistung	2.002,6	100,0	1.919,2	100,0	1.763,0	100,0
4. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	148,9	8,1	150,5	8,4	117,4	7,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	20,5	1,1	12,7	0,7	11,1	0,7
5. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	911,1	49,6	875,0	48,9	834,0	50,0
b) Soziale Abgaben	202,0	11,0	197,2	11,0	186,9	11,2
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	178,6	9,7	182,0	10,2	186,2	11,2
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	374,9	20,4	372,6	20,8	333,2	20,0
8. Gesamtaufwand	1.836,0	100,0	1.790,1	100,0	1.668,7	100,0
9. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	166,6		129,1		94,3	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8,0		6,5		4,8	
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-23,9		-25,5		-27,1	
12. Finanzergebnis	-15,9		-19,0		-22,4	
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	150,7		110,1		71,9	
14. Sonstige Steuern	-0,7		-0,7		-0,7	
15. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	150,0		109,4		71,2	
16. Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	-133,2		-102,5		-63,3	
b) in andere Gewinnrücklagen	-17,4		-12,6		-9,6	
c) aus zweckgebunden Rücklagen	0,6		5,7		1,7	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,0		0,0		0,0	

Bodensee-Festival GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Bodensee-Festival GmbH
Kontakt:	Olgastraße 21, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 203-3300 Fax: 07541 203-3310 E-Mail: info@bodenseefestival.de Homepage: www.bodenseefestival.de
Gründungsdatum:	22. Januar 1993
Eintragung Handelsregister:	10. November 1993
Letzte Änderung:	26. März 2010
Gesellschaftsvertrag:	
Letzte Änderung:	15. Dezember 2008
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember



2. Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Gesellschaft ist die grenzüberschreitende Förderung von Kunst und Kultur der Bodenseeregion. Durch Gastspiele, Kulturbegegnungen und sonstige Angebote soll der Gedanke der grenzüberschreitenden Partnerschaft in der Bodenseeregion und in Europa zum Ausdruck gebracht werden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Bodenseefestival GmbH waren mit Stand 31.12.2012 folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bodenseefestival GmbH (30 eigene Anteile)	78.000	39,47%
Stadt Friedrichshafen	52.000	26,32%
Landkreis Bodenseekreis	15.600	7,89%
Stadt Konstanz	13.000	6,58%
Stadt Ravensburg	7.800	3,95%
Stadt Tettnang	5.200	2,63%
Stadt Weingarten	5.200	2,63%
Landkreis Ravensburg	2.600	1,32%
Landkreis Sigmaringen	2.600	1,32%
Stadt Pfullendorf	2.600	1,32%
Stadt Überlingen	2.600	1,32%
Stadt Lindau	2.600	1,32%
Gemeinde Kressbronn	2.600	1,32%
Gemeinde Langenargen	2.600	1,32%
Gemeinde Meersburg	2.600	1,32%
	197.600	100,00%

4. Organe der Gesellschaft**Geschäftsführung:**

Winfried Neumann, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler
Florian Riem, Master of Arts

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
stv. Vorsitzender
Ehrevorsitzender
Aufsichtsräte

Peter Hauswald, Bürgermeister, Stadt Friedrichshafen
Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Dr. Hubert Locher, Südwestrundfunk
Barbara Affolter, Kanton St. Gallen
Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Stadt Überlingen
Claus Boldt, 1. Bürgermeister Stadt Konstanz
Markus Ewald, Oberbürgermeister Stadt Weingarten
Robert Fischer, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-Württemberg
Norbert Fröhlich, Gemeinderat Stadt Friedrichshafen
Dr. Madeleine Herzog, Fachstelle Kultur Stadt St. Gallen
(bis 31.12.2012)
Dr. Dagmar Hoehne, Gemeinderätin Stadt Friedrichshafen
Hans Georg Koch, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Im Geschäftsjahr 2012 wurden keine Bezüge an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender
stv. Vorsitzender
Mitglieder

Peter Hauswald, Bürgermeister, Stadt Friedrichshafen
Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Festival GmbH veranstaltet seit ihrer Gründung das Internationale Bodenseefestival, das in der Regel vier bis fünf Wochen dauert und regelmäßig am Pfingstmontag endet. Es wendet sich hauptsächlich an die Bevölkerung und die Gäste in der Bodenseeregion.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis zahlte im Haushaltsjahr 2012 folgende Beträge an die Bodenseefestival GmbH:

- ⇒ 10.800,00 € als Verwaltungs- und Werbekostenzuschuss
- ⇒ 559,75 € Künstlersozialabgabe, Programmhefte und sonstige Druckkosten

9. Anzahl der im Geschäftsjahr 2012 beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Während des Geschäftsjahres waren neben den Geschäftsführern durchschnittlich zwei Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Das 24. Internationale Bodenseefestival

Das 24. Internationale Bodenseefestival bot unter dem Motto "Brennpunkt 1912 - Abschied von Traditionen" vom 4. Mai bis 3. Juni 2012 an 23 Spielorten in Deutschland, Österreich und der Schweiz insgesamt 61 Veranstaltungen. Im Mittelpunkt standen dabei Künstler und insbesondere Komponisten der Jahrhundertwende wie Max Bruch, Igor Stravinsky, Vertreter der neuen Wiener Schule wie Arnold Schönberg oder Alban Berg, sowie die französischen Komponisten Maurice Ravel und Claude Debussy.

Mit der Weltklassekünstlerin Tabea Zimmermann stand zum ersten Mal eine Bratschistin als "Artist in Residence" im Mittelpunkt des Festivals. Sie trat bei zehn Konzerten rund um den Bodensee auf, u.a. mit dem Sinfonieorchester des SWR, der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz und dem Ensemble Resonanz. Einen ganz eigenen Akzent setzte die außergewöhnliche Künstlerin mit einer "Bratschen Nacht" in Konstanz. Mit dem Arcanto Quartett, dem von ihr gegründeten Streichquartett, gastierte Tabea Zimmermann in Tettngang. Alle Veranstaltungen der "Artist in Residence" waren sehr gut besucht und wurden vom Publikum ebenso wie von den Kritikern begeistert aufgenommen. Die Konzerte mit Tabea Zimmermann wurden vom Südwestrundfunk für das Radioprogramm SWR2 mitgeschnitten bzw. live gesendet.

Fest etabliert hat sich "das kleine Festival" innerhalb des Bodenseefestivals: der Kammermusik-Zyklus. An sechs Abenden gastierten rund um den Bodensee junge Solisten und Ensembles. Die künstlerische und instrumentale Vielfalt reichte dabei von Duo-Abenden mit dem Cellisten Julian Steckel und der Pianistin Lauma Skride in Meersburg und dem Geiger Serge Zimmermann gemeinsam mit dem Pianisten Markus Hadulla in Kressbronn über Quartettkonzerte mit dem Pavel Haas Quartett auf Schloss Achberg und dem Gemeaux Quartett in Owingen und in Isny/Allgäu bis zum Gastspiel des Saguaro Klaviertrios in Friedrichshafen. Programmatisch orientierte sich der Kammermusikzyklus an den Werken der französischen Komponisten Ravel und Debussy, deren 75. Todestag bzw. 150. Geburtstag in das Jahr 2012 fielen.

Unter den zahlreichen Konzerten bildete auch die Konzertreihe auf Schloss Salem erneut einen besonderen Schwerpunkt des Festivals. Geboten wurden attraktive Kammermusik-Konzerte u. a. mit dem legendären Cellisten Mischa Maisky, dem Ysaye-Quartett, sowie ein Open-Air-Abschlusskonzert mit Ari Rasilainen, der südwestdeutschen Philharmonie Konstanz und dem Chor der Bamberger Symphoniker auf dem Schlossgelände.

Mit gleich zwei internationalen Spitzenensembles kamen die Ballettfans beim Bodenseefestival 2012 voll auf ihre Kosten. Sowohl das Gastspiel der New Yorker Tanzcompagnie "Ailey II" als auch die beiden Abende mit dem Bejart Ballet Lausanne begeisterten die Besucher im außerordentlich gut besuchten Graf- Zepelin -Haus in Friedrichshafen.

Das Stadttheater Konstanz inszenierte im Rahmen des Bodenseefestivals die Oper "Die Afrikanerin" von Giacomo Meyerbeer - und nutzte dabei die erste Binnenfähre Europas, die restaurierte "Meersburg ex Konstanz" als neuen, exklusiven Spielort im Festival. Ein weiteres Schiff wurde zum Thema eines ganzen Konzertabends: unter dem Titel "100 Jahre Titanic - die Musik der White Star Line" wurde in zwei Veranstaltungen auf dem Säntisgipfel und in Pfullendorf dem Untergang des Ozeanliners vor 100 Jahren gedacht.

Unter den 13 Veranstaltungen, die in der Schweiz angeboten wurden, bildeten die Konzerte in der Klosterkirche Münsterlingen - mit dem Merel Quartett, dem Cellisten Miklós Perenyi

und der "Artist in Residence" Tabea Zimmermann – besondere Highlights. In St. Gallen waren darüber hinaus das "Singwochenende" in der Kathedrale und ein Konzertabend mit Tabea Zimmermann in der historischen Stiftsbibliothek Publikumserfolge. Erneut eine feste Größe im Programmangebot des Bodenseefestivals war das Vorarlberger Landeskonservatorium: In Feldkirch gestalteten Studenten und Lehrer der Hochschule einen besonderen Konzertabend mit Igor Strawinskys "Geschichte vom Soldaten".

Auch für jüngere Festivalbesucher und Familien gab es zahlreiche Veranstaltungen. U.a. wurde in Ravensburg und Romanshorn das Kinderkonzert "Dornröschen" aufgeführt, und in Tettngang spielte die Kammerphilharmonie Bodensee-Oberschwaben ein moderiertes Konzert, das ebenfalls speziell auf ein jüngeres Publikum zugeschnitten war.

Neben den musikalischen Programmpunkten hatte auch die Literatur wieder ihren festen Platz beim Bodenseefestival. Das "Literaturschiff" in Friedrichshafen und die "Lange Nacht der Literatur" in Lindau konnten dabei eindrucksvoll bestätigen, dass sie mittlerweile "Kultstatus" beim Publikum haben: Die Veranstaltungen waren jeweils ausverkauft. Mit Leben und Werk Karl Mays, der vor 10 Jahren starb, beschäftigten sich zwei Veranstaltungen auf Schloss Achberg und in Kressbronn.

b) Entwicklung der Gesellschaft

Eine Ehrung zur Eröffnung belegte eindrucksvoll das hohe Standing des Bodenseefestivals: Der ehemalige Geschäftsführer der Bodenseefestival GmbH, Henner Faehndrich, der fast 20 Jahre lang das Profil des Festivals mitgeprägt hat, wurde vom Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg mit der Stauffermedaille ausgezeichnet - der höchsten Kulturauszeichnung des Bundeslandes.

Neue Ideen und Konzepte, die 2011 erstmals umgesetzt wurden, sind erfolgreich und mit großer Resonanz beim Publikum weitergeführt worden. Neben den konsequenten Umsetzungen des 2011 erarbeiteten Marketingkonzeptes zählen hierzu auch der Konzertzyklus in Salem und der "markante" Abschluss des Festivals mit einem großen Open Air Konzert im Park von Schloss Salem.

Mit dem zum 1. Januar 2012 vollzogenen Austritt der Schweizer Gesellschafter St. Gallen Kanton, St. Gallen Stadt, und Appenzell Ausserrhoden sowie des Kantons Thurgau und der Stadt Kreuzlingen ergaben sich für die GmbH keine deutlich negativen Entwicklungen. In der Schweiz wurden weiterhin eine große Zahl von Veranstaltungen abgehalten und neue Spielorte gefunden.

Besonders erfreulich im Festival 2012 ist die Entwicklung der Besucherzahlen und der Auslastung zu nennen. Die Besucherzahlen liegen mit 22.331 mehr als 10 % höher als im Vorjahr. Auch die Auslastung konnte eine Steigerung von 3 % verzeichnen und lag bei guten 82 %.

c) Wirtschaftliche Situation

Die Bodenseefestival GmbH ist wirtschaftlich gesund. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 weist einen Bilanzverlust von 8.412,47 € nach einem Bilanzgewinn von 23.092,29 € im Vorjahr aus, der vollumfänglich den Gewinnrücklagen zugeführt wurde.

Das Anlagevermögen, verringert um die regulären Abschreibungen, beläuft sich zum Jahresende 2012 auf rund 10.800 €. Der Bestand an Waren (Doppel-CD's) verringerte sich durch Verkäufe im Berichtsjahr auf rund 10.000 €. Die Guthaben bei Kreditinstituten - die Bodenseefestival GmbH hat keine Kasse, sondern wickelt alle Zahlungsvorgänge unbar ab betragen am Ende des Berichtsjahrs rund 153.000 € und damit rund 39.200 € weniger als im Vorjahr.

Im Geschäftsjahr 2012 übernahm die Bodenseefestival GmbH von den Schweizer Gesellschaftern deren 14 Geschäftsanteile mit einem Nennwert von insgesamt 36.400 €. Die Bodenseefestival GmbH hält somit insgesamt 30 eigene Anteile mit einem Nennwert von 78.000 €.

Die Umsatzerlöse (Kartenverkäufe, Kostenerstattungen, Mitschnittonorare und Werbeeinnahmen) beliefen sich 2012 auf rund 347.100 € (Vj. rd. 282.600 €). Die für das internationale Bodenseefestival gewährten Zuschüsse und sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich 2012 auf rund 541.200 € (Vj. rd. 457.900 €). Die Programmausgaben (Teil des Materialaufwands) betrugen im Berichtsjahr rund 704.200 € (Vj. rd. 470.700 €), für Werbung (ebenfalls Teil des Materialaufwands) wurden rund 96.100 € (Vj. rd. 133.600 €) ausgegeben. Der Personalaufwand für die zwei nebenamtlich tätigen Geschäftsführer, die eine Mitarbeiterin der Geschäftsstelle und verschiedene Aushilfen, belief sich 2012 einschließlich der sozialen Abgaben auf rund 49.200 €. Er liegt damit unter dem Vorjahr (rd. 61.000 €) und unter den Ausgaben vergleichbarer Festivalorganisationen.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 ausgewiesenen Bilanzverlust auf neue Rechnung vorzutragen.

d) Ausblick

Nach vielen Jahren der historischen Themenwahl - zuletzt mit den Festivalthemen "Impuls Wien" und "Brennpunkt 1912" beschäftigt sich das Bodenseefestival 2013 zum ersten Mal mit einem Instrument. Unter dem Titel "Tastenspiele" stehen die Tasteninstrumente, also Klavier, Cembalo und Orgel, im Fokus zahlreicher Konzerte.

Zum zweiten Mal in der Geschichte des Internationalen Bodenseefestivals wird ein Wiener Pianist als Artist in Residence präsentiert: Nach Stefan Vladar (2010) folgt in diesem Jahr der weltweit angesehene Künstler Rudolf Buchbinder. Auftreten wird er als Dirigent und Solist mit den Bamberger Symphonikern; als Solist mit dem SWR Sinfonieorchester und mit der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz; in Kammermusikformation zusammen mit dem Szymanowsky-Quartett, und nicht zuletzt als Bestreiter eines kleinen Beethoven-Zyklus mit drei Klavierabenden.

In zehn Veranstaltungen mit dem Artist in Residence werden Hauptwerke der Klavierliteratur vorgestellt: von Haydn, Mozart und Beethoven über Brahms und Schumann bis hin zum jazzigen Klavierkonzert von George Gershwin.

Der populäre Klavierzyklus, in dem sich jedes Jahr junge, hervorragende Talente präsentieren, erweitert das pianistische Spektrum um viele bekannte und wegweisende Werke der Klavierliteratur, aber auch um spannende Neuentdeckungen.

"Tastenspiele" soll aber nicht nur für Klaviermusik stehen: Auch das Cembalo ist Teil des Festivalthemas, prominent vertreten vor allem von Leon Berben und Michael Behringer mit einem Auftritt in der Stiftsbibliothek St. Gallen. Desweiteren spielt auch die Orgel eine bedeutende Rolle im Festival 2013: Der Zyklus "Orgel-Duelle" bringt das größte Instrument der Welt und damit bedeutende historische Orgeln im Bodenseeraum ins Rampenlicht.

Neben einer Fülle von "Tastenspielen" gilt es in 2013 aber auch einen großen deutschen Komponisten zu feiern: Richard Wagner. Hier sind vor allem zwei Veranstaltungen hervorzuheben: Die Oper Halle mit Wagners "Götterdämmerung", und das Ballett des Anhaltischen Theaters mit "Siegfriedsaga", einem tänzerisch musikalischen Querschnitt durch den "Ring des Nibelungen".

Im Abschlusskonzert, das vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst unterstützt wird und erneut als Open-Air im Schloss Salem durchgeführt wird, spielt in diesem Jahr die Academy of St. Martin in the Fields zusammen mit dem türkischen Pianisten Fazil Say, der als Artist in Residence auch im Festival 2014 vertreten sein wird. Dann soll die Türkei als Länderthema

dem Festival ein neues Profil verleihen und neue Möglichkeiten zum Kulturaustausch, zur intentionalen Vernetzung und zu Finanzierung und Marketing eröffnen.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch das Internationale Bodenseefestival 2014 im bisherigen Umfang und in der gewohnten Programmqualität stattfinden wird.

Risiken bestehen für die Gesellschaft darin, dass Zuschusszahlungen zukünftig eingeschränkte werden könnten. Die Gesellschaft ist auf Zuschusszahlungen der Gesellschafter und des Landes Baden-Württemberg angewiesen. Die eigenen Einnahmen decken die Kosten der Gesellschaft nicht.

Friedrichshafen, im Mai 2013

Winfried Neumann

Florian Riem

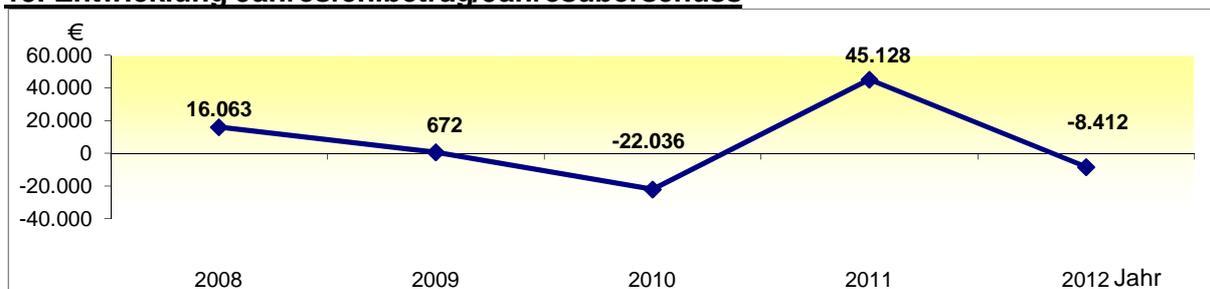
11. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2012	2011	2010	2009	2008
Veranstaltungen	61	79	89	73	84
Veranstaltungsorte	23	27	30	33	31
Besucher	22.331	19.602	19.227	17.311	17.571
Auslastung	82,0	79,0%	78,0%	77,0%	68,0%

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	10,8	5,4	13,4	5,1	0,7	0,3
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,1	0,1	0,3	0,1	0,5	0,2
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	10,9	5,4	13,7	5,2	1,2	0,6
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7,5					
2. Unfertige Leistungen						
3. Geleistete Anzahlungen						
3. fertige Erzeugnisse und Waren	10,0	5,0	18,0	6,9	22,4	10,4
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	1,9	0,9	14,5	5,6	7,5	3,5
2. Forderung gegen Gesellschafter	11,7	5,8	16,6	6,4	5,5	2,6
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte Nachschüsse						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	4,4	2,2	1,6	0,6	2,9	1,3
III. <u>Wertpapiere</u>						
1. eigene Anteile	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
IV. <u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>	152,7	76,0	191,8	73,8	175,4	81,2
	188,2	90,0	242,5	93,2	213,8	99,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1,6	0,8	3,9	1,5	0,9	0,4
Bilanzsumme	200,8	96,3	260,1	100,0	215,9	100,0

Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	197,6	98,4	197,6	76,0	197,6	83,6
Eigene Anteile	-78,0	-38,9	-41,6	-16,0	-33,8	-14,3
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Rücklage für eigene Anteile	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. andere Gewinnrücklagen	79,0	39,3	35,1	13,5	35,1	14,8
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Bilanzgewinn	-8,4	-4,2	23,1	8,9	-22,0	-9,3
	190,2	94,7	214,2	82,3	176,8	74,8
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	6,3	3,1	6,3	2,4	12,3	5,2
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1,9	1,0	30,9	11,9	4,0	1,7
III. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	20,5	8,7
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,0	0,0	0,0	0,0	20,5	8,7
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	2,4	1,2	8,8	3,4	2,3	1,0
	4,3	2,1	39,7	15,2	47,3	20,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	200,8	100,0	260,1	100,0	236,4	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	347,1	39,1	282,6	38,2	263,1	33,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,1
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	541,2	60,9	457,9	61,8	526,0	66,6
5. Gesamtleistung	888,3	100,0	740,5	100,0	789,5	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	8,0	0,9	4,4	0,6	0,0	0,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	792,3	88,3	599,9	83,5	701,1	86,6
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	42,5	4,7	53,5	7,4	45,6	5,6
b) Soziale Abgaben	6,7	0,7	8,0	1,1	8,8	1,1
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2,7	0,3	2,5	0,3	1,6	0,2
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	45,1	5,0	49,9	7,0	52,4	6,5
10. Gesamtaufwand	897,3	100,0	718,3	100,0	809,5	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-9,0		22,2		-20,0	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,6		0,9		1,2	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	0,6		0,9		1,2	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-8,4		23,1		-18,8	
20. Außerordentl. Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen u. vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	0,0		0,0		-3,3	
23. Erträge aus Verlustübernahme	0,0		22,0		0,0	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-8,4		45,1		-22,0	
25. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	23,1		-22,0		-2,0	
26. Kapitalrücklage	0,0		0,0		0,0	
27. Gewinnrücklage	-23,1		0,0		-2,0	
a) in die Rücklage für eigene Anteile						
b) in andere Gewinnrücklagen						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-8,4		23,1		-22,0	

V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

Energieagentur Ravensburg gGmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Energieagentur Ravensburg gGmbH
Kontakt:	Zeppelinstr. 16, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 76470-70 Fax: 0751 / 764707-9 E-Mail: info@energieagentur-ravensburg.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	21. Oktober 1999
Eintragung Handelsregister:	25. April 2000
Gesellschaftsvertrag:	21. Oktober 1999
Letzte Änderung:	20. Mai 2011
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zur Erreichung folgender Ziele:

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Beratung beschränkt sich auf allgemeine Auskünfte und ist unabhängig.

Zur Erreichung der Ziele wird die Gesellschaft mit den Städten und Gemeinden, den Wirtschaftsunternehmen, insbesondere den Handwerksbetrieben, den Architekturbüros, dem Solarenergie-Förderverein, der Forstwirtschaft, der IHK, den Wohnungsbauunternehmen, der Verbraucher-Zentrale und ihren Gesellschaftern zusammenarbeiten, ebenso mit lokalen Arbeitskreisen (u.a. Agenda 21) und weiteren engagierten Organisationen. Des Weiteren wird sie mit der Gesellschaft zur Kulturlandschaftsentwicklung Pro Regio Oberschwaben GmbH, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, zusammenarbeiten.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 63.630 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Energieagentur Bodenseekreis GbR	10.180 €	16,00%
Landkreis Ravensburg	9.200 €	14,46%
Energieagentur Biberach GbR	9.200 €	14,46%
Energieagentur Sigmaringen GbR	6.950 €	10,92%
Stadt Ravensburg (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600 €	7,23%
Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG	4.600 €	7,23%
Stadt Weingarten (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600 €	7,23%
Kreishandwerkerschaft Ravensburg	4.600 €	7,23%
EnBW Regional AG	4.600 €	7,23%
Thüga Energienetze GmbH, München (ehem. Thüga AG)	4.600 €	7,23%
BUND für Umwelt und Naturschutz Landesverband B-W	500 €	0,79%
	63.630 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Walter Göppel

Beirat: ist eingerichtet
Die Mitglieder des Beirats haben keine Vergütung erhalten.

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürger und Bürgerinnen laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen und Gewerbebetrieben Energiesparpotentiale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Geschäftsführervertrag mit Herrn Walter Göppel;
- ⇒ Gesellschafterbeschlussfassungen vom 23. Februar 2000 und 12. September 2001 zur Aufbringung von Finanzierungsbeiträgen durch die (Gründungs-) Gesellschafter in Höhe von jährlich 140 T€;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Biberach GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.000 € zu leisten;
- ⇒ Sponsoring Verträge mit den Kreissparkassen Ravensburg und Biberach, der Sparkasse Bodensee, der Sparkasse Heiligenberg, der Volksbank Überlingen, der Sparkasse Pfullendorf – Meßkirch und der Hohenzollerischen Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen über Sponsoring Leistungen von 2,5 T€ bis 10 T€ p.a. im Gesamtbetrag von z.Zt. 35 T€ p.a. mit Laufzeiten bis 2013;

- ⇒ Verträge mit zehn selbstständigen Energieberatern über die Durchführung der Sprechstunden für Energieberatung am Standort Ravensburg und in den Außenstellen;
- ⇒ Werkvertrag über die freiberufliche Mitarbeit von Frau Oschwald und Frau Göppel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit;
- ⇒ Verträge mit 34 Städten und Gemeinden sowie ein weiterer Vertrag mit einem Stadtwerk über die Einrichtung von Außenstellen der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit der Verpflichtung, geeignete Räume für die Energieberatung zur Verfügung zu stellen und einer Regelung über den Kostenersatz für durchgeführte Beratungsstunden;
- ⇒ Mietvertrag vom 15. Januar 2004 mit der Kreishandwerkerschaft Biberach über zwei Büroräume im Gebäude Ehinger-Tor-Platz 8;
- ⇒ Schreiben der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis vom 19. Dezember 2007 betr. die Nutzung von Büroräumen und die Mitbenutzung der Büroinfrastruktur im Gebäude Lindauer Straße 11, 88046 Friedrichshafen;
- ⇒ Mietvertrag vom 2. Februar 2008 mit der Gemeinnützigen Berufsförderungsgesellschaft der Württ. Bauwirtschaft mbH, Stuttgart, über Büroräume im Gebäude In der Au 14, 72488 Sigmaringen; gekündigt zum 28. Februar 2012.
- ⇒ Mietvertrag vom 18. Januar 2012 mit der Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern-Immobilien über Büroräume in der Fürst-Wilhelm-Straße 12 in Sigmaringen.
- ⇒ Vereinbarung zwischen der Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award® und der Energieagentur Ravensburg gGmbH zur Durchführung von Zertifizierungsverfahren vom 4. April/2. Mai 2006;
- ⇒ Zahlreiche Dienstleistungsverträge mit den im Lagebericht aufgeführten Städten und über die Beratung im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award®;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Bodenseekreis GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss gemäß Gesellschafterbeschlussfassung zu leisten;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Landkreis Sigmaringen GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 6.950 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.750 € zu leisten; der GbR wurden von der Kreissparkasse Sigmaringen und der Sparkasse Pfullendorf Sponsoringbeträge i.H.v. zusammen jährlich 10.000 € in Aussicht gestellt;
- ⇒ Betreuungsvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über den Aufbau und Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Städten und Gemeinden, die an der Zertifizierung gemäß European Energy Award® teilgenommen haben im Rahmen des Interreg IV Programms vom 15./20. Oktober 2009;
- ⇒ Werkvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über die Durchführung des grenzüberschreitenden Projekts GRIPS „grenzüberschreitendes Initiativprogramm für Sanieren“ zum Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Partnerbetrieben (Handwerk) im Rahmen des Interreg IV Programms Alpenrhein – Bodensee – Hochrhein vom 30. Juli/3. August 2010;
- ⇒ Zuwendungsvertrag zwischen dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg und der Energieagentur Ravensburg gGmbH über die Vorbereitung und Durchführung des Pilotprojekts „Energieeffizienz in Sportvereinen“ vom 4./8. Oktober 2010;
- ⇒ Vier Dienstleistungsverträge mit den Kommunen Bodenseekreis, Landkreis Sigmaringen, Gemeinde Baienfurt, Stadt Radolfzell, abgeschlossen im Jahr 2011;
- ⇒ Vertrag vom 9. März 2011 mit der Energieagentur Regio Freiburg Projekt Stromsparcheck für einkommensschwache Haushalte
- ⇒ Finanzierungserklärung der Energieagentur um Interreg IV Programm "Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein" EIVRIG – Energieeffizienzinitiative über einen Finanzierungsbeitrag i.H.v. 76.500 €.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

⇒ 4.815 € Finanzierungsbeitrag eea

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2012 waren durchschnittlich 8 (Vj. 7) Mitarbeiter beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Allgemeines

Die Energieagentur wurde am 21. Oktober 1999 als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und hat am 1. April 2000 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Sukzessiv wurde der Gesellschafterkreis um die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt erweitert:

- ⇒ Energieagentur Biberach: Gegründet am 6. Oktober 2003 und am 1. März 2004 eröffnet
- ⇒ Energieagentur Bodenseekreis: Gegründet und eröffnet am 13. Juni 2007
- ⇒ Energieagentur Sigmaringen: Gegründet am 21. November 2007 und am 3. März 2008 eröffnet.

Um die im Gesellschaftsvertrag genannten Ziele zu erreichen, hat die Energieagentur Ravensburg gGmbH mit Ihren Niederlassungen die Aufgabe neutral, unabhängig sowie handwerksübergreifend Bürger/innen und Kommunen über alle Energiefragen zu beraten, wie z.B.:

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/ Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Zum Erreichen der genannten Ziele hat die Energieagentur Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden der Landkreise Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt eingerichtet:

- ⇒ Landkreis Ravensburg: 10 Energie-Beratungsaußenstellen
- ⇒ Landkreis Biberach: 9 Energie-Beratungsaußenstellen
- ⇒ Landkreis Bodenseekreis 9 Energie-Beratungsaußenstellen
- ⇒ Landkreis Sigmaringen: 6 Energie-Beratungsaußenstellen

So ist eine relativ flächendeckende und unabhängige Energieberatung (bis auf jeweils eine Außenstelle in den Landkreisen Sigmaringen und Bodenseekreis) für die knapp 900.000 Einwohner der rund 130 Gemeinden der o.g. Landkreise gewährleistet.

b) Jahresergebnis

Die Erlöse der Gesellschaft von rund 942 T€ setzen sich wie folgt zusammen:

- ⇒ Kostenzuschüsse der Gesellschafter
- ⇒ Erlöse Sponsoring und Spenden
- ⇒ Erlöse aus Beratungsdienstleistungen/ aus dem eea®
- ⇒ Kostenerstattung aus den Energieberatungen in den Außenstellen
- ⇒ Erlöse aus landesweiten Schulprojekten

- ⇒ Erlöse aus Seminaren/Vorträgen/Veranstaltungen
- ⇒ Erlöse aus dem Projekt des Bundesministeriums "Stromspar-Check in einkommensschwachen Haushalten"
- ⇒ Erlöse aus den Interreg-Projekten "Energieeffizienzgemeinden und Grips und EIVRIG"
- ⇒ Erlöse aus dem Pilotprojekt "Energieeffizienz in Sportvereinen"

Nach Abzug der betrieblichen Aufwendungen für Personal- und Sachleistungen verbleibt ein Jahresüberschuss von 76.010,22 €.

Der Jahresüberschuss 2012 soll mit dem Gewinnvortrag zusammengefasst und auf neue Rechnung vorgetragen werden; er wird für Projektentwicklungen, Personalausbau sowie für die räumliche Erweiterung benötigt.

Die Entwicklung der Finanzlage in Form der Bereitstellung und der Verwendung von Mitteln im Laufe der Geschäftsjahre ist in der folgenden (verkürzten) Kapitalflussrechnung dargestellt:

Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	2012 T€	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	155	117	57	78
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	- 28	- 37	- 7	- 9
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
Summe	127	80	50	69
+ Finanzierungsmittelbestand am 01.01.	521	441	391	322
Finanzmittelbestand am 31.12.	648	521	441	391

c) Personalentwicklung

Der Personalstand hat sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt entwickelt:

- ⇒ Ein Geschäftsführer (100 %) unverändert
- ⇒ Ein Assistent der Geschäftsführung (100%) unverändert
- ⇒ Eine Sachbearbeiterin (90 %) unverändert
- ⇒ Eine Sachbearbeiterin (90 %) unverändert
- ⇒ Eine Energieberaterin für die Energieagentur Ravensburg (80 %) unverändert
- ⇒ Ein Energieberater für die Energieagentur Ravensburg (100%) seit 1. Mai 2012
- ⇒ Eine Energieberaterin (80 %) für die Niederlassung Biberach unverändert
- ⇒ Ein Energieberater (100 %) für die Niederlassung Bodenseekreis unverändert
- ⇒ Ein Energieberater (ab 01.03.2012 – 80%) für die Niederlassung Sigmaringen Wiederbesetzung

Alle Mitarbeiter der Energieagentur Ravensburg gGmbH sind auch für die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen tätig.

Acht freiberufliche Energieberater-Ingenieure und zwei freie Journalistinnen sind über Werkverträge für die Gesellschaft in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen, in den eingerichteten Außenstellen sowie bei örtlichen Ausstellungen tätig.

d) Tätigkeitsbericht

Der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2012 lag in folgenden Bereichen:

Flächendeckende, messbare ökologische und ökonomische Energieberatungen:

In rund 2.600 gezielten Energieberatungsgesprächen und bei knapp 19.500 telefonischen Anfragen wurde kompetent über Energieeinsparmaßnahmen an der Gebäudehülle, über effiziente Heizungs- und Warmwassertechnologien sowie über erneuerbare Energien, Förderprogramme und Gesetze, wie z.B. das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz oder die EnEV 2009 beraten.

Aufgrund der gesetzlichen Verordnungen, wie z.B. Energieeinsparverordnung, EEWärme-Gesetz (Bund), EWärmeGesetz (Land), die politische angedachte EEG Novellierung sowie die ständig veränderten Richtlinien der KfW stiegen 2012 die telefonischen Energieberatungen sehr stark an. Diese kamen von Investoren, Planern und Handwerkern und wurden von den Landratsämtern, Kommunen und Banken direkt an die Energieagenturen weiter vermittelt.

Kommunale Energieberatung/European Energy Award®:

Im kommunalen Bereich stiegen die Energieberatungen durch den European Energy Award® Prozess, die politisch beschlossene Energiewende sowie durch kurzfristige Förderprogramme von Bund und Land deutlich an. Das zeigt sich auch bei den ausgelösten Investitionen von mehr als 40 Mio. €.

Für ihre umgesetzten Maßnahmen sowie für ihre mittelfristige Projektplanung sind im Jahr 2012 15 Kommunen mit dem European Energy Award® ausgezeichnet worden. Davon haben der Landkreis Ravensburg, die Städte Ravensburg, Friedrichshafen und Bad Schussenried den Award in Gold erhalten.

Der European Energy Award® leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende und der Klimaschutzziele. 37 Städte und Gemeinden sowie die Landkreise Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen werden von der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit ihren Niederlassungen Biberach und Bodenseekreis beraten, die sich wie folgt aufteilen:

- ⇒ Energieagentur Ravensburg: 18 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Ravensburg
- ⇒ Energieagentur Biberach: 8 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Biberach
- ⇒ Energieagentur Bodenseekreis: 7 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Bodenseekreis. Davon werden derzeit noch zwei Kommunen aus dem Landkreis Konstanz betreut, die nach der Zertifizierung von der Energieagentur Landkreis Konstanz übernommen werden.
- ⇒ Energieagentur Sigmaringen: 4 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Sigmaringen

Aus dem eea entwickelte Kooperationen:

- ⇒ eea für die OEW-Landkreise: Koordination bzw. Steuerung des Projekts durch die Energieagentur Ravensburg gGmbH für die 9 OEW Landkreise und die Energieagentur Ulm, Rottweil, Reutlingen und Zollernalbkreis.
- ⇒ Internationale eea-Kooperation: bzw. Erfahrungsaustausch über Interreg IV Projekt „Energieeffizienzgemeinden“ mit Vorarlberg und der Schweiz.
- ⇒ CO2-neutrales Schussental: Alle 5 eea-Kommunen aus dem Gemeindeverband mittleres Schussental haben eine gemeinsame Erklärung zum CO2-neutralen Schussental unterzeichnet. Darin wurden 10 Punkte zum Erreichen der Klimaschutzziele bis 2020 festgelegt. Die Kommunen werden von der Energieagentur Ravensburg gGmbH beraten bzw. begleitet.

Bildung:

Die zahlreichen politischen Klimaschutzziele, Gesetze, neuen Technologien sowie Baustoffe führen zu unterschiedlichsten Bildungsangeboten der Energieagenturen:

- ⇒ Seminare zur Fortbildung von kommunalen Hausmeistern;
- ⇒ mehrtägiges Seminar für Ingenieure "DIN 18599" für Nichtwohngebäude - in Kooperation mit der Bauakademie Biberach;
- ⇒ Schulprojekte mit Lehrern und Schülern in allen vier Landkreisen;
- ⇒ Fortführung des Projektes "Stromsparcheck" in Kooperation mit der Caritas Bodensee-Oberschwaben
- ⇒ Jugendenergietage (Landkreis Ravensburg und Bad Waldsee)

- ⇒ Seminare "Energieanalyse und Effizienzberatung in Produktionsbetrieben" für Ingenieure in Kooperation mit der Ingenieurkammer Baden-Württemberg, der Akademie der Ingenieure und dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg;
- ⇒ Seminar Energieeffizienz in der Landwirtschaft
- ⇒ kommunale Energieforen in den Landkreisen Biberach und Ravensburg ;
- ⇒ Fachseminar zur Anwendung der EnEV im Rahmen der wohnwirtschaftlichen Förderprogramme der KfW - Schwerpunkt Wärmebrücken;
- ⇒ Mitarbeiterschulung "Energieeffizienz in der Verwaltung“;
- ⇒ Energiemanager für Sportvereine.

Öffentlichkeitsarbeit:

Motivation der Bevölkerung bzw. Investoren durch:

- ⇒ 122 örtliche Energieforen bzw. Vortragsveranstaltungen in den vier Landkreisen
- ⇒ mehrtägige Ausstellungen in Form von Sonderschauen, wie z.B.:
 - Hausplus in Ravensburg mit jeweils einem kommunalen und einem öffentlichen Energieforum
 - dreitägige Baumesse in Biberach
 - Immomesse der Stadt Biberach
 - Oberschwabenschau in Ravensburg , in Kooperation mit der Stadt und dem Landkreis Ravensburg
 - kreisweite Heizungspumpen- und Thermographieaktionen in den Städten des Landkreises Ravensburg
- ⇒ Beteiligung an den landesweiten Energietagen mit Aktionen, z.B. E-Mobilität in Bad Schussenried und Meckenbeuren sowie Exkursionen in Ravensburg.
- ⇒ regelmäßige Presseveröffentlichungen in allen vier Landkreisen

Energieberatung für Gewerbe:

- ⇒ Einstieg in die Gewerbeberatung mit dem Interreg-Projekt EIVRIG
 - Erstellung von Potentialanalysen zur industriellen Abwärmenutzung
 - Energieberatung bei Unternehmen
 - Mitarbeiterschulung "Energieeffizienz in Unternehmen“
 - Fördermittelberatung
 - Teilnahme am jährlichen Energiewirtschaftsforum im Landkreis Ravensburg und in einzelnen Städten.

Bereits wie schon im letzten Jahr nehmen die Beratungsanfragen aus allen Sektoren, vor allem im kommunalen und im gewerblichen Bereich sowie die Zahl von lokalen Foren weiter zu. Dies ist auf die jährlich steigenden Strompreise, die ab 2013 geforderte Einführung eines Energiemanagementsystem für Unternehmen, die europäischen, Bundes- und Landes-Klimaschutzziele sowie auf die Gesetze der beschlossenen Energiewende und die hohe Beteiligung der Kommunen am eea zurückzuführen. Weiter fehlen für die speziellen Fachthemen Ingenieure, die in der Lage sind über den Tellerrand hinauszublicken.

e) Fazit

Mit dem Einsatz von 405.356 € durch die Gesellschafter können nach den von uns stichprobenweise vorgenommenen Erhebungen zum Umsetzungsgrad der Maßnahmen ggf. bis zu 150 Mio. € Investitionen für die Wirtschaft angestoßen werden. Dies entspricht rechnerisch dem Umsatzvolumen für die Vorhaltung von knapp 1.700 Arbeitsplätzen in den Städten und Gemeinden aller vier Landkreise. Weiter wurden wichtige Entscheidungshilfen bei kommunalen Energiekonzepten gegeben. Somit tragen die Energieagenturen maßgeblich zum Klimaschutz, zur Umsetzung der Energiewende, Bildung und zur Wirtschaftsförderung in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen bei.

f) Ausblick auf das Jahr 2013

Die Beratungsanfragen von Investoren, Kommunen, Gewerbe und Fachleuten werden sich im Jahr 2013 deutlich verstärken, wie z.B. durch:

- ⇒ Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes des Landes mit verbindlichen Zielen;
- ⇒ Novellierung der Energiesparverordnung (EnEV) 2009
- ⇒ Novellierung des EEWärmeGesetzes
- ⇒ das politische Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien (Energiewende);
- ⇒ die laufenden Änderungen von Förderprogrammen und deren Richtlinien;
- ⇒ Steigerung der Sanierungsrate durch entsprechende Förderprogramme;
- ⇒ zunehmende Nachfragen nach der fachlichen Beratung bzw. Begleitung bei regenerativen Nahwärmeversorgungen, die finanziell von Bund und Land unterstützt werden;
- ⇒ vermehrtes Interesse an der Teilnahme am European Energy Award® in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen;
- ⇒ vermehrtes Interesse von Kommunen und Wirtschaftsbetrieben an der Teilnahme an den zweitägigen landesweiten Energietagen;
- ⇒ starke Nachfrage nach Schulprojekten und lokalen Jugendenergietagen;
- ⇒ Kooperation mit der Verbraucherzentrale (unabhängige Energieberatung für Bürger/innen);
- ⇒ Ausbau der Seminare und Fortbildungsveranstaltungen für Handwerker und Planer im Rahmen des Modellprojektes "Netzwerk Bau";
- ⇒ Moderation bzw. beratende Begleitung von Energiewirtschaftstischen auf Landkreisebene und in den größeren Städten;
- ⇒ Ausweitung des Modellprojektes "Energieeffizienz in Sportvereinen" auf die Landkreise Bodenseekreis und Sigmaringen;
- ⇒ Beratende Begleitung bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen der eea-Kommunen und des CO₂-neutralen Schussentals;
- ⇒ Erstellung von kommunalen Energie-Klimaschutzkonzepten zur Umsetzung der Energiewende und der Klimaschutzziele.

Die zunehmenden Beratungsnachfragen und die neuen Projekte, führen bei der gegebenen Personalsituation zu Engpässen.

Das Vorliegen von Urlaubsrückständen und Überstunden im Volumen von zusammen 63.392 € sowie die hohe Inanspruchnahme der selbstständigen Energieberater zeigen, dass die Personalkapazitäten der Gesellschaft voll ausgelastet sind. Um der Nachfrage nach Beratungsleistungen gerecht zu werden, beabsichtigen wir die Erweiterung unserer Beratungskapazität und die Schaffung zusätzlicher Stellen in der Energieberatung und Projektbegleitung sowie die räumliche Erweiterung der Energieagentur im Geschäftsjahr 2013.

Die Finanzierung der Gesellschaft im bisherigen Umfang ist mittelfristig durch die Gesellschafterzuschüsse, die zahlreichen, z. T. auf mehrere Jahre vertraglich ausgelegten Projekte und Sponsoring-Verträge gesichert.

f) Risiken für die zukünftige Entwicklung

Der wesentliche Teil der Finanzierung der Gesellschaft basiert auf den genannten Einnahmen, den Gesellschafterzuschüssen und aus Projekten, Aktivitäten, Sponsoring, usw., die vertraglich auf zwei bis drei Jahre gesichert sind.

Die Finanzierung der betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres 2012 mit rd. 782.000 € war nur durch zusätzliche Einnahmen für unsere Leistungen z.B. im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award® oder im Rahmen von Interreg-Projekten und nicht mehr ausschließlich durch die Mittel von Gesellschafterseite möglich.

Dies bedeutet für die Gesellschaft auch weiterhin, dass die Aufgabenerfüllung von den Finanzierungsmöglichkeiten bestimmt wird, weil bereits die Fixkosten nicht mehr in vollem

Umfang aus den jährlichen Gesellschafterbeiträgen und Förderbeiträgen der Kreditinstitute bestritten werden können. Bei unveränderter Finanzausstattung seitens der Gesellschafter muss weiterhin die Beratungskapazität verstärkt auf die entgeltlichen Dienstleistungen gerichtet werden.

Ravensburg, den 21. Mai 2013

Walter Göppel

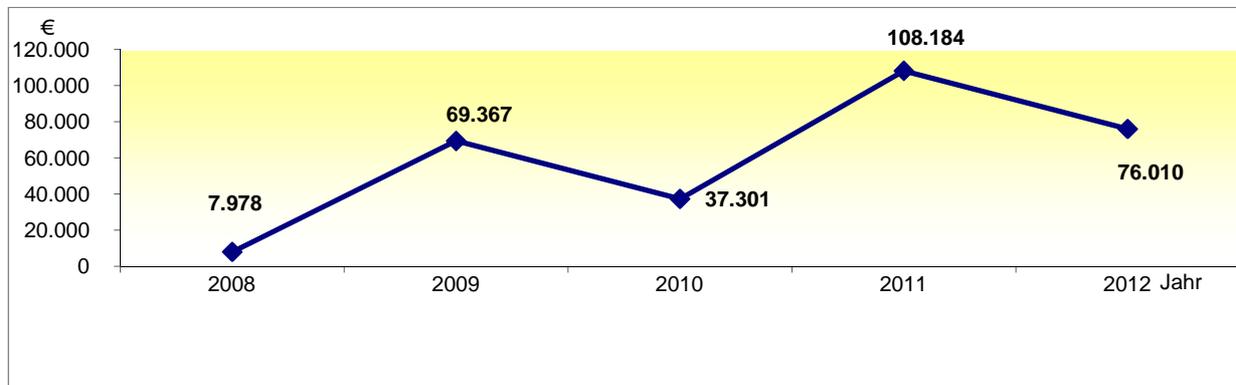
11. Abschlussprüfer

Dipl. Kfm. Martin Alius, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Ravensburg

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2012	2011	2010	2009	2008
Ausstellungstage	35	33	23	42	42
Energieberatungsgespräche	2.600	2.500	2.600	2.500	2.000
telefonische Anfragen	19.500	19.000	18.000	15.500	k.A.

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2012

Bilanz Aktiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten						
2. Anlagen und Maschinen						
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	61,4	7,0	51,6	6,9	33,6	5,6
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	61,4	7,0	51,7	6,9	33,6	5,6
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen	52,6	6,0	56,9	7,6	61,5	10,3
3. Waren						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	103,7	11,8	117,4	13,4	61,4	10,3
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte noch ausstehende Kapitaleinlagen						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	11,8	1,3	0,7	0,1	0,8	0,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	648,0	73,8	521,1	69,7	441,0	73,7
	816,2	93,0	696,1	90,8	564,7	94,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
Bilanzsumme	877,6	100,0	747,8	97,7	598,4	100,0

Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2012

Bilanz Passiva	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	63,6	7,3	63,6	8,5	62,7	10,5
II. <u>Kapitalrücklage</u>						
III. <u>Gewinnrücklage</u>						
1. Zweckgebundene Rücklagen						
2. Andere Gewinnrücklagen	60,0	6,8	60,0	8,0	60,0	10,0
IV. <u>Gewinnvortrag/Verlustvortrag</u>	313,5	35,7	205,3	27,5	168,0	28,1
V. <u>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</u>	76,0	8,7	108,2	14,5	37,3	6,2
	513,1	58,5	437,1	58,5	328,0	54,8
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil						
C. Sonderposten für Zuschüsse	1,2	0,1	3,6	0,5	6,1	1,0
D. Rückstellungen	106,4	12,1	96,9	13,0	96,2	16,1
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	185,0	21,1	120,4	16,1	87,3	14,6
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	21,5	2,5	14,0	1,9	10,6	1,8
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	29,4	3,3	54,9	7,3	38,5	6,4
	235,9	26,9	189,4	25,3	136,4	22,8
F. Rechnungsabgrenzungsposten	20,8	2,4	20,8	2,8	31,7	5,3
Bilanzsumme	877,6	100,0	747,8	100,0	598,4	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2012

Gewinn- und Verlustrechnung	2012		2011		2010	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	529,7	55,6	495,1	53,9	415,5	529,7
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten	412,1	43,3	418,1	45,5	402,4	412,1
3. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-4,3	-0,4	-4,6	-0,5	22,1	-4,3
4. Sonstige betriebliche Erträge	14,5	1,5	10,5	1,1	25,8	14,5
5. Gesamtleistung	952,0	100,0	919,1	100,0	865,8	952,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	99,7	11,4	113,0	13,9	62,5	99,7
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	479,2	55,0	427,9	52,8	441,6	479,2
b) Soziale Abgaben	124,7	14,3	100,2	12,4	102,7	124,7
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	18,1	2,1	15,8	2,0	17,0	18,1
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	149,7	17,2	153,1	18,9	200,3	149,7
11. Gesamtaufwand	871,6	100,0	810,1	100,0	824,1	871,6
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	80,4		109,0		41,8	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6,0		9,0		6,3	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
19. Finanzergebnis	6,0		9,0		6,3	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	86,5		117,7		48,0	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	-10,5		-9,5		-10,7	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	76,0		108,2		37,3	
25. Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen						
b) in andere Gewinnrücklagen						
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	76,0		108,2		37,3	

frieks Friedrichshafener Software- und Kommunikationszentrum

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (frieks)
Kontakt:	Müllerstraße 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 38588-0 Fax: 07541 / 38588-55 E-Mail: info@frieks.de Homepage: www.frieks.de
Gründungsdatum:	30. September 1999
Eintragung Handelsregister:	22. Mai 2000
letzte Änderung vom:	10. März 2009
Gesellschaftsvertrag:	
Letzte Änderung:	8. März 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Aufbau und Betrieb eines Kommunikations- und Softwarezentrums zur Unterstützung von Existenzgründungen und Jungunternehmen aus der IT- und Multimedia-Branche, vor allem durch die Bereitstellung von Büroräumen und eine IuK-Infrastruktur sowie Beratungs- und Marketingleistungen durch die IHK Bodensee-Oberschwaben und die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH.

Zweck der Gesellschaft ist:

- ⇒ die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus der technologieorientierten Dienstleistungsbranche, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen
- ⇒ die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen
- ⇒ das Marketing für das Technologiezentrum

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der frieks GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	12.750 €	51,00%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodenseekreis GmbH	7.250 €	29,00%
IHK Bodensee-Oberschwaben	5.000 €	20,00%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Benedikt Otte
Michael Mahl

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender: Andreas Brand, Oberbürgermeister
Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Seit Eröffnung des Zentrums waren insgesamt 57 Unternehmen im Zentrum Mieter. Von diesen sind zwischenzeitlich 19 wieder ausgezogen und haben einen Firmensitz in Friedrichshafen oder im Bodenseekreis gewählt. 12 Unternehmen haben das Zentrum aus wirtschaftlichen Gründen verlassen.

Stand 31. Dezember 2012 sind 26 Unternehmen im Softwarezentrum mit rund 53 Arbeitsplätzen angesiedelt. Das Zentrum leistet somit einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung durch Schaffung der notwendigen Infrastruktur in speziellen Dienstleistungsbranchen. Das Projekt wird von der Stadt Friedrichshafen finanziell unterstützt.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Grundstücksmietvertrag mit GMG Generalmietgesellschaft mbH (vormals DeTe-Immobilien) vom 20. Dezember 1999 über die Anmietung des Gewerbeanwesens mit Büro- und Technikflächen in Friedrichshafen, Müllerstraße 12 - 14.
- ⇒ Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH vom 1. Februar 2002

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter/innen.

10. Lagebericht

a) Lage und Geschäftsverlauf

Zweck der frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (Frieks GmbH) ist

- ⇒ die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus technologieorientierten Branchen, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen,
- ⇒ die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen, die Stabilisierung der bestehenden Betriebe, vor allem hinsichtlich der spezifischen Probleme von Existenzgründern,
- ⇒ eine engere Verknüpfung dieser Branche mit anderen Unternehmen der Region Friedrichshafen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Technologiezentrums, insbesondere für Existenzgründer und junge Unternehmen der Region Friedrichshafen. Dazu gehören:

- ⇒ die Anmietung der für den Betrieb des Technologiezentrums vorgesehenen und notwendigen Immobilie,
- ⇒ der Abschluss entsprechender Mietverträge mit potentiellen Untermietern,
- ⇒ die Koordination der für die Zielerreichung geplanten und durchzuführenden Maßnahmen,
- ⇒ das Marketing des Technologiezentrums,
- ⇒ die Verwaltung des Technologiezentrums, sowie
- ⇒ Existenzgründungsberatungen.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Stadt Friedrichshafen (51%), die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (29%) und die IHK Bodensee Oberschwaben (20%).

Im Geschäftsjahr wurde eine Gesellschafterversammlung abgehalten.

Im Jahr 2012 hat sich das Wirtschaftswachstum fortgesetzt, wenngleich auch mit einer wesentlich schwächeren Rate als im Vorjahr. Für das Jahr 2013 wird kaum mit einer Veränderung gerechnet. Während die Wirtschaft in Deutschland wahrscheinlich leicht wachsen wird, könnte es in Baden-Württemberg zu einer Stagnation kommen aufgrund der starken Fokussierung auf die Automobilbranche. Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg werden dagegen der Maschinenbau und die unternehmensnahen Dienstleistungen sein. Diese Einschätzung geht davon aus, dass es zu keinen weiteren schwerwiegenden Verwerfungen an den Finanzmärkten kommt und die Lösung der Finanzkrisen in wichtigen Ländern der Eurozone voranschreitet. Die Erwerbstätigkeit legte im Jahr 2012 nach ersten Schätzungen um ca. 1,5 % gegenüber dem Vorjahr zu, der weitaus größte Anteil entfällt dabei auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Das Gründungsgeschehen befindet sich auf einem Tiefstand. In den ersten 8 Monaten des Jahres 2012 blieb die Zahl der Existenzgründungen um ca. 7,6 % unter dem Vorjahresniveau. Gründe hierfür liegen zum einen im demografischen Wandel und den damit einhergehenden guten Jobaussichten und zum anderen in den restriktiveren Vergabebedingungen für den Gründungszuschuss (Quelle: statistisches Landesamt).

Auf dem Vermietungsmarkt von Büroräumen und Bürozentren herrscht in der Region ein starker Wettbewerb. Diesem Wettbewerb stellt sich die Frieks GmbH, indem zusätzlich zu den günstigen Mietkonditionen weitere Leistungen, wie z.B. kostenlose Gründungs- und Wachstumsberatung sowie Fördermittelberatung angeboten werden. Die Gründungsberatung, die im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis durchgeführt wird, lässt eine zurückgehende Qualität der Gründungen erkennen. Ebenso ging die Anzahl der Beratungsgespräche zurück. Hohes Innovationspotenzial von Gründungen bildet eher die Ausnahme.

Das Technologiezentrum wurde mit öffentlichen Mitteln des Landes Baden-Württemberg gefördert. Die mit diesen Mitteln getätigten Investitionen unterlagen einer zwölfjährigen Bindungsfrist bis zum 31. Dezember 2011. Wesentlicher Bestandteil der Zweckbindungsfrist ist, dass der Gesellschafter Stadt Friedrichshafen und die Frieks GmbH während dieser Zeit anfallende Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums übernehmen müssen.

Aufgrund europarechtlicher Vorgaben (sogenanntes Monti-Paket) wurde die Frieks GmbH im Geschäftsjahr 2010 im Rahmen eines Betrauungsaktes durch den Mehrheitsgesellschafter

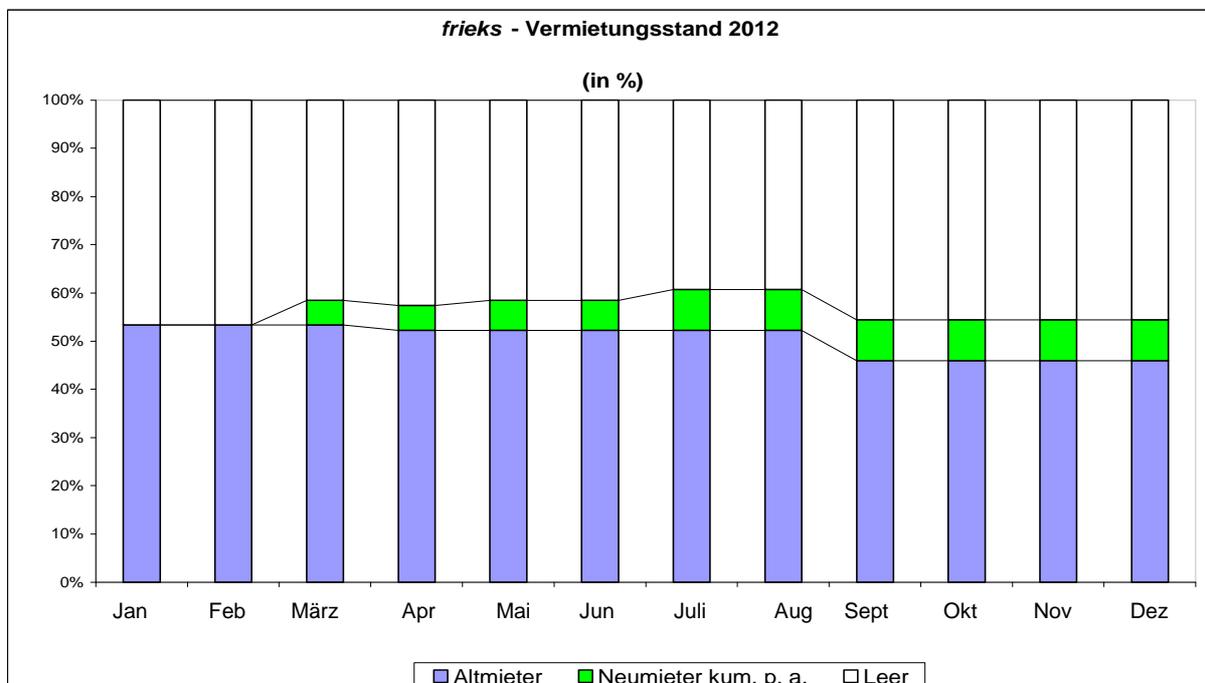
unbefristet mit der Wahrnehmung der ihr nach dem Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut.

Vermietung

Die Auslastung des Zentrums betrug zum Stichtag 31. Dezember 2012 ca. 52 % (Vj. 53 %). Der im Jahresmittel geplante Vermietungsgrad von 52 % wurde mit einem erreichten Vermietungsgrad von 54 % um 2 %-Punkte übertroffen. Absolut konnten zum Jahresende 2012 insgesamt 175 qm neu vermietet werden. Bezogen auf die in 2012 vermietbare Fläche lag der Auslastungsgrad im Jahr 2012 zwischen 51 % und 58 %.

Von Januar bis März 2013 konnten 125 qm neu vermietet werden, so dass die aktuelle Auslastung bei ca. 56 % liegt. In Verbindung mit weiteren zu erwartenden Auszügen im Laufe des Jahres könnte die Auslastung auf ca. 40 % sinken. Dabei nicht berücksichtigt sind mögliche Neuvermietungen. Aufgrund der kurzen Restlaufzeit des Generalmietvertrages wird sich das Neuvermietungsgeschäft eher schwierig gestalten.

Seit Ende 2009 wurde das Zentrum auch für Unternehmen geöffnet, die nicht der IKT-Branche zuzuordnen sind.



Vermietungsverlauf Frieks GmbH 2012 (in % bezogen auf vermietbare Gesamtfläche von 2166 qm).

Es wurden mehrere externe Veranstaltungen, unter anderem von der IHK Bodensee-Oberschwaben, in den Räumen der Frieks GmbH durchgeführt. Die inhaltlichen Themen der Vorträge zielten dabei speziell auf Fragestellungen ab, die im Zusammenhang mit jungen Unternehmen und/oder einer Existenzgründung standen. Seit 2012 bietet die Frieks GmbH in Zusammenarbeit mit dem baden-württembergischen Regionalbüro der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung spezielle Gründungsberatungen für Existenzgründer aus den Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft an.

Die Mitarbeiterzahl der bei der Frieks GmbH ansässigen Unternehmen beträgt zu Beginn des Geschäftsjahres 2013 ca. 52. Die Teilziele der Frieks GmbH, junge Unternehmen beim Wachstum und bei der Entwicklung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, sind damit erreicht.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden folgende Marketingmaßnahmen umgesetzt.

⇒ Messen, Präsentationen und Werbung

Die Frieks GmbH präsentierte sich auf dem Mittelstandstag im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen und auf vielen Veranstaltungen der WFB GmbH. Ferner wurde das Zentrum auf der Messe Expo Real in München durch die Auslage von Werbemitteln beworben.

Außerdem ist die Frieks GmbH mit einer umfangreichen Anzeige auf dem Gewerbeimmobilienportal der WFB GmbH vertreten und wirbt zudem mit einer Bannerwerbung auf dem Portal. Aus dieser Maßnahme resultieren auch die meisten Anfragen.

⇒ Veranstaltungen

Im Jahr 2012 wurden drei Grundlagenworkshops für Existenzgründer gemeinsam mit der Industrie - und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben im Technologiezentrum durchgeführt.

Die Geschäftsführung beurteilt unter Berücksichtigung der vorstehenden Erläuterungen und Einschätzungen den Geschäftsverlauf 2012 als zufriedenstellend.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die Frieks GmbH weist im Geschäftsjahr 2012 wie im Vorjahr ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Zur Erreichung dieses Ergebnisses wurden nicht verbrauchte Zuschüsse des Mehrheitsgesellschafters in Höhe von 5,7 T€ neutralisiert, die als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erfasst wurden. Die im Geschäftsjahr 2012 realisierten Umsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 4 T€ auf 123 T€. Dies ist auf verringerte Einnahmen aus der Nebenkostenabrechnung 2011 in Höhe von 2 T€ und aus regulären Mieteinnahmen in Höhe von 2 T€ zurückzuführen.

Der Posten sonstige betriebliche Erträge enthält insbesondere öffentliche Zuschüsse. Der planmäßige, monetäre Zuschuss des mit Mehrheit beteiligten Gesellschafters betrug insgesamt 130 T€. Davon wurden 20,5 T€ in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Aufwandszuschuss verrechnet.

Saldiert betrachtet erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 5 T€. Das ist im Wesentlichen auf erhöhte Kosten für Gas, Strom und Wasser zurückzuführen sowie auf die ratierliche Anpassung der Rückstellung für Instandhaltungsverpflichtungen in Höhe von 2,5 T€ und der Rückstellung zur Erfüllung der Aufbewahrungspflichten in Höhe von 1 T€. Die Kosten für bezogene Leistungen belaufen sich insgesamt auf 216 T€ (Vj. 211 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen für Buchführung und Jahresabschluss in Höhe von 9 T€ (Vj. 8,7 T€)

Die Gesellschaft finanziert sich über die laufenden Mieterlöse sowie über Gesellschafterzuschüsse, die im Rahmen eines Defizitausgleichs gewährt werden.

Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 25.000 € ist voll eingezahlt. Insgesamt erhöhte sich die Bilanzsumme um 13 T€ auf nunmehr 138 T€.

Investitionen in das Anlagevermögen wurden im Geschäftsjahr 2012 – wie im Vorjahr – nicht vorgenommen.

Das Vorratsvermögen enthält die von der Frieks GmbH bezahlten und auf die Mieter umlegbaren Nebenkosten des Geschäftsjahres.

Die bilanzierten Werte für die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2 T€ auf 11 T€.

Die Guthaben bei Kreditinstituten erhöhten sich auf 93 T€ (Vj. 84 T€). Zur Verfügung stehende Kreditlinien in Höhe von 51 T€ wurden nicht in Anspruch genommen.

Auf der Passivseite blieben die erhaltenen Anzahlungen mit 34 T€ weitgehend konstant. Die von den Mietern erhaltenen Anzahlungen übersteigen die unter den Vorräten aktivierten umlegbaren Nebenkosten.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement sichergestellt.

c) Voraussichtliche Entwicklung

Das Vermietungsgeschäft wird sich in den Jahren 2013 bis 2014 aus Sicht der Frieks GmbH weiterhin schwierig gestalten. Die Konkurrenz durch neue Büro- und Gewerbeparks in der Region ist nach wie vor stark. Dennoch werden sich bei unveränderten Vertragsbeziehungen zwischen der Frieks GmbH und den Mietern bzw. zwischen der Frieks GmbH und dem Vermieter nach heutigem Wissensstand im laufenden Geschäftsjahr die Umsatzerlöse nur geringfügig ermäßigen. Für das Geschäftsjahr 2014 geht die Geschäftsführung davon aus, dass aufgrund von Kündigungen mit niedrigeren Umsatzerlösen zu rechnen ist. Die Liquiditätsreserven werden im Geschäftsjahr 2013 nur leicht zurückgehen. Grund ist die Erhöhung der Einzahlungen aus Zuschüssen des mit Mehrheit beteiligten Gesellschafters sowie die aktuell gegenüber den Planzahlen bessere Auslastung.

Die Geschäftsführung wird weiter daran arbeiten, ein zu starkes Sinken der Auslastung des Zentrums zu vermeiden. In enger Zusammenarbeit mit dem Hauptgesellschafter wurde das Konzept der Frieks GmbH auf den Prüfstand gestellt. Die Gremien des Mehrheitsgesellschafters haben Ende 2012 beschlossen, der Geschäftsführung zu empfehlen, den Mietvertrag mit dem Eigentümer über September 2014 hinaus nicht weiterzuführen. Daraufhin hat die Geschäftsführung dem Vermieter mitgeteilt, dass der Mietvertrag nicht verlängert wird. Somit wird die Fortführung des Zentrums über den 30.09.2014 hinaus und damit die Fortführung der Unternehmenstätigkeit nicht erfolgen. Ferner hat der Eigentümer das Grundstück geteilt und Teilflächen zum Verkauf freigegeben. Es ist das Bestreben der Geschäftsführung, bei einem Verkauf aus Teilen des Mietvertrages auszusteigen. Die betroffenen Mieter werden die notwendige Unterstützung bei der Suche nach anderen Standorten erhalten. Ziel ist es, die Unternehmen am Standort Friedrichshafen zu halten.

Darüber hinaus hat der Mehrheitsgesellschafter einen durch das Regierungspräsidium genehmigten Doppelhaushalt für die Jahre 2012 und 2013. Die in diesem Haushaltsplan aufgeführten Zuschüsse an die Frieks GmbH belaufen sich für 2013 auf 140 T€. Damit signalisiert der Mehrheitsgesellschafter, die Frieks GmbH auch nach Auslaufen der Förderperiode zum 31. Dezember 2011 finanziell weiter zu unterstützen, auch über das Jahr 2013 hinaus.

Der durch den Gemeinderat beschlossene Betrauungsakt des Mehrheitsgesellschafters sieht Ausgleichszahlungen an die Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Betrieb des Technologiezentrums vor, deren maximale Höhe sich aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres ergibt. Ferner sollen mit dem Betrauungsakt bzw. der Deckungszusage des Mehrheitsgesellschafters etwaige Fördermittelrisiken ausgeschlossen werden. Mit dem Betrauungsakt einhergehende (Umsatz)steuerrechtliche Fragen wurden im Rahmen des Risikomanagements insbesondere mit dem Mehrheitsgesellschafter des Unternehmens eingehend diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass der Betrauungsakt das Ergebnis umfangreicher Untersuchungen und Vorarbeiten ist und verfügbare Hinweise des Deutschen Städtetags bzw. auch diejenigen anderer Städte beachtet wurden. Aus den Diskussionen ergaben sich keine

Aufträge an die Geschäftsführung, z.B. ein Gutachten einzuholen, um die umsatzsteuerliche Einordnung der kommunalen Zuschüsse an die Frieks GmbH zu klären. Außerdem gibt es noch keine endgültige Klärung durch die Rechtsprechung, ob der Betrauungsakt ausreicht, um alle beihilferechtlichen und steuerrechtlichen, insbesondere umsatzsteuerlichen Risiken auszuschließen. Dennoch ist die Geschäftsführung aus den vorgenannten Gründen der Auffassung, dass keine Anhaltspunkte vorliegen, welche die unrichtige Behandlung der Zuschüsse des Mehrheitsgesellschafters bzw. des Verlustausgleiches zur Folge haben könnten. Aufgrund der Komplexität des Steuerrechts kann das Risiko, dass diese Auffassung widerlegt wird, von der Geschäftsführung allerdings nicht vollständig ausgeschlossen werden. Da auch der Mehrheitsgesellschafter nach umfangreichen Untersuchungen und Vorarbeiten zu dem Ergebnis gekommen ist, dass weitgehende Rechtssicherheit besteht, wird das Risiko als beherrschbar angesehen. Aus den vorstehenden Betrachtungen kann hergeleitet werden, dass sowohl die Geschäftsführung als auch die Gesellschafterversammlung keine die Entwicklung der Frieks GmbH beeinträchtigenden Risiken sehen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind, soweit nicht schon genannt, nicht bekannt.

Größere Investitionen in das Anlagevermögen stehen aus heutiger Sicht nicht an. Die Geschäftsführung rechnet im Geschäftsjahr 2013 mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Friedrichshafen, 29. März 2013

Benedikt Otte

Michael Mahl

11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung, Owingen

Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH
Kontakt:	Flughafen 29, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/284-2010 Fax: 07541/284-211 E-Mail: fps@fly-away.de
Gründungsdatum:	Januar 2007
Eintragung Handelsregister:	23. Mai 2007
Gesellschaftsvertrag:	16. Januar 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen, insbesondere von Loading und Winterdienst.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Flughafen Friedrichshafen GmbH	18.800 €	75,20%
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	6.200 €	24,80%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

<u>Geschäftsführer:</u>	Michael Wosching (bis 2. Februar 2012) Ute Mayer (ab 2. Februar 2012)
<u>Gesellschafterversammlung:</u>	ist eingerichtet.

5. Öffentlicher Zweck

Die Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH (FPS) ist eine Organgesellschaft der Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG). Es liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Dienstleistungsvertrag zwischen der FFG und FPS vom 23. November 2012
- ⇒ Mietvertrag zwischen FFG und FPS vom 2. Juli 2007
- ⇒ Managementvertrag zwischen KDS und FPS vom 22. Februar/1. März 2007

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr waren 48 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Auswirkung auf die Lage des Unternehmens

Die Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH (FPS) bietet Dienstleistungen am Standort Friedrichshafen an. Hierzu zählen insbesondere Loading, Winterdienst, Schließdienst, Quality Management sowie Reinigungsarbeiten.

Die Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH (FPS) ist eine Organgesellschaft der Flughafen Friedrichshafen GmbH. Aufgrund der Tatsache, dass die FPS größtenteils Auftragnehmerin der Flughafen Friedrichshafen GmbH ist, besteht eine gewisse Abhängigkeit. Somit spürt die FPS den enormen Druck der Luftfahrtbranche, verbunden mit einem gebremsten Wachstum. Die Flughafen Friedrichshafen GmbH konnte die prognostizierten Passagierzahlen im Jahr 2012 bei weitem nicht erreichen.

Im Mai 2012 erfolgte eine Umstellung der Dienstleistungsverträge mit der Flughafen Friedrichshafen GmbH. Die Erlöse für Loading und Winterdienst werden nun pauschal abgerechnet und sind somit nicht mehr an die Fluggastzahlen gebunden. Zudem sind neue Leistungen, wie beispielsweise das Quality Management und Reinigungsarbeiten hinzugekommen. Somit konnte auch 2012 wieder ein positives Ergebnis erzielt werden.

Entwicklung der Gesellschaft und Geschäftsfelder des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde im Januar 2007 als Dienstleister gegründet und nahm zum 1. März 2007 ihre Tätigkeit auf. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen, insbesondere von Loading und Winterdienst. Seit dem Jahr 2012 wird das Dienstleistungsspektrum erweitert.

Die Übernahme der Gepäckverladung erfolgte reibungslos und wird ebenso wie der Winterdienst zur Zufriedenheit des Kunden erbracht. Ebenso konnte mit der Flughafen Friedrichshafen GmbH eine Vertragsergänzung zu Reinigungsarbeiten getroffen werden. Die Leistungen des im Jahr 2012 neu hinzugekommenen Quality Managements umfassen u. a. die Planung und Durchführung von internen Audits, Überwachung der Umsetzung der Ergebnisse der Audits und die Durchführung, Verwaltung sowie laufende Aktualisierungen der Schulungen des QM-Systems und des SM-Systems in diesem Bereich.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2012 konnte ein Umsatz von 534 T€ erzielt werden. Dieser lag somit unter den Erwartungen des geplanten Umsatzes in Höhe von 634 T€.

Für das Jahr 2013 wird mit einem Umsatz von 511 T€ gerechnet.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Investitionen in Höhe von 2.000 € getätigt, welche auf die Anschaffung einer Reinigungsmaschine zurückgeht.

Finanzierungsmaßnahmen und –vorhaben

Die Gesellschaft konnte bisher ohne die Aufnahme von Krediten auskommen. Für das Jahr 2013 sind keine Investitionen vorgesehen.

Personal

Die Gesellschaft beschäftigte bis zum Ende des Geschäftsjahres 48 Mitarbeiter, von denen 43 geringfügig und 5 sozialversicherungspflichtig beschäftigt wurden. Die Entlohnung erfolgte je nach Art und Umfang der Leistung nach einem vorab erstellten Vergütungsschlüssel.

b) Darstellung der Lage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme lag zum 31. Dezember 2012 bei 173 T€. was eine Eigenkapitalquote von 43.9 % mit sich brachte.

Das Umlaufvermögen repräsentiert die Bilanzsumme zu 98.3 %. Abwertungen des Umlaufvermögens waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Stille Reserven konnten nicht gebildet werden.

Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf 21,4 % der Bilanzsumme.

Finanzlage

Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 160 T€ und damit auf 92,5 % der Bilanzsumme. Die Gesellschaft konnte sich aus Eigenmitteln finanzieren, die Aufnahme von Bankverbindlichkeiten war nicht erforderlich.

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte einen Gewinn von 6 T€. Dieser lag damit über dem geplanten Wert. Der Umsatzrückgang der Gesellschaft konnte aufgrund von Kostenoptimierungen aufgefangen werden, was zu einem positiven Jahresergebnis geführt hat.

Für das Geschäftsjahr 2013 wird wieder mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

c) Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft ist im Wesentlichen vom Umfeld und der Erholung im Flugverkehr abhängig. Mit neuen Airlines und einer konsequenten Positionierung als Vier-Länder-Flughafen hat der Flughafen Friedrichshafen die Grundlage für eine positive Entwicklung gelegt.

Für den Flughafen Friedrichshafen ist es das oberste Ziel, eine Ausweitung in allen Kundensegmenten und die Vergrößerung der Destinationsvielfalt zu erreichen. Ebenso die Strategie, weitere Drehkreuzanschlüsse zu schaffen. Eine breitere Aufstellung in allen Segmenten ist wichtig, um auf Schwankungen und Krisen in der Branche vorbereitet zu sein, verbunden mit der Möglichkeit, diese ausgleichen zu können. Weiterhin ist es eine Chance für die Flughafen Personal und Service GmbH, dem Flughafen Friedrichshafen hierdurch kostengünstigere Leistungen anzubieten und somit kann davon ausgegangen werden, dass weitere Dienstleistungen auf die Gesellschaft ausgelagert werden.

Ungeachtet dessen wird auch künftig versucht, den Drittgeschäft-Markt auszubauen.

d) Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, sind nicht zu verzeichnen.

e) Ausblick

Die Gesellschaft rechnet für das Jahr 2013 mit einem vergleichbaren Umsatz. Durch die abgeschlossenen Verträge sind die Erwartungen zur das Geschäftsjahr 2013 insgesamt als gesichert zu bezeichnen. Die mittelfristige Entwicklung, die abhängig von den äußeren Rahmenbedingungen ist, zeigt bedingt durch die vom Flughafen Friedrichshafen prognostizierten steigenden Passagierzahlen weiterhin ein ausgeglichenes Ergebnis.

Friedrichshafen, 25. März 2013

Ute Mayer

11. Abschlussprüfer

Dr. Fritz Städele,

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft GmbH

Radweg Reisen GmbH**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Radweg Reisen GmbH
Kontakt:	Fritz-Arnold-Str. 16 78467 Konstanz Tel.: 07531 / 819930 Fax: 07531 / 8199366 E-Mail: info@radweg-reisen.com Homepage: www.radweg-reisen.com
Eintragung Handelsregister:	Amtsgericht Freiburg im Breisgau HR B 381878
Gesellschaftsvertrag:	22.06.2001
Letzte Änderung:	25.05.2011
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Touristische Dienstleistungen am Bodensee-Radweg für Unternehmen und Privatkunden im Bereich Radtourismus

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital i.H.v. 25.000 € ist voll einbezahlt.

	Stammkapital	Anteil
Peter Eich	16.250 €	65,00 %
Euro Forum GmbH	6.500 €	26,00 %
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	1.250 €	5,00 %
Peter Schuck	1.000 €	4,00 %
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Herr Peter Schuck
Herr Simon Mink

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

keiner

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahr 2012 waren durchschnittlich 32 Mitarbeiter beschäftigt.

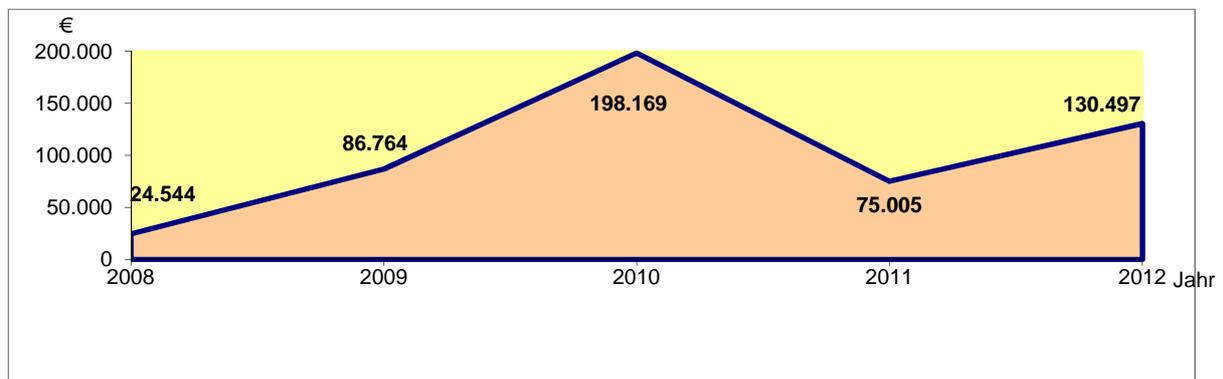
10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

Dr. Herberger GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Konstanz

12. Entwicklung Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag



Gesundheitsakademie Tettngang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gesundheitsakademie Tettngang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tettngang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettngang.de Homepage: www.klinik-tettngang.de
Gründungsdatum:	11. Mai 2006
Eintragung Handelsregister:	29. Juni 2006
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	11. Mai 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember



2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Gesundheitsakademie an der Klinik Tettngang GmbH als Einrichtung zur Informationsvermittlung, Weiterbildung, Gesundheits-schulung und Behandlung.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesundheitsakademie Tettngang GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Klinik Tettngang GmbH	12.750 €	51,00%
Dr. Martin Pfeifer	5.500 €	22,00%
Dr. Andreas Kost	5.500 €	22,00%
Karl Peter Sohler	1.250 €	5,00%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

keine

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettngang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettngang GmbH



Kontakt: Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tettngang
 Tel.: 07542 / 531 - 0
 Fax: 07542 / 531 - 178
 E-Mail: info@klinik-tettngang.de
 Homepage: www.klinik-tettngang.de

Gründungsdatum: 29. November 2005

Eintragung Handelsregister: 21. Februar 2006

Gesellschaftsvertrag:
 Letzte Änderung: 29. November 2005

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Erbringung von Serviceleistungen, insbesondere von Hygiene-, Reinigungs- und Sterilisationsdiensten, Hol- und Bringdiensten, Krankenhausgebäudemanagement und -logistik, Betrieb von Küchen, Cafeterien, Kiosken und Bettenzentralen sowie die Übernahme von Pflegehilfs-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und technischen Diensten einschließlich des Managements von nicht medizinischem Personal.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Waldburg-Zeil Klinikdienste GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Klinik Tettngang GmbH	12.750 €	51,00%
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	12.250 €	49,00%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

s. unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat insgesamt 37 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

Dr. Fritz Städele, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft GmbH, Kempten

Waldburg-Zeil Personalservice GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Waldburg-Zeil Personalservice GmbH



Kontakt: Riedstraße 16, 88316 Isny-Neutrauchburg
 Tel.: 07542 / 531 - 0
 Fax: 07542 / 531 - 178
 E-Mail: info@klinik-tettang.de
 Homepage: www.klinik-tettang.de

Gründungsdatum: 06. April 2009

Eintragung Handelsregister: 11. Mai 2009 (HRB 723613)

Gesellschaftsvertrag: 6. April 2009

Letzte Änderung: 4. Mai 2009

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Personaldienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bereitstellung von Personal, Personalvermittlung, Personalbetreuung, Beratung in Personalfragen und die Übernahme von Personalverwaltungsaufgaben.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettang GmbH gehalten.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Ellio Schneider

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

keine

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

Medizinisches Versorgungszentrum Tettang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ)
Tettang GmbH



Kontakt: Emil-Münch-Str. 16, 8806 Tettang
Tel.: 07542 / 531 - 0
Fax: 07542 / 531 - 178
E-Mail: info@klinik-tettang.de
Homepage: www.klinik-tettang.de

Gründungsdatum: 06. Dezember 2007

Eintragung Handelsregister: 28. Januar 2008

Gesellschaftsvertrag:
Letzte Änderung: 07. Dezember 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zudem die hiernach zulässige Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebotes der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettang GmbH gehalten.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat insgesamt 26 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

VI. Sonstige Mitgliedschaften des Landkreises

Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG
Kontakt:	Neuer Wall 1, 78315 Radolfzell Tel.: 07732 / 9268-0 Fax: 07732 / 9268-68 E-Mail: Info@bfhb.de Homepage: www.bauen-am-bodensee.de
Gründungsdatum:	1. März 1950
Eintragung Genossenschaftsregister:	24. Juli 2001
Letzte Änderung	am 15. Juni 2012
Satzung:	9. April 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, veräußern, bewirtschaften, betreuen, verwalten und vermitteln; hierzu zählen insbesondere alle Wohnungs-, Gewerbe-, Dienstleistungs-, Verkehrs- und Freizeitimobilien und alle damit verbundenen Aufgaben im Dienstleistungsbereich. Sie kann ferner alle im Bereich des Grundstücks-, Wohnungs- und Immobilienwesens, des Städtebaus, der Infrastruktur und der Raumordnung anfallenden Aufgaben übernehmen. Dazu gehören auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Genossenschaft kann Vermögen verwalten, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie Unternehmens- und sonstige Beratungen durchführen.

Beteiligungen sind zulässig. Die Genossenschaft kann auch sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten mit Stand 31. Dezember 2012 insgesamt 2.536 Mitglieder mit Geschäftsanteilen von insgesamt 1.320.607 € an.

Der Bodenseekreis ist an der Genossenschaft mit einem Geschäftsanteil von 160 € (0,012 %) beteiligt.

4. Organe des Unternehmens

<u>Vorstand:</u>	Wilhelm Stiefet Stefan Andelfinger
<u>Aufsichtsrat:</u>	Wilhelm Weißbecher Bernhard Hertrich Josef Dichgans Dr. Christoph Wagener Ernst Arnegger

Michael Dohm
Dr. Jörg Schmidt
Werner Schwacha

5. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft verfügt über insgesamt 1.373 genossenschaftseigene Wohnungen, 508 Garagen sowie 9 gewerbliche Einheiten.

Aufgrund der guten Nachfrage ist die Vermietungssituation an den eigenen Standorten beständig und positiv.

Im Berichtsjahr 2012 ist die Anzahl der Mieterwechsel von 114 im Vorjahr auf nunmehr 85 deutlich zurückgegangen.

Unter Berücksichtigung der Anpassungen an die ortsübliche Vergleichsmiete und die Mietanpassungen, die aus Modernisierungstätigkeiten hervorgehen, beträgt das derzeitige Grundmietniveau durchschnittlich 5,51 €/m² Wfl.mtl.

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG hält folgende Beteiligungen:

- ⇒ Wohnbau Bodensee GbR (Anteil 50 %)
- ⇒ BHS Städtebau Bodensee/Hegau GmbH (Anteil 17%).

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Für das Geschäftsjahr 2011 wurde im Jahr 2012 eine Dividende von 4 % (6,40 € je Anteil) ausgeschüttet.

Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG
Kontakt:	Scheffelstr. 52, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 3011-0 Fax: 07541 / 3011-80 E-Mail: info@kreisbau-bodenseekreis.de Homepage: www.kreisbau-bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	8. Juli 1949
Eintragung Genossenschaftsregister:	23. August 1949
Satzung:	21. Dezember 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Nach § 2 der Satzung ist vorrangiger Zweck der Genossenschaft, eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, betreuen, bewirtschaften, vermitteln und veräußern. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2012 insgesamt 1.535 Mitglieder (Vj. 1.574) mit 8.590 Geschäftsanteilen an.

Der Bodenseekreis besitzt neun Geschäftsanteile in Höhe von 1.800 € (0,10 %).

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Kreisbaugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

5. Öffentlicher Zweck

Im Eigenbestand der Genossenschaft befanden sich am 31. Dezember 2012 insgesamt 1.164 Wohneinheiten in 112 Gebäuden, 11 gewerbliche Räume sowie 513 Garagen. Die Durchschnittsmiete bei einer Gesamtwohnfläche von 74.874,41m² beträgt - ohne Betriebskosten - 5,92 € pro m².

Neubauprojekte sind im Jahr 2012 nicht entstanden. Das im Jahr 2004 in der Allmandstraße erworbene Grundstück mit dem alten Finanzamtsgebäude ist noch bis Anfang 2013 vermietet. Ab 2013 ist beabsichtigt, auf dem über 6.900 m² großen Grundstück in guter innerstädtischer Lage frei finanzierte Mietwohnungen, Praxis- und Gewerberäume sowie betreute Seniorenwohnungen und Räume für Kurzzeitpflege zu errichten. Dieses Bauvorhaben

wird im Rahmen der soliden Bilanzstruktur geplant. Der im Rahmen der Objektfinanzierungsbelastung notwendige Eigenkapitalanteil wird mit eingebracht.

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Für das Geschäftsjahr 2011 wurde im Jahr 2012 eine Dividende von 3 %, insgesamt 54,00 €, an den Bodenseekreis ausgeschüttet.

Baugenossenschaft Überlingen eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Baugenossenschaft Überlingen eG
Kontakt:	Nußdorfer Str. 32, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 918730 Fax: 07551 / 918740 E-Mail: info@baugenossenschaft-ueberlingen.de Homepage: www.baugenossenschaft-ueberlingen.de
Gründungsdatum:	20. Mai 1949
Eintragung Genossenschaftsregister:	1949
Satzung:	September 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig die Wohnversorgung ihrer Mitglieder. Die Genossenschaft errichtet, erwirbt, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Mietwohnungen. Sie kann Eigentumswohnungen und Eigenheime verwalten. Entsprechendes gilt für andere Bauten, soweit dies wohnungswirtschaftlich, städtebaulich und zur Vervollständigung der Infrastruktur erforderlich ist. Sie kann demgemäß Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerberäume sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Genossenschaft kann bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen. Daneben kann sie sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2012 insgesamt 912 Mitglieder (Vj. 892) mit 19.153 Geschäftsanteilen (Vj. 15.365) an. Der Bodenseekreis ist an dieser Baugenossenschaft als Rechtsnachfolger des Landkreises Überlingen mit einem Geschäftsanteil von 155 € beteiligt (0,005 %). Der Beitrittsbeschluss wurde im Kreistag am 27. Juni 1956 gefasst.

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Baugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Geschäftsführer: Dipl.-Ing. (FH) Dieter Ressel

Vorstand: Dr. Andreas Huther
Dipl.-Ing. (FH) Dieter Ressel

Aufsichtsrat

Vorsitzender
Stv. Vorsitzender
Mitglieder

Wolfgang Wiest, Dipl.-Sparkassen-Betriebswirt
Günter Hornstein, Polizeihauptkommissar
Konrad Huther, Bankprokurist
Hartmut Hueber, Geschäftsführer
Mirko Gläser, Dipl.-Ing. (FH)
Fritz Krefeldt, Feinmechaniker
Heinrich Besserer, Rechtsanwalt

5. Öffentlicher Zweck

Wichtigster Geschäftszweig ist die Erhaltung des eigenen Bestandes. Der von der Genossenschaft verwaltete eigene Haus- und Wohnungsbestand umfasst per 31. Dezember 2012 57 Häuser mit 472 Wohnungen, zwei Gewerbeeinheiten, eine Geschäftsstelle, 29 Garagen, 130 Tiefgaragenstellplätze, 172 Abstellplätze und 5 Carports.

Die durchschnittliche Kaltmiete beträgt 5,94 €/m² Wohnfläche. Die gesamte Wohn- und Nutzfläche beträgt 35.208 m².

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Überlinger Wohnbau GmbH (Einlage: 26.000 €, 100 %)

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Im Haushaltsjahr 2012 wurde für das Geschäftsjahr 2011 eine Dividende von 4 % (6,20 € je Anteil) an den Bodenseekreis ausgeschüttet.

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Körperschaft des öffentlichen Rechts
Kontakt:	Hirschgraben 2, 88214 Ravensburg Tel.: 0751 / 36354-0 Fax: 0751 / 36354-54 E-Mail: info@rvbo.de Homepage: www.bodensee-oberschwaben.de
Gründungsdatum:	1. Januar 1973

Die Inhalte, die das Jahr 2012 betreffen, stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Verbandsversammlung am 13. Dezember 2012.

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist Träger der Regionalplanung für das Gebiet der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen. Zu seinen Aufgaben zählen nach den gesetzlichen Vorgaben des Landes Baden-Württemberg:

- ⇒ die Aufstellung und (Teil)Fortschreibung des Regionalplans, die Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplans sowie der fachlichen Entwicklungspläne des Landes,
- ⇒ die Mitwirkung an Raumordnungsverfahren und
- ⇒ die Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans.

Der Regionalverband unterrichtet und berät die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen Stellen und die Personen des Privatrechts über die Erfordernisse der Raumordnung. Er unterstützt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts in den Nachbarregionen, Nachbarländern und Nachbarstaaten in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere durch die Mitgliedschaft in Körperschaften, Gesellschaften, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen, die grenzüberschreitend tätig sind.

Der Regionalverband kann in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere bei der regionalbedeutsamen Wirtschaftsförderung und beim regionalen Tourismusmarketing, Mitglied in Körperschaften, Gesellschaften und Einrichtungen werden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist kraft ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er hat allerdings weder den Charakter einer Gebietskörperschaft noch den eines Zweckverbandes, daher gibt es keine echten Verbandsmitglieder.

Die Landkreise und Kommunen entsenden keine weisungsgebundenen Vertreter in die Gremien des Regionalverbandes und können somit nicht unmittelbar Einfluss auf dessen Willensbildung nehmen.

4. Organe und Geschäftsführung

Hauptorgan ist die Verbandsversammlung. Ihr gehören derzeit 56 Mitglieder an, die von den Kreisräten der drei Landkreise im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Kreistags gewählt werden. Der Bodenseekreis entsendet 19 Mitglieder in die Verbandsversammlung. Die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen 25 bzw. 12 Mitglieder.

Es sind zwei beschließende Ausschüsse eingerichtet: ein Planungsausschuss mit 20 Mitgliedern und ein Verwaltungsausschuss mit 10 Mitgliedern.

Der Verbandsvorsitzende ist ebenfalls Organ des Regionalverbands. Er ist ehrenamtlich tätig und wird aus der Mitte der Verbandsversammlung für die Dauer seiner Amtszeit als Mitglied der Verbandsversammlung gewählt. Als Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt er den Verband, leitet die Verbandsverwaltung und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Verbandsvorsitzender
Stv. Verbandsvorsitzende

Hermann Vogler, Oberbürgermeister a.D.
Dirk Gaerte, Landrat Sigmaringen
Peter Allgaier, Bürgermeister a.D., Salem
Jürgen Lang, Ravensburg

Der Verbandsdirektor vertritt den Verbandsvorsitzenden ständig bei der Erfüllung seiner Aufgaben und wird von der Verbandsversammlung als Beamter auf Zeit gewählt. Seine Amtszeit beträgt acht Jahre.

Verbandsdirektor

Wilfried Franke, Dipl.-Geogr.

5. Öffentlicher Zweck

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist eine kommunal verfasste Körperschaft des öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung. Er unterliegt in weisungsfreien Angelegenheiten der Rechtsaufsicht des Landes Baden-Württemberg. Obere Rechtsaufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium Tübingen; oberste Rechtsaufsichtsbehörde ist das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wichtige Verträge

Keine

8. Finanzierung/Finanzbeziehungen

Der Regionalverband erhält für die Erfüllung seiner Aufgaben vom Land einen jährlichen Zuschuss (0,11 € je Einwohner und 17,90 € je Quadratkilometer Regionsfläche). Soweit dieser Landeszuschuss und die sonstigen Einnahmen nicht zur Deckung seines Finanzbedarfs ausreichen, erhebt er von den zu ihm gehörenden Landkreisen eine Umlage. Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festgesetzt und nach dem Verhältnis der jeweiligen Steuerkraftsummen aufgeteilt.

Die Gesamtumlage im Jahr 2012 betrug 796.118 €. Der Bodenseekreis hat davon 267.044 € (33,50 %, Vj. 32 %) gezahlt. Die restliche Umlage wurde von den Landkreisen Sigmaringen und Ravensburg geleistet.

Der Bodenseekreis hat sich im Jahr 2012 darüber hinaus am regionalen Kompensationsflächenmanagement mit weiteren 8.330 € beteiligt.

9. Wirtschaftsführung

Auf die Wirtschaftsführung des Regionalverbands finden die Vorschriften des Landes über die Gemeindegewirtschaft entsprechend Anwendung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung, die Auslegung und die ortsübliche Bekanntgabe des Beschlusses über die Feststellung der Jahresrechnung, die Finanzplanung, das Rechnungsprüfungsamt und den Fachbediensteten für das Finanzwesen.

10. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

In der Geschäftsstelle waren im Bezugsjahr 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Dazu gehören der Verbandsdirektor (Geschäftsführung), sein Stellvertreter (Leitender Planer für die Raum- und Umweltplanung), drei weitere Planer (Siedlungsplanung, Verkehrsplanung, Planungsinformationssysteme), ein Verwaltungsleiter, ein Kartograph und zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen.

Zweckverband PROTEC Orsingen**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Zweckverband PROTEC Orsingen
Kontakt:	Benediktinerplatz 1 78467 Konstanz Tel.: 07531 / 800-1150 Fax: 07531 / 800-1166 E-Mail: ludwig.egenhofer@lrakn.de Homepage: www.protec-orsingen.de
Verbandssatzung vom:	21. Juni 1978
Letzte Änderung:	20. November 2001
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Satzungsmäßige Aufgabe des Zweckverbandes ist der Betrieb der Tierkörperbeseitigung in Orsingen sowie von zugeordneten Kleintiersammelstellen und Umsetzstationen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wurde in der Verbandsversammlung abgesehen.

Dem Zweckverband gehören die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Konstanz, Rottweil, Sigmaringen, Tuttlingen, Waldshut, Lörrach, Bodenseekreis, Ortenaukreis, Schwarzwald-Baar-Kreis und der Stadtkreis Freiburg im Breisgau an.

4. Organe des Unternehmens**Verbandsversammlung:**

Vorsitzender:	Frank Hämmerle, Landrat Konstanz
stv. Vorsitzender:	Lothar Wölflé, Landrat Bodenseekreis
Mitglieder:	Landräte der beteiligten Landkreise Oberbürgermeister des beteiligten Stadtkreises

5. Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ist die Beseitigung und/oder Verwertung von Tierkörpern nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz bis nach Abschluss des Entseuchungsvorgangs.

6. Wesentliche Verträge

Am 25. Januar 2007 wurde ein Kooperationsvertrag mit den folgenden baden-württembergischen Tierkörperbeseitigungs-Zweckverbänden abgeschlossen:

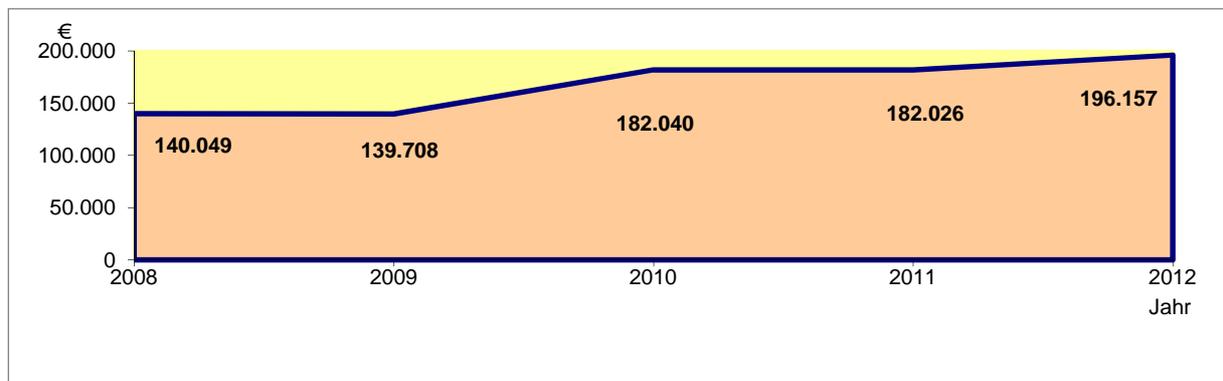
- ⇒ Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen
- ⇒ Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken (ztn): ausgelaufen zum 30. November 2011

Basis der Kooperation ist eine Lieferverpflichtung von Rohware der Kategorie 1 des ztn gegenüber dem ZV Protec.

7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis zahlte 2012 eine Verbandsumlage von 196.157 €. Das Gesamtaufkommen lag bei 2.211.300 €.

8. Entwicklung der Verbandsumlage



Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm
Kontakt:	Schule-Delitzsch-Weg 28, 89079 Ulm Tel.: 0731 / 9455-0 Fax: 0731 / 9455-47190 E-Mail: info@rz-kiru.de Homepage: www.rz-kiru.de
Gründungsdatum:	1. Januar 2002
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Verband erledigt folgende ihm von seinen Mitgliedern übertragenen Aufgaben der Informationsverarbeitung im hoheitlichen Bereich:

- ⇒ Betrieb von Zentren für Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und der damit zusammenhängenden Leistungen,
- ⇒ Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Betrieb von Rechnern, Beratung über Angelegenheiten der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Schulung des Personals von Verbandsmitgliedern.

Er kann eigene Aufgaben einem anderen Zweckverband für Kommunale Datenverarbeitung zur Erledigung auch für seine Mitglieder übertragen. Er kann Aufgaben, die er für seine Mitglieder erledigt, oder ähnliche Aufgaben auch für sonstige Rechtsträger ausführen und die Erledigung von Aufgaben an sonstige Rechtsträger überlassen.

KIRU kann auch Aufgaben durch Dritte erledigen lassen.

Der Verband erstrebt keinen Gewinn.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mit dem Zusammenschluss des Zweckverbands Regionales Rechenzentrum Alb-Schwarzwald in Reutlingen (RRAS) mit dem Zweckverband Interkommunale Datenverarbeitung in Ulm (IKD) zum Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) werden ab dem Jahr 2002 keine Vermögensanteile der einzelnen Mitglieder mehr ausgewiesen.

Das Stammkapital und die Eigenvermögensumlage des Zweckverbandes betragen unverändert 7.130.386,77 €. Die allgemeine Rücklage weist 5.412.113,23 € aus.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Manfred Allgaier

Als weitere Organe sind der Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung eingerichtet.

5. Öffentlicher Zweck

Die Rechenzentrumsgruppe KIRU erbringt im Auftrag ihrer Verbandsmitglieder und Kunden umfangreiche DV-Aufgaben - von der Bereitstellung der DV-technischen Produktion mit zentralem Hard- und Softwarebetrieb über die Übermittlung und Betreuung der Vorortkomponenten bis hin zu Auslieferungen der Ausdrucke.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH Reutlingen (Einlage: 1 Mio. €, Anteil: 100 %)
- ⇒ Datenzentrale Baden-Württemberg Stuttgart (Einlage: 383.468 €, Anteil: 25 %)
- ⇒ DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH Stuttgart (Einlage: 63.911 €, Anteil: 13,89 %)
- ⇒ ProVitako-Genossenschaft (Einlage: 10.000 €, Anteil: 7 %)

Die Hauseigentümergeellschaft Interkommunale Datenverarbeitung und Rechenzentrum Ulm -GbR - Ulm (Einlage: 920.325 €, Anteil: 90 %) wurde zum 1. April 2012 eingegliedert.

7. Wichtige Verträge

Keine

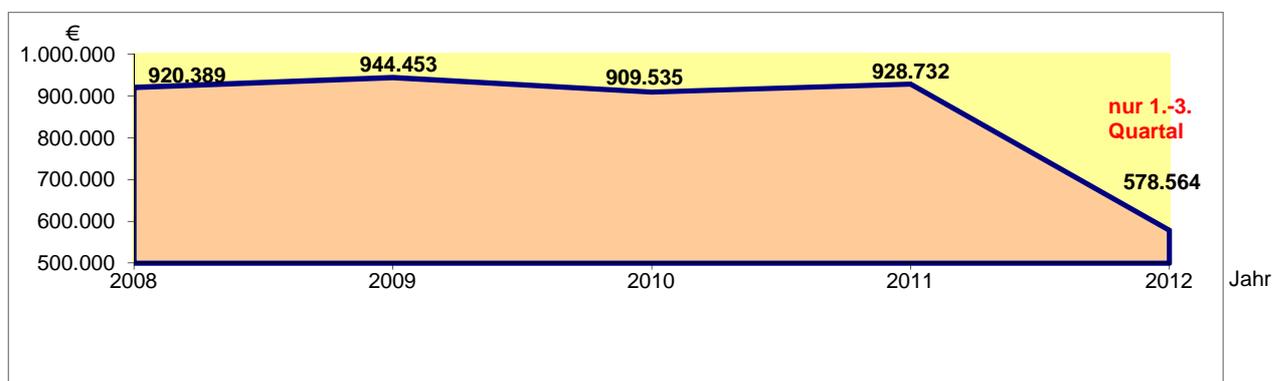
8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis zahlte im Jahr 2012 insgesamt 578.564,24 € für Leistungen des ersten bis dritten Quartals. Die Abrechnung von Oktober bis Dezember wurde buchhalterisch im Haushaltsjahr 2013 abgewickelt.

9. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Zahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende zum 31. Dezember 2012 beträgt 391 und gliedert sich wie folgt: 53 Beamte und 338 Angestellte.

10. Entwicklung der Zahlungen an den ZV KIRU (Verbandsumlage)



VII. Stiftungen des Landkreises

Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises
Kontakt:	c/o Kulturamt Landratsamt, Schloss Salem, 88682 Salem Tel.: 07553/91675-11 Fax: 07553/91675-20 E-Mail: feucht@kultur-bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	24.01.2001 (Rechtskraft)
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Die Stiftung des bürgerlichen Rechts strebt die nachhaltige Förderung der Kunst, Kultur und Geschichte auf Dauer an, das reichhaltige kulturelle Erbe der Region zu erhalten und zu mehren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

3. Stifter/Stiftungsgeber

Die Mittel der OEW-Sonderausschüttung von 766.937,82 € (1,5 Mio. DM) wurden als Stiftungsvermögen eingebracht.

Als Stiftungsgeber gilt der Bodenseekreis.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind die der Vorstand und der Stiftungsrat.

Geschäftsführer: Dr. Stefan Feucht

5. Stiftungszweck

Die Stiftung dient der Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte des Bodenseekreises und der Bodenseeregion und nimmt hierfür insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ die Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ der Erwerb von Kunstwerken und Kulturgütern mit Bezug auf den Raum
- ⇒ die Förderung von Ausstellungen und Veröffentlichungen zu Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ Organisation und Betrieb von Ausstellungen und Veranstaltungen nichtgewerblicher Art über Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ Vergabe eines Preises für herausragende kulturelle Leistungen oder zur Förderung von wissenschaftlichen Forschungen

6. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Der Bodenseekreis stellt für die Verwaltung der Stiftung Personal zur Verfügung.

7. Finanzbeziehungen

Neben dem Stiftungsvermögen werden keine weiteren laufenden Zuschüsse vom Bodenseekreis an die Stiftung gezahlt.

Stiftung „Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee“ (KOB)

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee
Kontakt:	Schuhmacherhof 6, 88213 Ravensburg - Bavendorf Tel.: 0751/7903-0 Fax: 0751/790-33 22 E-Mail: poststelle@kob-bavendorf.de Homepage: www.kob-bavendorf.de
Gründungsdatum:	15. September 2000
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Schwerpunkt der gemeinnützigen Stiftung des bürgerlichen Rechts ist die Forschung in folgenden Arbeitsbereichen:

- ⇒ Nacherntephysiologie
- ⇒ Kulturführung Kern- und Steinobst
- ⇒ Sortenprüfung inkl. Sortenerhaltungszentrale BW
- ⇒ Ökologischer Obstbau
- ⇒ Betriebswirtschaft und Markt
- ⇒ Übergebietsliche Pflanzenschutzberatung und Versuchswesen im Obstbau
- ⇒ Streuobst- und Landschaftspflege

3. Stiftungsgründer

- ⇒ Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg
- ⇒ Universität Hohenheim
- ⇒ Landkreise Ravensburg, Bodenseekreis und Konstanz
- ⇒ Württembergische Obst- und Gemüse-Genossenschaft (WOG)
- ⇒ Marktgemeinschaft Bodenseeobst (MABO)
- ⇒ Landesverband Erwerbsobstbau (LVEO) und
- ⇒ Landesverband Obstbau, Garten und Landschaft Baden-Württemberg e.V.
- ⇒ Ökobo GmbH
- ⇒ Obstgroßmarkt Oberkirch

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Beirat.

Geschäftsführer: Dr. Manfred Büchele

Vorstandsvorsitzender: Joachim Hauck, MDG

5. Stiftungszweck

Die Förderung des Obstanbaus in der Bodenseeregion und damit auch der Erhalt der dort gewachsenen Kulturlandschaft. Die Stiftung übernimmt dabei Aufgaben an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Hierzu zählt einerseits die an den Standort gebundene grundlagenorientierte Forschung. Andererseits soll durch anwendungsorientierte Untersuchungen und Beratung, aber auch durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit

Einrichtungen anderer Obstbauregionen die Umsetzung der Forschungsergebnisse in die obstbauliche Praxis gefördert werden.

6. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Direkt bei der Stiftung dauerhaft angestellt waren 15 Mitarbeiter. Vom Land wurden weitere 70 Mitarbeiter angestellt. Zusätzlich wurden vom Land 5 Personen überlassen.

7. Finanzbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2012 leistete der Bodenseekreis folgende Zahlungen an die KOB:

- ⇒ 40.903 € jährlich Projektmittel
- ⇒ 8.981 € Personalkosten (50 %)
- ⇒ 16.800 € Mietkostenerstattung
- ⇒ 13.500 € Sächlicher Verwaltungsaufwand
- ⇒ 10.000 € Übergebietsliche Pflanzenschutzberatung (Kirschessigfliege)
- ⇒ 140 € Sonstiges
- ⇒ 23.728 € Zahlung für Schulfruchtprogramm (Rückerstattung von KOB durch Sponsoringelder der EnBW an die KOB, daher Saldo 0,00 €)

Des Weiteren wurde der KOB am 15. Oktober 2012 ein Darlehen von 180.000 € gewährt. Die Befristung galt zunächst bis zum 31. Juli 2013. Der Zins lag bei 1% über dem Basiszins der Bundesbank. Die Abrechnung des Zinses erfolgte erst 2013.

Stiftung „Naturschutzzentrum Eriskirch“

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Stiftung Naturschutzzentrum Eriskirch
Kontakt:	Bahnhofstraße 24, 88097 Eriskirch Tel.: 07541/81-888 Fax: 07541/81-899 E-Mail: info@naz-eriskirch.de Homepage: www.naz-eriskirch.de
Gründungsdatum:	16. Juni 1992 (Rechtskraft)
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Zweck der Stiftung ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Betrieb eines Naturschutzzentrums.

3. Stifter/Stiftungsgeber

Gründer der Stiftung sind der Landkreis Bodenseekreis, das Land Baden-Württemberg und die Gemeinde Eriskirch.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat und das Kuratorium.

Geschäftsführer: Gerhard Kersting

5. Stiftungszweck

Die Stiftung "Naturschutzzentrum Eriskirch" dient der Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ Betreiben eines Naturschutzzentrums in Eriskirch als Schwerpunkt der Naturschutzbildungsarbeit
- ⇒ Betreuung und Organisation der Pflege des Naturschutzgebietes "Eriskircher Ried" sowie des nördlichen Bodenseeuferes in Zusammenarbeit mit den örtlichen Verbänden
- ⇒ Präsentation von Ausstellungen mit natur- und landeskundlichem Bezug
- ⇒ Organisation von Informationsveranstaltungen zu Aufgaben des Natur- und Landschaftsschutzes
- ⇒ Durchführung von Maßnahmen der Besucherlenkung, insbesondere in Naturschutzgebieten
- ⇒ Erarbeitung von Informationsmaterial über Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie über den Schutz des nördlichen Bodenseeuferes
- ⇒ Organisation von Fachtagungen und Seminaren
- ⇒ Auswertung von Forschungsergebnissen über Natur und Landschaft am Bodensee
- ⇒ Unterstützung der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Naturschutzwarden
- ⇒ praktische Unterstützung der Naturschutzarbeit im Bodenseekreis.

Mit Zustimmung der Naturschutzbehörde kann die Stiftung Pflege und Betreuung sonstiger Schutzgebiete im Bodenseekreis übernehmen.

6. Anzahl der 2012 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer gab es eine Sekretariatskraft (65 %), eine 400 €-Kraft und zwei Praktikanten des Freiwilligen Ökologischen Jahres.

7. Finanzbeziehungen

Im Stiftungsgeschäft von 01.04.1992 ist festgehalten, dass die zum Betrieb notwendigen Mittel vom Land Baden-Württemberg zu 70 % und vom Bodenseekreis zu 30 % gestellt werden. Die Gemeinde Eriskirch stellt das Gebäude kosten- und abgabefrei zur Verfügung. Im Jahr 2012 betrug der Anteil für den Bodenseekreis 51.750 €.

Stiftung „Perspektive Jugend im Bodenseekreis“**1. Allgemeine Angaben**

Name der Stiftung:	Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis
Kontakt:	c/o Sozialdezernat Landratsamt Albrechtstraße 75, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/204-5713 Fax: 07541/204-7713 E-Mail: christine.bougerra@bodenseekreis.de Homepage: www.bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	26. August 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Stiftungszweck soll verwirklicht werden durch:

- ⇒ Die Unterstützung und Begleitung von Netzwerken relevanter Akteure im Bereich Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt
- ⇒ Die Förderung von Bildungseinrichtungen bzw. Projekten zur Begleitung des Übergangs Schule – Beruf, zur vertieften Berufsorientierung oder zur Förderung von chancenbenachteiligten Jugendlichen
- ⇒ Die Unterstützung von Schülern, Auszubildenden und Studenten durch
 - Regelmäßige Berufsinformationsbörsen
 - Regelmäßige Informationsveranstaltungen/Öffentlichkeitsarbeit an Kindergärten, Schulen und Ausbildungsbetrieben
 - Förderung ehrenamtlichen Engagements im Bereich Jugendberufshilfe
 - Preisausschreiben/Preisverleihungen für Gruppenleiter und Multiplikatoren, die mit chancenbenachteiligten Jugendlichen arbeiten
 - Ausbildungspatenschaften

3. Stifter/Stiftungsgeber

Stiftungsgeber ist der Bodenseekreis.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Stiftungsrat.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich

5. Stiftungszweck

Satzungsmäßiger Stiftungszweck ist die Förderung von Erziehung und Bildung.

6. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung wird ausschließlich ehrenamtlich verwaltet.

7. Finanzbeziehungen

Die Stiftung finanziert sich aus Spendeneinnahmen und den Erträgen des Stiftungskapitals in Höhe von 100.000 €.

Laufende Zuschüsse des Bodenseekreises sind nicht vorgesehen.

VII. Anhang

1. Rechtsgrundlagen

§ 105 Gemeindeordnung (GemO)

Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
 2. dafür zu sorgen, dass
 - a) der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekannt gegeben werden,
 - b) gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.
- (2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:
1. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
 2. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
 3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend.
- Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.
- (3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b gilt entsprechend.
- (4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

§ 48 Landkreisordnung (LKrO)

Anzuwendende Vorschriften

„Auf die Wirtschaftsführung des Landkreises finden die für die Stadtkreise und Großen Kreisstädte geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechende Anwendung...“

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

A. Kennzahlen zur Vermögenslage

Anlagenintensität $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.

Umlaufintensität $\frac{\text{Umlaufvermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen (= Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.

B. Kennzahlen zur Finanzlage

Eigenkapitalquote $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als Indikator für die Bonität eines Unternehmens.

Fremdkapitalquote $\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.

Anlagendeckung I $\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität (langfristig gebundene Vermögenswerte sollen durch langfristiges Kapital finanziert werden).

C. Kennzahlen zu Ertrag und Rentabilität

Umsatzrentabilität $\frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatz}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit.

Eigenkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Gesamtkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital. Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte (Gesamt-)Kapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Kostendeckung $\frac{\text{Umsatzerlöse} * 100}{\text{Gesamtaufwand}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtaufwand. Kostendeckungsgrad gibt an, in welchem Maße ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.

Cashflow
 Jahresüberschuss
 + Abschreibungen auf Sachanlagevermögen
 + Erhöhung der Rückstellungen
 - Verminderung der Rückstellungen
 = Cash Flow

Erläuterung: Der Cash-Flow beschreibt den Mittelzufluss des Geschäftsjahres, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für das Folgejahr zur Verfügung stehen.

